Forschungen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

Japans strategische Stellung

von

Hermann Lufft

1940

JUNKER UND DÜNNHAUPT VERLAG / BERLIN

Forschungen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

Herausgegeben von Prof. Dr. F. A. Six



Abteilung: Außenpolitik und Auslandskunde

Band I

Japans strategische Stellung

Von

Dr. Hermann Lufft

1940
Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

Clemens Landgraf Nachf. W. Stolle, Dresden-Freital

Inhaltsverzeichnis

Aufgabe

Die vorliegende Arbeit will politische Wirklichkeiten erfassen. Sie hält sich damit bewußt diesseits einer Zielsetzung, der es auf weltanschauliche Wertung oder auf wissenschaftliche Wahrheit ankommt. Aber bevor man weltanschauliche Werte oder wissenschaftliche Wahrheiten in der Welt der äußeren Erfahrungen finden kann, muß man die Wirklichkeiten dieser Welt kennen. Sonst ist die Wertung in Gefahr, zu falschen Beurteilungen und damit zu objektiv falschen Urteilen zu kommen, so richtig auch die ideologische und die persönliche Urteilsgrundlage sein möge; die wissenschaftliche Wahrheit aber ist ohne solche Grundlage in Gefahr, auf Halbwahrheiten oder sogar auf völligen Irrtümern zu stranden, die mit ihrer scheinbar ausreichenden Begründung schädlicher und gefährlicher sind als einfache Unwissenheit. Also die einfache Wirklichkeitserkenntnis hat immer und überall in der Erfassung der äußeren Welt vorauszugehen der weltanschaulichen Wertung und dem wissenschaftlichen Wahrheitswillen.

Das Reich der Wirklichkeit ist unendlich. Selbst das, was ein Mensch von der Wirklichkeit eines jeweils gegebenen Augenblicks von seinem eigenen Blickpunkt aus zu erfassen vermag, ist nur wie ein Wassertropfen im Meer. Über die politische Wirklichkeit einer Sachlage entscheidet ihre Wichtigkeit im Reich der Wirklichkeit. Das weltanschauliche wie das wissenschaftliche Urteil mag sein, und ist auch oft, in dieser Hinsicht anders eingestellt. Unter dem Gesichtspunkt der Wichtigkeit tritt also die Darlegung der gegenwärtigen militärisch-strategischen Lage an den Anfang unserer Ausführungen. Hier erstrebt die Arbeit Vollständigkeit in allen wesentlichen Punkten. — Die Ausführungen über die politisch-strategische Gestaltung beanspruchen wenigstens für sich eine angemessene Vollständigkeit. Allerdings konnten selbst so wichtige Dinge wie z. B. das Agrarproblem in allen ostasiatischen Ländern, überhaupt das Problem der durch den Anschluß an das Wirtschafts- und Sozialsystem, damit aber auch an die Ideenwelt des

Westens hervorgerufenen sozialen Schwierigkeiten, nicht erörtert und höchstens einmal flüchtig gestreift werden.

Das strategisch-wirtschaftliche Problem ist dagegen im wesentlichen nur unter einem Gesichtspunkt behandelt worden, allerdings in dem für die Gegenwart entscheidenden Krisenproblem, in welchem es in die Außenpolitik unmittelbar eingreift und außenpolitische Triebkraft an sich ist. Der Grundsatz der politischen Wichtigkeit zwang bei der gewählten Fragestellung zu dieser Beschränkung.

I. Hauptteil

Die militärisch-strategische Lage Japans im ostasiatischen Raum

Vorbemerkung

Die militärische Auffassung und Bewertung politischer, d. h. politisch definierter Räume hat sich in den letzten 100 Jahren völlig geändert. Entsprechend haben sich auch die durch die Raumlage bedingten strategischen Möglichkeiten völlig geändert.

Jede einzelne Phase der politischen Entwicklung Ostasiens und der in bezug auf Ostasien von den einzelnen Mächten getriebenen Politik kann daher gründlich und wesentlich nur durch eine Sonderbetrachtung der jeweils für diese Zeit geltenden raumpolitischen Wirklichkeiten und der dann von dieser Zeit aus auch nur sichtbaren raumpolitischen Möglichkeiten verstanden werden. Eine systematische Darstellung der hier eingetretenen, in erster Linie auch von der Technik her bestimmten Entwicklungen und ihrer jeweiligen politischen Ausgestaltungen in Bewertung und Verwertung der technischen und politischen Möglichkeiten wäre an sich ein sehr interessantes Thema, liegt aber außerhalb des Rahmens dieser Arbeit, ebenso wie die Darstellung der den einzelnen Phasen der ostasiatischen Politik entsprechenden politisch-militärischen Raumanschauungen und Raumbewertungen.

Wir haben es hier nur mit der Gegenwart zu tun: was bedeutet die politische Raumlage, Raumaufteilung in Ostasien unter militärischen Gesichtspunkten, gesehen mit dem Mittelpunkt Japan?

Diese Frage hat aber nicht nur gegenwärtige Wirklichkeitsbedeutung, sondern ihre Beantwortung wird auch die feste Unterlage abgeben für die Beurteilung weiterer anschließender Fragengruppen. Denn Japan ist der politische Mittelpunkt der gegenwärtigen ostasiatischen Welt. Von Japan aus erfaßt der Blick, nach allen Richtungen der Windrose schweifend, das ganze ost-

asiatische Problem. Ebenso sind alle ostasiatischen Einzellagen heute auf Japan hin bezogen. Selbstverständlich gibt es neben dem japanischen Standpunkt auch einen russischen und chinesischen, einen englischen, amerikanischen, französischen —, um nur die wichtigsten zu nennen. Jeder dieser Standpunkte gehört einer anderen politischen Welt an und läßt Zusammenhänge und Möglichkeiten erkennen, die vom japanischen Standpunkt allein aus schwer oder undeutlich sichtbar sind. Aber für das ostasiatische Problem, das gerade durch den gewaltigen Machtaufstieg Japans ganz einheitlich geworden ist, handelt es sich dabei um Teilansichten. Es wird die Aufgabe dieser Abhandlung sein, auch solche Teilansichten soweit zu berücksichtigen, als auch Japan auf sie als auf mitgestaltende Kräfte Rücksicht nehmen muß.

Das Verständnis der gegenwärtigen politischen Raumgestaltung unter militärischen Gesichtspunkten ist aber auch der sichere Ausgangspunkt für die politische und damit auch für die militärische Raumbewertung, die für frühere Zeiten gilt und die der Politik früherer Zeiten zugrunde lag, teils die Voraussetzungen für sie abgab, teils die Ziele für sie aufstellte. Dieses raumpolitische Bild unter militärisch-strategischen Gesichtspunkten sich für die einzelnen Phasen der politischen Entwicklung zu gestalten, muß der Sehschärfe und der Vorstellungskraft des Lesers überlassen bleiben, bis auf wenige Hinweise, die die kurze politische Schilderung jeweils erfordern mag. Es muß genug sein, wenn der Leser die Bedeutung der Raumfaktoren in der Gesamtheit einer politischen Zeitlage — der Gegenwart — überzeugend vorgestellt erhält.

Allerdings ist die Bedeutung dieser Raumfaktoren in den letzten 100 Jahren außerordentlich gesteigert worden in dem Sinne, daß sie unter menschliche Herrschaft gebracht wurden. So haben die Staaten die dem Lande benachbarten Meeresräume heute tatsächlich in Besitz genommen, und selbst über die Ozeane wird gerade in künftigen Kriegen der Blick des Menschen vom Flugzeug oder vom Zeppelin aus schweifen, um möglichst jede Bewegung von Kriegs- und Handelsschiffen feindlicher oder neutraler Flaggen verfolgen zu können.

Den politischen Raumbegriff wollen wir hier nur insofern anschaulicher machen, als wir seine Umgestaltung in den letzten 100 Jahren ganz kurz charakterisieren. Diese Umgestaltung wurde herbeigeführt erstens durch die Änderung des Zeitwertes der Entfernung; zweitens durch die außerordentlich gesteigerte Sicherheit

der Raumüberwindung; drittens durch die Ermöglichung von Massentransporten bei geringen Kosten, d. h. Substanzaufwand; viertens durch die außerordentliche Verminderung der an bestimmte Räume gebundenen Gefahren und Schädigungen von Menschen, Tieren und Gütern; fünftens durch die Einbeziehung des Luftmeeres in den politischen Raum, nicht nur in einem physikalischen Sinn (in diesem Sinne gehörte die Luft immer zum Raum), sondern auch in der wirklichen Besitznahme der Luft durch die Entwicklung der Fliegerei.

Dazu nur einige erklärende Bemerkungen.

Zu 1. hier ist besonders zu erwähnen einmal die Einführung der Dampfkraft: Dampfschiff und Eisenbahnen; heute ist die Dampfkraft teilweise durch Motorenkraft ersetzt; dann die Entwicklung des Fernsprechers und der Telegraphie, neuerdings des Radios; die Briefpost bedient sich der raschesten durch Eisenbahn, Dampfschiff, Flugzeug, Auto vermittelten Verbindungen.

Zu 2.: Die Gefahren einer Seereise in einem modernen Stahlschiff sind verschwindend gering gegenüber den Gefahren der Seereise früher in holzgebauten Segelschiffen. Von den Meeren sind, von einigen ostasiatischen Küstenstrecken abgesehen, die Piraten verschwunden. Kommt je ein Schiff in Not, so kann es fast immer noch rechtzeitig durch Radio Hilfe herbeiholen. Jedenfalls: die Entsendung einer beliebig großen Kriegsflotte mit einem beliebig großen Heer stellt unter dem Gesichtspunkt der Bedrohungen durch Naturgewalten über Land oder über See kein wesentliches Risiko dar.

Zu 3.: Nicht weniger umwälzend als die Verdrängung von Windkraft (Segel) oder Muskelkraft von Mensch und Tier (Ruder, Fahren auf Landstraßen) durch mechanische Energie, vor allem und zunächst den Dampf, war die Verdrängung des Holzes im Schiffbau (viel später und langsamer im Eisenbahnwagenbau) durch Eisen, dann durch Stahl: sie ermöglichte eine außerordentliche Steigerung der Nutzlast je Schiff. Größer noch war die Leistungssteigerung der Bahn gegenüber dem Wagenverkehr der Landstraße. Ein moderner Güterzug befördert heute bis 2000 t mit 60 km Geschwindigkeit, wogegen ein früherer Lastwagen mit zwei bis vier schweren Pferden vielleicht 10 t mit 8 km Geschwindigkeit befördern konnte. Dabei ist die Kostensenkung beim Transport teils Ursache, teils Folge der außerordentlichen Steigerung des Güterverkehrs. Also: die Schwierigkeiten der Ma-

terial- und Menschenbewegung sind heute in keinem Fall mehr absolute Hinderungsgründe für militärische Machtentfaltung irgend welcher Größe. Allerdings mögen die zu einem gegebenen Zeitpunkt wirklich zur Verfügung stehenden Transportmittel an Schiffen und Eisenbahnen samt Verlade- und Auslademöglichkeiten den Truppen- und Materialeinsatz hemmen, verzögern oder ganz unmöglich machen.

Zu 4.: Die Gefahren der Navigation sind durch Lotsen und Seezeichen außerordentlich vermindert, selbst die Gefahren aus der Feuer- oder sonstigen Gefährlichkeit der Ladungen durch die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen gegen früher sehr verringert. Vor allem erfolgreich war der Mensch in der Bekämpfung der Schiffs- und Tropenkrankheiten: der Skorbut ist selbst bei langen Seereisen keine Gefahr mehr; ein weißes Heer kann heute ohne wesentliche Gefährdung durch Malaria oder sonstige Epidemien auch einen Krieg in tropischen Gebieten führen. Also: weiße Heere können heute nach allen ostasiatischen Kriegsschauplätzen ohne wesentliche Krankheitsgefahren gebracht werden und können dort Krieg führen.

Zu 5.: Unter militärischen Gesichtspunkten war der politische Raum noch im 70er Krieg, selbst noch im russisch-japanischen Krieg 1904/5 zweidimensional, und auch am Beginn des Weltkrieges dachte man in allen maßgebenden militärischen Kreisen des In- und Auslandes noch durchaus zweidimensional. Erst der Weltkrieg selbst entwickelte die Dreidimensionalität des modernen Krieges. Heute sind Luftwaffe und Luftkrieg so wichtig, daß sie von gewissen Autoren sogar für schlechthin entscheidend gehalten werden; jedenfalls steht die Luftwaffe gleichwertig neben der Wehrmacht zu Land und zur See.

Diese wenigen Bemerkungen sollen nur darauf hinweisen, daß sich der militärische Wert und also die militärische Bewertung politischer Räume im Laufe der letzten 100 Jahre völlig geändert hat. In die meisten dieser Änderungen sind wir langsam hineingewachsen und haben uns so an sie gewöhnt; sie sind uns zur Selbstverständlichkeit geworden. Hier haben wir umzudenken, wenn wir uns ein Bild früherer Zeiten und der jeweils in ihr gegebenen politischen und militärischen Möglichkeiten machen wollen. Nur in bezug auf die Fliegerwaffe und also die Möglichkeiten des Luftkrieges gilt das nicht. Hier ist die Entwicklung so rasch fortgeschritten, daß die Umbildung unserer Vorstellung mit

dem technischen Fortschritt nicht gleichen Schritt gehalten hat. Noch immer denken wir also zu sehr in zweidimensionaler Kriegführung. Darüber also noch einige Bemerkungen.

1. Von der Raumgröße her sind die bisherigen Vorstellungen stark aufgelockert worden. 20000 km ist die größte Luftentfernung überhaupt auf der Erdkugel. Etwa 13000 km können die größten Flugboote heute schon ohne Treibstoffergänzung in einem Flug überwinden, allerdings ohne Nutzlast und ohne Treibstoff für die Rückfahrt. Aber man ist dabei, noch größere und leistungsfähigere Flugboote zu bauen. Das Stratosphärenflugzeug wird hier noch eine beträchtliche Leistungssteigerung bringen, wenn auch keine so große, wie man allgemein annimmt; denn die Bestleistungen werden etwa in einer Flughöhe von 9000 bis 10000 m erreicht werden. Bomber mit einem Aktionsradius von 1000 km bei hinreichend starker Ausrüstung mit Bomben zu bauen, macht heute keine Schwierigkeiten und wird nicht nur in Ausnahmefällen sich rechtfertigen lassen. 1000 km ist dabei nicht als Zahl einer absoluten Leistungsbegrenzung zu verstehen, sondern mag einer gewissen Mittellage entsprechen: unter besonderen Umständen wird man heute schon Kampfflugzeuge, also Bomber auf Entfernungen von 1300 bis 1500 km einsetzen.

Selbstverständlich wird die Wahl der Flugzeuge, die ein Staat sich beschafft, nach Größe und Typ entscheidend davon abhängen, wen er als seinen möglichen Hauptgegner betrachtet, und ob er seine Bomber und Aufklärungsflugzeuge mehr im Fernkrieg oder im Nahkrieg einzusetzen gedenkt. Je größer im allgemeinen das Flugzeug, um so größer kann auch die mitzuführende Nutzlast sein, nicht nur ablosut, sondern auch relativ. Je weiter die Flugstrecke, ein um so größerer Teil der Last wird durch die mitzuführenden Ölvorräte in Anspruch genommen. Weite Flugstrecken gehen also auf Kosten der mitzuführenden Bomben und der sonstigen Waffen zu Angriff und Verteidigung.

2. Auch die weittragenden Geschütze zur See und zu Land haben den Begriff der Grenze in militärisch-strategischem Sinn vor dem Weltkrieg nur wenig aufgelockert, in der Nachkriegszeit (in der Maginot-Linie und neuerdings in unseren Westbefestigungen) allerdings dann sehr viel mehr; doch spielt solche Auflockerung oder auch nur die Möglichkeit einer solchen einstweilen im ostasiatischen Raum nur an wenigen Stellen eine wesentliche Rolle. Aber im Luftkrieg tritt neben den Begriff der Grenze der Begriff

des wirksamen Flugbereiches, d. h. des Bereiches, über den noch Bomber mit angemessener Bombenlast eingesetzt werden können, wobei selbstverständlich der Rückflug mit den mitgeführten Treibstoffvorräten durchgeführt werden muß. Diese Entfernung kann heute auf 1000 bis 1500 km angesetzt werden. Selbstverständlich macht es einen großen Unterschied, ob das Flugziel ganz oder teilweise über das Meer angeflogen werden kann, oder über gegnerisches Land angeflogen werden muß, und ob die Flugabwehr durch Flaks und Jagdflieger stark ist; Ballons oder andere Sperren, sowie Maschinengewehrabwehr spielen erst beim unmittelbaren Fliegerangriff eine wesentliche Rolle. Die Zone, die in einem durch Jagdflugzeuge gut verteidigten Land von Bombengeschwadern durchstoßen werden kann, wird in der Regel nicht tief sein, und die Verluste werden schon nach wenigen hundert Kilometern beim Anflug und beim Rückflug außerordentlich hoch sein.

Also der wirksame Luftbereich ist heute — neben der Grenze, d. h. der Staatszugehörigkeit der Landgebiete selbst — immer auch zu berücksichtigen. Da diese wirksamen Flugbereiche möglicher Gegner sich über weite Gebiete überdecken, da sie erst recht auch über die bisher staatenlosen Meere (außerhalb der Dreimeilenzone) sich erstrecken, so wird bereits das Bild der strategischen Lage auf Grund der wirksamen Flugbereiche gegenüber den früheren einfachen und eindeutigen Grenzziehungen auf der Landkarte außerordentlich kompliziert: man mache nur den Versuch, sich diese Flugbereiche auch nur von einigen der wichtigsten Punkte der Karte wirklich durch Kreise in die Karte einzuzeichnen.

3. Der dreidimensionale Charakter des Luftkrieges macht die Luftkriegführung von dem durch die Bodenformationen bedingten Schwierigkeiten und Hemmungen des Erdkrieges fast ganz frei. An sich macht es auch wenig Unterschied, ob der Anflug gegen ein Ziel über das Land oder über das Meer erfolgt (also abgesehen von Abwehrmaßnahmen), da der moderne Bomber im allgemeinen in Höhen bis zu und in der Nähe von 5000 m fliegt, bis er sein Angriffsziel erreicht hat, so daß also auch Gebirge von beträchtlicher Höhe noch unter ihm bleiben. (Stören können allerdings die teilweise sehr starken und auch gefährlichen vertikalen Luftströmungen über hohen und namentlich sehr steil abfallenden Gebirgen, vor allem, wenn dann gleichzeitig noch der Unterschied zwischen Luftbewegungen über dem Meer und über dem Land hinzukommt. Ostasien bietet, soweit mir bekannt, in dieser Hinsicht nirgends besonders schwierige Verhältnisse.) Die wirksame Front des Luftkrieges wird also sehr viel weiter sein, als die wirksame Front des Landkrieges; die Angriffe auf ein Ziel werden dabei auch von sehr verschiedenen Richtungen kommen können.

Die Räume, aus welchen Angriffe erwartet werden müssen, haben sich also außerordentlich erweitert. Während es verhältnismäßig nur wenige gute Häfen für den ozeanischen Verkehr gibt, die außerdem noch gewaltige Anlagen erfordern, um sie wirklich zu sichern, kann es unbegrenzt viele Fluglandeplätze geben, bzw. Land oder Wasser, die sich dazu eignen. Der wachsenden Konzentration der Erdanlagen für den Krieg auf dem Lande und zur See steht also die ungeheuer gesteigerte Beweglichkeit und Plötzlichkeit der Angriffe auf diese Zentren gegenüber, die das Flugzeug gestattet.

4. Eine absolute Absperrung gegen Luftangriffe ist praktisch nicht, und theoretisch nur für ganz enge Bereiche durchführbar. Also gibt es keine Eroberung oder Besetzung feindlichen oder auch nur gesicherten Besitz eigenen Gebietes im gleichen Sinn, wie er bisher für den Erdkrieg und auch noch für den Wasserkrieg bestand. Auf dem Luftweg ist es heute möglich, eingeschlossene Besatzungen oder sonstige von dem Hauptheer abgetrennte Truppenteile mit Lebensmitteln und Munition zu versorgen, was namentlich im ostasiatischen Raum für die Verteidigung der für den Pazifischen Ozean typischen Atoll-Inseln von entscheidender Bedeutung sein kann. In welchem Umfang vormarschierende Truppen selbst im unwegsamen Gebirge mit schwierigsten rückwärtigen Verbindungen von der Luft aus mit Lebensmitteln und Munition, selbst mit Wasser versorgt werden können, hat der abessinische Krieg gezeigt.

5. Die große Bedeutung des Einsatzes der Luftwaffe in der Landschlacht steht schon seit dem Weltkrieg außer Frage. Der Wert der Luftwaffe im Seekrieg, sowohl gegen Kriegsschiffe als gegen Begleitzüge, auch wenn sie durch Flugzeugträger geschützt sind, oder in der Seeschlacht selbst, ist nach den Erfahrungen der letzten Monate wohl kaum mehr umstritten.

6. Die Luftwaffe gestattet aber auch den Krieg gegen die Masse der feindlichen Bevölkerung, also nicht nur gegen die bewaffnete Macht des Feindes zu führen. Während die dadurch verursachten Verluste und Schäden so lange tatsächlich im ganzen gering sein dürften, als die Luftabwehr stark ist und gut arbeitet, kann die psychologische Wirkung groß sein. Man kann heute eine Krieg-

führung planmäßig auf die nervöse Zerrüttung der inneren Front des Gegners hin anlegen. Sind die politischen und wirtschaftlichen Zentren und damit dann meist auch die Hauptzentren der Bevölkerung soweit ins Hinterland verlegt, daß sie außerhalb des wirksamen Flugbereiches liegen, so gewinnt der Staat, der dies durchzuführen vermag, selbstverständlich einen großen Vorteil, der unter Umständen aber auch mit großen Nachteilen verbunden sein mag.

7. Für die Luft gilt, ebenso wie für das Meer, daß sie nicht als solche Lebensraum für den Menschen sein kann. Lebensraum ist allein die Erde. Der Luftraum ist an sich im politischen Sinn leer. Er bekommt erst seinen bestimmten Sinn durch Beziehung auf ein Land. Luftkrieg ist also immer bezogen entweder auf den Landkrieg oder auf den Seekrieg. Seine operativen Aufgaben in Angriff und Verteidigung werden also immer letzthin von der Erdoberfläche aus bestimmt.

Raumübersicht und Raumaufteilung

In der Erfassung unter militärischen Gesichtspunkten des ostasiatischen Raumes als eines politischen Großraumes, von Japan aus gesehen, wird man zweckmäßig drei Zonen des Machtbereiches und des Interessenbereiches Japans unterscheiden: die Kernzone, die Außenzone, die Randzonen. Diese Begriffe werden hier immer im militärisch-strategischen Sinn verstanden. Die Gliederung nach Zonen dient der allgemeinen Orientierung und damit auch der übersichtlichen strategischen Bewertung der verschiedenen Räume.

Wenn wir sagen, daß es sich um Zonen des „Machtbereiches und des Interessenbereiches" handelte, so muß man sich klar sein, daß Machtbereich und Interessenbereich nicht das gleiche bedeuten und nicht notwendig zusammenfallen. Japans Interessenbereich wird sich z. B. gerade im Kriege zweifellos sehr stark bis in die nordeuropäischen Gewässer erstrecken, unter verschiedenen Gesichtspunkten; aber sein Machtbereich wird sich kaum soweit erstrecken. Andererseits können verhältnismäßig nahe gelegene Räume, wie z. B. die Beringsee oder große Teile der Südsee, dem Machtbereich Japans naheliegen, aber von geringem militärischen Interesse sein. Die Begriffsverbindung Machtbereich und Interessenbereich bedeutet also eine Nebeneinanderstellung der beiden

Gesichtspunkte als ungefähr gleich wichtig. In der Wirklichkeit wird in aller Regel an jedem einzelnen Punkt der Erde ein gewisses Mißverhältnis zwischen dem Machtmoment und dem Interessenmoment bestehen.

Für die militärisch-strategische Beurteilung wird die Gestaltung der Erdoberfläche: Land oder Meer, Gebirge oder Täler, Städte, Bergwerke, Industriegebiete neben den politischen Grenzen und den auf diese sich gründenden natürlichen oder künstlichen Festungslinien, Verteidigungslinien von großer Bedeutung sein. Also der Begriff der Zone wird sich anders gestalten je danach, ob man es mit geschlossenen Landmassen zu tun hat oder mit dem offenen Ozean oder mit einer Inselwelt.

Der Kernzone dieses ostasiatischen Raumes rechnen wir zu:

Die japanischen Hauptinseln mit Karafuto, der japanischen Südhälfte von Sachalin und den Riukiu-Inseln;

von den japanischen Hauptinseln südlich ausstrahlend die Bonin- und Marianenkette entlang bis zum usamerikanischen Guam, und von hier westlich über das offene Meer nach der Südspitze von Taiwan und den Bokoto-Inseln zwischen Taiwan und dem Festland;

ganz Nordchina, die Tieflandgebiete Mittelchinas, und die küstennahen Gebiete Südchinas einschließlich der Inseln Hainan und Hongkong, aber ausschließlich der südwestlichen Gebirgszone des eigentlichen China;

Tschosen, Mandschukuo und die mit ihm vereinigten nordchinesischen Gebiete; von russischen Gebieten die Küstenprovinz mit Wladiwostok;

damit also auch die Japansee und die Ostchinasee mit ihren Nebenmeeren, dem Gelben Meer und dem Golf von Tschili.

Der Außenzone des ostasiatischen Raumes rechnen wir zu:

Das Ochotskmeer mit der Amurmündung, den russischen nördlichen Teil von Sachalin und die japanischen Kurilen;

die ganze russische Amurprovinz und die östlich an die Mandschurei angrenzenden Teile der Äußeren Mongolei;

die östlicheren Teile der Inneren Mongolei und den ganzen Rest des eigentlichen China, also das ganze südwestliche Gebirgsland;

Französisch Indochina sowie die Philippinen, die auch nach ihrer nominellen Verselbständigung außenpolitisch und militärisch als usamerikanisch zu betrachten sind;

das Gebiet des Pazifischen Ozean, das abgegrenzt wird durch eine Linie von der Südspitze Kamtschatkas nach der Gruppe der östlichen Marschall-Inseln, dann etwa dem Äquator entlang nach Westen bis zu den Molukken und dann den östlichen Bogen der holländischen Inseln entlang zur Südchina-See.

Zu den Randzonen des japanischen Macht- und Interessenbereiches rechnen wir:

Im Westen die westlichen Teile der Inneren Mongolei und die noch nicht erfaßten Teile der Äußeren Mongolei;

im Nordwesten und Norden alle oben nicht besonders genannten Landgebiete um die Ochotskse, also auch Kamtschatka;

im Nordosten, Osten und Südosten den Pazifik, also von der Kette der Alëuten im Norden die ganze Westküste Amerikas entlang bis zum Panamakanal und den Galapagós-Inseln, dann etwa den Äquator entlang nach Westen, südlich ausbiegend zur Nordspitze Australiens und dann die (westliche) Hauptkette der Sundainseln entlang nach Singapur;

im Südwesten die ganze Malaiische Halbinsel und dann etwa die Wasserscheide zwischen Indischem und Pazifischem Ozean entlang hinauf bis Tibet.

Den äußeren Zonen, erst recht den Randzonen, kommt eine recht beträchtliche Beweglichkeit zu. Die Machtfaktoren, wie die Interessenfaktoren, die beide den Zonencharakter bestimmen, können sich ändern, ändern sich langsam fortwährend, doch sind auch plötzliche Änderungen selbst im Frieden nicht ausgeschlossen. Die Entwicklung der Luftkriegmöglichkeiten, die Gegenwirkungen der wahrscheinlichen Feindmächte ändern Lage und Art der Zonen. Gerade solche Änderungen können auch im Frieden plötzlich erfolgen. Im Krieg ist erst recht mit raschen Änderungen der Zonen zu rechnen je nach dem Verlauf des Krieges. Es handelt sich also bei dieser Gliederung nicht um ein festliegendes Schema, sondern um ein Hilfsmittel der Orientierung.

Die Kernzone des japanischen Macht- und Interessenbereiches umfaßt also heute etwa 10 Mill. qkm, die sich etwa im Verhältnis 1:1 auf Land und Meer verteilen mögen.

Die Außenzone umfaßt zusätzlich ein Gebiet von 20 Mill. qkm; davon treffen ¼ auf Land und ¾ auf Wasser.

Den Randzonen gehört dann zusätzlich zu Kernzone und Außenzone noch ein Gebiet von etwa 70 Mill. qkm zu; aber hier beträgt die Landfläche höchstens 1/10 der Gesamtfläche.

Es ergibt sich schon aus dieser Darstellung, daß die Zonenbereiche, die also Anziehungskraft und den Anziehungswillen Japans widerspiegeln, verhältnismäßig rasch nach Westen, nach der asiatischen Landmasse zu, abklingen, sich dagegen weit nach dem Meer zu, also nach Osten ausdehnen. In dieser Feststellung erfassen wir selbstverständlich eine machtpolitische Gesamtlage, die sich geschichtlich auf der Grundlage der natürlichen und der jeweiligen staatlichen Verhältnisse herausgebildet hat. Ein wichtiger Faktor in dieser Gesamtgestaltung der machtpolitischen Bereiche ist der, daß das Meer ein sehr guter Leiter politischer Kraftlinien ist, das Land dagegen verhältnismäßig ein schlechter. Aber dies erklärt nicht alles.

Diese Zonendarstellung gibt einen Überblick über die gewaltige Größe von Japans Macht- und Interessenbereichen, läßt aber auch die große Zahl seiner Gegner erkennen in Stellungen, die gefährlich werden können. Bereits in der Kernzone stoßen wir auf England in Hongkong, auf USA. in Guam, auf Rußland in Wladiwostok (von den Niederlassungen in Schanghai, Tientsin und anderen Städten, die lange eine sehr starke politische und auch militärische Bedeutung besessen haben, die sich aber gegenwärtig als fremdstaatliche Einschlüsse im chinesischen Staatskörper in Liquidierung befinden, abgesehen); also die drei nach Menschenzahl und materiellen Hilfsmitteln größten und in dieser Beziehung wichtigsten Staaten der Welt. In Nordchina und Mittelchina wütet noch der durch Banden geführte Bürgerkrieg; die chinesische Küste ist in ihrer ganzen Erstreckung eben erst in allen wichtigen Hafenorten von Japan besetzt worden. (Das portugiesische Makao kann im folgenden wohl übergangen werden.) — In der Außenzone des japanischen Macht- und Interessenbereiches stoßen wir dann auf Frankreich als eine der japanischen Politik nicht freundlich gesinnte Macht, während sich die Reibungsflächen mit USA. sehr, mit England wesentlich vermehren. — Für die Randzonen kommt dann noch Holland dazu und, wenn man den Dominien des Empire eine selbständige machtpolitische Bedeutung zuschreibt, Australien. Auch Neuseeland und Kanada können sich in aktiver Gegnerschaft einschalten. Zur See wird hier das Bild beherrscht durch den Gegensatz zu USA. und zum Empire, während auf der Landseite das Verhältnis zu Rußland und zu den mittelasiatischen Herrschaftsbereichen Englands maßgebend wird: Malaia, Hinterindien, das Bramaputra-Gebiet Vorderindiens, Tibet.

Japan muß also damit rechnen, militärisch sowohl zu Wasser wie zu Lande (selbstverständlich immer mit Einschluß der Luftwaffe) an Menschenzahl und materiellen Hilfsmitteln weit überlegenen Mächten und Mächtegruppen gegenüberzustehen. Der Nachteil aller dieser Mächte gegenüber Japan ist der, daß für sie der ostasiatische Bezirk zu den Randzonen ihres Macht- und Interessenbereiches gehört. Das bedeutet nicht nur bei der weiten Entfernung nach der Heimat als der Hauptkraftquelle, dem Mittelpunkt der militärischen Verwaltung und dem Sitz der Kriegsindustrie einen sehr schwerwiegenden Nachteil rein taktischer Art, sondern es bedeutet vor allem, daß räumlich näherliegende Schwierigkeiten, also Schwierigkeiten näher der Heimat, einen entsprechenden Machteinsatz in Ostasien hemmen oder völlig hindern.

Diese außenpolitisch, aber auch militärisch schwierige und gefährdete Lage Japans wird noch wesentlich verschärft durch Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet, die heute nicht mehr in der Güte der Fertigerzeugung liegen, sondern bei den Rohstoffen und auch in einer gewissen Knappheit der Lebensmittel, die namentlich in schlechten Erntejahren nicht hinreichen mögen.

Daraus ergeben sich schwierige grundsätzliche Überlegungen für Japan über die Verteilung der Rüstungen auf Heer und Marine. Denn die Wehrorganisation eines Landes ist ja viel weniger beweglich und anpassungsfähig als die Außenpolitik. Ein Staat muß sich also über seine wehrpolitischen Ziele klarer sein als er sich über seine außenpolitischen Ziele klar zu sein braucht. Erst recht kennt die wehrpolitische Organisation so gut wie keine Anpassung an wechselnde Bedürfnisse des Tages und seine taktischen Lagen, während hier der Außenpolitik eine sehr starke und sehr oft für kürzere Zeiträume entscheidende Anpassungsfähigkeit zukommt.

Diese Momente werden gemäß ihrer Bedeutung in den weiteren Abschnitten dieses Buches im Zusammenhang behandelt werden. Hier ist nur auf die Zusammenhänge im großen hinzuweisen.

Die Schwierigkeiten der Lage Japans erfordern eine Politik, die ihr Ziel genau weiß und dieses Ziel ebenso klug wie tatkräftig und nötigenfalls auch rücksichtslos verfolgt. Gerade zu einer solchen Politik aber, wenn sie erfolgreich sein soll, ist notwendig die genaue Kenntnis der Verhältnisse, der zunächst im Raum gegebenen politischen und militärischen Wirklichkeiten. Mit einer mehr oder weniger bildhaften Vorstellung des Raumes, mit einem Verstehen des Raumes und seiner Möglichkeiten beginnt jedes strategische Denken. Das militärisch-strategische Denken knüpft dabei wohl am unmittelbarsten an die Gegebenheiten des Raumes an.

Die strategischen Fronten Japans sind also sehr ausgedehnt. Als Haupteinteilungsmöglichkeiten ergeben sich drei: entweder man unterscheidet nach Landfronten und Seefronten; — oder man gliedert die Fronten nach den möglichen Gegnern, also vor allem USA., England, Rußland, Frankreich; — oder man teilt einfach nach Raumgebieten oder nach Zonen. Keine dieser Einteilungen ergibt für sich allein ein Bild, das in der Erfassung der wesentlichen Momente ganz befriedigen würde. Man wird also auf Kosten einer systematisch klaren Gliederung nach Zweckmäßigkeit verfahren. Man wird also etwa Rußland einheitlich betrachten. Aber ein Krieg gegen eine der zwei großen Seemächte USA. oder Empire oder auch gegen Frankreich allein ist unwahrscheinlich, wenn auch nicht unmöglich. Hier wird man also als Normalfall mit einem Zusammenwirken der drei genannten Mächte rechnen. Man wird auch den Fall im Auge behalten, daß eine oder zwei der genannten Mächte zusammen mit der dritten im (erklärten oder nicht erklärten) Krieg gegen Japan stehen, sich aber wegen Bindung ihrer Streitkräfte in anderen Teilen der Welt nur in geringem Grad an der wirklichen Kriegführung beteiligen können.

I. Japans militärisch-strategische Lage gegenüber der asiatischen Landmasse

In der ersten Zone hat sich Japan auseinanderzusetzen mit Rußland und, wenn man von den Aufrührern gegen die neuen chinesischen Regierungen in Peking und Nanking absieht, mit der Regierung in Südwestchina unter Tschiangkaischek; in der zweiten Zone kommt hinzu Frankreich; in der dritten Zone England. Thay (Siam) kann als Japan befreundete Macht angesehen werden.

Der Hauptzweck des japanischen Vorgehens in China seit 1931 war die Sicherung des chinesischen Raumes, seine Ausschaltung als eine unmittelbare Gefahrenquelle für die japanischen Hauptinseln selbst. Sowohl politisch-militärische als auch wirtschaftliche Gesichtspunkte waren dabei maßgebend. Diese Sicherung sollte sich erstrecken und mußte sich erstrecken bis zu dem natürlichen Festungs-

gürtel der großen Wüsten- und Steppenzonen der Inneren und Äußeren Mongolei und Sinkians (Chin. Turkestan). Dieser Wüsten- und Steppengürtel beginnt etwa an der Westgrenze Mandschukuos und zieht, sich verbreiternd, zuerst in südwestlicher und dann in westlicher Richtung. Dieser Wüsten- und Steppengürtel ist also auch heute noch eine vernünftige und wirksame Abgrenzung gegen die sibirische Masse und den Westen überhaupt.

Besondere Schwierigkeiten ergeben sich hier erst am Nordostende dieses Gürtels, wo Rußland entlang dem Amur in breiter Masse bis zum Nördlichen Eismeer sich an den Pazifischen Ozean herangeschoben hat; von Charborowsk aus, dort, wo der Amur nach Nordosten abbiegt, greift Rußland in seiner Küstenprovinz mit Wladiwostok weit nach Süden hin aus. Andere Schwierigkeiten ergeben sich weiter im Süden aus dem Gebiet des China Tschiangkaischeks heraus: dieses China hat gegenüber der Mongolei und Turkestan den Vorteil genauester Kenntnis aller Verhältnisse, jahrtausendelanger geschichtlicher Verbindungen und der unmittelbaren räumlichen Nachbarschaft. Das Land ist überaus gebirgig und dadurch in viele kleine Landschaften gegliedert. Die Gebirge reichen großenteils bis zur Küste und machen so, während sie Anlaß zu Buchtenbildungen geben, das Vordringen entlang der Küste und also auch die Verbindung entlang der Küste schwierig.

A. Japans entscheidende Verteidigungsstellung in Westchina: der Steppen- und Wüstengürtel der Mongolei

Die strategische Schlüsselstellung im japanischen Aufmarsch gegen den asiatischen Kontinent liegt also an der Westgrenze des eigentlichen China, in dem von unwirtlichen Gebirgen durchzogenen, einige tausend Meter hochgelegenen, im Winter furchtbar kalten, im Sommer heißen, wasserarmen, oder auch streckenweise wasserlosen weiten *Steppen- und Wüstengürtel* (von dem die bekannte Gobi ein Teil ist), der politisch in die Äußere und Innere Mongolei und, weiter westlich, in Sinkiang zerlegt wird. Durch diese breite Zone muß selbstverständlich irgendwo die Grenze zwischen dem politischen Einflußbereich Japans und Rußlands, evtl. auch des Gebietes von Rest-China gezogen werden. Diese

Grenze wird eben durch die Äußere Mongolei gegen die Innere Mongolei gegeben. Daß dabei sowohl die Äußere wie die Innere Mongolei in sich staatlich organisiert werden, die Äußere von Rußland aus, die Innere von Japan aus, ist in Anbetracht der Unwirtlichkeit des Landes, der Schwierigkeit seiner Verwaltung, der Schwierigkeit, auch nur Ordnung und öffentliche Sicherheit aufrechtzuerhalten, die beste Lösung. Dabei hat Rußland in der Organisation der Äußeren Mongolei, indem es jeweils die breiten Massen der Stämme gegen die führenden Schichten zu gewinnen verstand, zweifellos geschickt und erfolgreich gearbeitet; es hat auch dazu sehr viel länger Zeit gehabt als Japan. Die Äußere Mongolei, ebenso wie Chinesisch-Turkestan, eben Sinkiang, obgleich beide dem Namen nach noch Bestandteile Chinas, stehen heute tatsächlich völlig unter russischem Einfluß.

Für Japan war die Aufgabe, einen *Staat der Inneren Mongolei* als einen Vasallenstaat mit möglichst selbständiger innerer Verwaltung, aber völlig abhängig in bezug auf militärische und außenpolitische Dinge von Japan zu schaffen, sehr viel schwieriger. Es mußte das Problem der Inneren Mongolei von seinem östlichen Ende, von der Provinz Tschahar (im Hinterland von Peking) aufrollen: von Tientsin bis zur nächsten Grenze der Äußeren Mongolei sind es 800 km, bis zu der an die Provinz Tschahar westlich anstoßenden Provinz Suiyan sind es 1150 km, und bis zur Grenze von Tibet 1850 km. Die militärische Besetzung dieses Gebietes mit einem feindlichen Südwestchina in der Flanke wäre schwierig und gefährlich, zumal sich eben hier jeder Krieg unvermeidlich in Kleinhandlungen auflösen würde. Dazu treten Schwierigkeiten, die im Bevölkerungs- und Wirtschaftsaufbau der Inneren Mongolei begründet sind, während sie in der Äußeren Mongolei zurücktreten. Man hat in der Inneren Mongolei städtische Siedlungen, die wesentlich chinesisch sind, während die landwirtschaftliche Nutzung überwiegend im Nomadenbetrieb durch tatarische-mongolische Stämme geschieht. Die japanische Oberhoheit über die Innere Mongolei wird sich auf die Nomadenstämme stützen müssen und zwar, da nach Lage der Sache (vor allem auch im Verhältnis zur starken chinesisch-städtischen Bevölkerung) nur eine mehr oder weniger autoritäre Regierung in Frage kommt, vorwiegend auf die Vornehmen. Unter chinesischer Herrschaft waren selbstverständlich die Stützen der Regierung die Städte. Ferner wird Japan den Regierungssitz der Inneren Mon-

? 600! ? 400! ? 2500

golei in ihren östlichen Teil verlegen müssen, um seinen eigenen Einfluß entsprechend stark zur Geltung bringen zu können. Um so schwieriger wird es dann, dieser Regierung auch in den westlicheren Teilen, bereits in Suijyan, erst recht in Ningsia oder in Kansu zur Geltung zu verhelfen. Würden alle Gebiete der Inneren Mongolei im Staat der Inneren Mongolei vereinigt werden können, so würde dieser Staat etwa 5/4 Mill. qkm umfassen.

Wirtschaftliche Verhältnisse komplizieren die Lage weiter. Stadt und Land erhalten den größten Teil ihrer außenwirtschaftlichen Kaufkraft durch den Durchgangsverkehr, den Karawanenbetrieb mit seinem starken Bedarf an Personal zu Führung, Wartung und Schutz und mit seinem starken Verbrauch nicht nur an Lebensmitteln, sondern auch an Last- und Reittieren, Kamelen und Pferden. Der Transport von Kriegsmaterial bildet schon seit längerer Zeit weitaus den wichtigsten Posten im Durchgangsverkehr, nachdem die Äußere Mongolei in ihrer Warenversorgung im wesentlichen an Rußland angeschlossen worden ist. Also haben diese Gegenden, soweit Japan nicht seine militärische Macht geltend machen kann, das Bestreben, sich diese einträglichen Kriegsmaterialtransporte zu erhalten, selbst wenn sie dabei mehr oder weniger in die Kriegszone hineingeraten. Auch in diesem Fall ernährt der Krieg den Krieg.

Trotz allem aber handelt es sich hier um Schwierigkeiten geringerer Ordnung. Der Aufbau zweier Pufferstaaten, der eine sich an Japan, der andere sich an Rußland anlehnend und die russische und die japanische Machtsphäre trennend, hat sich doch im ganzen bewährt. Die beiden Pufferstaaten können als Ganzes einen stabilen Grenzraum zwischen Rußland und Japan bilden, dessen Aufrechterhaltung vernünftig wäre und auch weder unter rein militärischen Gesichtspunkten noch auch sonst, etwa infolge der unvermeidlichen Reibungen zwischen einzelnen Stämmen und der Bildung von Räuberbanden im Grenzbereich der beiden Staaten, bei beiderseitig gutem Willen wesentliche Schwierigkeiten bieten würde.

Einstweilen jedenfalls führt über die westlichen Teile der Inneren Mongolei die Verbindung zwischen Sowjetrußland und Südwestchina über ein oder zwei uralte Karawanenstraßen, die heute von Automobilen benutzt werden. Der Weg führt dann weiter westlich über Chinesisch-Turkestan zum Ende der Russischen Turkestan-Sibirienbahn. Es kommt für diese Verbindung Südwestchinas mit Rußland hinzu, daß gerade in den hier an die Innere Mongolei angrenzenden Gebieten des eigentlichen

China, nämlich in Schensi, auch in Südkansu Rußland vor dem jetzigen Krieg, der ja den chinesischen Staat auch wieder sehr fest zusammengefügt hat, seine stärksten Stützen hatte.

Das Südwestgebiet der Inneren Mongolei stellt also offenbar gegenwärtig für Japan eine militärische Gefahrenzone dar. Einstweilen sieht man nicht, wie sie neutralisiert werden kann. Andererseits ist aber das Gefahrenmoment, solange es sich nur um diese Ecke handelt, weder politisch noch militärisch so groß, daß sich daraus eine starke Trübung eines außenpolitisch freundschaftlichen Verhältnisses, entweder zu Rußland oder zu Südwestchina, oder gar ein Krieg ergeben müßte. Aber in einem latenten oder offenen Kriegszustand vermag Südwestchina beträchtliche Massen von Kriegsmaterial über diese Gebiete von Sowjetrußland zu beziehen, auch wenn die Verbindung lange und schwierig, zeitraubend und kostspielig ist, und auch dann lang und vielen Zufälligkeiten und Fährlichkeiten ausgesetzt bleiben wird, wenn sie einmal zur modernen Autostraße und zur Bahn ausgebaut sein sollte.

B. Der Nordwestsektor: Rußland als unmittelbarer Nachbar

Unmittelbar an Rußland grenzt Japan in Tschosen und Mandschukuo. In Mandschukuo drängt Japan Rußland auf seinem Weg nach Ostasien etwa 1000 km nach Norden und erschwert und bedroht damit die fernöstlichen Verbindungen Rußlands außerordentlich. — Aber rein raumpolitisch betrachtet ist ebenso wichtig und bedrohlich die Stellung, welche Rußland gegen Japan in Ostasien zur See einnimmt: in Wladiwostok steht es an der Japansee, fast in der Flanke der für Japan wichtigen Tsuschima-Straße, über welche die Hauptverbindung der japanischen Hauptinsel nach dem Festland geht. Alle wichtigen japanischen Städte liegen ferner im wirksamen Flugbereich von Wladiwostok. — Von viel geringerer Bedeutung sind die anderen Möglichkeiten des Seekrieges.

Tschosen, 221 000 qkm groß, mit 23 Mill. Einwohnern, ist eine Halbinsel mit einem Anschlußgebiet an das Hauptland. Der Halbinselteil ist etwa von rechteckiger Grundform mit 600 km SSO-NNW-Erstreckung bei etwa 250 km ONO-WSW-Erstreckung, bei einer Breite des Halbinselhalses von etwa 160 km. Es ist durchaus gebirgig, mit Höhen von Süden und Westen langsam

ansteigend bis 2700 m und dann nach Osten steil abfallend zur Japan-See. Die Halbinsel öffnet sich also nach Japan, der Tsuschima-Straße, und nach der Ostchina-See zu, während sie sich gegen einen von Norden zur See oder der Küste entlang vordringenden Gegner abschließt. West- und Südküste haben dazu eine Reihe guter Häfen. Tschosen hat eine ganz kurze Grenze gegen die russische Küstenprovinz; im übrigen ist Mandschukuo sein Nachbar. Es ist sehr fruchtbar in den tieferen Teilen und in Anbetracht nur geringer, wenn auch ziemlich vielseitiger bergbaulicher Betriebe (Eisen und Kohle neben Gold, Silber und Graphit) und nur geringer gewerblicher Tätigkeit sehr dicht bevölkert.

M a n d s c h u k u o bildet einen sehr unregelmäßig geformten Block von etwa 1,3 Mill. qkm. Eine Bevölkerungszählung hat seit der Eroberung des Landes durch die Japaner nicht stattgefunden, man wird die Bevölkerung auf etwa 36 Millionen (einschließlich des Südostgebietes) schätzen können, von denen vielleicht 90 % Chinesen sind. Die größte Südnord-Erstreckung beträgt etwa 1500 km, die größte Ostwest-Erstreckung nicht viel weniger: 1400 km. Die Küstenlinie ist über die Luft gemessen etwa 450 km lang, der Küstenverlauf aber wohl dreimal so lang, da die Küstenlinie durch die Liaotung-Halbinsel sehr gefaltet ist. Auf dieser sehr gebirgigen Halbinsel gibt es eine Reihe ausgezeichneter Häfen, die aber über das Gebirge schwierige rückwärtige Verbindungen haben. Günstiger sind daher die Flachland- und Flußhäfen, vor allem Niutschwang. Die Grenzen sind bestimmt in der ganzen nördlichen Hälfte des Landes durch den Amur, im Norden den Amur selbst, im Westen seinen südlichen Quellstrom Argun, im Osten durch seinen Nebenfluß Ussuri. Der Kern des Landes aber ist eine ganz flache Tiefebene, deren Hauptströme im südlichen Teil, mit Mukden und Niutschwang, der Liaoho, im Norden, mit den Hauptorten Charbin und Tsitsichar der Sungari, der wichtigste Nebenfluß des Amur ist. Diese zentrale Ebene, die vielleicht ein Drittel der Gesamtfläche einnimmt, wird allseitig umlagert von Gebirgen oder Hochländern, außer dort, wo in ziemlich breiten Talgebieten der Liaoho das Meer, bzw. der Sungari den Amur erreichen. Das breite östliche Gebirgsland, in seinem nördlichen Teil zwischen Sungari und Ussuri verlaufend, ist reich an wertvollen Mineralien, vor allem an Eisen und Kohle, und also vor allem in seinen südlicheren Teilen, neben den japanischen Inseln, Hauptgebiet der japanischen Rüstungsindustrie. Die Ab-

schließung der zentralen Ebene gegen Norden bildet ein einige Hundert Kilometer breites, ziemlich flaches, und noch wenig erschlossenes Waldgebirge. Nach Westen zu steigt das Land an zu den Hochflächen der Mongolei, die sich hier an ihrem Rand tellerförmig aufwölbt (Tschingan-Gebirge). Das Klima ist hart und unangenehm, die Winter sind lang und kalt, die Sommer kurz und sehr heiß. Die charakteristische Kulturpflanze ist die Sojabohne, bei ihrem großen Eiweiß- und Ölgehalt wohl die wertvollste Nährpflanze der Welt und nächst dem Reis der wichtigste Ausgangsstoff für die Ernährung des japanischen Volkes. Schon zur Sicherung der Nahrungsfreiheit des japanischen Volkes ist heute Mandschukuo für Japan unentbehrlich.

Außer dieser Bedeutung Mandschukuos für Lebensmittel-, Rohstoff- und industrielle Versorgung Japans ist aber Mandschukuo wichtigstes D u r c h g a n g s l a n d: der feste Besitz der Straße (Straße selbstverständlich in allgemeinstem Sinn, der also auch Bahn- und Autostraße bedeuten kann) vom Jalu-Fluß an der Tschosen-Grenze über das Gebirge, die Halbinsel Liaotung nördlich abschneidend westlich nach der Hafenstadt Niutschwang und von hier dem Meer entlang in Richtung T i e n t s i n — P e k i n g ist die Voraussetzung für Japans politisch-militärischen Einfluß auf China und also auch für die Schaffung der Mongoleigrenze gegen Rußland. — Die andere strategische Hauptlinie führt etwa 600 km weiter nördlich von West nach Ost, aber in umgekehrter Richtung. Sie wird dargestellt durch die Trasse der früheren russisch-transsibirischen Bahn B a i k a l s e e — W l a d i w o s t o k. Diese vom russischen Standpunkt aus natürliche und in jeder Beziehung günstige Verbindung muß Japan politisch gesperrt erhalten, wenn es eine ihm lebensgefährliche Stärkung der russischen Stellung in Ostasien verhindern und sich den Besitz von Mandschukuo sichern will.

Wir wenden uns nun der Lage zur See zu. Denn deren Voraussetzungen für den Fall eines russisch-japanischen Krieges in Ostasien müssen zusammen mit der Lage auf dem Lande verstanden werden.

Ziemlich am Südende der russischen Küstenprovinz liegt W l a d i w o s t o k mit seinem sehr guten, geräumigen und tiefen Hafen an der Peter-der-Große-Bucht. Der Hafen ist durch die überhöhenden Hügel oder Berge, in die er eingebettet ist, auch militärisch sehr stark. Was ihm allein fehlt, ist ein wirtschaftlich näheres

Hinterland und, seit der politischen Unterbrechung der sibirischen Bahn hat er auch einen Teil seines ferneren wirtschaftlichen Hinterlandes verloren. Gespannte politische Beziehungen zwischen Japan und Rußland beeinträchtigen die wirtschaftliche Bedeutung Wladiwostoks weiter und betonen in unnötiger und unwünschenswerter Weise seine möglich militärische Bedeutung: Wladiwostok ist entweder ein politischer Gefahrenpunkt oder Ausdruck und Bürgschaft für enge freundnachbarliche Zusammenarbeit zwischen Rußland und Japan in Fernost. Seine große und in Zukunft immer wachsende und lebenswichtige Bedeutung für das russische Ostasien liegt darin, daß es diesem Gebiet einen eisfreien und leicht erreichbaren Hafen sowohl für den Handel mit dem ganzen japanischen Ostasien als auch mit dem ganzen Bereich des Stillen Ozeans gibt.

Gerade weil die militärische Bedeutung Wladiwostoks groß ist, will sie voll verstanden werden; denn sie zeigt das dringende Interesse beider Mächte, hier zu einer grundsätzlichen Verständigung zu gelangen und nicht einen Streitpunkt zu schaffen, der, einerlei wie er im Augenblick entschieden werden mag, zu immer neuen Kriegen führen müßte.

Die militärische Bedeutung Wladiwostoks aber liegt in folgendem: Der 1000-km-Flugbereich von Wladiwostok berührt noch die Tsuschima-Straße, schließt den größeren Teil der japanischen Hauptinsel mit Kioto sowie die ganze Mandschukuo-Tiefebene mit allen wichtigen Städten des Landes ein; nach dem großen japanischen Kohlen- und Industriegebiet im südöstlichen Mandschukuo sind es höchstens 700 km. Der 1200-km-Flugbereich aber umschließt alle japanischen Hauptinseln vollständig mit Ausnahme der südlichsten, also auch alle größten Städte des Landes, Tokio, Yokohama, Osaka, Kioto, Nagoya und alle wichtigen Kriegsindustriegebiete Japans. Zur See aber beträgt die Entfernung nach der Tsuschima-Straße, dem empfindlichsten Teil auf der großen Heerstraße Japans nach China, etwa 1000 km.

Der Raum von Wladiwostok vom Land aus gesehen stellt sich so dar: Die Grenze Rußland—Mandschukuo biegt in Charborowsk, an der Mündung des Ussuri in den Amur in einem Winkel von etwa 300° nach SSW um und läuft dann in der Hauptsache den Ussuri aufwärts. Zwischen dem Ussuri und dem Meer erhebt sich das Tatarische Gebirge, das zum Ussuri flach, nach dem Meer zu

aber steil abfällt und sich als eine geschlossene Mauer mit Höhen bis zu etwa 3000 m nördlich bis zur Amurmündung in nordsüdlicher Richtung etwa 1000 km erstreckt. Die Küste ist hier ganz hafenarm, Gebirge und Küste sehr dünn besiedelt und bis auf die Wälder auch wirtschaftlich, in der Gegenwart jedenfalls, fast wertlos. Die Waldnutzung aber liegt einstweilen auf Grund von Staatsverträgen großenteils in japanischen Händen. Also verläuft die Landverbindung zwischen Wladiwostok und Charborowsk tief im Binnenland, in der Hauptsache im Ussuri-tal: Bahnverbindung Charborowsk—Wladiwostok 770 km, davon 3/5 im Ussuri-Tal. Also diese russische Bahnverbindung nach Wladiwostok liegt auf etwa 3/5 ihrer Länge unmittelbar unter dem Feuer japanischer Geschütze. Es ergibt sich: die Küstenprovinz mit Wladiwostok ist hier in ihrer Verbindung mit der Heimat recht gefährdet.

Über die Japan-See ist noch folgendes zu sagen: Sie hat eine Gesamtfläche von etwa 800 000 qkm. Von der Tsuschima-Straße im Süden (Übergang zur Ostchina-See) erweitert sich das Meeresbecken sehr rasch, zieht sich aber dann etwa von der Mitte seiner NNW verlaufenden Hauptachse an magenförmig zusammen, um in den engen und langen Darm des Tatarischen Sunds auszulaufen, der Sachalin—Karafuto vom Kontinent trennt. Von der gesamten Küstenerstreckung ist fast 3/4, der südliche, teilweise sehr dicht besiedelte Teil in japanischem Besitz; fast die ganze Inselbegrenzung und fast die Hälfte der Festlandbegrenzung.

Die Tsuschima-Straße ist ein breiter Meeresarm von etwa 200 km Breite, bei etwa 200 km Länge zwischen Tschosen und den beiden südlicheren japanischen Hauptinseln: Hondo und Kiuschiu, zwischen denen sich hier der Eingang zur berühmten japanischen Binnensee befindet. An ihrer schmalsten Stelle wird diese Straße durch die Insel Tsuschima in zwei Äste geteilt, von denen der Ast zwischen Tschosen und Tsuschima 73 km breit ist. Der Ast zwischen Tsuschima und der japanischen Küste ist weiter aufgegliedert durch eine Reihe von Inseln in der Nähe der japanischen Küste, von denen die bedeutendste das am weitesten gegen die Tsuschima-Insel vorgeschobene Iki ist, das wieder ungefähr 73 km von Tsuschima entfernt liegt. — Weder vom Land durch Batterien, noch durch Minen kann sich Japan bei diesen Entfernungen der Tsuschima-Straße unbedingt sicher fühlen. Namentlich bei diesigem Wetter wird ein entschlossener Gegner immer die Sper-

ren durchbrechen und die den Verkehr zwischen Japan und dem Festland vermittelnden Schiffe angreifen können. Soweit diese Angriffe von leichten Seestreitkräften, evtl. in Verbindung mit Luftstreitkräften durchgeführt werden, werden nur vorübergehende Störungen hervorgerufen werden, die aber in bezug auf Zeit-, Material- und Menschenverluste empfindlich sein können. Man muß aber auch mit feindlichen Versuchen rechnen, die japanische Verbindung zum Festland zu unterbrechen durch Einsatz schwerer Kampfeinheiten, evtl. Fernbombardement der den Verkehr vermittelnden Hafenanlagen. Der russische Plan, nach Wladiwostok ein Geschwader schwerster moderner Schlachtschiffe von 40 000 t oder mehr zu legen, war ein Ausdruck der wachsenden Spannung zwischen Japan und Rußland, verschärfte aber gleichzeitig das Wladiwostok-Problem weiter. Japan plant daher schon seit Jahren eine Untertunnelung der Tsuschima-Straße. Die technischen Vorarbeiten dazu sind nunmehr im Gange. Für die Durchführung des Baues sind fünf Jahre in Aussicht genommen.

Die Straße von Tsuschima, vor allem die Hafenorte und die Inseln sind schwer befestigt. Auch ist für Japan günstig, daß sich in einer Entfernung von etwa 300 km von der Tsuschima-Straße nördlich in die Japan-See vorgeschoben eine allerdings durch breite Meeresräume getrennte Kette von kleinen japanischen Inseln hinzieht. Sie bilden mindestens gute Beobachtungsposten der Luftaufklärung und sind wohl auch als Stützpunkte von Jagdgeschwadern in Aussicht genommen.

Die Tsugaru-Straße zwischen Jesso und Hondo, die an zwei Stellen sehr eng ist, ist weniger als Ausfallpforte wichtig, noch kommt ihr im innerjapanischen Verkehr eine besonders große Rolle zu, als vielmehr als mögliche Eingangspforte für Kriegsschiffe mit Rußland verbündeter Mächte für Operationen von der Basis Wladiwostok aus. Sie ist durch Befestigungsanlagen bei Hakodate gesichert.

Die Hauptabwehr bzw. die Verhinderung von russischen Vorstößen auf Tsuschima aber fällt den beiden Kriegshäfen Raschin und Maizuru zu. Raschin liegt in Nord-Tschosen, ziemlich dicht an der russischen Grenze. Seine Festungszone ist heute wohl bis zur Grenze ausgedehnt. Raschin bewacht Wladiwostok und die dort liegende russische Kriegsflotte und Luftflotte unmittelbar.

An der japanischen Küste liegt an der Wakaba-Bucht der Kriegshafen Maizuru, der neuerdings auch für die Luftabwehr durch

Zuteilung von Jagdgeschwadern sehr verstärkt wurde. Der besondere Vorzug der Wakaba-Bucht ist, daß an dieser Stelle der zentrale Gebirgswall Hondos sehr niedrig ist, so daß der Übergang zur Ozeanküste fast ohne Steigung möglich ist; man hat sogar schon an den Bau eines Kanals gedacht. Maizuru liegt etwas in Flankenstellung zu einem russischen Luftangriff von Wladiwostok auf Tokio und Yokohama, und es liegt unmittelbar im Wege von Luftangriffen auf Osaka und das Gebiet der Japanischen Binnensee; es flankiert, wenn auch in weitem Abstand, jede russische gegen Süden vorstoßende Flotte.

Man braucht nicht besonders zu erwähnen, daß bei der Beweglichkeit der heutigen Verteidigung und bei dem Wunsch der Streuung in der Stationierung von Kriegsschiffen (um die Gefahr von Luftangriffen auf die ruhende Flotte zu vermindern) nur das Gerippe der vorgesehenen Abwehr- und Gegenangriffsmaßnahmen gegeben ist.

Wladiwostok und die russische Küstenprovinz stellt also für sich einen besonderen politisch-militärischen Komplex dar, der eine selbständige Bedeutung besitzt neben dem allgemeinen Komplex Russisch-Ostasien. Die Frage des militärisch-strategischen Verhältnisses Japans zu dem Russisch-Ostasien nördlich des Amur und vom Amurknie bei Chaborowsk, wo der Amur vom Tatarischen Gebirge nach NNO abgedrängt wird, vielleicht östlich über das Gebirge ans Meer, wird also zweckmäßig, selbst militärisch, von der Betrachtung der besonderen Schwierigkeiten abgetrennt, welche die Wladiwostok-Stellung bietet.

Der Amur hat, vom Zusammenfluß seiner beiden Quellströme Argun und Schilka, wo er ungefähr auch die Mongolei verläßt, bis nach Charborowsk eine Länge von 1300 km und bis zu seiner Mündung eine Länge von 2700 km. Sein Wert (wie auch der seines Nebenflusses Sungari) als Schiffahrtsstraße ist bei seinem geringen Gefälle, nachdem er einmal das Tiefland erreicht hat, zwar groß, wird aber eingeschränkt erstens dadurch, daß er einen beträchtlichen Teil des Jahres zugefroren ist, während er zu anderen Jahreszeiten sein flaches Talgebiet weit überschwemmt; — zweitens dadurch, daß er zwei bisher in gespannten Beziehungen miteinander lebenden Staaten angehört, was zu häufigen Zwischenfällen führte; — drittens durch seine weit nördliche Mündung und dadurch, daß er ziemlich unmittelbar vor seiner Mündung einen mächtigen Gebirgsriegel zu durchbrechen hat: auf

eine Länge von 220 km drängt das Gebirge den Fluß auf weite Strecken auf 600 m zusammen. Am meisten wird aber der Wert des Amur als einer für den internationalen Verkehr brauchbaren Schiffahrtsstraße gemindert durch seine Mündung am Nordausgang des Tatarischen Sundes, also fast schon in der Ochotsk-See. Als Binnenschiffahrtsweg kommt aber dem Fluß eine beträchtliche Bedeutung zu, die sich mit der stärkeren Besiedlung und Kultivierung seines Ufergeländes erhöhen wird.

Dem Flußlauf folgt im allgemeinen und meist in beträchtlicher Entfernung inlandwärts (vor allem aus strategischen Rücksichten) die nunmehr doppelgleisig ausgebaute russische Amur-Bahn nach Charborowsk und Wladiwostok. Das im allgemeinen flache und nur langsam vom Amur nach Norden aufsteigende Land, durch das die Bahn führt, hat zwar mit langen und schweren Wintern und kurzen heißen Sommern ein unfreundliches Klima, ist aber fruchtbar und enthält auch vielerlei und teilweise reiche Mineralschätze, so daß mindestens an einer Stelle der Aufbau eines großen Industriegebietes von der Sowjetregierung in Aussicht genommen werden konnte. Die Bemühungen um eine dichtere Besiedlung des Landes zunächst von der Landwirtschaft her, wiederum sehr wesentlich unter militärischen Erwägungen: die Nahrungsmittelversorgung Russisch-Ostasiens aus eigenem Boden sicherzustellen und der Eisenbahn auf ihren 1500 km entlang der Mandschukuo-Grenze den nötigen Schutz im eigenen Land zu geben, vor allem aber auch, um der Armee aus dem Bewußtsein heraus, für russische Heimat zu kämpfen, einen stärkeren moralischen Halt zu geben, hat bisher jedenfalls zu durchgreifenden Erfolgen nicht geführt, auch wenn man davon absieht, daß der Versuch, dort eine getrennte jüdische Republik im Rahmen der Sowjetrepubliken zu gründen, völlig mißlungen ist. Was im einzelnen aber geleistet und nicht geleistet worden ist, läßt sich hier, wie so oft in Rußland, von außen her schlecht beurteilen; denn gerade die eigentümliche Stärke der russischen Kolonisation, die sich zuletzt auf den russischen Menschen selbst, seine Zähigkeit, seine Bedürfnislosigkeit, seine Anpassungsfähigkeit gründet, hat der mittel- und westeuropäische Mensch immer unterschätzt und niemals verstanden. Es heißt, daß Russisch-Ostasien in bezug auf Getreideversorgung selbstgenügsam sei, und daß die zusätzliche Getreideeinfuhr der letzten Jahre in die militärischen Magazine gewandert ist. Jedenfalls: das Land bietet große Möglichkeiten für eine ziemlich dichte, teils landwirtschaftliche, teils industrielle Siedlung, aber es braucht zu solcher Entwicklung lange Zeit, und zwar eine Zeit des Friedens.

Japan aber könnte dieses Gebiet niemals kolonisieren und der Kultur gewinnen: der Japaner liebt weder das kalte, rauhe Klima noch das eintönige Land.

Die Ochotsk-See mag man sich in zwei Teile zerlegt denken, einen etwa quadratischen nördlichen Teil, der auf seinen drei Landseiten von russischem Gebiet umgeben ist, der aber keinen Ausweg zum Ozean hat, wohl aber einen Ausweg zur Japan-See durch den langgestreckten und teilweise recht schmalen Tatarischen Sund zwischen Sachalin und dem Festland. Dieser nördliche quadratische Teil hat eine Fläche von etwa 1 Mill. qkm. An ihn schließt sich südlich ein ungefähr rechtwinkliger Dreiecksteil an mit der Inselgruppe der japanischen Kurilen als Hypotenuse, während die andere Kathete die in ihrem nördlichen Teil russische, in ihrem südlichen Teil japanische Insel Sachalin ist. In die Ochotsk-See mündet der Amur bei Nikolajewsk, schon ziemlich im Tatarischen Grund, also weit im Süden, und daher verhältnismäßig günstig. Unter den vielen gefährlichen Küstenmeeren der Welt ist die Ostotsk-See eines der gefährlichsten: Nebel, Klippen, Strömungen, Stürme und im Winter: Eis. Ihre strategische Bedeutung ist unter diesen Umständen verhältnismäßig gering, zumal die nächste Entfernung auf dem Seeweg von Nikolajewsk bis zum Ozean (an der Südküste von Kamtschatka) etwa 1150 km beträgt. Schwache japanische Fliegerbeobachtungsposten auf den Kurilen werden genügen, die Ochotsk-See hinreichend zu bewachen. Andererseits wird Japan es verhindern können, daß einzelne russische Schiffe, Hilfskreuzer, U-Boote über die Ochotsk-See den Ozean erreichen.

Der militärische Aufmarsch im Nordwestsektor auf japanischer und auf russischer Seite

a) Wir besprechen zunächst die russischen Angriffsziele und Angriffsmöglichkeiten.

Das erste Hauptziel Rußlands wäre die Wiedergewinnung der direkten Bahnstraße nach Wladiwostok, also die Wiedergewinnung der Linie Tschita, Tsitsichar, Charbin nach Wladiwostok. Das weitere Ziel ist dann der Vorstoß nach Süden, nach Mukden und gegen Bahn und Straße Jalu—Tientsin—Peking.

Rußland kann die Mandschurei konzentrisch von drei Seiten angreifen längs einer Grenze von etwa 4000 km Länge. Es kann also seine Überlegenheit an Menschen und Material voll zur Geltung bringen — für den Fall, daß es sie besitzt. Es braucht nicht eine Erstarrung des Krieges in einen Graben- und Festungskrieg zu befürchten. Japan kann dort auf eine beträchtliche oder gar aktive Sympathie der chinesischen, allerdings in der Hauptsache sehr friedlichen Bevölkerung nicht rechnen, wohl aber Rußland auf die aktive Unterstützung der sehr zahlreichen verwegenen Räuberbanden. Dazu kommen die Schwierigkeiten, die sich für Japan aus der Größe des Landes ergeben, seiner Unwegsamkeit, seiner in den meisten Teilen, und zwar gerade in den weiten, gebirgigen Grenzzonen sehr geringen Bevölkerungsdichte, aus dem für den Japaner ungewohnt harten Klima, der anderen Lebens- und Wohnweise (vor allem Weizen statt Reis). Wenn in irgendeinem dieser gefährlichen Punkte die japanische Verteidigung, die offenbar auf der inneren Linie gegenüber einem konzentrischen Angriff aufgebaut sein muß, zusammenbricht, so mag sich daraus für einen energischen und klugen Gegner unter sonst gleichen Verhältnissen, also b. z. hinsichlich der Güte der Truppen und der Ausrüstung, ein strategisches Tannenberg gewaltigen Ausmaßes ergeben.

Allerdings, eben die gleichen Faktoren, die die japanische Verteidigung schwächen, bilden wenigstens teilweise auch schwache Punkte des Angriffes: die Unwegsamkeit, das Fehlen von Hilfsquellen im Lande selbst, die weiten Verbindungen. Ein taktisches Zusammenwirken der verschiedenen möglichen Angriffsfronten: Osten, Norden, Westen ist bei den gegebenen Entfernungen unmöglich, ein strategisches Zusammenwirken schwierig: denn die Länge der Bahn Tschita—Wladiwostok auf Mandschukuo-Gebiet, also die entscheidend wichtige strategische Hauptachse des mittleren und nördlichen Mandschukuo, beträgt 1200 km, die Entfernung zwischen Charbin und der Mündung des Sungari ca. 750 km.

Trotzdem ist sich Japan der Gefahr seiner Stellung in der Mandschurei bewußt. Das erste Mittel zur Verminderung dieser Gefahr ist die Verfügung über ein starkes, ausgezeichnet geschultes, bestausgerüstetes und vor allem von Vaterlandsliebe begeistertes Heer. Während des ganzen Chinakrieges hat Japan sein in Mandschukuo stehendes Heer zahlenmäßig nicht verringert und dürfte es wohl noch 1938/9 als Antwort auf starke russische

Truppenverschiebungen nach dem Fernen Osten wesentlich verstärkt haben. Die Stärke des japanischen Heeres in Mandschukuo mag man vielleicht im Durchschnitt der letzten Jahre zu 300000 einschätzen; im Sommer 1939 aber gab man die Zahl an zu 500000 Mann. Allerdings ist nunmehr auch die Rekrutenausbildung nicht nur für die in Mandschukuo stehenden Truppenteile, sondern teilweise auch für die in der Heimat stehenden Truppenteile nach Mandschukuo, und zwar in die unruhigen Grenzgebiete selbst verlegt worden. — Zu der japanischen Armee in Mandschukuo kommen dann noch die nach Ausrüstung und auch in anderen Beziehungen der japanischen Armee keineswegs ebenbürtigen Truppen des Staates Mandschukuo selbst.

Die zweite Maßnahme der militärischen Sicherung des Landes ist der Ausbau des Eisenbahn- und Straßennetzes, hier lassen sich offensive und defensive Möglichkeiten noch weniger trennen als sonst, zumal sich strategische und taktische Offensive bzw. Defensive vielfach überdecken können. Wir beschränken uns hier auf eine Darstellung des Ausbaues des Bahnsystems von Mandschukuo unter strategischen Gesichtspunkten überhaupt.

Im politischen und wirtschaftlichen Kampf Chinas gegen Japans Stellung in der Südost-Mandschurei (mit Mukden als Mittelpunkt, mit der Südmandschurei-Bahn als dem wichtigsten Träger der wirtschaftlichen Durchdringung und Eroberung des Landes) hatten die Chinesen vor 1930 in der westlichen Mandschurei ein neues, ziemlich ausgedehntes Bahnsystem entwickelt, das in Tsitsichar einen selbständigen Anschluß an die alte transsibirische Bahn gefunden hatte, und so eine ganz in chinesischem Besitz befindliche Parallellinie zu der alten Charbin—Mukden—Niutschwang- bzw. Dairen-Bahn darstellte, — in einem wechselnden, aber im allgemeinen sich nach Norden hin erweiternden Abstand von 100 bis 300 km von der alten Bahnlinie. Dabei kam es den Chinesen zunächst nicht einmal so sehr auf die wirtschaftliche Verselbständigung auf der Grundlage einer eigenen Bahnlinie an — wirtschaftlich wurden sogar zunächst die Japaner durch diesen Bahnbau begünstigt, weil sie die bestgelegenen Häfen auch für diese Bahn zur Verfügung hatten —, sondern es handelte sich dabei um eine innenverkehrstechnische und damit volkliche und administrative Zusammenfassung der fast ausschließlich chinesischen Bevölkerung: die Japaner sollten so durch eine Art Blockbildung von Westen und Norden eingedämmt werden. Später wollte man

sich dann auch in Hulutao am Golf von Liaotung einen eigenen Hafen für Ausfuhr und Einfuhr schaffen. Diese beiden südnördlichen Hauptlinien, miteinander verbunden nicht nur entlang der Küste, ferner bei Mukden, sowie zwischen Tsitsichar und Charbin, sondern auch noch zwischen Mukden und Charbin wurden also bei der Besetzung der Mandschurei durch die Japaner aus ihren bisherigen feindlichen Einstellungen gegeneinander herausgenommen und zu einem System von Linien vereinigt, die sich militärisch gegenseitig ergänzen, und gegebenenfalls auch ersetzen können, so daß im Ernstfall immer noch mindestens eine andere Linie zur Verfügung steht, wenn die eine unterbrochen sein sollte.

Über dieses Grundgerüst hinaus war aber der Bahnbau bereits 1930 wesentlich vorgetragen worden; — erstens in Verbindung mit dem reichen Bergbaugebiet östlich und nordöstlich von Mukden. Diese Bahnen hatten zunächst produktionswirtschaftliche, für den Verkehr aber nur lokale und überhaupt keine unmittelbare militärische Bedeutung, außer daß militärischer Schutz nötigenfalls schnell herangeholt werden konnte. Dieses Bahnsystem arbeitete sich durch gebirgiges Land allmählich bis Kirin vor, etwa 350 km nordöstlich von Mukden; — zweitens in der Erschließung der Nord-Mandschurei. Hier war von Charbin nach Schailun etwa genau in nördlicher Richtung die Bahn 200 km weit bis an den Fuß der nördlichen Waldgebirge herangeführt worden; drittens auch Kirin wurde schließlich vom Westen her über die chinesischen Linien erreicht, um so ein Gegengewicht gegen den japanischen Einfluß hier zu schaffen. Kirin wurde dadurch ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt außerhalb des Hauptrahmens; viertens die Chinesen bauten schließlich (1927) weiter westlich noch eine dritte Linie in nordwestlicher Richtung von Tayuschen nach Payintala, die unzweifelhaft auch als Aufmarschlinie gegen die Japaner in Mukden hätte verwendet werden können und also wohl auch so gedacht war.

Die Japaner haben nun seit 1931, und zwar in immer steigendem Maße dieses mandschurische Eisenbahnnetz weiter ausgebaut. Dabei waren offenbar strategische Momente in erster Linie entscheidend, was auch nach der Sachlage nur selbstverständlich ist.

Es handelt sich den Japanern dabei erstens um den Aufmarsch an der Ostgrenze. Die rückwärtigen Hauptzentren sind hier Mukden und Charbin. Die vorgeschobenen Mittelpunkte aber sind Kirin und Mutankiang, letzteres etwa halbwegs zwischen Charbin

und der Grenze auf der alten transsibirischen Bahn. Von Kirin führt heute die Bahn östlich über das Gebirge und ziemlich hart an der russischen Grenze hinüber nach Tschosen in das Festungsgebiet von Raschin, das auch von Süden her von der Nord-Tschosen-Bahn entlang der Küste erreicht wird. Hier ist also verkehrstechnisch die Voraussetzung für den Aufmarsch einer Armee gegeben. Gleichzeitig erlaubt die Bahn die Benutzung der inneren Linie zwischen den Mandschurei-Kriegsschauplätzen und einer von Nord-Tschosen aus gegen Wladiwostok operierenden Armee. In dieses Gebiet führt weiter dann auch noch eine Bahn direkt von Mukden (nach Tschian). — Von Mutankiang aber führt eine Bahn südöstlich nach Yenki an der Kirin—Raschin-Bahn und eine andere Bahn nordöstlich nach Linkau, etwa 100 km weit, und von hier geht eine Linie nordöstlich weiter nach Hulin am Ussuri, etwa 200 km, und eine andere nördlich nach Kiamuse am Sungari und dann nordwestlich jenseits des Sungari weiter nach Holikang. Da nun die Bahnen Charbin—Mutankiang—Grenze und Kirin—Raschin nur etwa 200 bis 250 km voneinander entfernt laufen, so ist hier eine sehr große Leistungsfähigkeit des Aufmarsches erreicht.

In der Nord-Mandschurei ist die Strecke Charbin—Hailun etwa 200 km weiter geführt worden bis Haiho am Amur. Das ist einstweilen die einzige Stelle, wo das japanische Bahnsystem den Amur erreicht. Eine weitere Bahn führt von Tsitsichar etwa 250 km nördlich nach Nunkiang und endet ziemlich am Fuß des Gebirges. Durch eine Querverbindung zwischen diesen beiden Nordbahnen erscheint das nördliche Vorgelände des Hauptrahmensystems der mandschurischen Bahnen gut geschützt. Starke Truppenmassen können im Bedarfsfalle auch in diesem Sektor leicht versammelt werden, während Panzerzüge mit schweren Geschützen als bewegliche Forts wirken. Die Bahn nach dem Amur ist wohl kaum hinreichend für den Aufmarsch einer großen Armee, bildet aber einen starken Rückhalt für Unternehmungen mittleren und kleineren Stiles, um den Krieg über den Amur hinweg in den Rücken der russischen Ostasien-Armee zu tragen.

Sehen wir vom südwestlichen Teil Mandschukuos, also vom Jehol-Gebiet ab, weil die Bahnen hier vor allem der inneren Sicherung und der Erschließung des Landes dienen, so bleibt noch der wichtige Nordwestteil. Hier ist die Bahn von Hsinking nach Solun im westlichen Randgebirge bereits fertiggestellt; an ihrer Fortführung entlang der Grenze der östlichen Mongolei bis nach

Hailar an der alten transsibirischen Bahn wird lebhaft gearbeitet. Diese Bahn wird also gestatten, starke Streitkräfte rasch an irgendeine Stelle der westlichen Grenze von Mandschukuo zu werfen; sie bildet das Rückgrat für den Schutz der Westgrenze.

Die dritte Maßnahme zur militärischen Sicherung des Landes ist seine innere Befriedung, seine verwaltungstechnische und wirtschaftliche Durchorganisierung, die eine mögliche Mobilisierung seiner Hilfskräfte erlaubt. Damit steht in enger Verbindung die Vernichtung der Räuberbanden, die allmähliche Erschließung und Besiedlung der Grenzgebiete, namentlich soweit sie für den offensiven oder defensiven Aufmarsch wichtig erscheinen mögen, die Vortreibung japanischer Siedlungen gerade in diesen Grenzzonen, großenteils wohl gegenwärtig in Verbindung mit der Ausübung öffentlicher Gewalt, vor allem der Sicherung der öffentlichen Ordnung, des Schutzes von Bahnen und anderen Verkehrswegen, Beobachtungs- und Nachrichtenstationen usw. Ein großer Teil der japanischen Armee in Mandschukuo ist wohl in den letzten Jahren mit kulturellen Aufschließungsarbeiten beschäftigt gewesen, die dann durch japanische Siedler, durch japanische Polizei und Verwaltung, durch Bahnen und Straßen gesichert werden sollen. Die Leistungen Japans in den genannten Richtungen waren zweifellos sehr viel größer, als man bei uns anerkennt oder auch nur ahnt; es bleibt aber zweifellos hier noch für Jahrzehnte sehr viel Arbeit zu leisten, die opferbereiten Einsatz von Hunderttausenden von Japanern fordert.

Aber die Vorteile der russischen Stellung gegenüber Mandschukuo können nur dann zur Geltung gebracht werden, wenn Rußland bei annähernd gleicher Güte von Heer und Ausrüstung über eine gewaltige zahlenmäßige Überlegenheit verfügt, so daß es durch diese zahlenmäßige Überlegenheit die Vorteile ausgleichen kann, die Japan durch den Besitz der inneren Linie auf jedem einzelnen Kriegsschauplatz zufallen. Alle diese Voraussetzungen treffen aber offenbar einstweilen und für absehbare Zeit nicht zu. Die „Grenzzwischenfälle" zwischen russischen und japanischen Truppen, die sehr oft den Charakter wirklicher Schlachten trugen und politisch fast als Versuchsschlachten zu werten waren, scheinen bisher immer eine bedeutende Überlegenheit der japanischen Truppe und der japanischen Ausrüstung ergeben und mit taktischen Schlappen bei beträchtlichen Material- und Menschenverlusten für die Russen geendet zu haben.

Die russischen Streitkräfte in Ostasien sind in den letzten fünf Jahren mindestens verdoppelt worden, von 200 000 auf mindestens 400 000. Mit diesen Zahlen sind aber wohl die westlich von Mandschukuo stehenden Truppen, also im Raum zwischen Mandschukuo und Baikalsee, nicht miterfaßt. Auch die russischen Truppen in Ostasien sind Kerntruppen und aufs beste mit Fliegern, Tanks und anderen modernen Waffen ausgestattet.

b) Wir besprechen jetzt den Fall eines *japanischen Angriffs*.

Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß Japan in einem Krieg mit Rußland sofort zum Angriff übergeht, die russische Umklammerung Mandschukuos nicht nur an einer, sondern an mehreren Stellen durchstößt und die *Bahnlinie unterbricht*, die Russisch-Ostasien über russisches Gebiet mit der Heimat verbindet. Während es sich bei solchen Unterbrechungen entlang dem Amurverlauf der Bahn mehr um vereinzelte Vorstöße verhältnismäßig schwacher Truppeneinheiten und also von vorübergehendem Charakter handeln dürfte, wäre sowohl im Westen wie im Osten damit zu rechnen, daß Japan eine dauernde Unterbrechung zu bewirken sucht. Die schweren Kämpfe an der mongolischen Grenze von Mandschukuo im Juli 1939 scheinen aus dem russischen Bemühen hervorgegangen zu sein, Japan aus günstigen Ausgangsstellungen für eine von hier aus gegen Westen, gegen die Bahnlinie gerichtete Operation zu vertreiben.

Rußland hat geplant, sich noch eine weitere Bahnlinie nach Ostasien zu legen, im ganzen parallel zur gegenwärtigen Bahnstraße, aber weiter nördlich, im Amurgebiet vielleicht 200—250 km weiter nördlich. Wenn man mit dem Bau dieser Bahn über Anfänge nicht hinausgekommen ist, so mag dafür die Erwägung entscheidend gewesen sein, daß diese neue Bahnlinie wohl im Amurbogen sicherer gewesen wäre als die jetzige, nicht aber dort, wo sie von der jetzigen abzweigen müßte, also etwa bei Tschita. — Während also ein japanischer Vorstoß bis etwa nach Tschita die fast völlige strategische Abschneidung ganz Russisch-Ostasiens von der Heimat zur Folge haben würde, würde ein Vorstoß nach Osten die Ussuribahn: Charborowsk—Wladiwostok treffen und damit Wladiwostok von der Heimat abschneiden.

Japan hat an der Mandschukuo-Ostfront drei Angriffsziele. Erstens Wladiwostok, zweitens das russische Ussuri-Gebiet bis zum Meer, drittens das untere Amur-Gebiet von Charborowsk

abwärts. Für den Aufmarsch gegen Wladiwostok stehen, wie bereits erwähnt, drei Bahnen zur Verfügung, erstens eine Bahn längs der koreanischen Küste nach Norden, zweitens eine Verbindungsbahn nach dieser Bahn von Süd- und Mittelmandschukuo aus, drittens die alte transsibirische Bahn. Das ganze Gebiet südlich Wladiwostok bis zur Grenze ist wohl heute als Vorgelände der Festung zu betrachten und entsprechend ausgebaut.

Der Aufmarsch und die taktische Gliederung der russischen Armee in Ostasien dürfte der allgemeinen Lage der Verteidigung entsprechen. Wladiwostok hat selbstverständlich eine angemessene Garnison. Daneben steht im Ussuri-Gebiet eine starke Armee, wohl ziemlich weit südlich, dort, wo die Bahn von Charbin her über das Gebirge kommt, da man hier einen japanischen Angriff erwarten kann. Damit aber droht die Abschneidung der rückwärtigen Verbindungen durch weiter nördlich vorstoßende japanische Abteilungen; etwa von Hulin aus; weiter nördlich bietet das ziemlich unwegsame Waldgebirge zwischen Sungari und Ussuri für kleinere Abteilungen ein günstiges Operationsfeld. Grundsätzlich kann die russische Ussuri-Armee vor einem überlegen im Ussuri-Gebiet vorstoßenden Feind nach Norden oder nach Süden ausweichen, im letzteren Fall die Besatzung Wladiwostoks verstärkend, im ersteren Fall auf die um Chaborowsk stehende russische Armee zurückfallend. Der Rückzug nach Norden wird schwierig sein, wenn erst einmal das Talgebiet selbst mit seinen Verkehrswegen, Bahn und Straße, nicht mehr benutzbar ist. Andererseits ist auch für die Japaner der Kamm des Küstengebirges nicht leicht zu erreichen, und noch schwieriger wird der Vorstoß zur Meeresküste und damit die Zerschneidung der russischen Küstenprovinz in zwei Teile.

Die zweite russische Hauptarmee in Ostasien hat als Mittelpunkt die starke Festung Charborowsk an der Ussuri-Mündung und deckt das untere Amurgebiet. Sie kann sich auf diese Aufgabe beschränken und die Ussuri-Armee gegen einen japanischen Angriff ihrem Schicksal überlassen, oder sie kann der Ussuri-Armee zu Hilfe kommen: dann gerät sie in Gefahr, das Schicksal dieser Armee zu teilen; oder sie kann eine Entlastungsoffensive, etwa das Sungarital aufwärts, versuchen. Wahrscheinlich ist dann das Schicksal der Ussuri-Armee bereits entschieden, bevor sich die Wirkung dieser Offensive selbst gegen eine schwache japanische Verteidigung strategisch geltend machen könnte, und damit würde sich die Lage auch dieser Armee sehr schwierig gestalten.

Bei diesen Überlegungen ist dann noch nicht berücksichtigt, daß die Abschneidung dieser ostasiatischen Armeen Rußlands sehr viel weiter westlich droht. Diese Gefahr für die eigentlich ostasiatischen Armeen zu vermindern, bemüht sich allerdings Rußland, indem es sich im Amur-Gebiet eine leistungsfähige Industrie, vor allem Kriegsindustrie aufbaut, so daß die russischen Armeen in Ostasien wenigstens einige Zeit auch bei nur geringen Verbindungen mit der Heimat aushalten können. Solche Verbindungen werden selbstverständlich immer bestehen, sowohl auf dem Luftweg, als auf dem Seeweg und wahrscheinlich, wenn auch schwierig, auf dem Landweg.

Was die Verbindung Russisch-Ostasien zur See mit der Heimat betrifft: Rußland hat im letzten Jahrzehnt intensiv und fast mit Begeisterung daran gearbeitet, die Eismeerroute als eine Art „inneren" Wasserweg des Russischen Reiches auszubauen: ein an sich genialer Gedanke; es hat auch in dieser Beziehung sehr beträchtliche Erfolge. Aber der Weg entlang der unwirtlichen Eismeerküsten bleibt auch im besten Fall weit, seine Befahrbarkeit trotz eines ausgedehnten tüchtigen und opferbereiten Flugdienstes (für die Feststellung der offenen Wasserrinnen) und trotz des Einsatzes schwerer und schwerster Eisbrecher unsicher und gefährlich. Aber wenn auch schließlich über die Beringsee der offene Nord-Pazifik erreicht ist, so ist dann erst noch der Zugang zur Ochotsk-See gegen japanische Luft- und Seestreitkräfte auf den Kurilen zu bewerkstelligen —, von dem noch viel schwierigeren Zugang zur Japan-See durch die Zugaristraße ganz zu schweigen.

Die Lage der beiden russischen Armeen in Ostasien ist also sehr schwierig. Trotzdem kann Rußland für sein Amurgebiet und für die nördlichen, nach dem Amur hin sich öffnenden Gebirgsländer, die sein natürliches Kolonisationsgebiet darstellen, auf den Zugang zum Meer nicht verzichten, der nach dem orographischen Aufbau des Landes in Wladiwostok liegt. Daraus folgt, daß Rußland immer wieder um den Besitz von Wladiwostok wird kämpfen müssen, wenn es ihm je genommen werden sollte. Aber Rußland wird friedlich gesinnt sein, solange es Wladiwostok besitzt, weil es sich der Gefährdung seiner Stellung dort wohl bewußt ist. Wladiwostok hat also offenbar nicht den Beruf, Russen und Japaner in Feindschaft gegeneinander zu kehren, sondern umgekehrt, sie zu freundnachbarlicher Zusammenarbeit zu einen.

C. Der Südwestsektor und das China Tschiangkaischeks

In China herrscht auch heute noch Kriegszustand; eigentlicher Krieg ist bekanntlich niemals erklärt worden. Und es wäre möglich, daß er noch länger andauert. Jedenfalls bereiten sich heute beide Parteien noch für eine lange Kriegsdauer vor. Die Chinesen, weil sie glauben, daß die Zeit für sie arbeitet; sie hoffen auf eine wirtschaftliche und moralische Erschöpfung Japans; demgegenüber wünschen die Japaner nun gerade zu zeigen, daß sie den Krieg nötigenfalls beliebig lange aushalten können, und daß er für sie viel leichter zu tragen ist, als für die Chinesen. Sind in der Gegenwart schon Friedenszustände oft ziemlich labil, so erst recht Kriegszustände. Die Vorbehalte, die heute immer zu machen sind, sind also bei Voraussetzung des Kriegszustandes noch größer als sonst.

Man mag annehmen, daß militärisch in den Kämpfen zwischen Japan und China ein gewisser passiver Gleichgewichtszustand erreicht sein dürfte, daß also entscheidende Verschiebungen der beiderseitigen räumlichen Machtbereiche militärisch nicht mehr zu erwarten seien: China habe nicht die Macht, solche zu erzwingen; Japan fürchte eine gefährliche Schwächung seiner militärischen und wirtschaftlichen Reserven, wenn es solchen Versuch machen wollte. Denn das Gebiet, das Tschiangkaischek heute noch hält, ist ein äußerst schwieriges Gebirgsland, oder es ist durch sehr tiefe Zonen solchen Gebirgslandes geschützt und durch weitere solche Zonen durchbrochen, das dem Kleinkrieg fast unbegrenzte Möglichkeiten bietet und den Einsatz der mechanischen Waffen und Transportmittel schwierig oder auch unmöglich macht. Die Schwierigkeiten, die das Land an sich schon bietet, werden heute noch systematisch dadurch gesteigert, daß alle Straßen und Wege in der Grenzzone des Krieges, oder auch nur Möglichkeiten von Straßen und Wegen so weit zerstört werden, daß nur noch die Verbindung durch einzelne Menschen oder Lasttiere oder Reittiere aufrechterhalten wird. Es ist dadurch eine Zone militärischen Niemandlands geschaffen worden, in der sich mit Erfolg nur die mit dem Lande fest verwachsene Guerilla bewegen kann. Derartige Maßnahmen können aber die japanische Luftwaffe nicht hemmen. Sie kann alle Hauptstädte und alle Truppenansammlungen, Garnisonen, Flugplätze, wo solche festzustellen sind, angreifen und zerstören.

Die Japaner geben den Bereich des von ihnen besetzten chinesischen Gebietes für Ende Juli 1939 auf etwa 1,575 Mill. qkm an. Das St. J. d. D. R. nennt als Fläche des eigentlichen China 5,7 Mill. qkm, also ausschließlich der äußeren Mongolei, Chinesisch-Turkestans, Tibets. Tschiangkaischek unterstehen also gegenwärtig noch etwa 4 Mill. qkm. Von dem von Japan besetzten Gebiet entfallen auf das eigentliche China, zu dem wir an dieser Stelle die Innenmongolei nicht zählen, etwa 950 000 qkm, auf die innermongolischen Gebiete also etwa 600 000 qkm. Das von Japan besetzte Gebiet des eigentlichen China umfaßt also der Fläche nach etwa nur 1/4, der Bevölkerungszahl nach aber wohl annähernd die Hälfte Chinas. Zum japanischen Bereich gehört ganz Nordchina, die Ebenen (mit den in die Ebenen eingelagerten Gebirgsländern) Mittelchinas und die Küste Südchinas, sowie die Insel Hainan. Diese letzte ist seestrategisch in japanischen Händen noch viel wichtiger als landstrategisch, und sie soll daher zunächst ausscheiden. Die Besetzung der Küste soll nicht nur jede unmittelbare Einfuhr von Waffen für Tschiangkaischek vom Ausland hindern, sondern soll vor allem auch der Gefahr vorbeugen, daß chinesische Häfen zu Stützpunkten für ausländische Flotten gemacht werden. Japan wird also vielleicht nicht die ganze Küste Südchinas besetzen, aber es wird die ganze Küste nicht nur von der See her, sondern auch vom Land aus und jedenfalls von der Luft aus genau kontrollieren wollen. In der Umgebung der großen und mächtigen Hafenorte, wo, wie in der Umgebung Hongkongs, englisches Gegenspiel, noch weiter südlich französisches zu erwarten ist, also um Kanton, ferner um Swatau und Amoy wird Japan etwas tiefer in das Land eindringen müssen. Weitere Besetzungen der gegenwärtig noch unter Tschiangkaischek stehenden Gebiete mögen sich für Japan wegen der Beschaffung wesentlicher Rohstoffe, namentlich gewisser Mineralien, zweckmäßig erweisen.

Die von Japan besetzten Gebiete werden einstweilen militärisch gehalten. Ihre administrative Erfassung ist Japan bisher nur unvollkommen gelungen. Mit anderen Worten: die Hauptverkehrslinien und die größeren Städte sind fest in japanischer Hand; abseits von diesen aber ist der unmittelbare japanische Einfluß gering. Japan ist aber seit etwa einem Jahr mit Erfolg bestrebt, die großen Guerilla-Banden zu vernichten: Die Guerilla hat zweifellos in dieser Zeit an Gefährlichkeit und Intensität stark nachgelassen. Auch vom Wirtschaftlichen her bahnt sich allmählich doch

eine gewisse Zusammenarbeit an. Mit einigem Erfolg wendet sich heute Japan an den ein Jahrhundert alten, tiefgefressenen und wohlbegründeten Haß der Bevölkerung gegen verschiedene weiße Nationen, vor allem gegen die Engländer, auch gegen die Franzosen. Namentlich vertritt der japanische General Doihara, der „Lawrence des Ostens", diese Idee der Vereinigung der Völker Chinas und Japans im Kampf gegen die Beherrschung und Ausbeutung der großen mongolischen Länder durch Europäer. Die Bewegung scheint erfolgreich fortzuschreiten; sie hat bis zur Boykottierung englischer Unternehmer durch chinesische Arbeiter geführt. Nach meiner Auffassung, von der ich allerdings weiß, daß sie von namhaften Chinakennern nicht geteilt wird, wird diese politisch-nationale Bewegung der Zusammenarbeit zwischen China und Japan unter dem Gedanken der Befreiung Ostasiens von den Weißen, soweit diese als eine von Natur bevorrechtigte und deshalb ausbeutende Klasse auftreten, weiter wachsen: sie hat einfach die Wirklichkeit, die Vernünftigkeit, die Gerechtigkeit für sich. Aber diese Bewegung kann nicht allein und noch weniger sofort den Krieg beenden.

Gegenüber einem feindlichen Südwestchina ist also Japan zunächst bestrebt, eine Aufrüstung dieser Gebiete in einem Maß, das sie zu neuen Operationen großen Stils befähigen würde, zu verhindern. Diese Aufrüstung könnte entweder durch die Masseneinfuhr von Kriegsmaterial aus französischem, englischem, russischem Gebiet erfolgen, oder durch den Aufbau neuer Rüstungsindustrien. Der Aufbau höherer Rüstungsindustrien aber erfordert seinerseits wieder die Einfuhr von sehr großen Massen schwerer und komplizierter Maschinen und Werkzeuge, die sich ohne leistungsfähige Bahnen schwierig und verlustreich gestaltet. Zudem ist diese Südwestzone — im Gegensatz zu Nord- und Mittelchina — an Kohle nicht reich, wenn auch wahrscheinlich die wichtigsten Metallerze hinreichend und einige sogar reichlich vorhanden sind. Jedenfalls aber erfordert der Aufbau höherer Rüstungsindustrien einschließlich der Heranbildung der nötigen Arbeiter und Ingenieure viel Zeit. Er wird ferner gestört, vielleicht auch ganz unmöglich gemacht durch die feindliche Luftwaffe. Also kommt gegenwärtig für die Aufrüstung vor allem die Einfuhr in Frage. Dafür sind die wichtigsten Wege: von Rußland über Chinesisch-Turkestan; von Französisch-Indochina sowie von Burma nach Yünnan, also tief in das Hinterland. Nach der südlichen Provinz Kwangsi kommt

die Einfuhr aus dem französischen Pachtgebiet Kwangtschau nahe der Hainan-Straße und über Pachoi*) an der Tonking-Bucht. Am stärksten ist die Einfuhr von Indochina nach Yünnan, wo bis Yünnanfu eine Bahn zur Verfügung steht. England erwartet, daß die neue Straße Burma—Yünnan die Einfuhr aus englischem Gebiet beträchtlich steigern wird. Die nach Kwangsi führenden Wege dauernd zu unterbrechen, kann heute für Japan keine unlösbare Aufgabe mehr darstellen. Auch die Bahn Tonking—Yünnanfu wird von seinen Bomben erreicht. Die anderen drei Wege sind aber alle für Japan nicht zu erreichen, allerdings auch sehr lang. So beträgt auf der neuen Burma—Yünnan-Straße die Entfernung von Laschio, der Talstation der Bahn, bis zur Grenze 204 km, wobei der Weg bis auf 1500 m ansteigt, dann von der Grenze bis Yünnanfu auf dem Weg nach Tschunking am Yangtsee noch etwa 1050 km.

D. Der Südwestsektor: Das französische und englische Hinterland

Wenn wir auch nicht glauben, daß das Tschiangkaischek-China die politische und wirtschaftliche Befriedung der von Japan besetzten militärischen Teile mit chinesischen Regierungen in Peking und Nanking auf die Dauer wird verhindern können, so sperrt doch dieses Südwestchina in seiner feindlichen Haltung gegen Japan den Landweg für Japan nach dem weiteren Süden durch das Innere China vollständig und bedroht den Küstenweg wesentlich. Das China Tschiangkaischeks bildet also einen wirksamen Schutz für Französisch-Indochina, sowie für Britisch-Hinterindien und auch für Britisch-Malaia. Südwestchina in seiner feindlichen Haltung gegen Japan möglichst zu bestärken, den Kriegszustand zwischen ihm und Japan nicht zu einem Ende kommen zu lassen, und es militärisch soweit fortdauernd aufzurüsten, daß Japan es militärisch nicht vernachlässigen kann, jedenfalls nicht, wenn es einen Vormarsch antreten will, der für fast 1500 km an diesem Südwestchina vorbeiführen würde, und der zweckmäßig überhaupt quer durch die Hochländer dieses Südwestchinas gelegt würde, ist also ein sehr wesentliches Interesse sowohl Frankreichs wie auch

*) Auch Pachoi ist Mitte Oktober 1939 von den Japanern besetzt worden.

Englands, die auch in dieser Frage ganz Hand in Hand gehen können.

Somit kommt eine unmittelbare militärische Auseinandersetzung zwischen Japan und Französisch-China auf dem Landweg einstweilen nicht in Frage, noch weniger mit Burma oder Malaia. Die hier bestehenden Möglichkeiten brauchen also im Rahmen dieser Darstellung nicht weiter besprochen zu werden.

II. Japans militärisch-strategische Lage gegenüber der See

A. Die geographischen Gegebenheiten in ihren staatlichen Zuordnungen

a) Vorbemerkungen

1. Die Meeresräume (also auch die Lufträume über dem Meer), sind, wie schon hervorgehoben, an sich strategisch bedeutungslos, da der Mensch an das Land gebunden ist und immer gebunden bleibt. Meeresräume erhalten also immer erst Bedeutung durch ihre Bezogenheit auf bestimmte Küsten, nicht notwendig die Küsten dieser Meere selbst, aber zunächst jedenfalls auf die eigenen Küsten. Meeresräume sind also immer auf bewohnte Erdräume gemäß ihrer staatlichen Zugehörigkeit bezogen und sind von ihnen aus zu verstehen.

Soll die Küste für den seefahrenden Menschen brauchbar sein, so muß sie ihm nicht nur eine Grenzlinie darstellen zu seinem eigentlichen Lebensraum auf dem Land, sondern sie muß auch seinen Schiffen sicheren Ankerplatz, angemessene Anlegemöglichkeiten, Verlade- und Entladeeinrichtungen, hinreichende sanitäre Sicherungen und gute Verkehrsverbindungen mit dem Hinterland bieten. All das läßt sich heute zwar auch künstlich schaffen: fast jedem größeren Hafen der Welt muß mindestens in einer der genannten Beziehungen künstlich nachgeholfen werden. Aber die Gunst der Natur kann keine Technik hier ersetzen. Für einen Kriegshafen kommt noch hinzu die Forderung des Schutzes gegen feindliche Angriffe vom Land, von der See, von der Luft aus.

Somit fassen sich die strategischen Linien der Seekriegführung, die zunächst durch die Küstenlinien gezeichnet sind, tatsächlich in wenigen Punkten zusammen.

Hier ist eine doppelte Entwicklung festzustellen. Während auf der einen Seite die Entwicklung in die Richtung drängt, an die Stelle einer Mehrzahl kleinerer Häfen große Festungsgebiete oder befestigte Zonen zu schaffen, mit ausgedehnten Hafenanlagen oder mindestens Ankerplätzen, so daß man für ein solches Festungsgebiet fast von einem Hafensystem reden kann; während man also ein Höchstmaß von Waffenwirkung, von Schutz, von Angriffs- und Verteidigungskraft an einer einzigen Stelle zusammenzuraffen sucht, gleichzeitig in Verbindung mit riesigen Magazinen, Werkstätten, Werften, Dockanlagen, geht die Entwicklung auf der anderen Seite in Richtung einer immer wachsenden Streuung. Es gibt heute überhaupt keinen Hafen mehr, und sei es der ärmlichste Fischerhafen, der nicht für U-Boote und Schnellboote, auch für kleinere Torpedoboote, für Minenlegboote und Minensuchboote und andere Spezialschiffe der Flotte und vor allem für Flugboote wertvoll werden kann. Auch lassen sich primitive Seeverteidigungen durch Minensperren, oder einfach auch durch das Vorhandensein von U-Booten, ferner durch Heranschaffung von Geschützen der Küstenverteidigung oder von schweren Batterien des Feldheeres mit Eisenbahn und Auto leicht improvisieren. Was hier eine energische Verteidigung leisten kann, das hat man an den Dardanellen im Weltkrieg gesehen. Also der alte Unterschied zwischen befestigt und unbefestigt ist auch hier stark verblaßt: auch in bezug auf die Küste im Seekrieg ist der moderne Krieg mehr total als der Weltkrieg war. Wenn wir also tun, als ob es nur Hongkong, Singapur, Cavite und einige andere Kriegshäfen im ostasiatischen Raum gäbe, so ist dabei immer im Auge zu behalten, daß es sich in gewissem Sinn um eine schematische Vereinfachung handelt, ungefähr ebenso, wie wenn man bei der Angabe der Flottenstärke nur die Schlachtschiffe als die typischsten Vertreter der Flottenstärken nennt.

2. Es ist daher auch keineswegs unwesentlich, daß die Japaner, deren Fischereifahrzeuge überall in Ostasien und bis in die australischen Gewässer hinein zu finden sind, über eine Kenntnis der Gewässer, der Strömungen, der Küstenverhältnisse, und auch der kleinsten Häfen und Anlegeplätze im ganzen ostasiatischen Raum verfügen, die die anderen Seemächte doch wohl kaum für ihre

eigenen Gewässer besitzen und die bei den einheimischen Chinesen und Malaien auch immer nur eng lokal gebunden ist. Die Kenntnis aller dieser Verhältnisse kann für den Kleinkrieg zur See sehr wichtig werden, damit aber schließlich auch für den Großkrieg. Denn der Kleinkrieg ist immer ein wesentlicher und er kann leicht auch ein entscheidender Faktor des Großkrieges werden.

3. Dem Pazifischen Ozean ist der Inseltyp des Atolls charakteristisch. Das Atoll, das zunächst als Kraterrand eines Vulkans zu verstehen ist, besteht aber sehr oft aus Korallenbildungen: Dann ist der Kraterrand des Vulkans nur bis unmittelbar unter die Meeresoberfläche heraufgetrieben worden, oder, und das ist wohl die Regel, der Kraterrand ist im Lauf der Zeit wieder langsam ins Meer zurückgesunken und während dieses langsamen Herabsinkens hatten die Korallen Zeit, Korallenfels aus den im Meerwasser gelösten Substanzen aufzubauen. Je nach der mehr oder weniger gleichmäßigen Ausbildung des Kraterrandes sind die Atolle mehr oder weniger regelmäßig kreisrund, offen oder geschlossen. Im einfachsten Fall bestehen sie aus einem — sehr verschieden — breiten Streifen festen Landes um das runde und tiefe Wasserbecken im Inneren. Oft handelt es sich um viel zu wenig Land, um auch nur eine einzige Familie zu ernähren. Diese Atolle stellen also meist in der unendlichen Meereswüste des Pazifischen Ozeans winzige feste Punkte dar*).

Gerade die typischen Atolle haben große Bedeutung gewonnen durch das moderne Flugzeug. Sie geben mit ihrer völlig geschützten Binnenwasserfläche den Flugbooten ideale Landeplätze mitten im Ozean. Sie bilden heute einen wesentlichen Bestandteil des strategischen Aufmarsches zur See im Pazifischen Raum.

Halb versunkene Krater können aber auch für die Schiffahrt und somit auch für Kriegsflotten ausgezeichnete Naturhäfen abgeben: Honolulu ist ein solcher Kraterhafen, ebenso das unmittelbar benachbarte Pearl Harbour, der große USA.-Kriegshafen in der Hawaii-Stellung. Diese Häfen sind dann von Natur sehr

*) Die außerordentlich weite Verbreitung des Atolltyps im Pazifischen Ozean, wobei die Streuungsdichte sehr verschieden ist, erklärt sich aus der Eigenart des Meeresbodens. Der Boden des Pazifischen Ozeans stellt großenteils eine sehr gleichmäßige Ebene etwa 4000 m unter dem Wasserspiegel dar, unter der aber starke vulkanische Kräfte tätig sind. Daher sind auch Seebeben im Pazifik häufig; nicht selten haben sie in unterseeischen Vulkanausbrüchen ihre Ursache.

tief mit steil abfallenden Ufern. Die überhöhten Ränder des alten Kraterrandes geben beherrschende Verteidigungsstellungen.

Auch bei der Verwertung der Atolle für den modernen Luftkrieg zur See wird man die beiden Prinzipien der Konzentration und Streuung feststellen können. Es gibt also Atolle, die zu Zentralen des Luftkrieges ausgebaut und entsprechend auch befestigt werden, was immer auch bedeutet, daß den Hilfsschiffen der Flugboote und den Flugbooten, vor allem den Tankschiffen, durch einen Kanal Zugang zu der inneren Wasserfläche geboten ist; auf anderen Atollen wird der Flieger wenigstens frisches Wasser, einige Lebensmittel, einige Werkzeuge und Treibstoff finden, auch in Radioverbindung mit seiner Heimat treten können.

Diese Atolle haben also ungeheuren Gebieten des Pazifischen Ozeans einen neuen strategischen Sinn gegeben, von dem man noch vor wenigen Jahren nichts träumte. Denn sie gestatten vorübergehende oder auch dauernde Beobachtung solcher Gebiete; sie erlauben die Durchführung von Flügen über Entfernungen, die sonst überhaupt nicht zu überwinden wären oder jedenfalls nur ohne Nutzlast, also ohne Bomben und mit geringster Bewaffnung; sie sind Wetterstationen; sie bieten neben Tank- auch Reparaturmöglichkeiten; sie können vorübergehend oder dauernd zu selbständigen Operationszentren ausgebaut werden.

4. Von besonderer Bedeutung sind diese Fliegerstationen für den Aufklärungsdienst auf dem Ozean. Die Sicht vom einzelnen Schiff aus ist bekanntlich sehr beschränkt. Im allgemeinen gilt der Satz: soviel Kilometer (oder auch Seemeilen), wie Fuß über der Wasserfläche. Wenn daher von Vertretern der Marine darauf hingewiesen wird, daß sich der Laie von der Einsamkeit der Schiffe auf den Meeren keine Vorstellung mache, und also auch nicht von den Schwierigkeiten, ein feindliches Schiff, das sich frei auf dem Ozean bewegen kann, festzustellen und festzuhalten, und wie einfach daher auch sich die Durchführung des Konvoysystems gestalten könne, weil ja die Schiffsroute nur verhältnismäßig wenig aus der normalen Lage herausverlegt zu werden braucht, um die Auffindung durch ein feindliches Schiff zu einem reinen Zufall werden zu lassen, so ist das richtig. Radiomeldungen, die ein Schiff aussendet, können allerdings die Lage des Schiffes einigermaßen feststellen lassen, können dann aber allerdings auch wieder zu Täuschungsmanövern verwendet werden. Aufklärung zur See ist also vielleicht noch wichtiger als Aufklärung zu Lande.

Das Flugzeug liefert hier das geeignete Mittel: es verbindet weite Übersicht mit großer Beweglichkeit.

Solche Abpatrouillierung der Ozeane erfolgt nun am besten von einem entsprechend ausgebauten System von Atollstationen aus, das man sich also wie ein Polizeireviersystem einer großen Stadt zu denken hat. Ein einzelner Flieger kann dann im Verlauf weniger Stunden ein ausgedehntes Meeresgebiet überschauen; bei guten Sichtverhältnissen und bei einigermaßen klarem Wetter wird er wohl jedes Fahrzeug auf mindestens 50 km zu beiden Seiten seiner Flugroute feststellen können. In den tropischen und subtropischen Gebieten des Pazifischen Ozeans muß die Flugaufklärung der Meeresräume allerdings mit sehr viel ungünstigeren Witterungsverhältnissen rechnen: es herrscht hier sehr gleichmäßiges Wetter, rasch wechselnd zwischen Sonnenschein und starken Regenböen. Trotzdem ist es heute möglich — und die USA.-Aufklärungsboote der Luftwaffe sind für solche Aufgaben ausgezeichnet geschult —, gewaltige Meeresgebiete jeden Tag systematisch abzukämmen. Wenige Flieger genügen, um so ein Gebiet von etwa einer Million qkm unter Kontrolle zu halten. Hat aber der Patrouillendienst über der See irgendwo ein feindliches Schiff einmal festgestellt, so ist es verhältnismäßig leicht, seine weitere Bewegung zu verfolgen, bis hinreichend See- und Luftstreitkräfte herangeholt worden sind, um es anzugreifen.

b) Die japanische Spinne

Japan liegt wie eine gewaltige Spinne vor der ostasiatischen Küste. Die vier japanischen Hauptinseln, von Norden nach Süden: Jesso, Hondo, Schikoku, Kiuschiu bilden den Körper der Spinne. Von ihm gehen vier spreizende Füße aus, nämlich nach Norden zwei: in nördlicher Richtung Sachalin, in nordöstlicher Richtung die Kurilen-Kette bis zur Küste von Kamtschatka, beide Füße ausgehend von dem breit nach Norden ausladenden Jesso, und zwar von den beiden Ecken seiner Nordküste —; nach Süden zwei, und zwar erstens in südlicher Richtung bei dem fast rechteckigen Knie der Ost-Südküste der japanischen Hauptinsel bei Yokohama ansetzend, die Kette der sieben Inseln, noch in Küstennähe, sich fortsetzend in den Bonin-Inseln und später den Marianen-Inseln; zweitens in Südwestrichtung die an die Südspitze Kiuschius sich anschließende Kette der Riukiu-Inseln bis nach Taiwan. Die Kette

der japanischen Hauptinseln hat eine Erstreckung zwischen den äußersten Vorgebirgen von etwa 1900 km; der nördliche Sachalin-Fuß der japanischen Spinne hat (wenn wir ganz Sachalin als japanischen Spinnenfuß betrachten; politisch gehört Japan nur die Hälfte) eine Erstreckung von 1000 km, ebenso viel der Kurilen-Fuß. Von den südlichen Füßen aber hat der Marianen-Fuß eine Erstreckung von 2500 km, und der Riukiu-Taiwan-Fuß immer noch eine Erstreckung von 1450 km.

Die beiden Nordfüße der japanischen Spinne schließen den Dreiecksteil der Ochotsk-See ein: über sie ist bereits Hinreichendes gesagt worden.

Die beiden Südfüße der japanischen Spinne umfassen ein Meeresgebiet, das keinen besonderen geographischen Namen hat. Man wird ihm aber unter militärisch-strategischen Gesichtspunkten einen besonderen Namen geben. Wir bestimmen seine südliche Begrenzung mit Guam — Nordspitze der Philippinen, eine Entfernung von 2500 km; von hier bis zur Südspitze von Taiwan sind es nur 350 km. Wir nennen diesen Raum nach seinem südöstlichen Eckpfeiler Guam den Guam-Sektor. Er umfaßt etwa eine Fläche von 2,5 Mill. qkm.

Die Bedeutung seiner südlichen Begrenzungslinie liegt darin, daß diese südliche Begrenzungslinie, nach Osten hin verlängert, nach Pearl Harbour, der Hauptflottenstellung von USA. im Pazifik, führt, eine Strecke zur See von etwa 6100 km. Für die Flugboote zerlegt sich diese Strecke in drei Abschnitte: Honolulu—Midway, Midway—Wake, Wake—Guam, — von ungefähr gleicher Länge. Wake und Midway sind Atolle in der unendlichen Weite des Ozeans. — Von Pearl Harbour ist es bis zum Panama-Kanal 8700 km, nach Seattle 4500 km, nach Los Angeles 4100 km.

Den Meeresraum zwischen den beiden westlichen Füßen der japanischen Spinne kennen wir schon. Es sind die Küstenmeere der Japan-See und der Ostchina-See. Ihre unbedingte Beherrschung bildet die Grundlage für die militärische Herrschaft Japans gegenüber den Küstengebieten ganz Nord- und Mittelchinas und des japanischen Festlandbesitzes; über die Ostchina-See laufen die Verbindungen nach den Tiefebenen um den Yangtse mit Schanghai, Nanking, Hankau, und nach Schantung.

Der Meeresraum zwischen den beiden östlichen Füßen der japanischen Spinne führt hinaus in das insellose Gebiet des Pazifischen Ozeans, das sich in gewaltiger Erstreckung zwischen Japan,

den Kurilen, den Aleuten, der Nordamerikanischen Westküste erstreckt, mit der Südbegrenzung Hawaii—Guam.

c) Die Randmeerzone des Südostens

Die Randmeerzone wird gegen die ozeanische Zone abgetrennt durch die Philippinen. Diese kehren eine im einzelnen zwar vielfach gegliederte, im ganzen aber festgeschlossene Front dem Ozean zu. Diese Frontlinie hat von einem Ende bis zum anderen gerechnet, eine Erstreckung von fast 1500 km in ziemlich nordsüdlicher Richtung. Rechnet man dazu noch die zwei den Philippinen nördlich vorgelagerten kleinen Inselgruppen Batun und Babuyan, ebenfalls USA.-Besitz, so vergrößert sich die Nordsüd-Erstreckung noch um 300 km. An die Philippinenkette schließt sich südlich ein ziemlich aufgelöstes Inselgebiet, deren südliche Glieder man unter der Bezeichnung Molukken zusammenfaßt, bis nach Neuguinea. Schon bei den Molukken biegt die Frontlinie nach einer Ostsüdost-Richtung, fast Ost-Richtung um. Die Schranke, die hier Neuguinea auf eine Entfernung von etwa 1100 km bildet, setzt sich in dem Bismarck-Archipel noch für weitere 600 km fort und sperrt so den Zugang nach den ostaustralischen Meeren wirksam ab.

Die Zahl der von dieser Inselkette und der hinter ihnen liegenden Inselwelt gegen den Ozean abgetrennten Randmeere ist groß. Unter politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten kann ihnen eine beträchtliche Bedeutung zukommen, oder sie sind wichtig als Durchgangsstraßen zu strategischen Brennpunkten. Hier müssen wenige Bemerkungen genügen.

Unter militärischen und politischen Gesichtspunkten kommt der Südchina-See eine überragende Bedeutung zu. Alle in Ostasien überhaupt interessierten Seemächte treffen hier zusammen. Japan mit Taiwan, den Bokotos, den südchinesischen Häfen, Hainan und den Spratleys; Frankreich mit Französisch-Indochina; Thay; England mit Hongkong, Malaia (Singapur) und Nordborneo; Holland mit Sumatra und Borneo; USA. mit den Philippinen, Palawan im Süden, den Batuns und den Babyans im Norden.

Die Südchina-See bedeckt in ihrem Hauptteil etwa eine Fläche von 2,5 Mill. qkm. Dazu treten die großen Einbuchtungen des Golfs von Tonking und des Golfs von Siam mit zusammen mindestens weiteren 500 000 qkm; mit den Sonderfragen, die diese Nebengebiete bedingen, können wir uns nicht beschäftigen. Sie

gleicht einem Sack, der unten (bei Singapur) ein schmales Loch hat, von der Java-See als einem Randmeer abgesehen, während er oben weit (etwa 650 km) offen ist. Aber dieser Ausgang wird in seiner östlichen Hälfte strategisch beherrscht von den USA. gehörigen, nördlich an die Philippinen anschließenden Inselgruppen und in seiner westlichen Hälfte von Japan, namentlich in der Fokien-Straße. Zwischen den Batuns und Taiwan bleibt immerhin noch ein freier Raum von 150 km, der zwar nicht gesperrt, wohl aber leicht unter Beobachtung gehalten werden kann. Die Fokien-Straße, zwischen Taiwan und dem Festland, ist zwar 125 bis 200 km breit, aber etwa 300 km lang. Ihre besondere strategische Bedeutung liegt darin, daß sie einen breiten Zugang zur und Ausgang von der Ostchina-See darstellt. Sie kann weder vom Festland noch von Taiwan aus allein durch Landbatterien gesperrt werden. Taiwans flache und sumpfige Westküste hat zudem nur schlechte und fieberverseuchte Häfen. Für diese unbrauchbare oder schwer brauchbare Küste müssen dann die Bokotos in der Fokien-Straße eintreten. Ihre Entfernung von der Küste als Moment der Verengung der Fokien-Straße wird dadurch ziemlich ausgeglichen, daß sie nicht an der schmalsten Stelle der Fokien-Straße liegen, sondern nahe dem südlichen Eingang der Straße. Ihre 48 Inseln, von denen nur 21 bewohnt sind, bedecken eine Gesamtfläche von nur 220 qkm. Die Inseln können wohl heute als eine befestigte Zone gelten, obwohl die Befestigungen einstweilen kaum sehr stark sein dürften.

Nur 600 km von den Bokotos entfernt liegt Hongkong. Ihm gegenüber auf der anderen Seite der Südchina-See in der Bucht von Manila der USA.-Kriegshafen von Cavite. Die Entfernung Hongkong—Manila zur See beträgt 1200 km, die kürzeste Entfernung zwischen Hongkong und den Philippinen 800 km. Die Entfernung zwischen Hongkong und Singapur ist etwa 2700 km, die zwischen Manila und Singapur 2500 km. Drei Ketten kleiner Inseln ziehen sich quer durch die Südchina-See; die nördlichste wird gebildet durch die Gruppe der aus dem Golf von Tonking (Französisch-Indochina) vorgeschobenen Paracel-Inseln hinüber nach Manila; hier bleibt aber der größte Teil des Meeres inselfrei. Frankreich hat sie seit Ende 1938 besetzt und hält sie gegen japanischen Einspruch. Sie sollen als Fliegerstationen ausgebaut werden. — Eine zweite Gruppe spannt sich zwischen dem östlichen gebirgigen Ende der Frankreich gehörigen Cochinchina-Halbinsel und dem

USA. gehörigen Palawan. Hier erheben sich ziemlich in der Mitte des Meeres kleinere Gruppen von Felseninseln und Riffen ungefähr in zwei Reihen, in der Längsrichtung des Meeres verlaufend: die Spratley-Inseln. Japan hat sie 1939 in Besitz genommen. Auch ihr Wert ist ausschließlich militärisch-strategisch. Auch sie sind als Fliegerstützpunkte gedacht. — Schließlich schieben sich, schon in der Nähe und eigentlich im Vorgelände von Singapur Inselketten in das Meer hinein, welche den südöstlichsten Teil der Südchina-See mit Singapur fast abriegeln; diese Inselketten befinden sich in holländischem Besitz.

Die Anlage eines weiteren Paares von Kriegshäfen auf halber Entfernung zwischen Singapur und Hongkong bzw. Cavite, der eine an der gebirgigen Ostküste Indochinas (französisch), der andere in Britisch-Borneo, war schon seit längerer Zeit geplant. In den zwei letzten Jahren hat man wenig von diesem Plan gehört, und zwar wohl, weil gewisse technische sowie auch politische und finanzielle Fragen nicht befriedigend geklärt waren, und auch, weil man Japan nicht reizen wollte. 1938 tauchte nach Meldung der New York Times auf britischer Seite der Plan auf, Hainan zu besetzen, selbstverständlich mitten im Frieden und ohne jede Rücksicht auf die chinesischen Eigentumsrechte, wie das so englische Art ist. Diesem Plan sind die Japaner mit der Besetzung der Insel zuvorgekommen.

Die andere große Einbruchsstelle in die Randmeere der australasischen Zone von Norden her liegt dort, wo sich zwischen den Philippinen und Neu-Guinea die geschlossene Inselfront auflöst. Der Weg mag hier weiterführen über die Banda-See in die Torresstraße und damit an die Nordküste von Australien und in den Indischen Ozean. Was immer man sonst von den strategischen Möglichkeiten eines solchen Unternehmens denken mag, die Entfernung zwischen dem Kriegshafen Kure an der Südküste von Kiuschiu, der südlichsten der japanischen Hauptinseln, bis zu jener Einbruchsstelle beträgt mindestens 3000 km, und von hier bis zur Torresstraße sind es weitere 1300 km.

Operationen in den zahlreichen anderen Randmeeren dieser Gebiete, also der Java-See, der Sulu-See, der Zelebes-See, der Makasar-Straße, um nur einige der wichtigsten zu nennen, können, namentlich wenn die Japaner Unterstützung bei den Eingeborenen finden, empfindlich stören und nicht unbeträchtliche See- und Luftstreitkräfte binden.

d) Der offene Pazifische Ozean

Man wird den offenen Pazifischen Ozean, soweit er im japanischen Macht- und Interessenbereich liegt, also in der Hauptsache seinen nördlich des Äquators gelegenen Teil zweckmäßig in vier Sektoren aufteilen mit dem Mittelpunkt Hawaii. Die Hauptteilungslinie ist gegeben durch die Linie Guam—Hawaii und dann weiter nach Los Angeles oder San Diego, also bis zur Grenze USA.—Mexiko. Die nördliche Hälfte wird dann weiter unterteilt durch die Linie Hawaii nach der westlichsten Alëuten-Insel. Die südliche Hälfte wird weiter geteilt durch eine Linie Hawaii—Gilbert-Inseln.

Ungefähr auf der Linie Guam—Hawaii liegen die beiden Tankstellen für den Transpazifischen Flugdienst von USA., Midway und Wake. Diese werden von der USA.-Kriegsmarine unterhalten und stehen, ebenso wie auch Guam, unter USA.-militärischer Verwaltung.

Die Hawaii-Gruppe setzt sich zusammen aus einer Kette von Inseln, Atollen, Riffen und Felsen, von denen acht Inseln bewohnt sind, die in einer Gruppe beisammen liegen. Die Gesamterstreckung der Hauptinseln (OSO nach WNW) beträgt etwa 600 km; mit den kleineren Inseln kommt man auf eine Erstreckung in der gleichen Richtung von etwa 2800 km. Die Gesamtfläche beträgt etwa 16 700 qkm, wovon auf die Hauptinsel Hawaii etwa 2/3 entfällt. Die strategisch weitaus wichtigste Insel Oahu mit Honolulu und dem Kriegshafen Pearl Harbour, hat nur 1560 qkm. Zur besseren Verbindung nach Midway sind in den letzten zwei Jahren zwischenliegende Inseln der Gruppe mit Fliegerhorsten ausgerüstet worden, vor allem das etwa halbwegs zwischen Oahu und Midway liegende French Frigate Shoals. Dieses letztere stellt auch ein wichtiges Verbindungsglied nach der Alëuten—Alaska-Stellung von USA. dar.

Im Südwestsektor liegen die Japan als Mandatsgebiet gehörigen Marschall- und Karolinen-Inseln. Diese erstrecken sich in ostwestlicher Richtung ungefähr über 45 Längengrade, also über fast 5000 km; in nordsüdlicher Richtung hat die Karolinengruppe eine Breite von etwa 900 qkm, die Marschallgruppe, weiter nach Norden ausholend, in zwei nordsüdlich verlaufenden Linien angeordnet, eine Breite von etwa 1500 km. Das Karolinengebiet, auf welches von diesem Raum etwa 2/3 ent-

fallen, zählt vielleicht 500 Koralleninseln, großenteils Atolle; die Inseln sind in ihrer Mehrzahl ganz klein; die größte hat etwa 9000 Einwohner. Die 24 Marschall-Inseln haben im ganzen etwa 10 000 Einwohner.

Die hohe militärische und strategische Bedeutung dieser Südwest-Zone wird gekennzeichnet durch die parallelen, aber entgegenlaufenden strategischen Linien: im Norden die Hauptstraße, die sich USA. ostwestlich über den Ozean baut oder bauen will, von Pearl Harbour über Midway, Wake, Guam nach Cavite, zunächst eine Luftstraße, an deren Ausbau als strategischer Wasserstraße aber intensiv gearbeitet wird. Weiter im Süden, nur wenige hundert Kilometer entfernt die strategisch von West nach Ost verlaufende japanische Inselstellung, die in ihrer ganzen Länge die Luftstraße, die sich USA. über den Ozean gebaut hat, und die Wasserstraße, die es sich hier bauen will, flankiert. — Japan hat jetzt einen regelmäßigen Flugdienst über die Marianen- nach den Karolinen- und den Marschall-Inseln eingerichtet. Die Kreuzung der beiden großen Luftlinien von USA. nach Ostasien und von Japan nach seinen südlichen Inselgebieten irgendwo in der Nähe von Guam kann als symbolisch betrachtet werden.

In dem östlich an den Südwestsektor anschließenden Südostsektor besitzt Japan keine Stützpunkte mehr. Während seine Stellung im Südwestsektor sehr stark ist, klingt die Stärke dieser Stellung nach Osten zu mit der Entfernung rasch ab. Es macht sich der Einfluß der Festungszone Hawaii dafür um so stärker geltend. Aber er ist nicht allein entscheidend. Sondern in diesem Meeresgebiet finden sich in äußerst dünner Streuung einzelne Atolle oder auch ganz kleine Gruppen von Atollen. Sie sind schon lange bekannt, aber bis zur Gegenwart hat sich niemand um sie gekümmert. Heute sind sie von sehr hohem strategischen Interesse als Stationen für die Patrouillierung dieser Meeresgebiete im Kriegsfall. In schachbrettartiger Anordnung hat hier USA. eine Sperrlinie quer durch den Ozean nach Süden gezogen mit den Inseln Johnston, Palmyra, Canton, Samoa. Palmyra liegt, etwa halbwegs Samoa, 1600 km von Pearl Habour. 800 km weiter westlich liegt Johnston, etwa 1200 km von Pearl Harbour entfernt, und etwa 800 km südlich Johnston liegt Canton.

Die restlichen Teile des Südostsektors, ebenso der Nordwestsektor und der Nordostsektor sind insellos. Hier handelt es sich also nur noch um Entfernungen und um die Stützpunkte der ver-

schiedenen Mächte in den Umgrenzungsgebieten. Von Panama nach Pearl Harbour sind es 8700 km, von Panama nach Samoa 10 300 km; von San Diego nach Pearl Harbour 3900 km. Panama und Diego sind sehr starke Stützpunkte der USA.-Flotte und Luftwaffe.

Im Nordostsektor haben die letzten Jahre einen außerordentlich starken Ausbau der strategischen Stellung von USA. gebracht, und zwar mit dem Ziel, durch eine sehr starke Angriffsfront in Alaska und auf den Aleuten, die sich sowohl nach Westen wie nach Süden kehrt, diesen ganzen Sektor trotz seiner Insellosigkeit gegen japanische Unternehmungen zur See und in Verbindung damit: Unternehmungen zur Luft möglichst abzuriegeln. Es ist dabei wesentlich zu wissen, daß die kürzeste Verbindung zwischen Tokio und San Franzisko nicht etwa quer über den Ozean verläuft, wie man nach den Darstellungen unserer Karte glauben möchte, sondern hart an dem Küstenrand Asiens und Amerikas entlang, gemäß dem Satz, daß die kürzeste Verbindung zwischen zwei Kugelpunkten der durch diese Kugelpunkte und den Mittelpunkt laufende größte Kreis ist. Die Pazifische Küste des Hauptlandes von USA. ist menschenfeindlich. Sie hat nur wenige bedeutende oder auch nur mögliche Häfen; hohe Gebirge steigen hier, wie auch in Kanada und Alaska, oft unmittelbar aus dem Meer auf. Die wenigen guten Häfen sind schwer befestigt. An der usamerikanischen Küste des Hauptlandes sind die großen militärischen Zentren: San Diego, San Pedro (Los Angeles), San Franzisko, Puget Sound (bei Seattle); weiter in Alaska: Sitka, Kodiak, Unalaska und dann weiter auf den Aleuten. Die Entfernung San Franzisko—Pearl Harbour ist mit 4000 km ungefähr ebenso weit wie die von San Diego und San Pedro nach Pearl Harbour; die Entfernung Seattle—Pearl Harbour ist mit 4300 km nicht viel weiter. Unalaska — ungefähr genau nördlich von Pearl Harbour — ist von diesem wieder etwa 4000 km entfernt; die Entfernungen Sitka und Kodiak—Pearl Harbour sind bis auf 100 oder 200 km ebenso groß. Zwischen Puget Sound und Sitka schiebt sich noch die kanadische Flotten- und Flugstation Esquimalt (auf der kanadischen Seite des Puget-Sundes) ein. Für die Raumbeherrschung hat sie wenig Bedeutung. Die Entfernungen entlang der Küste — Schiffsentfernungen, die von den Luftentfernungen namentlich von Puget Sound an nördlich sehr wesentlich abweichen, aber auch von jenen Schiffsentfernungen, die sich

ergeben, wenn die Schiffe nicht die große Inlandwasserstraße zwischen den Inseln und dem Festland benützen, sondern das Meer —, sind: Panama—San Diego, ca. 5300 km, San Diego—San Franzisko 840 km, San Franzisko—Seattle 1480 km (Luftentfernung über Land etwa 200 km weniger), Seattle—Sitka 1500 km (Luftentfernung etwa 400 km weniger), Sitka—Kodiak 1100 km (über das offene Meer), Kodiak—Unalaska 900 km (der Küste entlang), Unalaska bis zur westlichsten Aleuten-Insel 1100 km.

Der ganze Nordostsektor stellt sich also dar als ein völliger Kreissektor mit dem Mittelpunkt Pearl Harbour und mit dem Halbmesser etwa 4000 km. Die einzelnen Marine- und Fliegerstationen entlang diesem Halbkreis und dem Mittelpunkt stellen dann ein radiales Netz dar, das dieses Gebiet ziemlich dicht überdeckt. Angesichts der radialen Entfernungen wäre eine Kontrolle zur See dieses Gebietes nicht möglich. Eine Kontrolle von der Luft aus mit großen Flugbooten ist aber sehr wohl möglich. Gewiß sind Entfernungen von 4000 km mehr als man sie in der Luftkriegführung gern hat. Die Möglichkeit eines Unfalles wächst überverhältnismäßig an; die mitzuführende Nutzlast ist verhältnismäßig gering. Aber mit solchen Entfernungen rechnet heute auch der private Atlantikflugverkehr. Also eine regelmäßige Abpatrouillierung auch dieses Sektors ist heute möglich.

Der Nordwestsektor gehört wieder mehr Japan zu, im Norden auch Rußland. Die Entfernungen sind hier: Yokohama—Pearl Harbour ca. 6000 km, ungefähr ebenso weit Taiwan—Pearl Harbour. Da aber Japan auf Hawaii und in dessen Nähe keinen Landeplatz hat, so verdoppelt sich die notwendige Flugentfernung. Also Japan kann nicht damit rechnen, diese Gebiete in einer Weise regelmäßig abpatrouillieren zu können, wie dies USA. für den Nordostraum und für den westlichen Teil des Südostraumes möglich ist.

Ein sehr wesentliches Moment für die Abwägung der beiderseitigen Stellungen und Möglichkeiten des Seekrieges liegt auf politischem und psychologisch-moralischem Gebiet. Für England und USA. und Frankreich ist ein ostasiatischer Krieg schließlich ein Kolonialkrieg. Selbst sehr schwere Verluste der Flotten erschüttern die Stellung dieser Mächte in der Heimat nicht, können sie sogar unter Umständen stärken, wie das Beispiel Rußland nach 1905 zeigt. Japans heimatliche Machtstellung dagegen steht und fällt mit seiner Flotte. Der Verlust seiner Flotte kann also Verlust

von Japans Machtstellung überhaupt zur Folge haben und selbst die Existenz des japanischen Volkes, das ja nicht aus seinem eigenen Boden leben kann, bedrohen. Also setzt ein englischer oder USA.-Admiral viel weniger ein, wenn er in einer Seeschlacht die Existenz seiner Flotte wagt, als ein japanischer Admiral. Also wird die japanische Seekriegführung strategisch vorsichtig sein, auch wenn sie taktisch höchste und rücksichtslose Einsatzbereitschaft fordert. Die japanische Seekriegführung wird also der Verbindung strategischer Defensive mit taktischer Offensive zuneigen, wogegen englische und USA.-Seekriegführung mehr die strategische Offensive bei taktisch defensivem oder offensivem Verhalten bevorzugen werden.

Dem entspricht auch die moralische Haltung der Mannschaften und Offiziere. Jeder japanische Matrose und Flieger weiß, daß er in Ostasien unmittelbar für die Heimat kämpft gegen landfremde und rassefremde Mächte, die in dieses Gebiet eindringen wollen. Er kämpft also mit fanatischem und heiligem Glauben; der Engländer, der Usamerikaner, der Franzose dagegen kämpft in Ostasien aus militärischer Disziplan, aus militärischem Pflicht- und Ehrgefühl, aus sportlicher Liebe zum Kampf, aus Abenteurer- und Erobererwillen. Entsprechend steht die japanische Marine in ihrem Mannschaftsersatz auf der allgemeinen Wehrpflicht, während sich die englische und die USA.-Marine durch Werbung rekrutieren. Die französische Marine hat allerdings auch die allgemeine Wehrpflicht, aber der französische Matrose dürfte keine besondere Lust für einen ostasiatischen Krieg haben. Tatsächlich ist die Verwendung der französischen Flotte, bis auf unbedeutende Einheiten, im Rahmen der englisch-französischen Zusammenarbeit auf Europa beschränkt. Die viel stärkere moralische Kraft liegt also bei der japanischen Flotte. Aber gerade für die Schlacht mag sich das Abenteurer- und Unternehmermoment gleichwertig erweisen.

Dieses Heimatbewußtsein der japanischen Flotte wird aber abnehmen mit der wachsenden Entfernung von der Heimat. Also auch dieses Moment wird dafür sprechen, die japanische Schlachtflotte möglichst nicht allzu entfernt von der Heimat einzusetzen.

B. Japans seestrategische Lage gegenüber den großen Seemächten

1. Die Flottenstärken

Für die wirkliche Machtlage zur See und der in ihr enthaltenen Möglichkeiten entscheiden neben der geographischen Lage die wirklich vorhandenen Machtmittel über Wasser, in der Luft und unter Wasser und die militärische Stärke ihrer operativen Ausgangsstellungen. Jedes Urteilen über die Möglichkeiten angriffsweiser oder verteidigungsweiser Kriegführung zur See ist also notwendig an bestimmte Voraussetzungen auf beiden Seiten gebunden. Die Vorfrage lautet also: wie groß ist Japans Stärke zur See, verglichen mit der Stärke anderer großer Seemächte, die als seine wahrscheinlichen Gegner zu betrachten sind: USA. und England? Steht eine Änderung des gegenwärtigen Stärkeverhältnisses zu erwarten? Was bedeutet dieses Stärkeverhältnis unter den gegebenen technischen und politischen Voraussetzungen?

Der Washingtoner Vertrag (1922) setzte bekanntlich die Höchststärke der japanischen Flotte im Verhältnis zu den Höchststärken der englischen und der USA.-Flotte zu 3:5:5 fest und legte dann selbstverständlich auch diese Höchststärken selbst, samt Lebensdauer der Schiffe fest. Dieses Verhältnis blieb (mit einigen Änderungen durch das Londoner Abkommen 1930, die nicht mehr weiter hier interessieren) bis zur Kündigung dieses Londoner Abkommens 1934 für 1936 durch Japan bestehen. Nachdem namentlich USA., aber auch England im wirklichen Flottenaufbau gegenüber den Vertragshöchststärken zunächst rückständig waren, ist diese Rückständigkeit seit 1934 eingeholt worden. Kriegsflotten, auch nur einzelne größere Schiffe, baut man nicht von einem Jahr auf das andere. Gerade der Kriegsschiffbau erfordert die genaueste Zusammenarbeit sehr vieler, sehr verschiedenartiger hochspezialisierter Industrien und erfordert den Einsatz gewaltiger Mengen von Kapital und Arbeit —, was sich in den sehr hohen Kosten des Kriegschiffbaues ausspricht. Also die Zahlen der Flottenstärken von 1936 geben auch für die Gegenwart noch ein ganz gutes Ausgangsbild.

Die japanische Marine — ihr Sprecher war in diesem Fall Admiral Mitsumosa Yonei — forderte eine Stärke der japanischen Marine gleich der der größten Seemacht der Welt. Japan hat

seit 1936 sein Flottenbauprogramm nicht mehr bekanntgegeben und auch jede internationale Verpflichtung in diesem Punkt gegenüber Feindmächten abgelehnt. Es gibt also keine offiziellen Zahlen über die bereits gebaute oder im Neubau befindliche Tonnage. Japan hat zuerst von 40 000 t oder 45 000 t Schlachtschiffen gesprochen, und es hat damit USA. den nicht unerwünschten Vorwand gegeben, nunmehr Schlachtschiffe mit 40 000 t und 40-cm-Geschützen zu bauen*).

Gegenwärtig vollzieht sich also in USA., in England, in Japan eine gewaltige Aufrüstung zur See. Aber die Aufrüstung Japans zur See hat lediglich die schon im Gang befindliche Aufrüstung in USA. und in England noch weiter beschleunigt und außerordentlich verstärkt mit dem Erfolg, daß sich an dem wirklichen Kräfteverhältnis nur wenig verändert zu haben scheint, und diese geringe Veränderung scheint eher zuungunsten von Japan zu sein. Nämlich die englische Schiffstonnage in den fünf Hauptkampfschiffgruppen beträgt 1939 einschließlich der für das laufende Jahr geplanten Schiffe über 2 Mill. t. Die wirkliche Stärke der japanischen Flotte kann gegenwärtig nach USA.-Berichten zu 275 bis 300 Kampfschiffen mit etwa 1,15 bis 1,25 Mill. t angenommen werden. Das USA.-Flottenbauprogramm (das sich allerdings in einer fortwährenden und starken Ausweitung befindet, so daß auch diese Zahlen bereits wesentlich überholt sein dürften, wenn dieses Buch in die Hand des Lesers kommt), bedeutete Mitte 1939 etwa eine Stärke von 85 % der englischen Flotte. Das neue japanische Flottenbauprogramm, das das Fünf-Jahre-Bauprogramm von 1937 seit April 1939 überlagert, sieht Gesamtausgaben von 1693 Mill. Yen vor, wovon 300 Mill. auf den Ausbau der Luftwaffe zu verwenden sind, 188 Mill. dem Ausbau der Flotten- und Luftbasen dienen, so daß also für den Flottenbau selbst nur 1205 Mill. Yen zur Verfügung stehen. Das sollte, berechnet auf der Grundlage des Programms von 1937, das eine Neubautonnage von etwa 300 000 t vorsah, etwa den Bau von 400 000 t gestatten. Japan hat also offenbar die Absicht einstweilen aufgegeben, eine Flotte aufzustellen, welche zahlenmäßig der von England oder auch nur der von USA. ebenbürtig wäre. Das gegenwärtige Stärkeverhältnis dieser japanischen Flotte zur englischen wird also auf etwa 58 %, das zur USA.-Flotte (= 100) auf 68 %

*) Bei den neuesten Plänen soll es sich um Schiffe von 45 000 t handeln.

angegeben. An diesem Zahlenverhältnis wird sich also offenbar auch nach Durchführung des Neubauprogramms wenig ändern. Also unter der Voraussetzung engen militärischen Zusammenwirkens der ganzen englischen und der ganzen USA.-Flotte gegen Japan ergab das alte Stärkeverhältnis der Flotten (England + USA.): Japan = 10:3. Dieses Verhältnis wird also einstweilen weiter bestehen. Bei einem Wettrüsten kann Japan kein besseres Verhältnis erzielen, solange sich die Grundlagen seiner Machtstellung oder die seiner möglichen Gegner nicht wesentlich geändert haben.

Ganz anders liegt die Frage nach dem Wert der Flottenstärken unter den gegebenen Verhältnissen. In Washington war bei der Festlegung des Schlüssels für die Flottenstärken nur an die ostasiatischen Gewässer gedacht. Dies entsprach der angelsächsischen Auffassung von der Weltordnung überhaupt; es entsprach aber auch der tatsächlichen Lage. England sowie USA. hatten in Ostasien sehr starke koloniale und Handelsinteressen, nicht aber hatte Japan entsprechende Interessen in Amerika oder in Europa. Gerade die Selbstverständlichkeit dieser Annahme empfindet der moderne Japaner als so demütigend. Bezieht man aber die Flottenstärke zunächst nur unter dem Gesichtspunkt der Entfernungen, auf den ostasiatischen Kriegsschauplatz, so wird das 5:3-Verhältnis zugunsten Japans als der in Ostasien beheimateten Macht nach Auffassung der USA.-Marinesachverständigen ungefähr ausgeglichen. Diese Auffassung war jedenfalls auf der Washington-Konferenz herrschend. In der Zwischenzeit dürfte allerdings der Einfluß des Entfernungsfaktors von den Heimathäfen sowohl infolge der Fortschritte der Schiffsbautechnik, vor allem der Materialtechnik, als auch infolge des gewaltigen Ausbaues der vorgeschobenen Flottenbasen: Pearl Harbour für USA., und Singapur, Port Darwin, Sydney für England, wie auch durch die Entwicklung einer gewaltigen Flotte von Tankern und anderen Hilfsschiffen geringer geworden sein. Dabei bleibt die Frage des Luftkrieges ausgeschaltet. Sie spielte auf der Washington-Konferenz noch keine wesentliche Rolle. Sie wird aber im nächsten Krieg eine sehr wesentliche Rolle spielen; nur in welchem Sinn ist vielleicht noch nicht klar.

Der zweite Faktor ist politisch. Kann England, kann auch USA. im Kriegsfall seine ganze Flotte in Ostasien einsetzen? Diese Frage wird man gegenwärtig verneinen. England kann

überhaupt nur verhältnismäßig schwache Streitkräfte in Ostasien unterhalten. Die neue Flotte, die England baut, soll allerdings so stark sein, daß auch eine hinreichend starke Streitmacht für Ostasien zur Verfügung steht, etwa vom Jahre 1941 oder 1942 an. USA. könnte allerdings gegenwärtig seine ganze Flotte nach Ostasien schicken; es hat aber den Ehrgeiz, auch eine atlantische Seemacht zu sein.

Die zukünftige Entwicklung auf politischem Gebiet ist undurchsichtig. Man kann hier nur von der Gegenwart ausgehen. Jedenfalls aber wäre eine politische Lage, welche England und USA., vielleicht sogar noch im Bund mit Frankreich, in den Stand setzen würde, ihre ganze Flotte in Ostasien einzusetzen, für Japan eine Lebensgefahr.

Im ganzen ergibt sich also als die Voraussetzung über die Verhältnisstärken der Flottenhauptmächte im Ostasiatischen Raum: berücksichtigt man nur Stärke und Entfernungsfaktor, so besteht vielleicht heute eine leichte Überlegenheit auf der Seite jedes einzelnen der beiden Hauptgegner Japans. Aber die wirkliche Raumlage, nämlich die Vorteile, die Japan aus dem Besitz der inneren Linie zieht, ändern das Urteil wesentlich. Eben diese Faktoren der Raumlage sind noch näher auszuführen.

2. Grundfragen der japanischen Verteidigung zur See

Die Fragen der Verteidigung gegen einen russischen Angriff zur See mit der Basis Wladiwostok oder auch noch Alexandrowsk am Tatarischen Sund, sind bereits erörtert und bleiben hier also außer Betracht. Es handelt sich hier um USA., um England samt Australien und Neuseeland, um Frankreich. Holland bleibt auch außer Betracht: es denkt an keinen Angriffskrieg gegen Japan.

Englands Hauptanmarschlinie geht durch den Indischen Ozean. Von seinen Schlüsselstellungen, welche den Ausgang vom Indischen Ozean in das Gebiet des Pazifischen Ozeans decken: Singapur an der Malakka-Straße, Port Darwin an der Nordküste Australiens, Sydney an dessen Ostküste (für den Weg um Australien herum) ergeben sich zwei Hauptaufmarschrichtungen, eine von Singapur durch die Südchina-See mit Hongkong als weit vorgeschobenen Stützpunkt, eine von Süden, von den Australischen Gewässern aus. Bevor der englische Vormarsch von

Süden auf die Kernzone Japans vorstoßen könnte, müßte er offenbar die Sperre durchbrechen, welche ihm die Karolinen- und Marschall-Inseln in den Weg legen.

Eine weitere Aufmarschmöglichkeit besteht für England von Kanada aus, hier aber nur in Verbindung mit der USA.-Flotte und mit der Zwischenbasis Pearl Harbour. Diese Möglichkeit behandeln wir in der Besprechung von USA.

Für die französische Flotte ist die Lage grundsätzlich ähnlich wie für die englische; nur ist sie beim Aufmarsch aus dem Indischen Raum auf die englischen Schlüsselstellungen angewiesen. Auch selbständige Ausgangspunkte im amerikanischen Raum stehen ihr nicht zur Verfügung.

USA. ist in Ostasien an die Philippinen-Stellung mit Cavite bei Manila als Hauptflottenstützpunkt gebunden. Es fragt sich also, welche Wege ihm nach Cavite zur Verfügung stehen. Das ist erstens der Weg direkt über den Ozean von Pearl Harbour über Guam; zweitens der Weg über Singapur mit Anmarsch über den Atlantischen und Indischen Ozean. Der Weg über Singapur ist sehr gut brauchbar, wenn die Südchina-See fest im Besitz von England und USA. wäre, wenn also die Sperrstellung Hongkong—Cavite funktionieren würde. Mit der japanischen Besetzung der Südchinaküste, der Insel Hainan und der Spratley-Inseln aber ist diese Sperre in ihrem Wert sehr gemindert. Man könnte auch daran denken, die Aufmarschstraße über den Pazifik von Osten her um die Philippinen herum über die Sulu-See und die Celebes-See zu leiten. Aber die Route wäre jedenfalls länger als die direkte (Guam-) Route, ohne entscheidende Vorteile zu bieten. Es ist bisher nicht bekannt geworden, daß die Benutzung dieser Route für den Ernstfall in Erwägung gezogen wäre. — Dabei handelt es sich aber nicht um die einmalige Aufgabe, eine starke Flotte nach Cavite zu führen, sondern diese Flotte verlangt andauernd sehr starke Zufuhr aus der Heimat: eine Flotte ohne gesicherte Etappe hängt genau so in der Luft wie ein Heer ohne gesicherte Etappe, und wird auf die Dauer ihre Stellung nicht halten können.

Also handelt es sich, heute mehr als je bisher, für USA. um den Ausbau der Straße Pearl Harbour—Cavite, wenn die Philippinen-Stellung im Krieg gehalten werden soll. Gelingt dieser Ausbau, so führt er allerdings unmittelbar an die Kernzone der japanischen Macht heran, die ja auf der Strecke Guam—Hainan

berührt wird. Sobald also dieser Ausbau ernstlich in Angriff genommen wird, verschiebt sich der Schwerpunkt der USA.-Marinestellung nach Guam. Das ist der Sinn der Bezeichnung von Guam als dem „Gibraltar des Ostens". Das war das Hauptergebnis der USA.-Denkschrift 1939 über den Ausbau seiner strategischen Stellungen in bezug auf Ostasien: Guam trat in den Mittelpunkt aller Erwägungen darüber, sowohl in Washington wie in Tokio. Soll also der Weg nach Ostasien gesichert werden, so ist Guam zu einem erstklassigen Flottenstützpunkt, zu einer operativen Basis größten Stils auszubauen, ähnlich wie Singapur und Pearl Harbour, nur unter wesentlich ungünstigeren natürlichen Voraussetzungen und bei wesentlich stärkerer Feindbedrohung. Die Gesamtkosten eines solchen Ausbaues von Guam werden gegenwärtig auf mindestens 700 Millionen $ geschätzt; sein Ausbau zu einer U-Boot- und Luftbasis allein mit den nötigen Schutz- und Abwehreinrichtungen würde 80 Millionen $ kosten.

Guam hat 534 qkm mit einer Bevölkerung von etwa 22 000, ist namentlich im Süden, wo es bis über 500 m ansteigt, ein gebirgiges Land, während der Norden mehr Plateaucharakter in einer Höhe von 300 m trägt und in Steilabbrüchen in die See fällt. Der Hafen ist einstweilen nicht besonders gut und z. B. bei gewisser Windlage ist die Landung für die Flugboote nicht ganz leicht. Die gegenwärtige Besatzung beträgt einschließlich der Stationsschiffe etwa 500 Mann, an Marinetruppen selbst etwa 140 Mann. Aber auch wenn Guam zu einer USA.-Zwingburg für den Fernen Osten ausgebaut wird, die an sich als unangreifbar bezeichnet werden kann und die der ganzen USA.-Flotte als sichere Operationsbasis in einem Ostasien-Krieg dienen kann, so bleiben zwei große Nachteile:

1. Die Insel ist mit etwa zwei Drittel der Fläche Berlins für eine moderne Flottenbasis zu klein; besonders fehlt ihr gegenüber Fliegerangriffen die Möglichkeit der Tiefenstaffelung der Abwehr. Die Insel kann sich, ihre Garnison und erst recht die Mannschaft einer Flotte auch landwirtschaftlich nicht selbst erhalten. Sie müßte also wie eine belagerte Festung eigentlich immer aus Magazinen leben.

2. Guam kann wohl zu einem gut geschützten Zentralpunkt eines Weges ausgebaut werden, aber der Weg bleibt deshalb nach wie vor unsicher.

Der Ausbau Guams wird aber nicht nur vom japanischen Volk

als eine Herausforderung empfunden werden, sondern er bedeutet eine unmittelbare und schwere Bedrohung Japans selbst. Die Frage des Ausbaues Guams könnte einen Krieg heraufführen. Aus solchen Erwägungen heraus hat das USA.-Repräsentantenhaus im Frühjahr 1939 die für den Ausbau von Guam von der Flotte und von der Regierung geforderten Mittel abgelehnt; es handelte sich allerdings zunächst nur um den kleinen Betrag von fünf Millionen $, der ohne besonderes Aufsehen zu erregen, die Angelegenheit in Fluß bringen sollte.

Dagegen sind die angeforderten Mittel für den Ausbau der Flugstationen auf dem Weg Pearl Harbour—Guam: Midway und Wake bewilligt worden. Der Ausbau dieser kleinen Atolle zu großen Flottenbasen kommt niemals in Frage. Wohl aber sollen sie starke Fliegerstellungen werden. In Midway werden bereits im Frieden zwei Geschwader von Riesenaufklärrnngsflugzeugen stationiert. Nach Wake werden zwölf dieser Riesenflugzeuge gelegt. Mit diesem Ausbau ist ohne weiteres auch die Anlage von Häfen für kleinere Schiffe verbunden, die Flugboottender und -Tankschiffe aufnehmen können, die, um auf dem Ozean bei jedem Wetter brauchbar zu sein, immerhin schon eine ziemliche Größe haben müssen. Diese Häfen stehen dann selbstverständlich auch Schiffen des Kleinkrieges, also Zerstörern und U-Booten zur Verfügung. Obgleich also Midway und Wake keine großen Flottenbasen sind, ist doch ihr strategischer Wert derart, daß die USA.-Marine schon Flottenmanöver um den Besitz von Midway abgehalten hat. Selbstverständlich sind Midway und Wake in bezug auf Lebensmittelversorgung vollständig auf Zufuhr angewiesen.

Aber die USA.-Seestraße nach Guam quer über den Ozean wird niemals sicher sein, solange die Marschall-Inseln und die Karolinen in japanischem Besitz sind. Als Mandatsgebiete dürfen diese Inseln nicht befestigt werden, und es ist nichts bekannt geworden, daß Japan auf ihnen irgendwelche Befestigungen angelegt hat. Aber es gibt heute sehr viele Anlagen von sehr hohem militärischen Wert, die nicht an sich militärischen Charakter tragen, gerade auch für den Luftkrieg und für den Kleinkrieg zur See. Man weiß, daß in dieser Beziehung von Japan für den Ausbau dieser Inseln manches getan worden ist und nach dem neuen Flottenbauprogramm wird zweifellos noch sehr viel mehr getan werden. Als vorgesehene Fliegerbasen werden von USA.-

als eine Herausforderung empfunden werden, sondern er bedeutet eine unmittelbare und schwere Bedrohung Japans selbst. Die Frage des Ausbaues Guams könnte einen Krieg heraufführen. Aus solchen Erwägungen heraus hat das USA.-Repräsentantenhaus im Frühjahr 1939 die für den Ausbau von Guam von der Flotte und von

handelte sich all
fünf Millionen
Angelegenheit i

Dagegen sind
Flugstationen a
und Wake ben
zu großen Flot
sollen sie starke
bereits im Fried
zeugen stationie
zeuge gelegt. N
Anlage von Häf
tender und -Tan
bei jedem Wett
liche Größe habe
lich auch Schiffe
zur Verfügung.
Flottenbasen sind
USA.-Marine sc
abgehalten hat.
bezug auf Leber
gewiesen.

Aber die US
wird niemals sic
die Karolinen
dürfen diese Ins
kannt geworden,
angelegt hat. A
hohem militärisch
ter tragen, gerade
zur See. Man n
den Ausbau dieser
neuen Flottenbau
getan werden. Als vorgesehene Fliegerbasen werden von USA.-

Seite genannt: Am weitesten nach Osten vorgeschoben, ungefähr bis in die geographische Länge von Wake Wotje und Jaluit in der Marschall-Gruppe; auf halbem Wege zwischen Wake und Guam flankieren dann die Karolinen-Inseln Truk und Ponape. In weniger als 100 km Entfernung von Guam selbst liegt als süd-

Taiwan und der Nordküste von Luzon befindet sich das große Ein-

AUSLANDSWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Ü b u n g s z e u g n i s

Stud. ______________________________

hat während des........Semesters / 194...an den Übungen

____

teilgenommen; ferner ein Referat / schriftliche Arbeit

mit dem Thema______________________________

gehalten / angefertigt.

____

Bewertung :

Berlin, den................... ....

als eine Herausforderung empfunden werden, sondern er bedeutet eine unmittelbare und schwere Bedrohung Japans selbst. Die Frage des Ausbaues Guams könnte einen Krieg heraufführen. Aus solchen Erwägungen heraus hat das USA.-Repräsentantenhaus im Frühjahr 1939 die für den Ausbau von Guam von der Flotte und von der Regierung geforderten Mittel abgelehnt; es handelte sich allerdings zunächst nur um den kleinen Betrag von fünf Millionen $, der ohne besonderes Aufsehen zu erregen, die Angelegenheit in Fluß bringen sollte.

Dagegen sind die angeforderten Mittel für den Ausbau der Flugstationen auf dem Weg Pearl Harbour—Guam: Midway und Wake bewilligt worden. Der Ausbau dieser kleinen Atolle zu großen Flottenbasen kommt niemals in Frage. Wohl aber sollen sie starke Fliegerstellungen werden. In Midway werden bereits im Frieden zwei Geschwader von Riesenaufklärrungsflugzeugen stationiert. Nach Wake werden zwölf dieser Riesenflugzeuge gelegt. Mit diesem Ausbau ist ohne weiteres auch die Anlage von Häfen für kleinere Schiffe verbunden, die Flugboottender und -Tankschiffe aufnehmen können, die, um auf dem Ozean bei jedem Wetter brauchbar zu sein, immerhin schon eine ziemliche Größe haben müssen. Diese Häfen stehen dann selbstverständlich auch Schiffen des Kleinkrieges, also Zerstörern und U-Booten zur Verfügung. Obgleich also Midway und Wake keine großen Flottenbasen sind, ist doch ihr strategischer Wert derart, daß die USA.-Marine schon Flottenmanöver um den Besitz von Midway abgehalten hat. Selbstverständlich sind Midway und Wake in bezug auf Lebensmittelversorgung vollständig auf Zufuhr angewiesen.

Aber die USA.-Seestraße nach Guam quer über den Ozean wird niemals sicher sein, solange die Marschall-Inseln und die Karolinen in japanischem Besitz sind. Als Mandatsgebiete dürfen diese Inseln nicht befestigt werden, und es ist nichts bekannt geworden, daß Japan auf ihnen irgendwelche Befestigungen angelegt hat. Aber es gibt heute sehr viele Anlagen von sehr hohem militärischen Wert, die nicht an sich militärischen Charakter tragen, gerade auch für den Luftkrieg und für den Kleinkrieg zur See. Man weiß, daß in dieser Beziehung von Japan für den Ausbau dieser Inseln manches getan worden ist und nach dem neuen Flottenbauprogramm wird zweifellos noch sehr viel mehr getan werden. Als vorgesehene Fliegerbasen werden von USA.-

Seite genannt: Am weitesten nach Osten vorgeschoben, ungefähr bis in die geographische Länge von Wake Wotje und Jaluit in der Marschall-Gruppe; auf halbem Wege zwischen Wake und Guam flankieren dann die Karolinen-Inseln Truk und Ponape. In weniger als 100 km Entfernung von Guam selbst liegt als südlichste der japanischen Marianen Rota, und nur 150 km entfernt Saipan mit ausgezeichnetem Hafen. Halbwegs zwischen Guam und Cavite wäre die USA.-Straße flankiert von den japanischen Inseln Yap und Palau in der Palau-Gruppe der Karolinen.

Die Tiefenstaffelung dieser japanischen Inselgruppe sowohl in westöstlicher wie in südlicher Richtung gibt der japanischen Stellung eine außerordentliche Elastizität. Sie ermöglicht gleichzeitig die Verwendung dieser Stellung sowohl gegenüber der Hauptroute wie gegen jeden von Südosten her, also aus dem australischen Raum vordringenden Gegner. Die südliche Kette dieser japanischen Stationen für den Luftkrieg und für den Kleinkrieg zur See: Jaluit, Ponape, Palau würden vor allem auch gegen eine Flotte in Wirksamkeit treten, die etwa Cavite auf dem südlichen Umgehungsweg über die Randmeere zu erreichen versuchen würde.

Es ist von USA.-Marinesachverständigen ausgesprochen worden, daß der Weg nach Ostasien niemals als gesichert betrachtet werden kann, solange die Marschall-Inseln und die Karolinen japanischer Besitz sind, und daß daher jeder USA.-Angriff gegen den ostasiatischen Raum mit der Eroberung dieser Inseln beginnen müsse.

Während aber die japanische Marschall-Karolinen-Stellung als Bedrohung der rückwärtigen Verbindungen einer in Ostasien operierenden USA.-Flotte sehr gefährlich ist, kann von ihr aus der Marsch der USA.-Flotte nach Ostasien selbst nicht wirksam verhindert werden. Mit dem Auftreten der USA.-Schlachtflotte im ostasiatischen Raum, gegenwärtig gestützt auf die Flottenbasis Cavite und auf das englische Hongkong und mit Guam als Hilfsstellung muß also gerechnet werden. Dann aber ergibt sich als der eigentliche Angriffssektor der

Guam-Sektor

Er wird umgrenzt durch die Küste der japanischen Hauptinsel von Yokohama WSW; — von der Riukiu-Kette bis Taiwan, das in der Mitte seiner Nordsüderstreckung erreicht wird; zwischen Taiwan und der Nordküste von Luzon befindet sich das große Ein-

fallstor in diesen Sektor für eine Feindflotte, die auf den Kriegshäfen von Cavite und Hongkong steht; — nördlich die Marianen- und Bonin-Gruppe entlang nach Yokohama.

Die japanischen Hauptstellungen in diesem Guam-Sektor sind die Kriegshäfen Yokosuka bei Yokohama, Kure auf Schikoku, und Amami-Oschima in der Riukiu-Gruppe, auf der nördlichsten Insel in der Mittelgruppe dieser Inseln. Dieses Amami-Oschima mag als Mittelpunkt des Verteidigungssystems der Riukiu-Inseln gelten.

Die Riukiu-Inseln sperren auf 1000 km den Raum zwischen Kiuschiu und Taiwan. Von den 55 Inseln sind elf ziemlich groß, die anderen sehr klein, die Gesamtfläche wird zu 2400 qkm, die Bevölkerung zu ½ Mill. angegeben; die Bevölkerungsdichte mit etwa 200 je qkm ist also beträchtlich. Die Inseln zerfallen, in Haufen oder Ketten zusammengeballt, in mehrere Gruppen, die durch breite Meeresarme, namentlich entlang den Küsten von Kiuschiu und Taiwan von je etwa 100 bis 130 km Breite, voneinander getrennt sind. Die Inseln, aus archäischem und tertiärem Gestein aufgebaut, teilweise gebirgig und sogar vulkanisch, entlang ihren Küsten auch mit Korallenbildung, besitzen eine beträchtliche eigene Verteidigungskraft gegen Landungen, und sie sind jedenfalls völlig in das System der japanischen Luftabwehr einbezogen. Die Inseln dürften also auch im Falle vorübergehender völliger Seeüberlegenheit des Gegners sicher in japanischem Besitz sein. Andererseits wird von den Inseln allein ein Eindringen des Gegners in die Ostchina-See, nicht nur von U-Booten, sondern auch von größeren Kriegsfahrzeugen nicht verhindert werden können, zumal die Inselkette aus der Tiefsee aufsteigt, also Minensperren nur beschränkt verwendet werden können. Wohl aber wird solchen Streitkräften der Rückweg bei richtigem Zusammenwirken von Seestreitkräften und Luftstreitkräften schwierig gemacht werden können.

Taiwan mit 36000 qkm hat 5,2 Mill. Einwohner, also eine Bevölkerungsdichte von etwa 140. Aber die Bevölkerung ist überwiegend chinesisch. Taiwan ist sehr gebirgig: die Berge erheben sich zu über 4200 m Höhe. Das Land ist namentlich vom Osten, vom Ozean her sehr schwer zugänglich, das Gebirge stürzt hier teilweise in Wänden bis zu 500 m senkrecht in das Meer ab, die wenigen Häfen sind schlecht, die Küstenebenen schmal und ohne leistungsfähiges Hinterland. Der einzige gute Hafen liegt im

Norden an der Ostchina-See, Japan zugewendet. Taiwan bildet eine festungsartige Bastion der japanischen Stellung, durch Hochgebirge und, im Süden und im Westen, durch Sümpfe vom Meer her fast unzugänglich.

Die japanische Stellung Taiwan—Riukiu wird also schwer angreifbar sein, selbst bei einer entscheidenden Seeüberlegenheit des Gegners.

Bei der durch die japanischen Bonin und die japanischen Marianen gebildeten Inselkette handelt es sich dagegen um nur wenige und kleine Inseln, die durch große Meeresräume getrennt sind. Über eine Entfernung von 2500 km (Luftlinie) Yokohama—Guam gestreut findet man zunächst die 20 Bonin-Inseln gegliedert in drei Gruppen mit einer Gesamtfläche von 100 qkm, bis zu etwa 1200 km von der japanischen Küste entfernt, mit mindestens einem ausgezeichneten Hafen (Kraterhafen) auf der Peel-Insel, etwa 1000 km von der Japanischen Küste entfernt; diese wollte schon Commander Perry für USA. besetzt wissen. Die Inseln dieser Gruppe sind vulkanischen Ursprungs. Es ist bekannt, daß diese Inseln in das japanische See- und Luftverteidigungssystem einbezogen sind.

Von den Bonins durch etwa 500 km inselloses Meer getrennt, gelangt man zur Marianen-Gruppe in einer Erstreckung von etwa 600—700 km, die in zwei Untergruppen zerfällt. Die nördlichen Inseln sind alle aktiv vulkanisch, von ihnen nur vier bewohnt; die südlichen dagegen sind unvulkanisch, verhältnismäßig flach und alle bewohnt. Die Gesamtfläche wird zu 690 qkm angegeben, die Bevölkerung beträgt etwa 60000, davon 10000 Japaner. Auch hier liegt der besondere strategische Wert in der Kettenanordnung. Von Rota, das nur 80 km von Guam entfernt liegt, und von Saipan mit seinem ausgezeichneten Naturhafen war schon oben die Rede. Sie sind entsprechend stark schon heute für den Luftkrieg und mindestens für den Kleinkrieg zur See ausgebaut, zumal ihnen noch die wichtige Aufgabe zufällt, Luftangriffe auf Yokohama und Tokio von Guam aus durch Jagdflieger sofort abzufangen: die Entfernung Guam—Yokohama beträgt etwa 2200 km. Die Stellung Rota—Saipan, obgleich an sich sehr stark, ist aber nicht ungefährdet. Denn die japanische Schlachtflotte mehr als 2000 km von ihren Heimathäfen gegen eine zahlenmäßig überlegene feindliche Flotte zu einer entscheidenden Schlacht einzusetzen, ist gefährlich. Japan wird also diese Stellung so stark ausbauen

müssen, daß sie verteidigt werden kann von der Küste aus, mit Hilfe leichter Seestreitkräfte und starker Fliegerverbände, gelegentlich unterstützt durch Angriffe schwerer und leichter Kreuzer von der Heimat her.

Der Guam-Sektor führt also unmittelbar in das Herz von Japan. Er ist entsprechend stark geschützt und einer geschlagenen feindlichen Flotte würde der Rückweg schwierig werden, namentlich wenn sie auf Cavite oder Hongkong zurückfallen müßte und nicht in Guam Schutz finden könnte: dann würde sie wahrscheinlich in der Flanke und im Rücken von der Ostchina-See und von Heinan aus gefaßt werden.

Für Operationen, die in der

Ostchina-See

nötig sein sollten, stehen der japanischen Marine die Kriegshäfen Amami-Oschima und Sasebo (auf Kiuschiu) zur Verfügung, ferner die Festungszonen um die Tsuschima-Straße und nunmehr auch um die Fokien-Straße: Bokoto und Amoy; ferner Schanghai; am Gelben Meer Tsingtau auf chinesischer und Tschemulpo auf koreanischer Seite, schließlich am Eingang zum Golf von Petschili: das aus dem russischen Krieg wohlbekannte Ryojun (Port Arthur) und Weihaiwei. Alle die zuletzt genannten Häfen dürften in ihrem weiteren Ausbau ziemlich vernachlässigt sein, da sie höchstens gelegentlich für kleinere Aufgaben beansprucht werden.

Ein Angriff auf die japanischen Hauptinseln von den Aléuten im ununterbrochenen Anflug ist unwahrscheinlich: die Entfernung beträgt etwa 2500 km; das ist für schwere Bombenlasten einstweilen zuviel. Es kommt hinzu, daß die kürzeste Route ziemlich genau entlang dem Inselbogen der Kurilen verläuft, die Japan gehören. Für mindestens ein Drittel des Weges hätten also die usamerikanischen Bomber damit zu rechnen, von japanischen Jagdfliegern in der Flanke oder im Rücken gefaßt zu werden. Dagegen ist die Aléutenstellung sehr wertvoll, wenn USA. und Rußland verbündet sind, weil dann der Nachschub von Flugzeugen nach Russisch-Fernost praktisch keine Schwierigkeiten macht.

Die Flugentfernungen betragen: von der Südgrenze Kamtschatkas bis Yokohama ca. 2200 km, von Alexandrowsk bis Yokohama 1800 km, und von Charborowsk bis Yokohama 1550 km.

Es gibt noch die Möglichkeit eines Angriffs von Osten über den freien Ozean her. Die Träger eines solchen Angriffes wären Flug-

zeugträger, Flugzeugmutterschiffe und Flugbootbegleitschiffe, die in der Regel unter dem Schutz starker Kampfeinheiten der Flotte gegen die feindliche Küste vorgehen werden. Die von hier drohenden Gefahren der Zerstörung lebenswichtiger Anlagen der Produktion und des Verkehrs sind beträchtlich, weil mit unerwartetem Erscheinen gerechnet werden muß und weil es daher nicht immer möglich sein wird, entsprechend starke Einheiten der Flotte zur angriffsweisen Abwehr oder auch nur zur Verfolgung des Gegners zu Wasser oder in der Luft zur Verfügung zu haben. — Andererseits wäre auch jeder Gedanke, solche Zerstörungsangriffe unmittelbar mit einer Festsetzung auf einer der japanischen Hauptinseln zu verbinden, völlig utopisch. Hokkaido?

3. Grundfragen eines japanischen Angriffs zur See

Für einen japanischen Angriff zur See kann es sich —, wenn man wiederum von den russischen Küsten und den mit ihnen in Verbindung stehenden Meeresräumen absieht —, in erster Linie um die Sicherung der japanischen Herrschaft in der Südchina-See handeln, oder aber um einen Angriff gegen die beherrschende Stellung, die sich USA. über die weiten Räume des Nord-Pazifik aufgebaut hat.

Mindestens der eine oder der andere Angriff muß siegreich durchgeführt und die gewonnenen Vorteile müssen einigermaßen durch entsprechende Anlagen auf dem Lande und durch zusätzliche Rüstung gesichert sein, bevor auch nur von ferne an einen Angriff auf die Nebenund Randmeere und auf die Inselstellungen im australasischen Raum gedacht werden kann. Weder wesentliche Teile der Kampfflotte noch Landungstruppen mit Transportschiffen können bewegt werden mit der ungebrochenen Hauptmacht der feindlichen Flotte im Rücken und in der Flanke. Diese Bemerkung schließt selbstverständlich nicht aus die Führung des Kleinkrieges und des Handelskrieges hinter der feindlichen Front durch dafür geeignete Fahrzeuge.

a) Der Kleinkrieg und Handelskrieg hinter der feindlichen Front

Unternehmungen besonders rascher und beweglicher Flotteneinheiten im Rücken der feindlichen Hauptstreitkräfte, um die rück-

wärtigen Verbindungen zu stören, um möglichst starke Abkommandierungen von feindlichen Schiffen und Luftstreitkräften zu veranlassen, um Schrecken zu verbreiten, um Aufstände im Rücken der feindlichen Front anzuzetteln, und den Aufständischen Waffen und Munition zu liefern, auch den Seekrieg für sie zu führen, um den Handelskrieg weit in den Rücken der feindlichen Front zu tragen und die Verbindungen nicht nur zwischen Front und Heimat, Heimat und Front, sondern auf dem ganzen Ozean zu stören und möglichst zu unterbrechen, möglichst viel Schiffstonnage des Gegners zu versenken, und vor allem: um die Nerven und die Moral des Gegners in der Front und hinter der Front zu zerrütten, wird selbstverständlich in einem künftigen Krieg Japans mit dem Empire, mit Frankreich oder USA. eine große Rolle spielen. Diese Unternehmungen sind so wichtig, daß wir sie zunächst besprechen wollen. Denn ein auch strategisch ganz verteidigungsweise geführter Seekrieg wird auf diese Waffe des Angriffes auf die rückwärtigen Verbindungen und auf die innere Wirtschaftsfront und noch mehr: die innere moralische Front des Gegners nicht verzichten dürfen. Gewiß sind auch mit dieser Kriegführung beträchtliche Risiken verbunden. Ein großer Teil der dazu ausgesandten Schiffe: Hilfskreuzer, aber auch besonders schnelle große Kreuzer mit weitem Aktionsradius, ferner Zerstörer und U-Boote werden nicht mehr heimkommen. Die Frage ist also nur, ob die angerichteten Zerstörungen und anderen Schädigungen der feindlichen Kriegführung das Risiko wert sind, bzw. ob für die betreffenden Schiffe in einem Krieg, in welchem alle Hilfsmittel der Nation rücksichtslos zur Erringung des Sieges eingesetzt werden müssen, eine bessere Verwendung möglich ist. Denn was in einem verlorenen Kriege nicht zerstört ist, wird im Frieden dem Sieger ausgeliefert werden müssen.

Grundsätzlich ist über die strategische Lage Japans für einen solchen Seekrieg hinter der feindlichen Front zu sagen: Japan kann in dieser Beziehung niemals in seinen Gewässern „eingeflascht" werden, wie wir im Weltkrieg in der Nordsee eingeflascht worden sind. Es hat den freien Zugang zum Ozean entlang der ganzen Ost- und Südküste seiner Hauptinseln. Südöstlich führt die Marschall- und Karolinen-Stellung etwa 4000 km hinaus in den freien Ozean. Es hat heute auch in der Südchina-See sehr starke Stützpunkte, die von hier aus einen Einbruch in die Nebenmeere gestatten. Aber die Wege nach Osten führen — wenn man von der großen

und sehr wichtigen Etappenstraße Hawaii—Philippinen selbst absieht —, in verkehrsarme Meere, in denen vor allem auch keine großen Handelsstraßen geschnitten werden. Dies ändert sich auch nicht sehr, wenn die östlichen Sektoren des Pazifischen Raumes erreicht werden. Allerdings stoßen japanische Seestreitkräfte in dem verhältnismäßig schmalen Sektor: Seattle—Pearl Harbour—Panama auf sehr wichtige Etappenstraßen, und zwischen Seattle und Panama auch auf sehr dicht befahrene Handelsstraßen. Hier lockt also reiche Beute, die auch einen beträchtlichen Einsatz wert ist. Würde eine Unterbrechung der Verbindung Hawaiis mit USA. gelingen, so wäre auf die Dauer das Schicksal Hawaiis besiegelt, denn die Inseln können sich mit ihrer starken Garnison und mit der Bemannung der Flotte und mit den Arbeitern der Rüstungs- und Hafenbetriebe nicht selbst ernähren. Auch könnte hier durch Angriffe auf die feindlichen Flottenbasen und Flugbasen schwerer Schaden angerichtet werden. Aber die Wahrscheinlichkeit wirklich großer Erfolge ist nicht hoch, zumal wenn sich erst einmal die USA.-Luftaufklärung und die Abwehr zur See und in der Luft eingespielt haben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die für solche Unternehmungen zu verwendenden Schiffe wegen der riesigen Meeresstrecken, die sie mit großer Geschwindigkeit zu überwinden haben, nicht klein sein können, und daß auch verhältnismäßig kleine Beschädigungen, sobald sie die Geschwindigkeit oder Gefechtskraft mindern, wie sie nahe der Heimat ganz unbedenklich wären, bei solchen vereinzelten Schiffen fern von einem Heimathafen verhängnisvoll werden können: wenn ein solches Schiff einmal unter feindlicher Flugbeobachtung steht, so wird in sehr vielen Fällen sein Schicksal besiegelt sein. Am besten dürften sich für solche Unternehmungen noch große U-Boote eignen; aber auch sie können aus größerer Höhe verhältnismäßig gut auch bei Unterwasserfahrt gesehen werden.

Wahrscheinlich sehr viel besser sind die Erfolgmöglichkeiten des Kleinkrieges und des Handelskrieges im Rücken eines vom Indischen Ozean herkommenden Gegners, also im weiten Inselgebiet der australasischen Zone, namentlich wenn hier Japan einigermaßen die Unterstützung der heimischen Bevölkerung gewinnen kann. Den Handelskrieg aber, der beliebig weit hinter die feindliche Front getragen wird, kann Japan jederzeit in allen Meeren führen. Teils die Bestimmungen des Völkerrechtes über Kohle- und Wasserbelieferung an Kriegsschiffe kriegführender Mächte,

teils die Hilfe befreundeter Staaten können diesen Krieg sehr erfolgreich gestalten und ihn sogar für den Ausgang des Krieges bedeutungsvoll machen.

b) Die Angriffsziele in der Südchina-See.

Seit Ende 1938 hat Japan in der Südchina-See festen Fuß gefaßt, erstens durch die Besetzung aller südchinesischen Hafenorte von einiger Bedeutung, sowie des ganzen Küstenlandes um die wichtigsten Hafenorte und gegenüber dem englischen Pachtgebiet auf dem Festland, also um Amoy, Swatau und Kanton, zweitens durch die Besetzung der ganzen Insel Hainan, drittens durch die Besetzung der Spratley-Inseln.

Die Besetzung der Häfen der südchinesischen Küste und die genaue Kontrolle der Küste in ihrer ganzen Länge gibt der japanischen Flotte eine breite Operationsbasis und verhindert vor allem die Ausbildung feindlicher Widerstandspunkte im Rücken einer von Südchina aus operierenden Flotte. Sie ermöglicht eine Landverbindung für die Versorgung der hier kämpfenden Einheiten, so daß also diese, auch wenn wirklich die Verbindung zur See unterbrochen sein sollte, noch immer den Landweg zur Verfügung haben.

Hainan, 35 000 qkm, also 2/3 der Größe Siziliens, mit 2,6 Mill. Einwohner, ist vom Festland getrennt durch die Straße von Hainan, die zwischen 24 und 32 km breit und etwa 60 km lang ist. In seinem südlichen Teil ist es mit tropischen Waldgebirgen überdeckt, die bis zu 2200 m ansteigen. Die Tieflandgebiete sind überaus reich, die ganze Insel gut bewässert. An größeren Hafenorten ist bisher nur Haikau an der Nordküste entwickelt worden. Es vermittelt vor allem den Verkehr zwischen Hongkong und Tongking. Für andere mögliche Häfen bestand bisher kein Interesse. Dies dürfte sich nunmehr rasch ändern.

Die strategische Bedeutung dieser japanischen Stellung in der Südsee hängt entscheidend davon ab, welche feindliche Flotte, von welcher Zusammensetzung und Stärke zu Wasser und in der Luft Japan in dieser See gegenübersteht. Es ist, wie wir bereits früher ausführten, wenig wahrscheinlich, daß Japan hier eine entscheidende Schlacht wünschen wird, wenn nur ungefähre Gleichheit der Flottenstärken besteht, da für Japan das Risiko einer Schlacht viel größer ist als für die Gegner. Aber eben diese Erwägung wird Japan dazu veranlassen, seine Stellung in diesen Gewässern

möglichst auszubauen und zu verstärken, solange es dazu unbestreitbar die Macht, d. h. die militärische Überlegenheit hat.

1. Hongkong

Das britische Gebiet Hongkong besteht aus der Insel Hongkong, mit der Stadt Victoria, und der Halbinsel Kaulun auf dem gegenüberliegenden Festland und anderen vorliegenden Inseln, von denen die Insel Lantau viel größer ist als Hongkong. Für eine seestrategische Bewertung wird man Hongkong mit Lantau zusammenfassen. Der Abstand der Insel Hongkong vom Festland verengt sich im Laiimun-Paß auf etwa 400 m und ist bei der Stadt Victoria etwa 1½ km groß. Das ganze Gebiet, vor allem die Halbinsel ist an natürlichen und ausgezeichneten Hafenmöglichkeiten überaus reich und bildet insofern als Ruhestation für eine große Flotte ideale Möglichkeiten. Die Insel Hongkong hat nur etwa 83 qkm Fläche, Lantau etwa doppelt so viel; auf den Festlandteil entfallen etwa 750 qkm. Insel und Festland sind überaus gebirgig. Die Gesamtbevölkerung wechselt stark, da Hongkong als Mittelpunkt eines überaus regen Handels und auch als Industriezentrum Chinesen in großer Menge angezogen hat. 1927 wurde die Bevölkerung zu etwa einer Million ermittelt einschließlich der Behörden und Militär, — fast ausschließlich Chinesen. Obgleich die Bedeutung Hongkongs infolge des Krieges sehr gesunken ist, hat die Bevölkerung durch den Zustrom von Flüchtlingen noch weiter zugenommen. Die Bevölkerungslage ist also dort gegenwärtig sowohl wirtschaftlich und allgemein militärisch recht ungesund.

Hongkong wird, sobald England imstande sein wird, eine starke Flotte in Ostasien, mindestens gleichwertig der japanischen, zu halten, die japanische Front längs der Südchinaküste unterbrechen und bedrohen. Hongkong wird auch niemals seine Tradition als Mittelpunkt des ganzen südchinesischen Handels und auch als Zufluchtsort reicher Chinesen, die vor den Bürgerkriegen und Räuberbanden im eigenen Land hierher geflüchtet sind und also auch einen großen Teil des Reichtums Chinas in der Form von Unternehmer- und Rentenkapital nach Hongkong gebracht haben, vergessen. Wenn die japanische Marine und die Luftwaffe die Stellung Englands in Hongkong als für die Dauer untragbar für Japan ansehen, so ist das sehr verständlich.

Hongkong war immer stark befestigt, seit es England gehört. Die Befestigungen wurden allerdings einigermaßen vernach-

lässigt in der Zeit, als im Fernen Osten keine wesentliche Gefahr für die englische Herrschaft bestand. Nach dem Washingtoner Vertrag durften keine neuen Befestigungen angelegt, sondern nur die alten mit entsprechenden Erneuerungen erhalten werden*). Das hat sich in den letzten Jahren geändert. Hongkong ist einstweilen keineswegs aufgegeben, sondern als eine starke Land-, See- und Luftfestung modern ausgebaut worden, vielleicht sogar besonders noch deshalb, weil die Operationsbasis der britischen Flotte gegenüber der Bedrohung von Hainan und von den Spratleys aus nach Singapur zurückverlegt worden ist. Es ist nicht bekannt, inwieweit man heute von Hongkong und Kaulun als einer einzigen befestigten Zone sprechen kann. Das Gebiet eignet sich dazu von Natur ausgezeichnet, erfordert allerdings auch große Anlagen und eine starke Garnison. Heute liegt der militärische Hauptnachteil der Stellung in der Schwierigkeit, die Inseln Hongkong und Lantau zu verteidigen, wenn der Festlandteil in feindliche Hand gefallen ist. Zwar ist Hongkong selbst — mit einer Länge von 18 km bei einer Breite von 3—8 km und einer Höhe bis zu 550 m — eine ausgezeichnete natürliche Festung, aber das Gebiet ist klein und die hohe Bevölkerungszahl wird bei einer Belagerung große Schwierigkeiten bereiten, schon hinsichtlich Ernährung und Wasserversorgung, selbst wenn man von Beschießung absieht.

Trotz seiner ausgezeichneten natürlichen Lage und seiner starken künstlichen Befestigungen könnte also wahrscheinlich Hongkong einem mit starken Kräften namentlich von der Landseite und von der Luft aus unternommenen Angriff Japans auf die Dauer nicht widerstehen, wenn es auch zur See abgeschnitten wäre. Aber Hongkong ist eine Gefahr für Japan, sobald England dorthin eine der japanischen Flotte ebenbürtige Flotte legt.

*) Diese Bestimmung der Washingtoner Verträge, die ja im wesentlichen gegen die möglichen Gegner Japans im ostasiatischen Raum steht, dürfte deshalb sehr genau eingehalten worden sein, weil Japan über alle in diesem Gebiet vorgenommenen größeren Arbeiten ausgezeichnet unterrichtet sein dürfte. Die Arbeiter sind ja alle Kulis, die mindestens rassenmäßig und politisch ihren weißen Herren eher feindlich als freundlich gegenüberstehen. Japan findet also unter ihnen so viele Vertrauensleute, als es nur haben will. Den sehr genauen Informationen Japans über seine Gegner innerhalb des ostasiatischen Raumes in dieser Beziehung dürften nur geringe und schlechte Informationen seiner Gegner über Japan gegenüberstehen. Das ist für die Gesamtbeurteilung der strategischen Lage in Fernost nicht unwesentlich.

Wir haben schon oben darauf hingewiesen, daß England gemäß einem New-York-Times-Bericht aus Hongkong vom Mai 1938 die Besetzung der Insel Hainan als Zwischenbasis auf dem Weg nach Singapur geplant hat. Japan ist ihm hier also zuvorgekommen. Der chinesische Besitz der Insel hätte England in dieser Aneignung nicht einen Augenblick gestört.

2. Die Philippinen

Die Philippinen, denen verwaltungsmäßig auch Palawan, die Sulu-Inseln und die wegen ihrer besonderen strategischen Bedeutung bereits genannten Butan- und Bubayan-Inseln zugehören, zählen auf 296 000 qkm Fläche 13,4 Mill. Menschen. Mit den genannten und mit noch einigen anderen anliegenden Inselgruppen beträgt die Zahl der Inseln 7083, bei einer vorwiegend NS-Erstreckung von 1845 km und bei einer Quererstreckung von etwa 1200 km. Der von diesem Inselmeer überdeckte Raum beträgt etwa 1,4 Mill. qkm. Von den Inseln haben 462 eine Fläche von mehr als 2,6 qkm. Aber der weitaus größte Teil der Fläche entfällt auf die zwei ungefähr gleich großen Inseln Luzon und Mindano, die nördlichste und die südlichste Insel der Hauptgruppe mit zusammen 202 000 qkm (68 %). Die Küstenlänge beträgt etwa 18 400 km. Die Inseln sind durchaus gebirgig und teilweise vulkanisch. Die überall reiche Bewässerung macht sie außerordentlich fruchtbar. Die bergbaulichen Schätze sind groß. Die außerordentlichen produktionswirtschaftlichen Möglichkeiten der Inseln sind aber tatsächlich kaum erschlossen, da eine solche Erschließung nicht in die Handels- und Wirtschaftspolitik von USA. hineinpaßt. Gegenwärtig sind die Hauptprodukte Reis, Zuckerrohr, Kokosnüsse, Hanf und ähnliche Faserpflanzen, Mais und Tabak. Die Hauptausfuhr trifft auf Zucker, Hanf, Kokosnußöl, Tabakerzeugnisse. Vor allem auch für die Gummierzeugung würde sich ein großer Teil eignen. Der Bergbau, außer auf Gold, ist sehr vernachlässigt.

Die Inseln haben eine ideale handelspolitische Lage. Als Inseln, somit durch Festlandnachbarn nicht unmittelbar bedroht, werden sie von einem Kranz dicht besiedelter und hoch kultivierter Länder mit einigen Hundert Mill. Einwohnern umspannt. Überall im ganzen Inselgebiet gibt es gute Häfen für den lokalen Bedarf; mindestens 21 Buchten und acht Wasserstraßen eignen sich ausgezeichnet für Großhafenanlagen. Die Bucht von Manila mit

einer Fläche von fast 200 qkm und einer Küstenlänge von 195 km ist der beste Hafen von ganz Ostasien. Zu ihr gehört auch Cavite, die USA.-Flottenstation auf den Pilippinen. Der Seeverkehr wird zudem unterstützt durch ein beträchtliches Binnenwasserstraßensystem.

Die Wichtigkeit der Philippinenstellung für Japan kann kaum zu hoch veranschlagt werden, und zwar sowohl, wenn es die Philippinen besitzt, wie wenn es sie nicht besitzt.

Die Philippinen bilden — und sie wurden auch unter diesem Gesichtspunkt erworben —, die Brückenkopfstellung von USA. in Ostasien. Diese Brückenkopfstellung ist stark nicht nur durch die Größe und die natürlichen Reichtümer der Inseln, sondern vor allem auch dadurch, daß die Filipinos als einziges Volk Ostasiens Christen sind und sich somit stärker zu den Weißen als zu den ostasiatischen Völkern hingezogen fühlen. Jede weiße Herrschaft findet also hier in der Bevölkerung einen gewissen religiösen und weltanschaulichen Rückhalt gegenüber sowohl Japanern wie Chinesen. Die strategischen Nachteile der Philippinen-Stellung sind bereits hinreichend gekennzeichnet worden: der direkte Weg nach USA., sowohl der nördliche Hauptweg über Guam, als auch der mögliche südliche über die Sulu-See werden von japanischen Stellungen auf einige Tausend Kilometer flankiert. Der Weg über den Atlantik und Singapur ist seit der Fußfassung von Japan in der Südchina-See nicht mehr sicher. Dazu kommt die für USA. strategisch ungünstige Lage Manilas und Cavites auf der dem Kontinent zugekehrten Seite und weit nach Nordwesten vorgeschoben, so daß der Weg nach Cavite auch an der Riukiu—Taiwan-Südchina-Stellung der japanischen Flotte vorbeiführt. Ohne die Brückenkopfstellung der Philippinen ist die Guam-Stellung sinnlos; mit den Philippinen fällt also auch die Guam-Stellung, zwar nicht militärisch, wohl aber politisch. Andererseits kann die Philippinen-Stellung ohne den Ausbau Guams zum „Gibraltar des Ostens" auf die Dauer kaum gehalten werden, jedenfalls wenn USA. allein gegen Japan stehen würde.

Für Japan andererseits bedeuten die Philippinen eine Sperrstellung, die nicht umgangen werden kann, sowohl für ein Vordringen in die Südchina-See als auch für ein Vordringen gegen Südwesten, vor allem gegen die australischen Gewässer und erst recht für den Zugang zu den Gewässern der östlichen Sunda-Inseln. Auch für den Waffenschmuggel nach Mittel- und Süd-

china zur See bieten die Philippinen bevorzugte Möglichkeiten. Der Besitz der Philippinen würde dagegen Japan die Herrschaft über den nördlichen Teil der Südchina-See sichern, selbst gegen eine überlegene englische Flotte. Nicht minder wichtig wäre der Besitz der Philippinen für Japan unter dem Gesichtspunkt der Erzeugung wesentlicher industrieller Rohstoffe sowohl der Pflanzenwelt wie des Bergbaues.

Der Widerstreit zwischen der Wichtigkeit der Philippinen und der unbefriedigenden politischen und militärischen Lage der Philippinen hat in USA. zu einer sehr wechselvollen Behandlung der Philippinen-Frage geführt. Die Politik in bezug auf sie schwankt und sie hat immer geschwankt. Die jeweils stärksten Triebkräfte wechseln nicht nur ab, sondern sie sind unter sich sehr verschiedenartig. Die Bewilligung der Unabhängigkeit durch Gesetz von 1934 für 1944 war entstanden aus dem Wunsch, USA. in Ostasien politisch zu desinteressieren, d. h. Verantwortungen abzulehnen, also: einem möglichen Krieg über den Besitz der Philippinen auszuweichen. Aber der Unabhängigkeit war von vornherein die Klausel angefügt, daß USA. zu bestimmen habe, welche Flottenstellungen es auch nach 1944 auf den Philippinen besetzt halten wolle. Unter diesen Umständen könnte man die Unabhängigkeitsbewilligung praktisch dahin auffassen, daß USA. die Verantwortung und damit auch die Kosten für die Verteidigung der Philippinen zu Lande auf die Philippinen selbst abwälzen wolle. Tatsächlich weilt seit 2—3 Jahren der frühere Chef des USA.-Generalstabes und der eigentliche Reorganisator der USA.-Armee, General McArthur als Organisator der Philippinen-Wehrmacht für den neuen Staat auf den Philippinen. Gegenwärtig sollen 40 000 Mann unter Waffen stehen, mehr als 20 000 Rekruten jährlich eingezogen werden, um so ein Heer von 400 000 für die Verteidigung des Landes bereitzustellen. Gegen diesen Plan wird eingewendet, daß die moderne Ausrüstung eines solchen Heeres die wirtschaftlichen Kräfte des Filipino-Staates weit überschreiten würde. Früher betrug die Stärke der USA.-Truppen auf den Philippinen 11 000 Mann, darunter sechs Filipinos-Schützenregimenter. Die gegenwärtig wirklich verfügbaren brauchbaren Truppen für die Insel Luzon werden wie folgt angegeben: Ein Regiment USA.-Infanterie, das aber für den Schutz der militärischen Anlagen bei Corregidor unentbehrlich sei, drei Flugzeuggeschwader, deren Flugplätze aber feindlichen Angriffen so aus-

gesetzt seien, daß mit ihrer Zerstörung in den ersten Tagen des Krieges gerechnet werden müsse, und vier Regimenter Filipinos-Schützen. — Der Gedanke, die Philippinen 1944 politisch aufzugeben, ist gegenwärtig wieder sehr umstritten, und zwar sowohl von seiten der Filipinos wie von USA.-Seite.

Das Hauptgewicht der Verteidigung liegt einstweilen zweifellos noch auf der See. Japan kann kaum an eine Landung denken, solange es nicht des Seeweges sicher ist.

Zu erwähnen ist auch die starke japanische Kolonie auf der großen südlichen Hauptinsel Mindanao. Der Japaner hat sich dort durch landwirtschaftliche Tüchtigkeit in Verbindung mit Einheirat eine wirtschaftlich sehr starke Stellung geschaffen. Die Zahl dieser Japaner wird auf etwa 13000 bis 15000 geschätzt.

3. Singapur

Im wirksamen Flugbereich der Spratley-Inseln liegt die ganze südliche Hälfte der Südchina-See mit Singapur, und der Halbinselteil von Französisch-Indochina zwischen dem Golf von Tongking und dem Golf von Siam.

Singapurs Bedeutung beruht darauf, daß es den Eingang zur Straße von Malakka und somit den kürzesten Weg von Ostasien nach Indien sperrt. Seine militärische Stärke liegt darin, daß seine Verbindung mit der Heimat solange nicht wirksam unterbrochen werden kann, als nicht England samt Australien und zweifellos auch USA. zur See völlig niedergekämpft sind.

Singapur ist eine 43 km lange, 22 km breite Insel, die von der malaiischen Halbinsel durch einen im Westen schmalen und seichten Meeresarm getrennt ist, den Eisenbahn und Straße überbrücken. Im östlichen, pazifischen Teil dieses Meeresarmes liegt der neue Kriegshafen mit seinen gewaltigen Trockendocks, Reparaturwerkstätten, Magazinen, und einem viele Kilometer langen, steinernen Kai, an dem die größten Kriegsschiffe unmittelbar anlegen können. Die Beamten und die Arbeiterschaft dieses Kriegshafens wohnen in einer besonderen Stadt, also ebenso getrennt von der Handels- und Industriestadt Singapur, wie der Kriegshafen vom Handelshafen getrennt liegt. Das Gebiet des Kriegshafens ist durch überaus starke Verteidigungsanlagen geschützt. Eine dem Hafen vorgelagerte Insel ist der Mittelpunkt dieser Verteidigungsstellung. Ein äußerer Kranz von Inseln um Singapur herum ist aber holländisch. Das kann unter dem Gesichtspunkt der Fliegerbeobachtung nicht weniger günstig sein, als wenn die Inseln englisch wären, allerdings nicht für die Fliegerabwehr.

Die Singapur-Stellung hat aber auch beträchtliche Schwächen. Erstens: die Insel Singapur ist für die Trinkwasserversorgung auf eine Wasserleitung vom Festland angewiesen. Zweitens: es fehlt die für wirksame Fliegerabwehr so wichtige tiefe Abwehrzone, die ein Gegner überfliegen muß, bevor er die eigentlichen Hafenanlagen erreichen kann. Auch ist der Kriegshafen nicht sehr geräumig. Die Anlage des Hafens scheint viel mehr darauf hinzuweisen, daß man einer auf Fahrt befindlichen Flotte die Möglichkeit geben will, möglichst rasch ihre Bestände zu ergänzen, Verwundete und Kranke in beste Hospitalbehandlung zu bringen, kleine Ausbesserungen vorzunehmen und im gegebenen Falle schwer verwundete Schiffe, die nicht mehr weiter können, aufzunehmen, als darauf, für diese Flotte selbst ein dauernder Ausgangs- und damit auch Ruhepunkt zu sein.

Günstig für Singapur ist aber seine Lage am Ende einer sich über 1200 km hinziehenden und meist schmalen Halbinsel. Ein Angriff zu Lande ist dadurch unter allen Umständen schwierig, erfordert jedenfalls jahrelange Vorbereitungen zwecks sorgfältiger Sicherung aller rückwärtigen Verbindungen, solange England noch über eine starke Landmacht (von Indien her) und über eine starke Luftwaffe verfügt.

Japans Flotte, auch die Luftstreitkräfte der Flotte, können das Leben in und um Singapur für die englische Flotte unangenehm machen, aber sie werden Singapur dadurch nicht zu Fall bringen, noch auch nur seine strategische Bedeutung wesentlich ändern. Ein Angriff auf Singapur zur See oder vom Land her könnte nur in Frage kommen, nachdem eine Reihe einschneidender politischer und militärischer Änderungen der gegenwärtigen Lage vorausgegangen wäre, mit denen einstweilen nicht gerechnet werden kann. Wohl aber können die japanischen Flugangriffe auf Singapur und die leichten japanischen Seestreitkräfte unter dem Schutz starker Flotteneinheiten dahinter, die englische Flotte, und dann selbstverständlich auch die französische Flotte in ihrer Bewegungsfreiheit von Singapur aus sehr beschränken.

Immer wieder von Zeit zu Zeit taucht in den Zeitungen der Welt die Nachricht auf, die Malaiische Halbinsel werde an ihrer schmalsten Stelle bei Kra auf siamesischem Gebiet durch einen

Kanal überwunden werden. Dadurch würde dann militärisch die Singapur-Stellung umgangen und mit einigen Tausend Kilometern Abkürzung der freie Zugang zum Indischen Ozean gewonnen werden. Aber dieser Gedanke ist einstweilen eine Utopie. Zwar wäre ein Kra-Kanal in der Horizontalen viel kürzer als der Suez-Kanal, aber etwa zur Hälfte seiner Länge müßte der Kanal das gebirgige Rückgrat der Halbinsel durchbrechen, das aus kristallinischem Urgestein besteht und sich in breiter Masse zu mehreren hundert Meter Höhe erhebt, so daß also auch eine Überwindung der Höhe durch Schleusen nicht in Frage kommt. Die Utopie des Kanals ergibt sich übrigens schon daraus, daß England dieses Gebiet nicht besetzt hat. Käme dem Kanalprojekt irgendwelche Bedeutung zu, so würde England das Kanalgebiet noch heute besetzen.

4. Französisch-Indochina

Frankreich kann sein Indochina von der See her nicht verteidigen, außer im Bündnis mit England und wahrscheinlich auch mit USA., und selbst dann sind die Verteidigungsmöglichkeiten fraglich. Allerdings können die Verbindungen von Frankreich nach Indochina solange kaum völlig unterbrochen werden, als Singapur in englischem Besitz ist: sowohl das breite Delta des Mekong als die Gebirgsküste Annams geben zahlreiche gute Anlegemöglichkeiten, so daß sich auch eine Blockade kaum völlig durchführen lassen wird. Auf der anderen Seite aber wird auch ohne solche Blockade — mit den Japanern in Hainan und in Pachoi an der indochinesischen Grenze — die Zufuhr zur See nach Indochina immer sehr bedroht und sehr gestört sein und mit großen Verlusten an Schiffen, Material und Menschen rechnen müssen. Also ist auch das französische Interesse am Ausbau seiner Seestellung in der Südchina-See verhältnismäßig gering: für die Verteidigung der Südhälfte der Südchina-See könnte dann leicht, namentlich nach dem Verlust von Hongkong, die Hauptlast der Seekriegführung auf Frankreich fallen, während der Gewinn England zufallen würde. Daher hat Frankreich in Indochina die Verteidigung zu Lande viel stärker entwickelt als zur See. Ende der 20er Jahre waren die in Französisch-Indochina stehenden Truppen in zwei Divisionen gegliedert. Inzwischen dürften die Streitkräfte wesentlich vermehrt worden sein und können für den Kriegsfall mit den Reserven auf vielleicht acht Divisionen veranschlagt werden. Ihre Niederwerfung erfordert dann schon einen

beträchtlichen Einsatz. Selbstverständlich wird im weiteren Verlauf des Krieges die Haltung der Eingeborenen gegenüber den Franzosen bzw. den Japanern mit ausschlaggebend sein, während in den Anfangskämpfen die französischen Kerntruppen des indochinesischen Heeres, namentlich auch die Fremdenlegion, für die Haltung des ganzen Heeres maßgebend sein werden.

c) Das Angriffsziel im Osten: die Hawaii-Inseln

Die Hawaii-Inseln bilden also den Mittelpunkt des Netzes, mit dem heute USA. den NO-Sektor und SO-Sektor des Pazifischen Macht- und Interessenbereiches von Japan überspannt hat oder zu überspannen im Begriff ist. Dieses Netz wird man nicht mehr von der Peripherie aus zerreißen können, sondern nur von seinem Mittelpunkt aus. Also jeder Großangriff Japans gegen den Pazifischen Ozean und für die Erringung der Herrschaft über diesen Ozean muß sich gegen die Hawaii-Inseln als das strategische Zentrum des ganzen Systems richten.

Dieses Hawaii-System, nunmehr also als Verteidigungssystem gesehen, hat sich in der Linie: Midway—Wake—Guam wichtige und beherrschende Stellungen im westlichen Vorfeld geschaffen. Midway und Wake befinden sich, wie bereits gesagt, in vollem Ausbau als Luftflottenstützpunkte. Guams weitere Ausgestaltung ist noch ungewiß. Ein ähnliches taktisches und strategisches Vorfeldsystem ist gegenwärtig im Aufbau südlich von Hawaii bis zu den Samoa-Inseln hin. Mindestens das Vorfeldsystem: Guam, Wake, Midway muß gefallen sein, bevor zum Angriff auf die Hauptstellung, eben die Hawaii-Inseln selbst, angesetzt werden kann.

Auch dann ist die Aufgabe nicht einfach. Denn erstens: Hawaii liegt viel näher der amerikanischen Westküste als Japan, also der Entfernungsfaktor steht im Hawaii-Gebiet nicht mehr gegen USA., sondern gegen Japan —; zweitens: das Hawaii-Gebiet bildet in sich selbst eine sehr reich und tief gegliederte Festungszone mitten im Ozean, die nicht nur schon heute in Pearl Harbour einen der stärkst befestigten Häfen der Welt besitzt, an dessen Verstärkung ununterbrochen weiter gearbeitet wird: die gesamten bisher aufgewendeten Kosten für den Ausbau von Pearl Harbour werden zu 700 Millionen $ angegeben; sondern in den letzten Jahren sind auch die anderen Inseln planmäßig in das Festungssystem mit einbezogen worden. Fliegerhorste sind heute über die

ganze Inselgruppe verteilt und teilweise weit in die See vorgeschoben. Eine Annäherung an die Hawaii-Stellung wird überdies durch den Mangel an brauchbaren Häfen auf den Inseln selbst sehr erschwert. Die einzigen, für große Schiffe brauchbaren oder wenigstens entsprechend ausgebauten Häfen sind eben Honolulu und das unmittelbar benachbarte Pearl Harbour auf Oahu.

Unter diesen Umständen wäre ein japanischer Großangriff auf Hawaii (also wohl zu unterscheiden von Störungs- und Beunruhigungsangriffen) für Japan selbst ein sehr gefährliches Unternehmen und also unwahrscheinlich. Es könnte jedenfalls erst in Angriff genommen werden auf der Grundlage eines in sich völlig geeinten Ostasien, also nachdem alle mit der Südchina-See verbundenen Fragen gelöst wären. Er liegt aber für die Gegenwart so fern wie ein Angriff auf Australien. Während aber der Angriff auf Australien immerhin noch ein ungeheures Siedlungsland dem japanischen Volk öffnen könnte, bieten die Hawaii-Inseln in dieser Beziehung sehr geringe Möglichkeiten. Nach Äußerungen eines USA.-Marinesachverständigen: ein japanischer Angriff auf Hawaii wäre gerade das, was sich die USA.-Flotte wünschen würde.

*

Die Abschließung Japans vom Indischen Ozean ist einstweilen eine Gegebenheit, mit der Japan sich abfinden muß.

C. Japans Wehrpolitik

Seit Jahrzehnten bekämpfen sich in Japan Heer und Flotte heftig und nicht selten bitter, welchem von beiden Wehrmachtsteilen die Hauptaufgabe zufalle in der Verteidigung von Japans Großmachtstellung und in ihrem weiteren Aufbau. Der Streit hat auch sehr oft den Gang der inneren Politik beeinflußt oder sogar bestimmt: die wechselnden Ministerien haben bald das Heer und bald die Flotte mehr begünstigt und sind teilweise auch über die Gegnerschaft von Heer und Flotte gestürzt; im allgemeinen haben sie allerdings eine vermittelnde Politik verfolgt. Es ist eines der wertvollsten Ergebnisse der Kämpfe in China, und zwar gerade in Mittel- und Südchina für Japan, daß dieser Streit nunmehr stark verblaßt ist, und zwar hat sich eine Versöhnung ergeben vom Grundsätzlichen her. Trotzdem soll auf diesen Streit hier noch eingegangen werden; denn die Gesamtlage der japani-

schen militärisch-strategischen Stellung wird an ihm, der also die Verhältnisse unmittelbar so zeigt, wie sie sich in der Gesamtheit von Japan selbst gesehen, darstellen, klar.

Auch Japan kann selbstverständlich nicht ins Ungemessene rüsten. Die Mittel, die es zu seiner Verteidigung einsetzen kann, sind auch heute noch beschränkt, und sie waren früher noch sehr viel mehr beschränkt, als ein großer Teil hochwertiger Rüstungsgegenstände vom Ausland beschafft werden mußte. Also hatten sich Heer und Flotte in die beschränkten und teilweise sehr beschränkten Mittel zu teilen. Ob man also diese beschränkten Mittel mehr dem Heer oder der Flotte zukommen lassen wolle, war genau zu überlegen.

Die Frage scheint auf den ersten Blick, wenn man von Europa nach Ostasien sieht, einfach genug zu entscheiden: Japan ist eine Inselmacht. Es ist also zu Lande unangreifbar, solange es die See beherrscht. Japan muß also zur See überlegen bleiben. Auch die Ausweitungen japanischen Gebietes sind zweckmäßig nicht auf dem Kontinent zu suchen, wo sie vom Land aus angegriffen und zu Land verteidigt werden müssen, sondern auf Inseln oder mindestens in Stellungen, die von der See her beherrscht und verteidigt werden können. Der Vergleich mit England liegt auf der Hand: Japan muß die gleiche Politik in Ostasien verfolgen, die England in Europa mit so großem Gewinn für sich betreibt.

Diesen Momenten gegenüber könnte es auf lange Sicht nicht entscheidend sein, daß Japan in seiner Vergangenheit immer die Tugenden des Kriegers und Soldaten zu Lande gepflegt hat, aber nicht eigentlich eine seefahrende Nation war. Denn das sind die Engländer auch erst unter den Tudors geworden: das Mittelalter Englands hatte seine stolzen Ritterheere und seine berühmten Bogenschützen, neben denen gelegentlich ein paar Kriegsschiffe ein ziemlich verachtetes Dasein führten. Aber gegen diese Überlegung ist einzuwenden:

1. Japan steht auf dem Kontinent nicht einer Vielheit von Mächten gegenüber, die sich gegenseitig beneiden und befeinden. Japans Gegner auf dem Kontinent sind vielmehr nur China und Rußland. Diese beiden Mächte können sich gegen Japan grundsätzlich leicht einigen.

2. Auf der Grundlage solcher Einigung kann entweder eine der beiden ostasiatischen Großmächte auf dem Land, oder können beide nebeneinander nach einem gemeinsamen Plan ihre Kräfte auch auf

die Schaffung einer Seemacht konzentrieren, welche bei den zur Verfügung stehenden ungeheuren Hilfsmitteln sowohl in China wie in Sowjetrußland zu überwältigender Übermacht gegen Japan ausgebaut werden kann. Japan muß diese letztere Möglichkeit, daß ihm eine überlegene Seemacht in den ostasiatischen Gewässern selbst und beruhend auf einem ostasiatischen Staat gegenübergestellt werden kann, auf jeden Fall verhindern. Das aber kann es nur vom Land, nicht von der See aus.

3. Japan braucht das Festland als zusätzliche Rohstoff- und Lebensmittelbasis, da der japanische Inselbesitz eine ganze Reihe lebenswichtiger industrieller Rohstoffe entweder überhaupt nicht oder jedenfalls nur in ungenügender Menge zu erzeugen imstande ist. Japan ist bei der Aufteilung der Welt zu spät gekommen.

4. Japan verfügt nicht über die monopolartige Beherrschung der Weltmeere und ihre Schlüsselstellungen, die sich England gesichert hat. Es ist im Gegenteil dadurch, daß diese monopolartige Beherrschung in den Händen des Empire und auch von USA., also in den Händen der angelsächsischen Mächte liegt, eingeengt, zur See eingekreist. Es kann, wenn überhaupt, diese Einkreisung nur durch eine Politik der eigenen Machtsteigerung lockern, welche Politik nur auf das Land und daher zunächst auf die überlegene Landmacht begründet werden kann; denn das Land ist immer die feste Grundlage staatlicher Macht. Englands Macht beruht nicht eigentlich auf dem Wasser, sondern auf den jenseits der Ozeane liegenden Kolonien und Siedlungsgebieten.

5. Gegenüber überlegenen Seerüstungen und gegenüber überlegenen Seestellungen der Mächte, die für Japans Einkreisung entscheidend sind, ist die Lage der japanischen Inseln gegen Luftangriffe von der See her gefährdet. Die Schaffung kontinentaler Industrizentren zur Herstellung kriegswirtschaftlich notwendiger Erzeugnisse ist also wünschenswert.

Die wichtigsten unter den genannten Momenten, und zwar für sich allein schlechthin entscheidend, sind 1 und 2: Japan kann sich der Gefahr einer Einkreisung gleichzeitig von Land und von der See her auf die Dauer nicht aussetzen. Japan ist dazu zu klein. Die Gefahr wäre trotz allen Heldenmutes des japanischen Volkes tödlich. Japan kann die großen Seemächte nicht lebensgefährlich treffen; selbst wenn es gegen sie militärische Vorteile erringt: ihre eigentliche Kraft bleibt ungebrochen. Die Gefahr der Einkreisung kann also nur vom Lande her aufgerollt werden. Das

Inselreich Japan muß, um als Seemacht bestehen zu können, zunächst Landmacht sein. Das Heer ist also noch wichtiger als die Flotte.

Es ist selbstverständlich, daß die Flotte deshalb nicht vernachlässigt werden darf. Man braucht die Flotte bereits, um das Heer auf dem Festland einsetzen zu können.

Selbstverständlich ist damit nur die Hauptlage für Japans Wehrmachtspolitik festgelegt. Im einzelnen ergaben sich unter den besonderen jeweiligen politischen Voraussetzungen in den verschiedenen Phasen der außenpolitischen Entwicklung Japans sehr starke Schwankungen.

Dieser alte Streit zwischen Heer und Flotte, auf wen die Hauptverantwortung für Japans Schicksal falle, ist also nunmehr durch die Kämpfe in China im wesentlichen entschieden worden. Die Flotte und die ihr unterstehenden Marinetruppen haben nunmehr als ihr großes Aufgabengebiet Südchina, die Küste und ihre Hafenorte, Hainan und die Spratleys zugewiesen erhalten. Auf die Flotte entfällt auch ein großer Teil der Kriegshandlungen, die heute in Südchina vor sich gehen. Das ist ein sehr großes und verantwortungsvolles Aufgabengebiet, das ihre ganz Kraft bindet. Zugleich hat sie dadurch, also vom Kontinent her, sehr starke neue Aufgaben taktischen und strategischen Angriffes auch für die See erhalten. Die gewonnenen Stellungen sind nur in Verbindung mit dem Heer, in Verbindung mit der Nord- und Mittelchina-Stellung, mit der Stellung in der Inneren Mongolei und in Mandschukuo zu halten. Niemand bezweifelt heute in Japan, daß diese Stellungen auf dem Kontinent auch die Grundlage sind für die Ausweitung des Herrschaftsbereiches Japans zur See.

Wenn also hinsichtlich der Aufrüstung Schranken anerkannt werden müssen, so treffen diese zunächst die Flotte, nicht das Heer. Für das Heer gilt heute, daß ihm die ganze wehrfähige Mannschaft eingereiht werden muß (abgesehen vom Flottenbedarf), was gegenüber dem Zustand noch vor wenigen Jahren etwa eine Verdoppelung des Heeres der Zahl nach bedeuten wird. Gegenüber dieser Notwendigkeit, das Heer so stark als möglich zu machen, muß die Flotte auf den Anspruch einstweilen verzichten, ihrerseits so stark zu werden, wie die Flotte jeder anderen großen Seemacht.

Die Flotte Japans wird also auch dann wesentlich defensive Aufgaben haben, wenn Japans Politik klar offensiv ist; mit

anderen Worten, der Träger der Ausweitung japanischer Macht, auch soweit die Verbindungen über See gehen, ist das Heer und nicht die Flotte. Jeder Gedanke von Fernexpeditionen der japanischen Flotte, soweit sie nicht beschränkten taktischen Zwecken dienen, die nichts mit dauernder Besetzung weit abliegender Gebiete zu tun haben, wäre für Japans Machtstellung gefährlich und somit für eine gesunde Politik utopisch. Die japanische Flotte hat also nur die japanische Landmacht zu unterstützen, ja sie ist selbst eben nunmehr in Südchina und Hainan teilweise zu einer Landmacht geworden. Landmacht und Seemacht sind sich so sehr nahe gekommen. Sie sind aufeinander bezogen und angewiesen, wobei dem Heer die Führung zufällt. Die japanische Flotte ist Hilfswaffe des japanischen Heeres, indem sie einen wesentlichen Teil der Aufgaben des Heeres übernommen hat, und sie hat gerade dadurch einen außerordentlich erweiterten Aufgabenkreis für sich selbst gefunden.

II. Hauptteil

Die außenpolitisch-strategische Stellung Japans

Vorbemerkungen

Im ganzen Bereich der Politik ist die Vergangenheit wichtig. Denn sie hat ebenso die äußeren Formen des Lebens gestaltet wie die Anschauungen und Auffassungen, von denen jeweils — in Bejahung oder Verneinung — die gegenwärtigen Menschen ausgehen, und die auch ihren Entschlüssen und ihrem Handeln zugrunde liegen.

Aber auf keinem Gebiet der Politik ist die Kenntnis der Vergangenheit wichtiger als auf dem der Außenpolitik; denn die Vergangenheit findet hier viel weniger ihren Niederschlag in endgültigen Rechtsformen, in festen Organisationen und Organen der Staaten und Völker, in Gesetzen, die in sich selbst einen Teil des lebendigen Organismus von Staat und Volk in jedem Augenblick bilden, daher diesem selbst zugehören und sich innerhalb dieses Organismus mit diesem selbst weiter bilden unter der einen souveränen Autorität von Staat und Volk. In der inneren Politik genügt es also meist, die lebendige Gegenwärtigkeit dieser historisch gewordenen Ordnungen in Verbindung zu bringen mit den lebendig wirkenden Kräften, den Bedürfnissen, den sich ändernden sachlichen Voraussetzungen, um auch die Vergangenheit hinreichend zu berücksichtigen. In der äußeren Politik dagegen handelt es sich um die Beziehungen verschiedener Staaten und Völker zueinander, von denen jedes für sich souverän seine eigenen Wege zu gehen entschlossen ist; auch soweit deren Beziehungen zueinander äußerlich durch Verträge zwischenstaatlicher oder völkerrechtlicher Art geregelt sein mögen, — so liegt zwar deren Wortlaut fest, aber der Sinn verschiebt sich mit den sich fort-

laufend ändernden Verhältnissen immerwährend. — Die seelisch-moralischen Beziehungen dieser Staaten und Völker aber sind großenteils abhängig von den Erfahrungen, die sich aus dem gegenseitigen Verkehr dieser Völker und Staaten, wie auch der einzelnen Volksangehörigen ergeben haben, und von Anschauungen und Komplexen, die daraus erwachsen sind. Weltanschauliche Gegensätze, also Gegensätze seelischer, sittlicher Art, Gegensätze des Temperaments und des Charakters (welche auch bei blutsmäßig anscheinend nahe verwandten Völkern abgrundtief sein können, so daß sich diese Völker ohne jede Möglichkeit des Verstehens gegenüberstehen, auch abgesehen von allen äußeren Interessengegensätzen), können vertragliche Abmachungen in der Stunde der Gefahr wertlos machen. — Gerade weil Sinn und Wert des geschriebenen Wortes in der Außenpolitik so rasch wechseln, spielt dort Persönlichkeit und Tradition eine sehr große Rolle: Persönlichkeit ist immer auch ein Stück lebendige Tradition. Bismarck hat wiederholt auf das Kapitel von Vertrauen als auf einen der großen Aktivposten in der auswärtigen Politik hingewiesen, der sich mit der Person eines erprobten Staatsmannes im Laufe seiner langen Wirksamkeit verbinde, welchem Kapital gegenüber selbst kleinere Fehler wenig bedeuten.

Daher gibt es kein Verständnis außenpolitischer Gegenwart ohne Verständnis der ihr zugrunde liegenden außenpolitischen Vergangenheit. Es ist hier genau wie bei den Beziehungen der einzelnen Menschen zueinander. Auch sie wird man nicht verstehen, wenn man nicht weiß, unter welchen Verhältnissen und mit welchen beiderseitigen Erfahrungen diese Menschen schon miteinander zu tun gehabt haben. Diese Imponderabilien sittlicher und seelischer Natur sind oft wichtiger als die unmittelbaren materiellen Interessen, so wichtig die letzteren auch sind, — und zwar gerade bei Entscheidungen grundsätzlicher Art von großer Tragweite.

Im Verhältnis Japans zu den weißen Mächten wird die Bedeutung dieser „persönlichen" Erfahrungen der Völker und Staaten noch unterstrichen durch die Unterschiede, die Rasse und Kultur-Vergangenheit, aber auch Sprache und Schrift setzen. Erst seit etwa 90 Jahren sind die politischen Beziehungen intensiv aufgenommen und entwickelt worden. Also die Vergangenheit läßt sich hier leicht übersehen und verstehen; sie ist zum großen Teil auch den heute Lebenden noch bewußt, ein Teil ihres Lebensschicksals selbst.

Dabei darf man nicht übersehen, daß in jeder Erfahrung objektiv Wirkliches und subjektiv Gefühlsmäßiges oder Irrationales zusammenwirken. Gleiche Erfahrungen werden von verschiedenen Völkern — wie ja auch von verschiedenen Menschen — je nach eigenem Charakter oder auch eigener augenblicklicher Stimmungslage und äußeren Verhältnissen sehr verschieden aufgefaßt; jedes Volk geht an jedes andere Volk mit gewissen Gefühlen der Zuneigung oder Abneigung heran, die wieder auf sehr verschiedenen Ebenen des Bewußtseins oder des Unterbewußtseins liegen mögen. Bei den weißen Völkern scheinen im Verhältnis zu den Japanern die Gefühle der Zuneigung oder Abneigung vorherrschend zu sein, während der Japaner im Verhältnis zum Weißen mehr das Gefühl einer einfach neutralen Fremdheit besitzt: er steht dem Weißen wahrscheinlich in seinem Herzen sehr kühl gegenüber. Seine leidenschaftliche, aber wohlbeherrschte Liebe gehört seinem Vaterland und seinem Volk, sowie dem Kaiser, der beide symbolisiert. Von dieser leidenschaftlichen Liebe braucht der Japaner nicht zu reden, weil sie ihm selbstverständlich ist, nicht nur als geistige Haltung, sondern als Teil seiner Existenz. Er beurteilt also die einzelnen europäischen Völker und Staaten je nach dem Nutzen, den er von ihnen für sein Vaterland erwarten kann. Damit steht nicht im Widerspruch, daß der Japaner wohl auch in der Außenpolitik dankbar und treu zu sein vermag: ein verläßliger Freund ist eben viel wert, und er wird im allgemeinen nur durch Verläßligkeit gewonnen. Der echte Opportunitätspolitiker berücksichtigt sehr wohl auch diese Momente der Erfahrungen und der Gefühle.

*

Die räumlichen Voraussetzungen der Außenpolitik in Ostasien sind für Japan und die weißen Mächte grundsätzlich verschieden. Für Japan ist Ostasien der Lebensraum unmittelbar. Für die weißen Mächte ist Ostasien Außenzone, teilweise Randzone ihrer Außenpolitik —, wenn es nicht ganz außerhalb ihres eigentlichen militärischen Macht- und Interessenbereiches liegt.

Das gibt Japans Außenpolitik hinsichtlich Ostasien den Vorteil der Intensität und der räumlichen Gegenwärtigkeit, und in der Folge dann auch der Einheitlichkeit, Geschlossenheit, Folgerichtigkeit im Vergleich zu der der weißen Staaten. Denn die Staaten der weißen Rasse haben irgendwo näherliegende Interessen, in

Europa, in Afrika, in Amerika, selbst in Mittelasien, die ihrerseits wieder sehr verschiedene Formen und Intensität besitzen. Vor allem: sie haben ihre ganze ostasiatische Politik und damit auch ihr Verhalten zu Japan fortlaufend einzuordnen in das System der Beziehungen zu Staaten, die ihnen näherliegen. Sie haben sehr oft einfach die Hände nicht frei, um die Politik in Ostasien zu machen, die sie eigentlich machen wollen und machen müßten, wenn sie die ostasiatischen Fragen nur als ostasiatische ansehen dürften. Schwerere Verwicklungen in Ostasien sind ihnen deshalb grundsätzlich unsympathisch und bedeuten auf die Dauer immer auch eine beträchtliche Belastung ihrer Politik in allen anderen Erdräumen.

Die Völker der weißen *Rasse* sind außerdem an sich zweifellos geistig und auch seelisch beweglicher und auch, ob damit im Zusammenhang stehend oder nicht, unbeherrschter. Sie schätzen die Sensationen aus wechselnden Gefühlen, Stimmungen, Ideen mehr als der Japaner. Hier haben erst Faschismus, Nationalsozialismus, Sowjetismus eine Disziplin der nationalen Haltung zum Durchbruch gebracht, die sich der inneren Disziplin des japanischen Volkes an die Seite stellen kann.

Somit ist es in gewissem Sinne irreführend in bezug auf Ostasien von einem *Phasenverlauf* der auswärtigen Politik zu sprechen. Die japanische Politik kennt im Grunde keine Phasen, sondern sie geht mit gesammelter und beherrschter Kraft auf das eine Ziel los: die Macht der weißen Staaten im ostasiatischen Raum niederzubrechen, Ostasien unter japanischer Führung zu einen.

Allerdings: die Möglichkeiten der jeweiligen Annäherung oder Verwirklichung dieses Zieles wechseln mit der Zeitlage sehr. Daraus erklären sich sehr starke Änderungen der jeweiligen außenpolitischen Nahziele und der zur Erreichung dieser Nahziele verwendeten oder als verwendungsfähig angesehenen Mittel und der zur Schau getragenen Ideologien westlicher Prägung. Japan mußte zu Zeiten sehr klug sein.

Die Einhaltung und Durchführung einer klugen Politik wurde ihm erleichtert durch seine lächelnde, aber ganz unverbindliche, ja undurchdringliche ostasiatische Höflichkeit. Der Besitz dieser Höflichkeit ist dem Japaner eines der wichtigsten Zeichen des Besitzes echt persönlicher Kultur. Sie ist ihm also mehr als eine zweckmäßige Verkehrsform; sie ist ihm eine Lebensform. Diese Höflichkeit ist als solche für den Japaner sittlich neutral; sie enthält weder Wertung noch Urteil über das Verhalten der anderen Partei, noch offenbart sie das innere Verhältnis zu dieser. Hinter dieser Höflichkeit kann sich also Härte, Abneigung, ja Haß ebenso verbergen wie Zuneigung. Diese Höflichkeit gab dem Japaner gegenüber der oft herausfordernden Plumpheit, mit der der weiße Mensch seine Gefühle und seine Ziele ausdrücken mag, einen großen taktischen Vorteil: Hier war er dem Weißen überlegen, und als die Erfahrung und das Wissen um diese Überlegenheit in ihm heranwuchs, fühlte er sich auch dem Weißen persönlich überlegen: Er empfand und empfindet den Mangel an dieser Höflichkeit als einen Persönlichkeitsmangel. Der Weiße aber faßt leicht diese Höflichkeit des Ostasiaten auf als Unehrlichkeit, Verschlagenheit, zumal wenn er sich plötzlich von einem stahlharten und unerwarteten Jiujitsu-Griff gefaßt sieht —, auch auf diplomatischem und politischem Gebiet.

Selbstverständlich gab es auch in Japan zu verschiedenen Zeiten beträchtliche Meinungsverschiedenheiten über das jeweils Mögliche in der äußeren Politik, und diese Meinungsverschiedenheiten haben sich je nach der Stärke der nationalen Führung zu verschiedenen Zeiten verschieden weit nach unten, in die parlamentarischen Kreise und in die breiten Volksmassen hinein erstreckt. Sie haben so immer den westlichen „Demokratien" Anlaß gegeben, aus der Zertrümmerung der inneren Einheit des japanischen Volkes und seiner öffentlichen Meinung für sich Vorteile zu erhoffen. Gerade in der Zeit nach dem Weltkrieg waren die inneren Spannungen, die sich auch hinsichtlich des Kurses der auswärtigen Politik ergaben, zeitweise sehr stark. Es kam zu einem Gegensatz der demokratisch-parlamentarischen Ideologie (mit entsprechenden außenpolitischen Sympathien) gegen die autoritäre Staatsführung, und es kam zu Meinungsverschiedenheiten noch in den letzten Jahren, zwischen den obersten militärischen und den obersten zivilen Stellen des Staates, oder sogar zwischen der Führung der auf dem Festland stehenden Armee — Kwantung-Armee genannt — und dem Ministerpräsidenten und seinem Außenminister.

Aber immer ist die *Substanz der Politik Japans*, sind ihre Ziele, sind auch ihre Methoden trotz ihrer Beweglichkeit so festliegend, auch bei scheinbarer Oberflächennatur der gerade aktuellen Fragen so wesentlich und einheitlich ostasiatisch-japanisch, daß sich die ideologischen, taktischen, parteipolitischen Gegner

innerhalb Japans nach kurzer Zeit immer wieder finden. Auch solche an sich echten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der politisch tragenden Kreise Japans können dann dem Europäer gelegentlich fast wie ein dem Ausland nach einem von vornherein ausgearbeiteten Textbuch vorgespieltes Theater erscheinen: so gut klappt im ganzen alles; man desavouiert die Politik, die von gewissen Exekutiv-Organen, z. B. der Armee, betrieben wird, bis man so weit mit ihr vorangekommen ist, daß ein Rückweg nicht mehr möglich ist. Sobald ein Weg einmal unwiderruflich beschritten ist, oder sobald klar wird, daß man sich dem unverrückbaren Ziel der nationalen Politik: der unter japanischer Führung geeinten ostasiatischen Welt unter einem bedeutenden Führer auf dem beschrittenen Weg nähern kann, schließt sich die Nation über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg zu einem einzigen Block zusammen.

Also von Japan aus gesehen wird wohl Japans Geschichte der letzten neunzig oder auch siebzig Jahre als Einheit erscheinen: die Übernahme der Kultur des Westens, besser: ihre Assimilierung, ihre organische Einverleibung, ihre Erarbeitung zunächst auf technischem Gebiet und, in dem durch die Technik gegebenen Rahmen der Raumüberwindung und Raumbeherrschung, auf politisch und wirtschaftlich organisatorischem Gebiet, schließlich auf allen geistigen Gebieten, von Staat und Recht, Naturwissenschaft und Technik angefangen bis zu Kunst, Religion, Philosophie; was hier der Mensch der weißen Rasse von Japan weiß, ist in aller Regel wenig, jedenfalls sehr wenig im Vergleich zu dem, was der gebildete Japaner von der Kultur der weißen Rasse weiß.

Diese Politik, die also nunmehr fast 100 Jahre dauert, führte von äußerer Nachahmung über innere Aneignung zu einer wachsend kritischen Auslese und hat schließlich mit schöpferischen Neugestaltungen aus den Methoden und der Technik der weißen Kultur einen gewissen Abschluß erreicht. Zunächst handelt es sich einfach um die Verteidigung der eigenen nationalen, staatlichen, kulturellen Existenz und Selbständigkeit. Daraus erwächst immer mehr der Wille, die eigene Existenz nach außen hin sicherzustellen und sich vom eigenen ostasiatischen Raum aus politisch-militärisch, aber auch technisch-kulturell gleichwertig neben die weiße Welt zu setzen.

*

Dagegen hat sich das Verhältnis der einzelnen useuropäischen Mächte zu Ostasien und besonders zu Japan in dem betrachteten Zeitabschnitt völlig geändert. Das erklärt sich schon daraus, daß sich die Beziehungen zwischen diesen Mächten selbst inzwischen völlig verschoben haben. Wie der gegenwärtige Krieg zeigt, befinden sie sich noch immer in stärkster Umbildung. Japan ist aber heute überall in die Weltpolitik einbezogen, auch in Europa. — Damit haben sich auch die Machtverhältnisse und die Machtansprüche der verschiedenen useuropäischen Staaten gegenüber Ostasien sehr verschoben. Teilweise sind diese Verschiebungen auf der politischen Karte Ostasiens ohne weiteres sichtbar und sie betreffen hier alle großen useuropäischen Staaten: USA., Rußland, Frankreich, England, Deutschland, Spanien. Aber die territorialen Verschiebungen geben nicht die ganze Geschichte der eingetretenen Machtverschiebungen wieder: Die Stellung der Engländer in Tientsin und Schanghai, die der Engländer und Franzosen in Kanton, also im offiziell chinesischem Hoheitsgebiet, oder die der Engländer in der chinesischen Zollverwaltung, waren vielmehr politisch mindestens so wichtig als der Besitz von einigen Hunderttausend Quadratkilometer Land: Diese Stellungen, und selbst Englands Stellung auf Hongkong und dem gegenüberliegenden Festlandgebiet sind heute vom chinesischen Hinterland abgeschnürt. Also die wirtschaftlichen Macht- und Einflußverschiebungen, in Ostasien immer schon in engster Verbindung stehend mit entsprechenden politischen Änderungen, sind nicht geringer als die eigentlich politischen und militärischen.

Auch hier stehen wir in einer Zeit stärkster Umwandlung: Japan will sich seine politische Vormachtstellung im ostasiatischen Bereich endgültig gegenüber allen möglichen Gefahren und Mächteverbindungen und Allianzen sichern —, in Verwirklichung des Zieles, das immer der Traum der japanischen Staatsleitung gewesen ist: Ostasien den Ostasiaten unter japanischer Führung.

*

Trotz dieser einheitlichen Grundlinien des Wollens und (mit einigen Schwankungen) auch des Vollbringens der japanischen Politik ist Periodisierung von der äußeren Geschichte her notwendig, um sich den Aufstieg Japans zur Weltmacht in großen Stufen zu gliedern. Sie ist auch leicht durchzuführen. Sie darf also nur nicht in dem Sinn verstanden werden, in welchem wir

in unserer europäischen Geschichte im allgemeinen periodisieren: Hier periodisieren wir nämlich nach neuen Ideen und Ideologien, nach neuen seelischen Haltungen und Bewertungen. Der Strom der japanischen außenpolitischen Geschichte verläuft vielmehr unter den Gesichtspunkten der ideologischen und seelischen Grundeinstellung einheitlich. Im großen und ganzen folgt er der Linie des geringsten Widerstandes mit Benützung aller äußeren, aber auch aller seelischen Momente, wenig beeinflußt von Weltanschauungen und Ideologien. Denn hinter diesen steht immer die fundamentale Einheitlichkeit national-volklich-staatlichen Seins als überragende Wirklichkeit.

Aut der Geschichte der früheren japanischen Außenpolitik: eine Episode

Japan und die christlichen Missionen

An Stelle einer Vorgeschichte der japanischen Außenpolitik (die übrigens in ihren Beziehungen zu China auch interessante Parallelen zur Gegenwart bietet, deren Tragweite allerdings nicht ohne weiteres klar ist), bringen wir eine Episode aus dieser Vorgeschichte: wie es kam, daß die Japaner, die sehr stolz sind auf die Freiheit der Religion und des Gewissens, die in ihrem Land immer geherrscht habe, das Christentum Anfang des 17. Jahrhunderts ausrotteten.

Nachdem 1541 die Portugiesen Japan entdeckt hatten, kamen sehr bald neben den Händlern auch missionierende Mönche ins Land, zunächst Jesuiten, später auch Franziskaner und Dominikaner. Sie wurden im allgemeinen von den Japanern (die ja buddhistische Mönche gewohnt waren,) freundlich aufgenommen, durften öffentlich predigen, Anhänger werben und Kirchen bauen. Sie fanden auch eine ziemlich breite Anhängerschaft, namentlich im Süden des Landes —, aber fast ausschließlich in den unteren Schichten. Dagegen verhielten sich die oberen Schichten sowohl kulturell wie religiös ablehnend. Bei dieser Politik der Duldung seitens der feudalen, halb unabhängigen Gaufürsten und auch der Vertreter des Einheitsstaates wirkte allerdings auch das Motiv

entscheidend mit, daß christliche Mission und weißer Handel schwer zu trennen waren; der Handel mit den Weißen aber war nicht nur wirtschaftlich vorteilhaft für die Gaufürsten, in deren Händen er lag, sondern er lieferte vor allem die Waffen des weißen Mannes, die den Besitz einer beträchtlichen militärischen Überlegenheit gaben. Schließlich aber wurde doch eine grundsätzlichere Stellungnahme notwendig; denn die Unduldsamkeit der Christen, wo immer sie die Macht in Händen hatten, sowohl gegenüber dem einheimischen Schintoismus und Buddhismus, als auch untereinander, also der Katholiken gegen die Protestanten und schließlich sogar der verschiedenen Orden gegeneinander, gefährdeten den Frieden des Landes, während die politischen Zusammenhänge der Missionen mit europäischen Regierungen, die gerade in der Zeit der Gegenreformation besonders eng waren, auch die äußere Sicherheit des Staates zu gefährden schienen.

Daher beschloß die japanische Staatsleitung, damals unter dem großen Staatsmann, dem Schogun Iyeyasu, sich über das Christentum Klarheit zu verschaffen durch das Studium des Christentums in Europa selbst. Ende des 16. Jahrhunderts sandte also Iyeyasu einen vornehmen Mann mit dem entsprechenden Auftrag nach Europa. Um seine Aufgabe besser erfüllen zu können, nahm dieser das Christentum an. Er spielte nunmehr seine Rolle als Christ und als eifriger Sohn der Kirche so gut, daß man ihm in Europa Einblick in alle Verhältnisse gab, ihm Rom und andere Hauptstädte zeigte: Es war ja der Kirche äußerst wertvoll, einen Japaner aus vornehmstem Hause für sich gewonnen zu haben, gerade weil die höheren Kreise in Japan sich ablehnend verhielten. Es gelang ihm also, sowohl die Priester, die im allgemeinen gute Psychologen sind, wie auch die Höflinge zu täuschen. Erst nach seiner Rückkehr warf er die Maske ab. Er berichtete, daß in Europa nicht Gewissensfreiheit herrsche, sondern unerträglicher Gewissenszwang mit Inquisitionen und Ketzerverbrennungen; er schilderte die unbegrenzte und brutale Expansionspolitik des Kreuzes über die ganze Welt hin, die Oberherrschaft des Papstes und seinen Anspruch, andersgläubige Fürsten zu vertreiben und über ihr Land und Volk zu verfügen; die Religionskriege, die mit verbittertem Fanatismus und furchtbarer Grausamkeit geführt wurden. Darauf entschloß sich Iyeyasu zur Vertreibung der fremden Priester und zur Ausrottung des Christentums in Japan selbst, was dann rücksichtslos durchgeführt wurde.

A. Japans Anschluß an das Weltsystem der weißen Mächte 1854—1894

Übersicht

Die neue Geschichte Japans beginnt mit dem Besuch eines USA.-Geschwaders unter Commodore Perry in Japan 1853/4. Der Vertrag Perrys mit Japan wurde dann sehr wesentlich ins Kaufmännisch-Praktische erweitert durch den Vertrag von 1856, den Townsend Harris als USA.-Generalkonsul mit Japan abschloß. Aber erst das Jahr 1858 brachte die Öffnung des Hafens von Yokohama. Der starke innere Widerstand gegen die fremdenfreundliche Politik führte zunächst zu zahlreichen Zwischenfällen. Als Gegenmaßnahme erfolgte eine Beschießung von Kagoschima durch eine englische Flotte (1863) und ziemlich gleichzeitig griff eine internationale Flotte unter englischem Oberbefehl, vor allem englische Schiffe, Schimonoseki an, wobei die Festungswerke zerstört, die Schiffe vernichtet und das Samurai-Aufgebot zerstreut wurde. Damit war der Widerstand Japans gegen das Eindringen der westlichen Technik und ihrer Waren endgültig beseitigt. Während bisher der Kaiser das Haupt der fremdenfeindlichen Strömung gegen das fremdenfreundliche Schogunat gewesen war, übernimmt jetzt der Kaiser die Aufgabe der Öffnung des Landes gerade unter dem Druck und unter dem Gesichtspunkt außenpolitischer und militärischer Notwendigkeit. 1865 erzwingt dann noch der Engländer Parkes mit einem vor allem englischen Geschwader die Öffnung mehrerer Häfen, darunter Osaka.

Bereits 1853 war das alte Verbot aufgehoben worden, Schiffe zu bauen, welche das offene Meer befahren könnten. 1867 wird eine Marineschule in Tsukiji, ein Eisenwerk für den Schiffsbau in Nagasaki und ein Dock in Yokosuka gebaut, das sich dann rasch zu einer großen Schiffsbauwerft ausweitet. Schon 1867 verfügt Japan über selbstgebaute Dampfschiffe. — 1862 war man dazu übergegangen, eine Armee nach europäischem Muster aufzustellen: drei Divisionen mit 13 600 Offizieren und Mannschaften. 1866 wird die französische Armee als Muster angenommen; an ihre Stelle tritt nach dem 70er Krieg die deutsche Armee. — Für den Aufbau der Flotte werden englische und holländische Offiziere gewonnen.

1873 erfolgte die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht — gegen sehr starken Widerstand der Samurai-Kaste. Aber der Ernstfall zeigt 1877, daß die aus allgemeiner Wehrpflicht hervorgegangenen Truppen den aus Samurais gebildeten Truppen ebenbürtig sind. 1872 wird die erste Bahn dem Verkehr übergeben.

Der weitere Ausbau und Aufbau erfolgt nun auf allen Gebieten sehr rasch; nur das Eisenbahnwesen hinkt für einige Zeit nach. Die Handelsflotte umfaßt 1872 642 Dampfschiffe mit 122 000 t, die meisten schon in Japan gebaut. Zu Beginn des japanisch-chinesischen Krieges von 1894/5 zählt die Feldarmee —, im Frieden gegliedert in sechs Liniendivisionen und eine (schwächere) Gardedivision —, 120 000 Mann mit 168 Feld- und 72 Gebirgsgeschützen, die Gesamtarmee einschließlich der Garnisonen und Depots 221 000 Mann mit 47 000 Pferden und 294 Geschützen.

1. England und USA. in Ostasien

Die weltpolitische Lage hinsichtlich Ostasiens um die Mitte des 19. Jahrhunderts war:

Der europäisch-kontinentale Raum war noch von der Ideologie der Heiligen Allianz beherrscht oder jedenfalls von dem Kraft- und Machtsystem dieses Gebildes. Die heilige Allianz hatte zwar die Revolutionsjahre von 1848/49 noch siegreich überstanden, war aber in innerem Zerfall begriffen und keineswegs mehr fähig zu einer gemeinsamen Frontbildung gegen England, was ursprünglich eine ihrer Hauptaufgaben gewesen war: Gleichgewicht herzustellen zwischen dem mittel- und osteuropäischen Raum einerseits und dem seebeherrschenden England andererseits. Aus der versuchten Zusammenfassung war ein so schwieriges Interessensystem, Gleichgewichtssystem Kontinentaleuropas geworden, daß die Kräfte aller Kontinentalstaaten auf dem Kontinent selbst festgebunden waren. Hier gab es eine Reihe großer Störungsfelder: Balkan, der deutsche Raum, Italien, die der englischen Politik reichlich Gelegenheit gaben, die Kontinentalmächte zu beunruhigen. So hatte England freie Hand in Ostasien.

In Ostasien aber handelte es sich damals — die Lage gesehen von den europäischen Hauptstädten aus — überhaupt eigentlich nicht um China und Japan als um selbständige politische Mächte, auch nicht einmal um das Verhältnis dieser beiden zu europäischen Mächten, sondern der Ferne Osten mit seinen damals erst recht unabsehbaren, weil auf der Grundlage der europäischen Technik

nicht nur ungenutzten, sondern unbekannten Naturschätzen, seinen Hunderten von Millionen fleißiger Menschen, seiner bizarren Kunst und dem fabelhaften Reichtum seiner Tempel und Paläste war eben erst durch das Dampfschiff als ein gewaltiges Betätigungsfeld der Kolonialpolitik, des Handels, der Schiffahrt erschlossen worden.

England sah es als eine Selbstverständlichkeit an, daß die Herrschaft über den fernen Osten mit ihren unabsehbaren Möglichkeiten der Bereicherung, der kapitalistischen Ausbeutung der dortigen Arbeitskräfte und der Naturschätze, und der Plünderung der angehäuften Schätze mit friedlichen und kriegerischen Mitteln ihm zufiel. Es hatte sich gerade für diese Zwecke seine neue Ideologie zurechtgelegt, die es der nunmehr absterbenden Ideologie der heiligen Allianz mit ihrer christlichen Romantik von Anfang an entgegengesetzt hatte und die inzwischen Eigentum der breiten Massen des städtisch-gewerblichen Mittelstandes, vor allem der Händlerkreise Englands geworden war: Die Ideologie der Bourgeoisie, des Liberalismus, des Kulturmaterialismus mit ihrer Überschätzung des Mechanischen und mit ihrem mechanistischen Mißverständnis von Wissenschaft und Technik, mit ihrer Phraseologie von Zivilisation, Fortschritt, Kultur, wenn es sich in aller Regel nur um die Betätigung eines bösartigen Egoismus, eines rücksichtslosen und hemmungslosen Bereicherungswillens handelte. Diese Ideologie der Bourgeoisie, die sich damals in allen städtisch-bürgerlichen Kreisen West- und Mitteleuropas mehr oder weniger schroff durchsetzte, erhielt in England noch ihre besondere Note durch die religiöse Überzeugung des Engländers von England als dem von Gott zur Weltherrschaft auserwählten und berufenen Volk Gottes. Wenn also England China in Besitz nahm, so nahm es nur in Besitz, was ihm kraft göttlicher Weltordnung von Anfang an zugehörte.

Die Ideologie auf dem Kontinent, die allerdings stark unter englischen Einfluß gekommen war, war dieser Überzeugung Englands von seiner Weltherrschaftsmission mit wirtschaftlichen und nötigenfalls auch mit kriegerischen Mitteln nicht ungünstig. Die Überlegenheit der weißen Rasse schien dieser Zeit ein für allemal festzustehen; sie war eine Voraussetzung des außenpolitischen Denkens der westlichen Welt, die überhaupt nicht zur Diskussion stand, außer bei einigen verschrobenen und weltfernen Romantikern. Also die Welt war weiß. Über die Formen der weißen

Herrschaft über die Welt aber entschieden die Machtverhältnisse der weißen Staaten. Auch hier gab es wenig Meinungsverschiedenheiten: England war als führende Macht, als Europa in Übersee repräsentierende Macht allgemein anerkannt. Wirtschaftlich und technisch, aber auch staatlich-kulturell erschien damals England dem geistig führenden Bürgertum überall in Europa als Vorbild und Muster. Gegen diese englische Führung in allen überseeischen Angelegenheiten wagte nur Holland gelegentlich leise zu protestieren. Dagegen hatte sich Frankreich seit Louis Philippe an England in allen kolonialen Angelegenheiten und namentlich in allen ostasiatischen Fragen eng angeschlossen; diese Politik wurde später von Napoleon III. fortgesetzt. Frankreich übernahm es damit auch, die englische Ostasienpolitik in Kontinental-Europa ideologisch zu vertreten. Und auch Frankreichs Kultur und Geistesleben standen unbegreiflich hoch im Ansehen. Für diese Hilfe überließ ihm dann England Indochina.

England besaß also aus dem europäischen Sektor heraus für seine Ostasienpolitik bis etwa 1880 ziemliche politische und militärische Bewegungsfreiheit. Nur sehr langsam änderte sich dies, etwa beginnend 1860, mit dem Aufkommen neuer starker Staaten in Europa, mit der Zuspitzung der Balkanfrage, mit der Frage der Liquidierung der Türkenherrschaft auf europäischem Boden —, also mit der wachsenden Bindung der Machtmittel Englands an Europa.

Die kühle, geschäftsmäßige Brutalität, mit der England entschlossen war, die wirtschaftliche Öffnung des Fernen Ostens und seine Angliederung an das Commercial Empire und an das Financial Empire Englands durchzusetzen, zeigte sich im Opiumkrieg 1840/42. Das Ziel des Krieges war dabei noch weniger materiell: die Zulassung des Opiumhandels, die Öffnung gewisser Häfen, Niederlassungsrechte und Niederlassungsbezirke für englische Händler, die unter dem Recht ihrer Konsulate nicht nur in Handelsangelegenheiten, sondern auch in zivil- und staatsrechtlichen Angelegenheiten stehen würden; — als vielmehr symbolisch: England wollte sich eine Machtstellung sichern, die ihm erlaubte, das Tor nach China jeweils soweit zu öffnen, als ihm nützlich erschien; — der chinesischen Regierung die Möglichkeit einer selbständigen äußeren Politik zu nehmen; — sie mit der Verantwortung für die Ruhe und Sicherheit im Innern gegenüber dem Fremden belastet zu halten; — die chinesische Wirtschaft in der

Entwicklung eigener Industrien nach europäischem Vorbild möglichst zu hemmen: alles zugunsten des englischen Händlers und Unternehmers und Kapitalisten sowie der englischen Industrie in der Heimat. Mit dem Opiumkrieg gab England Europa und der ganzen Welt kund: China ist englisches Interessengebiet.

In Washington aber war man mit dieser Festlegung eines englischen Herrschaftsanspruches über Ostasien bei der Aufteilung der Welt nicht zufrieden. Immer schon seit Bestehen der Union (1783) und also längst, bevor die pazifische Küste Nordamerikas in Oregon und Kalifornien vom Osten her auf dem Landwege erreicht war, hatte USA. Handelsverbindungen mit Ostasien unterhalten. In den 40er Jahren war USA. zu einem Kontinentalstaat geworden, der sich also vom Atlantik bis zum Pazifik erstreckte. Die Besiedlung der Westküste ging nunmehr, vor allem gefördert durch die kalifornischen Goldfunde, sprunghaft rasch vor sich. Die USA.-Beziehungen zu England waren gespannt. Für Washington aber spielte damals gegenüber den wachsenden inneren Schwierigkeiten aus der sich zuspitzenden Sklavereifrage die Außenpolitik eine große Rolle: Eine kräftige imperialistische Außenpolitik sollte über die inneren Gegensätze hinweg die Nation einen und so den Boden für eine Verständigung im Innern vorbereiten. Ein auswärtiger Krieg hätte den Sektionalismus jedenfalls vorläufig zerschlagen und so einem drohenden Bürgerkrieg vorgebeugt.

Der Regierung stand eine zwar kleine, aber technisch ausgezeichnete, von Kühnheit und Unternehmungslust beseelte Kriegsflotte zur Verfügung. Auch sie drängte unter marinestrategischen Gesichtspunkten zur Festsetzung in Ostasien: USA. solle sich dort eine Brückenkopfstellung für das weitere politische und wirtschaftliche Vorgehen sichern. Allerlei Zwischenfälle mit Japan in Verbindung mit USA.-Schiffbrüchigen ließen eine Regelung der Beziehungen zu Japan zweckmäßig erscheinen. Entscheidend aber war das Verhältnis zu England: der englische Anspruch politischer Vorherrschaft in Ostasien hätte wahrscheinlich ein militärisches Vorgehen von USA. auf dem chinesischen Festland als feindlichen Akt angesehen. Auf Japan hatte dieser englische Herrschaftsanspruch noch nicht übergegriffen. Jedenfalls konnte England formell nichts dagegen haben, wenn USA. mit Japan vertragliche Beziehungen eröffnete. — Durch sein selbständiges Vorgehen gegen Japan sicherte sich also USA. in Ostasien einen Platz grundsätzlich gleichberechtigt neben England, nicht unter England.

In China allerdings war USA. gegenüber England in eine sekundäre, wenn auch nicht von England gleich abhängige Rolle gedrängt, wie die europäischen Länder: es machte also aus der gegebenen militärischen und politischen Sachlage das beste, was es machen konnte; es versicherte China seiner Freundschaft. Die Chinesen waren dann gern bereit, die gleichen wirtschaftlichen und handelspolitischen Zugeständnisse, die ihnen England im Opiumkrieg abgerungen hatte, und dann noch immer weiter abzwang (vor allem im Krieg Englands und Frankreichs gegen China 1857/60) USA. freiwillig zu gewähren; denn sie hofften, dadurch ein politisches und wirtschaftliches Gegengewicht zu schaffen gegen die einseitige Ausbeutung durch England und Frankreich. Dies trat auch ein, aber nur bis zu einem Grad, der den Chinesen nicht viel half: In der Haupteinstellung hinsichtlich Ausbeutung und Brutalisierung, auch Demoralisierung (durch Opium) des chinesischen Volkes waren sich englische und usamerikanische Kaufleute völlig einig. Also die gemeinsamen Interessen der Ausbeutung Chinas und des chinesischen Volkes und der möglichsten Einspannung der chinesischen Behörden für diese Ausbeutung erwiesen sich von 1840 an bis zur Gegenwart für USA. und England immer stärker als der gegenseitige Neid. Der Gegensatz zwischen USA. und England in der ostasiatischen Politik beschränkte sich mehr auf die politischen Kreise und auch hier wieder vor allem auf London und Washington. Die Kaufleute der beiden Völker in China selbst waren der Ansicht, daß jede politische Meinungsverschiedenheit zwischen ihren Staaten nur den militärischen Rückhalt schwächen könne, durch den sie die Chinesen gefügig und dienstbar zu erhalten wünschten.

2. Japans Politik

Japans Abschließung war im 19. Jahrhundert gegenüber der immer wachsenden Angriffslust der weißen Rasse in Politik und Wirtschaft auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten. Mit steigender Beunruhigung hatte man in Japan das Schicksal Chinas seit 1840 verfolgt. Als dann Commodore Perry 1853 mit einigen USA.-Kriegsschiffen in den japanischen Gewässern erschien —, 1854 bei seiner Wiederkehr verfügte er über eine für die damalige Zeit recht stattliche Flotte mit 2000 Mann Besatzung, die bei Yokohama vor Anker ging, dann in „freundschaftlicher" Weise

Truppen landete und unter dem starken Druck dieser bewaffneten Macht, der Japan nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte, Verhandlungen wegen eines Handels- und Freundschaftsvertrages eröffnete —, wurde es den führenden japanischen Politikern und auch den japanischen Patrioten klar, daß der Zeitpunkt der Öffnung des Landes für die westliche Kultur und der Umformung von Volk und Staat gemäß den Kulturformen des Westens nicht viel länger hinausgeschoben werden dürfe, wenn Japan nicht das Schicksal Chinas erleiden wolle. Japan müsse selbst die Initiative ergreifen und nicht warten, bis ihm die weiße Welt ihr Gesetz des Handelns vorschrieb. — Es kann übrigens Perry zugestanden werden, daß er bei großer Entschiedenheit des Handelns nicht nur mit Takt, sondern auch mit einem gewissen Wohlwollen verfahren ist, was von dem englischen Vorgehen in China nicht behauptet werden kann. So hat das Vorgehen Perrys auch in Japan keine unheilbare Wunde hinterlassen, wie der Opiumkrieg Englands in China, sondern im Gegenteil: Perry wird heute von beiden Seiten hochgeehrt; sein Name steht auch heute noch schlagwortartig für eine friedlich-freundschaftliche Verständigung zwischen USA. und Japan.

Die anfangs noch sehr starken Widerstände in Japan gegen die Öffnung des Landes für die Fremden wurden, wie bereits gesagt, besiegt durch die Erfahrungen Chinas in den Kämpfen von 1858: Engländer und Franzosen eroberten gemeinsam die Peiho-Forts bei Tientsin, marschierten nach Peking, plünderten die Stadt, zerstörten den berühmten Sommerpalast und zwangen China den Vertrag von Tientsin auf —, und schließlich die eigenen Erfahrungen von 1863: Das englische Bombardement von Kagoschima und die Expedition gegen Schimonoseki.

Um diese Zeit hatte sich die außenpolitische Lage für Japan insofern ungünstiger gestaltet, als das in seinem Bürgerkrieg (1861—1865) gebundene USA. zu einer kraftvollen Außenpolitik in Ostasien unfähig war. England war also damals unbestritten die weiße Vormacht auch gegen Japan. Die Folge war eben die Härte, mit der man den letzten japanischen Widerstand gegen die Europäisierung mit Kanonen niederbrach. Auch nach Beendigung des Bürgerkrieges interessierte sich USA. für Ostasien wenig: seine Kräfte und sein Interesse waren gebunden in der Erschließung des großen Mittelwestens und des fernen Westens, und in der Ausbildung der Formen des Hochkapitalismus in der Produktion wie im Verkehrswesen. Soweit man sich für Außenpolitik interessierte, standen mittelamerikanische Fragen im Vordergrund.

*

Allmählich, seit den 60er Jahren, ließ aber auch der militärische Druck Englands auf Ostasien nach. Das war teilweise die Folge politischer Entwicklungen in Europa, teilweise auch die wachsende Erkenntnis in England, daß Kapital und Ware im Ausland, wenn beiden einmal der Zugang zu fremden Ländern geöffnet ist, und wenn hinter ihnen die entsprechende militärische und politische Macht steht, von selbst so oder so ihre Herrschaft aufrechterhalten und immer weiter ausdehnen können.

Über Japans Politik in dieser ungewöhnlich schwierigen und gefährlichen Lage ist grundsätzlich zu sagen: Seine Staatsmänner waren sich klar, daß bei aller Elastizität und auch oft genug erzwungenen Nachgiebigkeit gegenüber den Wünschen oder Launen der Engländer und bei allen Zugeständnissen, die man so der ausländischen Technik, dem ausländischen Kaufmann und Finanzier machen mußte, zwei Stellungen unter keinen Umständen aufgegeben werden durften, erstens die finanzielle Unabhängigkeit des Landes nach außen, zweitens die Wehrfreiheit, das Recht, selbst über die eigenen Rüstungen zu bestimmen. Japan vermied also die Aufnahme ausländischer Anleihen jedenfalls in einem Ausmaß, das jemals hätte bedenklich werden können; — obwohl die Versuchung, die leeren Staatskassen z. B. selbst für Zwecke der Rüstung und der Anschaffung dringend benötigter Maschinen usw. durch Aufnahme ausländischer Anleihen zu füllen, sehr groß war. Man vermied also die Möglichkeit, daß die Nichtbezahlung der laufenden Verpflichtungen dem Ausland den Vorwand gab, eine Kontrolle der Zölle, etwa gar eine Finanzkontrolle zu fordern.

Beim Aufbau seiner militärischen Rüstungen vermied Japan alle tönenden Redensarten; es zeigte sich nur als demütiger, dankbarer, aber ausgezeichneter Schüler. Hier kam ihm die wachsende politische und wirtschaftliche Dynamisierung der europäischen Staatenwelt, besonders mit dem Aufstieg Preußens zur deutschen Vormacht und mit der Begründung des deutschen Kaiserreiches durch Bismarck zugute: es entstand eine Art Wettstreit zwischen den europäischen Mächten, wer Japans Lehrer auf den verschiedenen Gebieten sein dürfe.

Mit dem Aufbau des modernen Heeres ging der Aufbau einer modernen **Industrie** eng zusammen. Neben dem selbstverständlichen Wunsch, das Heer gerade auch für den Kriegsfall von ausländischer Zufuhr möglichst unabhängig zu machen, stand die einfache Notwendigkeit, mit den Devisen, die für die Aufrüstung bereitgestellt werden konnten, sparsam umzugehen. Es dauerte selbstverständlich einige Jahrzehnte, bis Werftindustrien und Eisen- und Maschinenindustrien soweit fortgeschritten waren, daß man schwere Kriegsschiffe im Inland bauen konnte. Während Japan seine begabtesten jungen Männer zum Studium auf ausländische Hochschulen sandte und ausländische Sachverständige, Wissenschaftler, Ingenieure, Verwaltungsfachmänner ins Land zog, probte man unablässig das eigene Können im eigenen Land. Die Ergebnisse waren zuerst schlecht, aber allmählich lernte man immer mehr: langsam glichen sich die japanischen Erzeugnisse, jedenfalls auf dem hier vor allem interessierenden Gebiet der politischen und militärischen Wehrhaftmachung des Volkes (also z. B. auch das Verkehrswesen einschließend) den useuropäischen Erzeugnissen gütemäßig an.

Vor allem erkannte Japan, daß es sich bei solcher erarbeitenden Übernahme fremden technischen Kulturgutes nicht nur um Formen und Rezepte handeln könne, sondern daß man den Systemzusammenhang verstehen und sich sinngemäß aneignen müsse. Dem neuen Zeit- und Raumbegriff, den neuen Maschinen und Werkzeugen mit den soziologischen Beziehungen im Inland und zum Ausland, die sie notwendig setzen, entspricht aber eine feudal mittelalterliche Sozialverfassung nicht mehr. Ein neues, staatlich und militärisch, aber auch wirtschaftlich **straff zentralisiertes, nationalistisches Japan** entstand unter dem Kaiser als dem Sohn des Himmels und unter dem Zeichen der aufgehenden Sonne. So wurde ein staatlich und national zweckbewußter Einsatz der anfangs sehr beschränkten eigenen Mitteln möglich.

In Useuropa aber betrachtete man diese Bemühungen Japans um die Aneignung westlichen Kulturgutes mit wohlwollender Herablassung. Diese kleinen, beweglichen, wißbegierigen Japaner schienen in der betonten Bescheidenheit ihres Auftretens militärisch und dann auch politisch ganz ungefährlich. Meist war man der Ansicht, daß sie über eine mehr akademische Buchgelehrsamkeit oder über Nachahmung oder Nachäffung der weißen Kultur nicht hinauskommen würden. Von der Weite und den Schwierigkeiten

des Weges, die der japanische Mensch, das japanische Volk, der japanische Staat zurückzulegen hatten, um sich in eine völlig fremde Kulturwelt soweit hineinzuleben, daß sie mit ihren Formen, Werkzeugen und Begriffen arbeiten konnten, machte Useuropa sich keine Vorstellung. Das 19. Jahrhundert in seiner typischen unlogisch-unphilosophischen Flachheit und mit seiner typischen technischen und wirtschaftlichen Nah- und Nächstperspektive war dazu eben nicht imstande. Daß die japanische Ware lange Zeit, soweit sie europäische Nachahmung war, der europäischen nicht gleichwertig war, wurde also als Beweis angesehen für die Minderwertigkeit des Japaners auf dem Gebiet der technischen Leistung überhaupt. Als repräsentativ für Japan erschien die Naturseide, sein wichtigstes Ausfuhrgut: Erzeugnis einer verfeinerten, viel sorgfältige, aber wenig harte Arbeit erfordernden Kleintierzucht, für den Gebrauch vorwiegend Luxus: zarte, anspruchslose Menschen, die vielleicht eine hohe Kunst besaßen, denen aber der robuste Lebens- und Behauptungswille des weißen Menschen fehle.

3. Nach längerer Friedenszeit: Ostasien als Krisenzentrum der Welt

Es war also für Japan günstig gewesen, daß seit 1860 sowohl das Interesse von USA. wie das von Europa vom ostasiatischen Raum immer mehr tiefgehend abgezogen wurde, wie oben bereits ausgeführt. Als erst recht mit den Einheitskriegen Italiens und Deutschlands neue Großmächte in Europa emporwuchsen, und als diese Mächte sich auch noch neben England und Frankreich ihren Anteil an der überseeischen Welt sichern wollten, wurde Afrika wichtiger als Ostasien. Nunmehr gewann das bisher im ganzen recht vernachlässigte Afrika auf einmal eine neue und große politische Bedeutung, auch für England und Frankreich. Jetzt galt es für diese Staaten, sich möglichst alles Land in Afrika, das überhaupt irgend welchen Wert zu haben schien (der Kontinent war noch bis in die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts großenteils unbekannt geblieben), politisch und militärisch zu sichern und so jede Fußfassung Deutschlands und Italiens möglichst zu verhindern. Dies bedeutete eine starke Bindung der damals noch keineswegs unbeschränkten Energien, die für die überseeische Betätigung zur Verfügung standen.

*

Als sich dann um die Wende der 90er Jahre die Politik der weißen Mächte wieder stärker Ostasien zuzuwenden begann, zeigte es sich, daß sich die politische Gesamtlage doch sehr wesentlich verschoben hatte.

Zwar an der inneren Einstellung der weißen Welt zu den Völkern und Staaten Ostasiens hatte sich wenig geändert. Das Dogma von der Überlegenheit der weißen Rasse war älter und damit starrer geworden, hatte jetzt mehr den Charakter eines Komplexes, weniger den einer Überzeugung; es war aber auch mit seinem Alter weniger aggressiv und herausfordernd in seiner Anwendung geworden. Man nahm also den Chinesen und auch den Japaner nicht eigentlich ernst, nicht aus politischen oder militärischen Überlegungen, sondern eben aus Weltanschauung; niemand dachte daran, ihm die innere Gleichberechtigung zuzugestehen.

Die von England gerade in bezug auf China zur Meisterschaft ausgebildete Methode der modernen Versklavung und Ausbeutung, Ausplünderung durch das Kapital mit Hilfe der modernen Technik und mit dem Rückhalt englischer Kriegsschiffe und Geschütze unter den Formen des liberalen Rechts, des Rechts des Eigentums, des Rechts des Schuldverhältnisses, und unter den Phrasen von Freiheit und Fortschritt und von Weltwirtschaft als wirtschaftlicher Weltverbrüderung hatte sich über alles Erwarten wirksam erwiesen: die Ausplünderung der römischen Provinzen im letzten Jahrhundert der römischen Republik konnte dagegen als eine Stümperei erscheinen. England sah keinen Grund, an diesen friedlichen Mitteln der Durchdringung, Ausbeutung und der Machtloserhaltung Chinas etwas zu ändern.

Aber Englands Lage zu den anderen usa-europäischen Mächten hatte sich geändert. Die Monopolansprüche des englischen Handels, der englischen Waren auf die überseeischen Märkte waren ebenso durchbrochen wie seine Eigentumsansprüche auf alle bisher noch weißen Flächen der Landkarte. Es hatte Deutschland als koloniale Macht in Afrika und in der Südsee anerkannt, allerdings in Gebieten, die an sich sehr wenig wertvoll erschienen, die aber im Ganzen eine nicht unbeträchtliche Fläche bedeckten. Dies aber war wieder nur die Folge davon, daß sich die europäischen Kontinentalstaaten in sich selbst sehr gestärkt hatten: Rußland hatte durch den Bau von Bahnen außerordentlich an militärischer Stärke gewonnen; bei Deutschland und auch Italien lag der staatliche Machtaufstieg mehr auf seelischem Gebiet begründet. Die Zeiten, da England

überseeische, also auch ostasiatische Politik treiben konnte, ohne sich um Europa kümmern zu brauchen, waren vorüber. Aus dem englischen Weltherrschaftsmonopol war namentlich durch Bismarck ein „Konzert der Mächte" geworden, bei dem also die Voraussetzung war, daß jeder Staat seine eigene Rolle ungefähr kannte und bereit war, beim gemeinsamen Spiel mitzuspielen. Kein Mensch wird heute mehr von einem „Konzert" der Mächte sprechen wollen. Der Begriff selbst stellte damals ein Ideal, aber auch eine Wirklichkeit dar. Er war reichlich oberflächlich, wie das ganze 19. Jahrhundert, aber im ganzen leistungsfähig in der ideologischen Überbrückung einer in Umbildung begriffenen Welt.

Die europäischen Streitigkeiten schienen allmählich zurückzutreten gegenüber den gemeinsamen Interessen und den gemeinsamen Abhängigkeiten in dem neuen weltwirtschaftlichen System gemeinsamer Nutznießung gegenüber den anderen Kontinenten.

Auf dieser Basis einer grundsätzlich friedlichen Einstellung traten die weißen Mächte in einen neuen Wettbewerb ein um die wirtschaftliche Machtstellung in der ostasiatischen Welt. Chinas Sklavenketten waren in der vorausgegangenen Periode zu stark geschmiedet worden, als daß sie überhaupt in friedlicher privatwirtschaftlicher Gestaltung hätten zerrissen werden können. Gegenüber China und seinen einzelnen Provinzen überwog also das System der Kartellbildung der weißen Mächte, ihrer Kapitalisten und ihrer Banken zur gemeinsamen Erschließung und Ausnützung des Landes. Aber Japan hatte seine politische und wirtschaftliche Selbständigkeit bewahrt. Hier wetteiferten also die alten mit den neuen Großmächten um die Gunst des Landes.

USA. zeigte bereits Ende der 70er Jahre ein neues Interesse an Ostasien. Es beschritt, entsprechend der neuen politischen und seelischen Gesamtlage einen neuen Weg, der es scharf von der englischen und damit für die damalige Zeit von der europäischen Politik trennte. Es schloß 1878 mit Japan einen Vertrag, in welchem es versprach, seinerseits auf die ihm zustehende Konsulargerichtsbarkeit in Japan zu verzichten, sobald andere Mächte zu dem gleichen Zugeständnis bereit seien. Der Vertrag hatte weder Vorbehalt noch Hintergedanken. Sein Wert für Japan lag darin, daß er die fremde Konsulargerichtsbarkeit als vorübergehenden Zustand anerkannte, nicht als ein Vorrecht des weißen Mannes überhaupt. Mit dieser neuen Politik knüpfte USA.

in sehr geschickter Weise an an das alte freundschaftliche Interesse von USA. für Japan und an die Politik seiner besonderen Freundschaft überhaupt für die ostasiatischen Staaten und Völker.

Die nächste Folge dieses Vertrages war, daß Japan sich bemühte, sein Recht und Gerichtsverfahren auf vorbildliche Höhe zu bringen, um den europäischen Mächten jeden technischen Vorwand zu nehmen, Japan die volle Gerichtsbarkeit im eigenen Land zu verweigern. Es erfolgte also in diesen Jahren die Modernisierung und Europäisierung des japanischen Rechts und Gerichtsverfahrens.

Für das Strafrecht war Frankreich, für das Handelsrecht Deutschland Muster; das Zivilrecht wurde allgemein nach europäischen Vorbildern gestaltet.

Daraus ergab sich dann ein ziemlich scharfer Gegensatz zwischen USA. und England. Denn als Japan 1883 glaubte, sein Rechtssystem in so tadelloser Ordnung zu haben, daß es den Verzicht der weißen Mächte auf die Konsulargerichtsbarkeit erwarten konnte, widersetzte sich England aufs schärfste. Erst 1894 bewilligte London die Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit für 1899. Dies hatte dann die Öffnung des ganzen Landes für die Ausländer zur Folge; denn die Bindung des Ausländers, vor allem des ausländischen Kaufmannes und Unternehmers an gewisse Vertragshäfen oder Vertragsstädte ist unvermeidlich, solange der Ausländer der Gerichtsbarkeit seines eigenen Konsuls untersteht.

Für das neue Europa gewann die pazifische Welt seit Ende der 80er Jahre steigende Bedeutung, nachdem Afrika im wesentlichen aufgeteilt war. Samoa war zwischen USA., Deutschland und England umstritten und erschien zeitweise sogar als Gefahr für den Weltfrieden. Die Interessen, zunächst die Handelsinteressen der verschiedenen großen europäischen Staaten in Ostasien wuchsen, und so sehr auch Europa damals in der liberalen Idee der Weltwirtschaft den Frieden wollte und hier eine Einheitsfront bildete, so verselbständigten sich die verschiedenen Staaten in ihrer Ostasien-Politik immer mehr in dem Maß, als ihre Interessen dort wuchsen und sich differenzierten, und als sich später auch die politischen Verhältnisse in Europa komplizierten. Denn mit dem Schwinden der Entfernungen wurde auch Ostasien immer mehr zu einem Machtfaktor auch in einem europäischen Krieg. Vor allem wurde hier das starke russische Vordringen nach Ostasien bemerkenswert. Schon seit Jahrhunderten stand Rußland an der Amur-Mündung.

Wladiwostok war 1860 gegründet worden. Dem ostasiatischen Bereich Rußlands wuchs die sibirische Bahn entgegen, zunächst langsam, gegen Ende des hier betrachteten Zeitraumes aber immer bewußter und also immer schneller als Träger imperialen Willens. Die Sachalin-Frage tauchte auf: Rußland setzte zunächst 1875 seine Forderung auf Abtretung auch der südlichen Hälfte der Insel von Japan im Vertragswege durch.

Also zu Beginn des chinesisch-japanischen Krieges von 1894/5 war der außenpolitische Himmel in Ostasien keineswegs mehr heiter, sondern auf allen Seiten zogen sich Gewitterwolken zusammen.

B. Japans Aufstieg zur ostasiatischen Großmacht 1894 bis 1914

Übersicht

Die erstaunliche Machtsteigerung Japans in diesem Zeitraum ist nicht aus der Verfolgung eines in seinen Hauptstufen im voraus durchgearbeiteten Planes hervorgegangen. Die beiden Kriege, die Japan in diesem Zeitraum führte, erst gegen China (1894/5), und dann gegen Rußland (1904/5) waren nach ihrer politischen Gesamtlage defensiv, wenn sie auch militärisch angriffsweise geführt wurden und nur durch militärischen Angriff gewonnen werden konnten. So hoch man die Fähigkeiten der japanischen Staatsmänner in der Benützung der sich darbietenden Sachlagen einschätzen wird: Japan verdankte seine großen Erfolge erstens der Tüchtigkeit seiner Wehrmacht; zweitens und kaum weniger, seiner Verschwiegenheit als einer hohen Kultur und Kunst der nationalen Disziplin; drittens den Fehlern seiner Gegner; viertens der Gunst der allgemeinen politischen Lage.

Es schält sich nach 1905 als Grundlinie der japanischen Außenpolitik heraus das Ziel, die weißen Mächte aus ihren politischen und militärischen Machtstellungen in Ostasien zu vertreiben. Japan ist sich klar, daß dieses Ziel schließlich nur gewonnen und gehalten werden kann durch Zusammengehen des japanischen Volkes mit dem chinesischen unter Führung Japans und nur im Verlauf eines Krieges der weißen Mächte untereinander. In diese Zeit fällt das Wort des japanischen Botschafters in Petersburg: „Wir

wollen die europäischen Tiger aufeinander hetzen, daß sie sich gegenseitig zerfleischen." Eben diese Politik legte Japan auch weiterhin Zurückhaltung, ja Bescheidenheit auf*).

Die Gliederung des Zeitabschnittes wird also bestimmt durch die allgemeine weltpolitische Lage, also von außen her, nicht von inneren Willensfaktoren aus.

1. Ostasiatische Kriegszeit von 1894 bis 1905 China-Japan-Krieg 1894/5; USA.-Spanien-Krieg 1898; Boxeraufstand 1900/1901; Rußland-Japan-Krieg 1904/5

Übersicht:

Der Krieg zwischen China und Japan, der zunächst von den weißen Mächten als ein uninteressanter Streit angesehen wird, da weder China noch Japan ihnen militärisch viel zu bedeuten scheinen, überrascht durch die Leistungen der japanischen Wehrmacht nicht nur im Feld, sondern auch in der Organisation, z. B. der rückwärtigen Verbindungen und veranlaßt vor allem durch seine großen politischen Erfolge Rußland, dem sich Frankreich und Deutschland anschließen, zum Eingreifen. Japan muß das, was damals als die wichtigste Siegesbeute erschien, gegen den Einspruch der genannten Mächte fallen lassen, nämlich die Liaotung-Halbinsel mit Dairen und Port Arthur. Sie wird russisches Interessengebiet 1896 und dann 1898 von Rußland formell „gepachtet". Damit und mit einer wesentlichen Gebietserweiterung Frankreichs in Südchina schien die endgültige Aufteilung Chinas zwischen den europäischen Mächten eingeleitet. Diese Auffassung wurde verstärkt durch die Erwerbung der Philippinen durch USA. im Krieg mit Spanien 1898. Deutschland pachtete Kioutschau als Mittelpunkt seines Interessengebietes Schantung. Ostasien, und zwar China wurde für einige Jahre der Brennpunkt der Weltpolitik. Doch kam es schließlich nicht zur Aufteilung Chinas, da vor allem England, aber auch USA. mit dem bestehenden System der

*) Als charakteristisch dafür, die eigene Macht geringer erscheinen zu lassen, als sie war, mag angeführt werden, daß die besten und die bestausgerüsteten japanischen Divisionen im Krieg gegen China nicht verwendet wurden: man wollte genug einsetzen, um zu gewinnen, aber die europäischen Mächte in ihrer Selbstsicherheit nicht erschrecken.

kapitalistischen Beherrschung und Ausbeutung des Landes ganz zufrieden waren. Der furchtbare, aus den Tiefen der chinesischen Volksseele herausbrechende Boxeraufstand aber zeigte, daß das chinesische Volk nicht gestorben war, so unfähig oder hilflos auch seine Regierung sein mochte. Der Verlauf des Boxeraufstandes enthüllte die abgrundtiefen Gegensätze zwischen den weißen Mächten, nicht nur in ihrer Ostasienpolitik, sondern auch sonst in der Welt.

a) Der Japan-China-Krieg 1894/5

Japan hat in den dem China-Krieg vorausgehenden Jahrzehnten gegenüber China immer Verständnisbereitschaft und in aufkommenden Streitfällen große, ja ungewöhnliche Mäßigung und Zurückhaltung gezeigt, so z. B. 1874 bei einem Streit wegen der Ermordung japanischer Schiffbrüchiger durch Eingeborene auf dem damals chinesischen Formosa, und 1876—80 in der Frage der staatlichen Zugehörigkeit der Riukiu-Inseln. Allerdings hat es schließlich im Formosa-Streit gegenüber unbelehrbarer chinesischer Überheblichkeit und Anmaßung hart zugeschlagen, hat aber diesem militärischen Auftreten entsprechende politische Forderungen nicht folgen lassen. Japan wollte nicht eine gegenseitige Zerfleischung der östlichen Mächte, die nur ihre Abwehrkraft gegen die Weißen schwächen mußte, sondern Verständigung.

Aber mit dem Anwachsen der russischen Macht in Ostasien war der labile staatliche Zustand Koreas zwischen dem fortschrittlichen Japan, das sich der Gefahr der Lage nicht nur für sich selbst, sondern auch für China bewußt war, und der anmaßenden und unwissenden Schlamperei der damaligen chinesischen Zentralregierung in Peking nicht aufrechtzuerhalten. Japan mußte es als lebenswichtig ansehen, daß Korea in Übereinstimmung mit dem energischen und aufsteigenden Teil seiner Bevölkerung in die ostasiatische Abwehrfront gegen die weißen Mächte eingegliedert werde. Dies wäre ohne Krieg möglich gewesen, wenn nicht China sich ein Benehmen gegen Japan erlauben zu dürfen geglaubt hätte, das es gegen irgendeine europäische Macht damals nicht gewagt hätte.

Den useuropäischen Mächten war dieser China-Japan-Krieg zunächst eine lokale ostasiatische Angelegenheit: bis diese ostasiatischen Gebiete den useuropäischen Mächten einzeln oder ge-

meinsam so oder so zufallen würden, nachdem ihre Souveränität doch eigentlich nur im gegenseitigen Neid und in den konkurrierenden Herrschaftsansprüchen der weißen Mächte verankert schien, war es nicht so wichtig, ob Korea chinesisch oder japanisch oder selbständig war.

b) Der Friede von Schimonoseki und der russisch-deutsch-französische Einspruch

Im Frieden von Schimonoseki gab China seine Ansprüche auf Korea (Tschosen) auf und trat die Halbinsel Liaotung mit ihren ausgezeichneten Häfen Port Arthur und Dairen am Gelben Meer und am Eingang der Bucht von Tschili an Japan ab, ebenso die Riukiu-Inseln, Formosa (Taiwan) und die Peskadoren-(Bokoto-) Inseln in der Straße von Formosa.

Rußland, das sich schon durch die japanische Besetzung Koreas, den japanischen Vormarsch über den Jalu-Fluß (Koreas Grenze gegen die Mandschurei), dann auf Mukden (die Hauptstadt der Mandschurei) und auf Niutschwang, sowie die Besetzung der Halbinsel Liaotung in seinen eigenen politischen Absichten durchkreuzt gesehen hatte, und das nunmehr im Machtaufstieg Japans eine Bedrohung der von ihm selbst in Anspruch genommenen Stellungen in Ostasien zu Lande und zur See sah, legte gegen die Erwerbung Liaotungs durch Japan, die Rußlands Weg über die Mandschurei zum Meer von Süden her strategisch abriegelte, und die auch Japan zu Lande eine überlegene strategische Stellung gegenüber den von Norden vormarschierenden Russen gegeben hätte, Einspruch ein. Es gewann für diesen Einspruch Deutschland und Frankreich. In Berlin dachte man damals gerade an einen deutsch-russischen kontinentalen Block als Grundlage einer gemeinsamen deutsch-russischen Herrschaftsstellung gegenüber dem atlantischen und dem pazifischen Ozean; auch hoffte man, durch die Ablenkung Rußlands nach Ostasien, den russischen Druck auf Europa, auf Österreich-Ungarn und auf die Türkei, abzuschwächen. Zudem glaubte der Kaiser, sich den Zaren dadurch persönlich verpflichten zu können. Man unterschätzte in Berlin die Empfindlichkeit und Feinfühligkeit des japanischen Volkes sehr; man scheint dieses Moment überhaupt nicht in die Erwägung einbezogen zu haben. Eine romantische Umdichtung der elementaren Wirklichkeit

Mensch nach einem ideologischen Schema trübte das Urteil. Man sah aus den ungeheuren Menschenmassen des fernen Ostens eine „Gelbe Gefahr" über Europa heraufziehen. In Frankreich schien das russische Bündnis für Frankreichs Revanche-Politik viel zu wichtig, als daß man den Russen Unterstützung bei ihren ostasiatischen Plänen versagt hätte.

Japan konnte es damals kaum auf einen Krieg mit Rußland allein ankommen lassen; einer Verbindung von Rußland, Deutschland, Frankreich fühlte es sich erst recht nicht gewachsen. Es gab nach; d. h. China erhielt Liaotung wieder zurück. Japan gab dadurch seine Stellung in der Südmandschurei auf.

An die Stelle Japans trat sofort im nächsten Jahr Rußland: China gestattete 1896 Rußland den Bahnbau durch die Mandschurei, sowohl nach Wladiwostok, wie von Charbin südwärts an das Gelbe Meer, und verpachtete ihm zwei Jahre später (1898) Liaotung.

Deutschland verlor durch diesen überraschenden und überdies noch ganz unnötigen Freundschaftsdienst für Rußland in Japan bei der Regierung und beim Volk sehr viel. Denn während man in Japan die Haltung Frankreichs als des Verbündeten von Rußland mit Hinsicht auf seine europäischen Interessen verständlich fand, sah man in der deutschen Haltung eine unmittelbare Äußerung einer im Kern unfreundlichen, ja haßerfüllten Gesinnung Deutschlands gegen Japan, trotz aller äußeren Bemühungen und aller Kulturleistungen Deutschlands für Japan: diese elementar, instinktiv feindliche Gesinnung habe Deutschland spontan gegen Japan sogar auf die Seite seines stärksten europäischen Gegners getrieben.

Während Rußland von China für seine „Hilfeleistung" praktisch die Herrschaft über die Mandschurei erhielt und Frankreich für die gleichen „Dienste" sich durch große Gebietserwerbungen in Südchina entschädigte, erhielt Deutschland damals nichts.

Japan behielt aber von der chinesischen Kriegsbeute die Inseln bzw. Inselgruppen Riukiu, Formosa, Peskadoren. Diese Stellung: Formosa—Riukiu war von keiner geringeren strategischen Bedeutung für England und USA., als die Liaotung-Halbinsel für Rußland. Wie kam es, daß gegen diese Erwerbung weder England noch USA. protestierte? Die Antwort lautet:

1. man sah die strategische Bedeutung dieser Stellung damals überhaupt nicht. Der Gedanke an eine Seemacht Japans, die sich

mit England oder USA. messen könne, erschien utopisch. Die japanischen Erfolge zur See gegen China hatten den Glauben an die Minderwertigkeit der japanischen Marine nicht erschüttert. Der Angelsachse hat überhaupt wenig Phantasie und hält starr an Vorstellungen fest. Japans größtes Kriegsschiff war damals ein geschützter Kreuzer von 4000 t; er wie alle anderen größeren Kriegsschiffe waren im Ausland und fast ausschließlich in England gebaut.

2. Der Einspruch der drei Mächte Rußland, Deutschland, Frankreich war die Sensation des Tages. Niemand wußte zunächst, welche weitreichenden Pläne oder Abmachungen namentlich hinter der Verbindung Rußland—Deutschland lagen.

Diese Kombination, die Rußland für seine ostasiatische Politik die Unterstützung Deutschlands und Frankreichs gab, erschien also England als die Hauptgefahr; ihre Bekämpfung war die unmittelbare und dringende Aufgabe. Dabei war der natürliche Bundesgenosse Englands das durch den Einspruch von Schimonoseki aus der Mandschurei vertriebene und in seinen Ansprüchen auf das chinesische Erbe schwer geschädigte Japan. Japan wurde jetzt der vorgeschobene Posten im Kampf Englands gegen eine russische Eroberung Nordchinas und gegen die drohende Aufrollung der Chinafrage überhaupt unter dem Druck russischer Waffen von der Landseite her. So war der Blick Englands vom Meer auf das Land, von Formosa auf die Mandschurei abgelenkt.

3. Allerdings hatten Marinekreise und einige imperialistische Politiker in USA. 1894/95 an eine Erwerbung Formosas gedacht. Aber der Plan einer Festsetzung in Ostasien hätte damals bei den breiten Schichten des USA.-Volkes und bei den Mehrheiten des Kongresses wenig Freunde gefunden: die öffentliche Meinung war einfach nicht darauf vorbereitet, sondern beschäftigte sich, soweit außenpolitisch interessiert, mit der kubanischen Frage. Bei den damaligen Machtverhältnissen wäre übrigens den Engländern ein japanisches Formosa wünschenswerter erschienen als ein usamerikanisches.

England rechnete also damit, Japan auch in der Zukunft fest in der Hand zu haben und sah daher in jeder Stärkung Japans die Stärkung eines wertvollen künftigen Bundesgenossen der eigenen Ostasien-Politik. Es durfte sich also Japan in keiner Weise entfremden.

c) Die Frage der Aufteilung Chinas in Interessensphären

Die politische Entwicklung in Ostasien schien sich nunmehr zu überstürzen; dabei schien sie doch noch nachzuhinken gegenüber den politischen Einflüssen und Machtansprüchen, die von Eisenbahnen und Kaianlagen, von der engen Verbindung von Staat und Kapital, vom kapitalistischen Imperialismus und vom imperialistischen Hochkapitalismus ausgingen.

Die Mandschurei, dem Namen nach chinesisches Hoheitsgebiet, war durch den russischen Bahnbau tatsächlich mit ihren über eine Million qkm ein russisches Land geworden. Damit war Nordchina mit dem Regierungssitz Peking einschließlich der Mongolei im Norden, Osten und Westen von Rußland umfaßt und schien somit strategisch von Rußland beherrscht zu werden. Die Liquidation der chinesischen Masse schien damit tatsächlich eingeleitet zu sein.

Nachdem für diese Aufteilung Chinas in Interessensphären bei dieser merkwürdigen Verbindung von privatwirtschaftlichem Kapitalismus mit staatlich militärischer Eroberung sich England und Frankreich, und nunmehr auch Rußland die günstigsten Stellungen in China bereits gesichert hatten, schien es offenbar auch für Deutschland an der Zeit, seinen Anspruch auf das chinesische Erbe anzumelden und dieser Anmeldung dadurch Nachdruck zu verleihen, daß es sich in China einen festen Stützpunkt schuf. Für einen solchen kam Südchina und Mittelchina nicht in Frage: sie waren viel zu sehr englisches und französisches Interessengebiet. Dagegen war durch das starke Vordringen Rußlands vom Land her zwischen dem russischen Interessengebiet im Norden und dem englischen Interessengebiet im Yangtse-Gebiet und allgemein im mittelchinesischen Tieflandgebiet überhaupt eine Art neutraler Zone entstanden. Hier, in dem die großen nordchinesischen Flußgebiete und die mittelchinesischen Flußgebiete des Hoangho und des Yangtse trennenden Gebirgsland von Schantung besetzte Deutschland im Winter 1897 den Hafen von *Kiautschau*.

Rußland folgte dem deutschen Vorgehen, indem es jetzt die Häfen der Liaotung-Halbinsel endgültig besetzte und dort eine Kriegsflotte stationierte. — England ergriff Besitz von *Weihaiwei* unter den gleichen Bedingungen, unter denen die Russen die Liaotung-Halbinsel besetzt hatten, zum Schutze seiner Stellung

in Tientsin, und um die Russen in Liaotung zu bewachen, aber die deutsche Stellung in Schantung von Norden und Süden (Schanghai) her zu umfassen. England besetzte ferner einen zwar kleinen, aber wirtschaftsstrategisch und militärstrategisch sehr wichtigen Streifen Land auf dem Festland gegenüber Hongkong.

Soweit schien die Aufteilung Chinas — nach der Ausschaltung Japans 1895 — eine innereuropäische Angelegenheit zu sein, die aber nicht die Einheit Europas zeigte, sondern nur seine Habsucht und den gegenseitigen Neid der europäischen Mächte. Da schaltete sich 1898 auch noch USA. territorial in Ostasien ein durch die Eroberung und Erwerbung der Philippinen und Guams im Krieg mit Spanien. Der Gedanke von USA., sich eine starke Brückenkopf-Stellung politisch-militärischer Art in Ostasien zu schaffen, lag nicht dem USA.-Spanienkrieg zugrunde, sondern er wurde dem USA.-Volk und Kongreß erst im Verlauf des Krieges durch die von Theodor Roosevelt als Staatssekretär im Marineministerium vorbereiteten militärischen Operationen gegen die ostasiatischen Besitzungen Spaniens selbst suggeriert.

USA., weiterhin ohne Stützpunkt im eigentlichen China, war entschieden für die Aufrechterhaltung der politischen Souveränität Chinas bei möglichster Öffnung des Landes für die wirtschaftlich-kapitalistische Ausbeutung in den nunmehr erprobten privatwirtschaftlichen Formen, unter dem Schutz des von den Ausbeutungsländern kontrollierten chinesischen Zollsystems, bei einer gegenüber den fremden Staaten und ihren Kriegsschiffen wehrlosen chinesischen Regierung; soweit aber diese Politik nicht durchzuführen wäre: für die Politik der offenen Tür in den verschiedenen Interessengebieten, jedenfalls der offenen Tür für die USA.-Waren, das USA.-Kapital, den USA.-Kaufmann, -Reeder, -Unternehmer. Die damaligen Erklärungen der USA.-Regierung über die Politik der „offenen Tür" (Außenminister Hay) gelten bis zur Gegenwart als maßgebend.

USA. fand wie England 1898 einen natürlichen Bundesgenossen in dem eben aus China herausgedrängten Japan, das auch bei der „Interessensphärenaufteilung" 1898 unberücksichtigt geblieben war, und das auch Deutschland in Kiautschau und Rußland in Port Arthur als unmittelbare Bedrohung zur See bei dem damaligen Stand der Flottenrüstungen empfand und mit Recht empfinden konnte. Dagegen konnte ihm die englische Festsetzung in Weihaiwei mehr als eine Entlastung erscheinen, zumal England versprochen

hatte, Weihaiwei sofort zu räumen, wenn die Russen Port Arthur aufgäben.

Auch England wünschte keine Aufteilung Chinas in staatliche Interessensphären; seine privatwirtschaftlich getarnten kapitalistischen Beherrschungs- und Ausbeutungsmethoden hielt es für unauffälliger und dabei wirksamer als äußere Gewalt. Zudem hatte es in einer Reihe der wichtigsten Hafenstädte seine Garnisonen, und an den Küsten und auf den weitverzweigten Strömen des Landes seine Kriegsschiffe.

Frankreichs Politik in ihrem doppelten Wunsch guter Beziehungen zu Rußland und zu England hielt sich zurück und versuchte sich nicht ohne Erfolg in der schwierigen Methode des Laufens mit dem Hasen und des Jagens mit dem Hunde. Frankreich wünschte also sowohl als guter Freund Rußlands, wie auch als guter Freund der Seemächte zu erscheinen.

So wurde noch im Jahre 1898 ein labiler Gleichgewichtszustand erreicht. 1899 kam dann die Politik der Aufteilung Chinas in Interessensphären der europäischen Mächte zu einem gewissen Abschluß mit einem englisch-russischen Abkommen, das das Yangtse-Gebiet als englische, das Gebiet jenseits der Großen Mauer als russische Interessensphäre anerkannte. Politisch zeigte dieses Abkommen (wie auch andere Vorkommnisse, auf die hier nicht eingegangen wird), wie lebhaft Rußland die Freundschaft mit den Westmächten selbst auf oder vielleicht gerade auf Kosten Deutschlands zu pflegen wünschte. So sah sich also Deutschland in Ostasien isoliert. Nicht die Besetzung von Kiautschau war dafür maßgebend, sondern sein Eintreten in Schimonoseki für rein russische Ziele ohne Rücksicht auf die allgemeine europäische Lage.

Das wichtigste Ergebnis aber war die Einigung (man kann fast von einer Blockbildung sprechen), der drei Mächte: Japan, USA., England in ihrer Ostasienpolitik. Roosevelt (I) hat seit dieser Zeit den Gedanken eines Bündnisses zwischen Japan und USA. niemals ganz aufgegeben. Dieses Bündnis hätte sich von USA.-Seite noch mehr gegen Deutschland als gegen Rußland gerichtet, während Japan in Rußland den Hauptfeind sah. England wünschte hinter seinem japanischen Freund zurückzutreten: ihm war die Hauptlast in der kommenden Auseinandersetzung mit Rußland zugedacht. Japan gewann dadurch, daß es im Dreiecksverhältnis London—Washington—Tokio nunmehr an der militärisch entscheidenden Stelle stand, reichlich an internationalem An-

sehen wieder, was es in Schimonoseki verloren hatte. Das zeigte sich sofort beim Boxeraufstand.

d) Der Boxeraufstand

Der Boxeraufstand muß trotz der furchtbaren Ausschreitungen, die in seinem Verlauf vorgefallen sind, die aber auch wieder nicht mit „europäischen" Maßstäben gemessen werden dürfen, im ganzen anerkannt werden als eine berechtigte Äußerung der tiefsten Erbitterung des chinesischen Volkes über die Mißhandlungen, denen es seit Jahrzehnten durch die weißen Mächte ausgesetzt war. Hemmungslose Ausbrüche lange aufgespeicherten Hasses gegen die Fremden waren immer seit dem Opiumkrieg in China vorgekommen. Was dem Boxeraufstand seine besondere Note gab, das war die Sympathie, ja die Beteiligung hoher und höchster Staatsbeamter und Prinzen des Kaiserhauses, und nach einigem Zögern schloß sich auch die chinesische Staatsregierung der Boxerbewegung an: Aus dem Boxeraufstand wurde der Boxerkrieg.

Hier interessiert nur die ostasiatisch-weltpolitische Seite des Boxeraufstandes. Seine erste Phase war bekanntlich die Belagerung des Gesandtschaftsviertels in Peking, das vom Personal der Gesandtschaften und von den Mitgliedern der auswärtigen Kolonien in Peking verteidigt wurde, durch die Boxer. Ziemlich am Anfang der Belagerung fiel der deutsche Gesandte von Ketteler bei einem Besuch auf dem chinesischen Außenministerium durch Mörderhand. Daß von Ketteler diesen Besuch machte, zeugt von seiner Unerschrockenheit und seinem Diensteifer; aber die Folgen waren für Deutschland wenig gut. Deutschland betrachtete sich nunmehr als die zur Führung des Boxerkrieges in erster Linie berufene Macht, und es betrachtete diesen Krieg als einen Krieg westlich-christlicher Kultur gegen östlich-heidnische Barbarei. Daß die Kreuzzugs-Ideologie, die in Deutschland von höchster Stelle gepredigt wurde, im deutschen Volk sehr skeptisch und bei den Sachverständigen sowie in den zunächst verantwortlichen Beamtenkreisen mit Bestürzung aufgenommen wurde, konnte nichts ändern an dem schlimmen Eindruck der Worte, die von der uns feindlichen Propaganda mit Eifer über die ganze Welt hin verbreitet wurden, und auch nichts an den politisch-militärischen Folgen, die sich aus dieser Kreuzzugsstimmung ergaben. Mit einigem Druck wurde Graf Waldersee als Weltfeldmarschall für die Führung des chinesischen Krieges von den verschiedenen Mächten anerkannt.

Er war von vornherein vor eine unmöglich befriedigend zu lösende Aufgabe gestellt. Ob er sich mit ihr besser oder schlechter abgefunden hat, als man unter gerechter Würdigung der Gesamtlage erwarten konnte, darüber sind maßgebende Urteile nach meinem Wissen überhaupt niemals in die Öffentlichkeit gelangt: man hat in Deutschland über die Boxer-Episode später möglichst tief geschwiegen. Jedenfalls: ein Diplomat hätte sich mit der Aufgabe, die Kontingente von einem halben Dutzend der größten Staaten der Welt, die sich vor allem gegenseitig bewachen sollten, zu gemeinsamem Handeln zusammenzufassen, noch immer besser abgefunden, als ein Offizier. Vor allem erregte die Stärke des deutschen Expeditionskorps (20 000 Mann) Verdacht. Wieder war das deutsche Handeln ohne die Annahme egoistischer Zwecke den anderen Staaten völlig unverständlich.

Die politischen Ergebnisse des Boxeraufstandes waren

1. Japan, das gleich bei Beginn der Boxerunruhen zwei Divisionen mobilisiert und zur Entsetzung des Gesandtschaftsviertels in Peking nach China geworfen hatte, hatte neben Deutschland materiell die Hauptlast des Kampfes zu tragen. Seine Truppen haben sich im wesentlichen neben den europäischen gut bewährt. Japan hatte aber vor allem Gelegenheit, europäische Truppenführung und Waffenverwendung, europäische Taktik unmittelbar zu beobachten, und es hat daraus für den russischen Krieg viel gelernt. Jedenfalls war Japan, fünf Jahre nach Schimonoseki, gleichberechtigt in die Reihe der Großmächte der Welt aufgenommen, und es hatte Seite an Seite mit europäischen Truppen gegen das China gekämpft, das sich gegen das Kultur- und Machtsystem der westlichen Welt sträubte.

2. England hatte überhaupt die ganze Bekämpfung der Boxer Japan übertragen wollen. Wie England allerdings wohl von Anfang an erwartet hatte, war dieser Vorschlag an dem Widerspruch von Deutschland und Rußland gescheitert. Aber England hatte damit nicht nur der Welt gezeigt, wie eng und weitreichend seine Verbindung mit Japan sei, sondern es hatte auch dem Nationalstolz und der Eigenliebe des japanischen Volkes sowie dem ostasiatischen Herrschaftstraum der führenden japanischen Schichten geschmeichelt.

3. China mußte nicht nur von nun an in Tientsin fremde Truppen dulden, sondern auch auf dem ganzen Weg von Tientsin nach Peking und in Peking. Daß also nunmehr die kaiserlich-

chinesische Regierung unter fremden Bajonetten lebte, machte sie selbstverständlich in den Augen der chinesischen Patrioten vom Ausland noch abhängiger, als dies bisher schon der Fall gewesen war.

4. China war die strengste Bestrafung all derer zur Pflicht gemacht, die sich an der Ermordung von Ausländern und von Chinesen im ausländischen Dienst beteiligt hatten, aber nicht derer, die chinesische Christen ermordet hatten.

5. China wurde eine schwere Kriegsentschädigung auferlegt, weitere drückende politische und militärische Zugeständnisse wurden von China nicht verlangt, weil die Mächte viel zu eifersüchtig aufeinander waren.

6. Die führende Rolle, die Deutschland im Boxeraufstand spielte und die man ihm mit mehr oder weniger Recht auch bei den harten Friedensbedingungen zuschrieb, mehr vielleicht noch die Kreuzzugs-Ideologie, die in Verbindung mit diesem Krieg von Deutschland aus entwickelt worden war, hatte eine tiefgehende Entfremdung nicht nur zwischen Deutschland und China, sondern auch zwischen Deutschland und dem chinesischen Volk zur Folge. Deutsche Tüchtigkeit, deutsche Anständigkeit, deutsche bereitwillig gewährte und echte Hilfsbereitschaft, das deutsche Bemühen, dem Chinesen von dessen eigenem Standpunkt aus gerecht zu werden, hatten in den vorausgegangenen Jahrzehnten ein großes Kapital des Vertrauens im chinesischen Volk zu Deutschland und dem deutschen Volk angesammelt. Dieses Kapital war durch die Besetzung von Kiautschau und die Anerkennung von Schantung als deutsches Interessengebiet — trotz starker Regiefehler und törichter, lauter Worte — keineswegs wesentlich geschmälert worden: gegenüber dem riesigen englischen Einflußgebiet in Mittelchina und dem ebenso großen russischen Einfluß in Nordchina mochte die chinesische Politik die deutsche Festsetzung in Schantung als Rückhalt gegenüber diesen beiden Mächten begrüßen, wie ja auch diese beiden Mächte die Besetzung Kiautschaus sofort als gegen ihre Interessen gerichtet empfunden hatten. Dieses gewaltige Kapital war nun größtenteils zerstört. Deutschland erschien als der Hauptfeind Chinas, als Führer der weißen Mächte im Kampf gegen ein China, das im Grunde nichts weiter gewollt hatte, als den eigenen Boden und die eigene Kultur verteidigen. Also der einzige Freund, den Deutschland bisher in Ostasien noch gehabt hatte, nämlich China, war durch den deutschen Boxerkreuzzug auch noch

verloren. Gediegene harte Arbeit sowohl des deutschen Kaufmanns, wie auch des deutschen Verwaltungsbeamten und Ingenieurs im Pachtgebiet Kiautschau und im Interessengebiet Schantung haben in den Jahren bis zum Weltkrieg manches wieder gut gemacht. Auch die chinesische Kriegsentschädigung wurde, soweit sie Deutschland zufiel, ausschließlich für den Ausbau von Kiautschau zu einer Musterstadt verwendet. Aber das Erlebnis des Boxerkrieges wurde damit in China nicht aus der Welt geschafft. Im besten Falle unterschied man bis zum Weltkrieg in China zwischen einem hilfsbereiten und edlen Deutschland, das viel besser sei als alle anderen useuropäischen Staaten und Völker, und einem in seinen romantischen Vorstellungen und Gefühlen nicht nur irrationalen, sondern völlig unberechenbaren Deutschland.

Was Deutschland im Boxerkrieg im Osten verloren hatte, war so viel, daß auch die uns feindlichen Mächte keinen Grund sahen, ihrerseits diese Debâcle noch zu vergrößern. Die deutsche Stellung in Kiautschau hing seitdem völlig in der Luft; sie hatte weder einen Rückhalt an einer anderen europäischen Macht, noch an China, noch an Japan. Bei einem längeren Krieg war sie von Anfang an nicht zu halten.

Was sich hier Deutschland an Einfluß zerstört hatte, das gewannen die anderen Mächte, wenn nicht absolut, so relativ. Der Hauptgewinner im Boxeraufstand war Japan. Aber Japan wußte diesen Gewinn schweigend und mit scheinbar großer Bescheidenheit entgegenzunehmen. Japan wünschte hier wie in dieser ganzen Epoche jede allzu starke Betonung seiner Macht und seiner Ziele zu vermeiden.

Japan empfand 1901 das Bedürfnis, die Stellung, die es in den letzten Jahren im Rat der Großmächte gewonnen hatte, vertraglich zu sichern und damit auch äußerlich als gleichberechtigter Teilhaber sich unter die Weltmächte einzureihen. Es hatte wohl von Anfang an den Abschluß mit England im Auge, knüpfte aber (mit Priorität der englischen Verhandlungen) auch Verhandlungen in St. Petersburg an, denen es dann, wohl um auf England einen Druck auszuüben (nachdem die Verhandlungen mit England bisher in völliger Heimlichkeit geführt worden waren), eine gewisse Publizität gab. Die Wirkung war die offenbar erwartete: England forderte nun ultimativ entweder den Abbruch der Verhandlungen oder Abschluß und Unterzeichnung. So erfolgte in den Januartagen 1902, völlig überraschend für die übrigen Ka-

binette, der Abschluß des englisch-japanischen Beistandsvertrages. Der Vertrag sicherte Japan für den Fall eines Krieges mit Rußland Englands freundschaftliche Neutralität zu und gab ihm damit die offenen Überseeverbindungen mit Europa —; im Falle des Eingreifens einer zweiten Macht aber in den Krieg auf seiten Rußlands (gedacht war von seiten Japans wohl an Deutschland oder Frankreich, von seiten Englands, das wohl schon entsprechende Versicherungen von Frankreich erhalten hatte, nur an Deutschland), die Waffenhilfe Englands. Deutschland war also bei diesen Bündnisverhandlungen Japans von 1901 von Japan als möglicher Partner überhaupt nicht in Betracht gezogen worden, obwohl es sich damals nach Kräften bemühte, den Fehler von 1895 wieder gutzumachen, auch dadurch, daß es Japan militärisch alle Hilfe angedeihen ließ.

e) Der russisch-japanische Krieg

Immer seit 1895 hatte sich die russisch-japanische Spannung von ihren raumpolitischen und ihren anderen militärischen Voraussetzungen aus verstärkt —, trotz der wiederholten, wohl von beiden Seiten ernst gemeinten Bemühungen, zu einer Verständigung zu kommen. Schließlich war es ein Wettlauf zwischen dem russischen Bahnbau nach Ostasien, dem russischen Aufmarsch in Ostasien und zwischen der Verstärkung der japanischen Marine und dem japanischen Heere. — Japan verdoppelte nach dem chinesischen Feldzug seine Armee nach der Zahl seiner aktiven Divisionen, verbesserte die Organisation, entwickelte eine starke Waffenindustrie und legte sich große Vorräte zu. England baute die Schlachtschiffe und Kreuzer, mit denen Japan die Schlacht von Tsuschima gewinnen wird; beim Beginn des russischen Krieges verfügt Japan über sechs ganz moderne Schlachtschiffe und acht moderne große Kreuzer, dazu 44 kleine Kreuzer. — Die transsibirische Bahn hatte 1895 erst Omsk erreicht. Im gleichen Jahr wurde aber der Bahnbau durch die Mandschurei nach Wladiwostok und nach dem Gelben Meer mit China vereinbart und zu diesem Zweck von Rußland die Russisch-Chinesische Bank gegründet. Der Bahnbau über die je etwa 4500 km Omsk—Wladiwostok und Omsk—Port Arthur wurde nun mit größter Energie und mit einer nicht nur für zaristische Verhältnisse bemerkenswerten Geschwindigkeit vorwärtsgetrieben. 1897 wurde die Trasse durch die Mandschurei vermessen, 1902 wurde bereits die Man-

dschurei erreicht und bis zum Beginn des russisch-japanischen Krieges war die ganze Bahn eingleisig fertig bis auf die Umgehungsbahn am Baikalsee, die besonders große Geländeschwierigkeiten zu überwinden hatte. Den Verkehr über den Baikalsee vermittelte im Sommer der Fährbetrieb; im Winter wurden die Schienen über das Eis gelegt. Die Umgehungsbahn wurde erst im Winter 1905 noch während des Krieges fertiggestellt.

In Europa rechnete man allgemein mit einem entscheidenden Sieg Rußlands, mindestens zu Lande. Ein solcher Sieg hätte Japan noch enger an England gekettet. Einer der wenigen, die die Aussichten Rußlands pessimistisch beurteilten, war Kuropatkin, der russische Oberkommandierende in Fernost. Er sah Ende 1903 den Rüstungswettlauf mit Japan als für Rußland verloren an und empfahl seiner Regierung dringend die Verständigung mit Japan um den Preis der Räumung der russischen Stellung in der Südmandschurei mit der Liaotung-Halbinsel. Da er an den Sieg der russischen Waffen von vornherein nicht glaubte, war er jedenfalls für die Führung des russischen Heeres in dem kommenden Krieg ungeeignet. Trotzdem wurde ihm der Oberbefehl gelassen, und zwar während der ganzen Dauer des Krieges.

Der militärische Verlauf des Krieges: die Vernichtung fast der ganzen russischen Flotte, nämlich zunächst der pazifischen, dann der Ostsee-Flotte, der Verlust der Seestellungen in Port Arthur und am Gelben Meer überhaupt, die schweren Niederlagen der russischen Truppen in allen großen Schlachten des Krieges änderten die strategische Lage in Ostasien vollständig. Japan hatte sich einem der größten Militärstaaten der Welt, dessen militärische Leistungen noch Bismarck aufs höchste eingeschätzt hatte, als militärisch überlegen erwiesen. Wenn die russischen Truppen auch viele tausend Kilometer von der Heimat entfernt kämpften, und wenn auch die Russen den größeren Teil ihrer besten Truppen trotz deutscher Friedensversicherungen an ihrer Westgrenze belassen hatten, so hatten sie doch schließlich mehr als eine Million Mann in Ostasien versammelt und waren zahlenmäßig jedenfalls in einer der großen Landschlachten, der Schlacht von Liaoyang, den Japanern überlegen.

Japan aber hatte durch den Ausgang des Krieges seinen letzten ernsten Gegner zu Lande in Ostasien für absehbare Zeit ausgeschaltet. Es genoß also jetzt in seiner ostasiatischen Stellung zu Lande den Vorteil des Monopols. Allerdings blieb die Aus-

nützung dieser Vormachtstellung zu Lande abhängig von der Erwerbung und Behauptung auch einer Vormachtstellung zur See in den japanischen Gewässern, vor allem in der Japan-See und in der Ostchina-See und in der diese beiden verbindenden Tsuschima-Straße, über die der Weg nach Tschosen und der kürzeste Seeweg nach dem Festlande überhaupt führte. Diese Herrschaft zur See besaß Japan damals noch nicht; nicht nur England, sondern auch Deutschland und USA. waren überlegene Gegner, vorausgesetzt, daß sie ihre Flotte in Ostasien einsetzen konnten.

Der Friede von Portsmouth gab Japan Tschosen, die Liaotung-Halbinsel, die Südostmandschurei mit ihren Erz- und Kohlenlagern, und den südlichen Teil der Insel Sachalin in der einen oder anderen staatsrechtlichen oder tatsächlichen Form. Es stand damit in einer unmittelbar beherrschenden Stellung gegenüber dem westlichen Teil der Südmandschurei und halbwegs auf der Straße vom Jalufluß nach Tientsin und Peking. Die Ostchina-See war unter diesen Umständen auch vom Land aus ziemlich ein japanisches Binnenmeer geworden. Auch die englische Stellung in Weihaiwei wurde dadurch gefährdet. England gab zwar, entgegen den von ihm China gegenüber übernommenen Verpflichtungen, Weihaiwei nicht an China zurück, stellte aber seinen weiteren Ausbau als Flottenbasis, Land- und Seefestung ein und benützte es von nun an nur mehr als Sommerstation für sein Ostasiengeschwader. Die schließliche Rückgabe Weihaiweis an China erfolgte lange nach dem Weltkrieg nud nur aus strategischen Rücksichten: Weihaiwei bedeutete nunmehr, angesichts der Stärke der japanischen Flotte, im Falle eines Krieges mit Japan für England und für die englische Flotte in Ostasien nur eine Belastung und eine Gefahr.

2. Vom Frieden von Portsmouth bis zum Weltkrieg 1904—1914

Übersicht:

Japan brauchte erstens Zeit, um in seine neue Großmachtstellung politisch und wirtschaftlich, und vor allem auch militärisch hineinzuwachsen. Zweitens: Japan wollte die Entwicklung zum europäischen Krieg nicht dadurch stören, daß es sich mit ostasiatischen Fragen in der äußeren Politik der Weltmächte irgendwie stärker

in den Vordergrund rückte; dadurch wäre vielleicht von Ostasien her die europäische Mächtegruppierung aufgelockert worden. — Japan zeigte also bis zum Weltkrieg im Gebrauch seiner neugewonnenen Machtstellung, d. h. Vormachtstellung in Ostasien, die äußerste Mäßigung und in seiner auswärtigen Politik überhaupt die größte Zurückhaltung. Aber es war gleichzeitig rastlos tätig, die Erfahrungen des Krieges mit Rußland für den Ausbau seiner Wehrmacht zu Wasser und zu Lande auszuwerten und seine eigene militärische Macht für den kommenden Weltkrieg weiter auszubauen. Die Zahl seiner aktiven Divisionen erhöhte es auf 19, dazu traten vier selbständige Kavalleriebrigaden, sechs selbständige Artilleriebrigaden und sechs selbständige Regimenter schwerer Feldartillerie —; im ganzen im Frieden etwa 250000 Mann. Die Rüstungsindustrie wurde weiterhin stark entwickelt, besonders der Kriegsschiffbau, in welchem Japan 1909 den Bau von Schlachtschiffen auf seinen eigenen Werften aufnahm. Die Flotte umfaßte 1915 sieben moderne Schlachtschiffe (Dreadnoughts), 16 ältere Schlachtschiffe, 13 Panzerkreuzer, 20 geschützte Kreuzer, 52 Zerstörer und 15 U-Boote.

Die Zuspitzung der europäischen Lage ging nunmehr mit Riesenschritten vor sich. Rußland, in Ostasien besiegt und ohne Aussicht, eine imperiale ostasiatische Politik in absehbarer Zeit wieder aufnehmen zu können, warf sich mit erhöhter Energie auf Europa. In Europa verlangte es Erfolge für seinen Panslavismus, um über den Kampf für die „slavischen Brüder" den wankenden Zarenthron zu stützen: die revolutionären Unruhen von 1905, im Anschluß an den und im Zusammenhang mit dem Ostasienkrieg, hatten gezeigt, daß Rußland revolutionsreif war, und daß das Zarentum eine unglückliche Außenpolitik nicht mehr ertragen konnte. Der deutsche Einfluß am Zarenhof, der Rußlands Vordringen nach Ostasien zur Entlastung der europäischen Spannungen möglichst begünstigt hatte, war immer problematisch gewesen, da der schwächliche Zar gegenüber der blendenden Persönlichkeit Kaiser Wilhelms immer sehr starke persönliche Gegengefühle hatte, und zwar gerade dann besonders starke, wenn er sich im persönlichen Gespräch vom Kaiser hatte überreden oder fortreißen lassen; — und da er von einer sehr starken Partei unter den Großfürsten (an der Spitze der Onkel des Zaren, Nicolai Nicolajewitsch) in der Armee, in der Diplomatie und der Ver-

waltung aufs heftigste bekämpft wurde. Dieser deutsche Einfluß hatte also durch die Niederlage im ostasiatischen Krieg nicht gewonnen. Es war bereits typisch für den Frieden von Portsmouth, daß ihn vor allem der Deutschland aus tiefster Seele feindlich gesinnte Präsident Roosevelt (I) — auf die Bitte um Vermittlung von beiden Seiten — zustande gebracht hatte.

Der Vertrag von Algeciras 1907 bedeutete für *Deutschland* politisch und diplomatisch eine noch schwerere Niederlage, als sie Rußland in dem unglücklichen Krieg erlitten hatte. Die Annexion von Bosnien und der Herzogewina durch Österreich brachte keine politische oder militärische Stärkung der Zentralmächte. Die Versöhnung zwischen Rußland und England kam zustande. Der europäische Einkreisungsring schloß sich um Deutschland und Österreich-Ungarn. Wenn Deutschland vor der übermächtigen Umklammerung nicht schließlich kapitulieren wollte, so mußte es die Entscheidung der Waffen anrufen. Es tat in den nächsten Jahren weder das eine noch das andere. Der Zufall eines Doppelmordes und eine Reihe von Ungeschicklichkeiten, die die Unzulänglichkeit der damals für die Leitung der europäischen Außenpolitik verantwortlichen Männer Europas beweisen, hat schließlich den Weltkrieg herbeigeführt.

Diese Verschiebung des Schwerpunktes der Weltpolitik von Ostasien weg, wo er ein Jahrzehnt gelegen hatte, nach Europa, bedeutete für *Japan* Entlastung und freie Bahn. Der russische wie der deutsche Einfluß in Ostasien waren entscheidend zurückgedrängt. England und Frankreich waren in Europa voll beschäftigt und mit allen ihren Machtmitteln gebunden. Eben deshalb brauchte England einen guten und starken Freund in Ostasien. Die Sekundantendienste, die England Japan gegen Rußland geleistet hatte, sehr zum Vorteil Englands, leistete nun Japan für England von 1905 an, nicht weniger zum Vorteil Japans. Japan schützt also die Interessen Englands sowohl gegen China wie gegen USA.; oder besser: es beugt einfach durch sein Vorhandensein vor, daß jemand diese Interessen angreift. Bedenkt man, daß China noch wenige Jahrzehnte früher als englisches Interessengebiet gegolten hat, und daß sein Einfluß im Gebiet von Kanton und im ganzen Yangtse-Tal vorherrschend war, so kann man den Prestigegewinn für Japan ermessen, der auch einen Gewinn an Einfluß und vor allem an wirtschaftlicher Macht darstellte. Denn Japan hatte freie Hand, jetzt überall in China festen Fuß zu fassen. Es

beginnt die große wirtschaftliche Durchdringung Chinas durch Japan, die vom japanischen Staat über die japanische Reichsbank stärkste Förderung erfährt.

Schwieriger gestalteten sich die Beziehungen Japans zu USA. Theodor Roosevelt als Präsident, der gefühlsmäßig immer den Japanern freundlich gesinnt blieb, hatte den glänzenden Sieg Japans zu Wasser und zu Lande doch mit gemischten Gefühlen aufgenommen: als er von beiden Seiten um die Friedensvermittlung gebeten wurde, hatte er (nach einem vor kurzer Zeit veröffentlichten Brief an einen Freund) mit sich zu kämpfen, ob es nicht für USA. viel klüger sei, die beiden Gegner sich möglichst verbluten zu lassen. Jedenfalls würdigte man in Washington mehr und früher als in London die Stärke der japanischen Stellung nunmehr auch zur See gegenüber Nord- und Mittelchina. Die Beziehungen zwischen USA. und Japan kühlten sich also nach dem russischen Krieg merklich ab. Dies kommt am stärksten zum Ausdruck im Flottenbau. USA. legte von 1905 an jährlich zwei Großkampfschiffe auf Stapel. Japan, das erst lernen mußte, auf eigenen Werften moderne Schlachtschiffe zu bauen, nahm den Schlachtschiffbau im gleichen Umfang 1909 auf, ein Jahr, nachdem Roosevelt die USA.-Schlachtflotte zu einem Besuch nach Japan entsandt hatte, um den Japanern die Stärke von USA. zur See unmittelbar vor Augen zu führen und ihnen klar zu machen, daß USA. den Anspruch aufrechterhalte, eine ostasiatische Macht zu sein.

Eine plötzliche Zuspitzung trat ein über die Behandlung der *Japaner in Kalifornien* und über die japanische Einwanderung dorthin. Es kam in Kalifornien, auch in anderen Teilen der pazifischen Westküste Nordamerikas zu sehr bedenklichen Ausschreitungen gegen Japaner, nicht nur in Großstädten (vor allem San Franzisko), sondern auch auf dem Lande gegen japanische Siedler. Bei ihrer Unterdrückung oder Verhinderung versagten die einzelstaatlichen und die kommunalen Polizei- und Verwaltungsbehörden völlig. Der Staat Kalifornien und die großen Kommunen erließen vielmehr jetzt scharfe Gesetze gegen die Japaner, gegen die japanische Einwanderung und für die diskriminierende Behandlung der bereits eingewanderten Japaner, auch der japanischen Kinder in den öffentlichen Schulen. In Japan, und zwar gerade in den breiten Kreisen der japanischen Bevölkerung erblickte man in dieser Behandlung von Japanern einfach deshalb, weil sie als Japaner Angehörige einer fremden Rasse waren, eine

Minderbewertung des Japaners als Menschen und somit eine Beleidigung. Es bestand die ernste Gefahr, daß aus dieser Frage eine Frage der nationalen Ehre wurde. Mehrfach schien sich der Streit zu einer unmittelbaren Kriegsgefahr zuzuspitzen. Auf beiden Seiten bemühten sich die Staatsmänner und die Diplomaten, die nationalen Erregtheiten in Grenzen zu halten, welche noch kontrolliert werden konnten. Roosevelt (I) als Präsident machte in Kalifornien seinen großen persönlichen und amtlichen Einfluß geltend, um die japanfeindlichen Staatsgesetze und Lokalgesetze und Verordnungen außer Kraft zu setzen, weil sie in die Zuständigkeit der Bundesregierung zur Führung der auswärtigen Politik eingriffen. Das gelang ihm auch der Form nach. An der wirklichen Behandlung der Japaner wurde aber dadurch wenig oder nichts geändert. Schließlich kam unter Taft ein Gentlemen-Agreement zustande, nach welchem es die japanische Regierung übernahm, die Auswanderung von Japanern, die als Arbeiter oder Siedler nach USA. wollten, zu verhindern, und also die japanischen Zureisenden nach USA. auf Personen zu beschränken, die vorübergehend zu geschäftlichen oder beruflichen oder zu Ausbildungszwecken, oder auch als Touristen USA. besuchen wollten.

Neue Streitpunkte zwischen USA. und Japan ergaben sich aus den Bemühungen der Dollar-Diplomatie unter Taft (Knox), über die „Souveränitätsrechte" Chinas in der Mandschurei Fuß zu fassen und neben die japanische Sphäre und die russische Sphäre in der Mandschurei eine Sphäre des „internationalen" Kapitals zu setzen. Gegen dieses Eindringen fremder Mächte schlossen sich Japan und Rußland in mehreren Abkommen und Verträgen (1907, 1910, 1912) zusammen: sie grenzten die beiderseitigen Interessengebiete ab, garantierten sich gegenseitige militärische Hilfe gegen dritte Mächte und die Aufrechterhaltung der beiderseitigen Ansprüche. Roosevelt (I) aber charakterisierte die ostasiatische Politik seines Nachfolgers dahin, daß sie Japan wild mache, ohne etwas zu erreichen.

Auf Grund seiner Entente mit England, die noch 1905 zu einem regelrechten beiderseitigen Bündnis ausgestaltet wurde und in Übereinstimmung mit der so beschrittenen Politik, schloß sich nunmehr Japan auch an die übrigen Entente-Mächte eng an. Von der Verständigung mit Rußland war schon die Rede; sie war von der Entente politisch unabhängig, fügte sich aber gut in sie ein. Aber die Verständigung mit Frankreich war eine unmittelbare

Folge der englisch-französischen Entente und des englisch-japanischen Bündnisses.

Über diese Annäherung an die Entente ergab sich dann indirekt auch eine Annäherung an USA. Denn im Verhältnis England—USA. waren seit 1900 die wichtigsten Streitpunkte, vor allem im mittelamerikanischen Raum über den Panama-Kanal, durch die Nachgiebigkeit Englands beseitigt worden. Seit 1910 reihte sich USA. immer entschiedener in die Einkreisungsfront gegen Deutschland ein. Es ist in den letzten Jahren behauptet worden, daß schon seit der ersten Zeit der Roosevelt (I)-Präsidentschaft ein persönliches Abkommen zwischen dem Präsidenten und England bestanden habe, das England die tatsächliche Unterstützung von USA. für den Fall eines Krieges mit Deutschland zusicherte; dieses Abkommen, so wurde behauptet, sei von den folgenden Präsidenten bei ihrem Amtsantritt immer übernommen und erneuert worden. Daher hatten auch neue populäre Verstimmungen zwischen USA. und Japan in den Jahren 1911—1913 nur geringe politische Bedeutung: weder die Staatsmänner in Tokio, noch die in Washington wollten sich dadurch von der eingeschlagenen politischen Richtlinie abdrängen lassen.

*

1911 wurde in China die Mandschu-Dynastie gestürzt. Der in USA. ausgebildete und zum Christentum übergetretene Sunjatsen gründete die Republik China. Für den Augenblick ergab sich daraus eine gewaltige Steigerung des USA.-Einflusses in China: das neue China schien mindestens geistig-kulturell eine Provinz von USA. werden zu wollen. Diese geistige Amerikanisierung Chinas würde, so glaubte man in USA., ohne weiteres eine große politische und wirtschaftliche Machtsteigerung von USA. in China zur Folge haben. 1912 berichtete der USA.-Gesandte in Peking an seine Regierung, der herrschende Eindruck in China sei, daß USA. eine „aktive und aggressive Politik in China verfolge im Wettbewerb, um nicht zu sagen: in Gegnerschaft zu Japan und zu anderen fremden Interessen in China". Aber auch unter dem unmittelbaren Eindruck dieser scheinbaren Amerikanisierung Chinas blieb man im Grunde in Japan ruhig: China war nicht USA., und selbst wenn die Voraussetzungen von Land, Klima und Rasse die gleichen gewesen wären, so hätten sich die gewaltigen historischen Entwicklungen und Schicksale der beiden Völker nicht einfach verleugnen und die auf sie sich gründenden Unterschiede nicht

einfach überspringen lassen. In Japan war man überzeugt, daß die Begeisterung und Nachahmung von USA. in China bald sehr starke Gegenkräfte auslösen würde und daß USA. dadurch im Endergebnis nicht nur bei den Chinesen, sondern auch bei den anderen Nationen in China an Ansehen und Einfluß nicht gewinnen, sondern verlieren würde. So kam es auch: nach kurzer Zeit zeigte es sich, daß die USA.-Methoden und Lebensformen für China einfach nicht paßten.

Die weiter wirkenden Folgen des Sturzes der chinesischen Monarchie für das Verhältnis zu Japan waren etwa:

1. Das Band der monarchischen Loyalität, das bisher China noch einigermaßen zusammengehalten hatte, fiel weg. Die Generale in den einzelnen Provinzen machten sich großenteils unabhängig. Eine zwanzigjährige Zeit mehr oder weniger lokalen oder allgemeinen Bürgerkrieges in China folgte. Die außenpolitische Folge des Sturzes der Monarchie war also, jedenfalls zunächst und an der Oberfläche, eine weitere Schwächung Chinas.

2. Die Revolution war vom Süden, von Kanton ausgegangen. Die siegreiche Revolution verschob den Schwerpunkt des Reiches nach dem Süden, also von Peking weg, wenn Peking auch noch zunächst Sitz der ausländischen diplomatischen Vertreter blieb. Damit aber wurde die Mandschurei und Nordchina zu einer Art Außenzone des chinesischen Staates; denn die Verbindungen über Land in China waren schlecht, und die Entfernungen groß. Also die Revolution verstärkte den Einfluß der Seemächte auf China, der hauptsächlich von Südosten aus einwirkte, und schwächte China gegenüber Feinden im Norden.

C. Japan im Kampf um ein ostasiatisches Ostasien

1914 bis zur Gegenwart

Übersicht

Es handelt sich nicht in dieser Periode um eine einheitliche, gewaltig ansteigende Linie japanischer Macht und japanischen Ansehens; sondern dem Machtaufschwung der Kriegszeit folgte eine stark rückläufige Zeit, in welcher Japan sich in eine unfreundlich oder feindlich eingestellte Welt einzuordnen sucht in einer Weise, die seine wesentlichen Interessen sicherstellt. Aber das andauernde

relative Sinken der japanischen Macht, während die Kräfte seiner möglichen Gegner wachsen, führte 1931 dazu, daß Japan die Neugestaltung des ostasiatischen Raumes in seine Hände nimmt; mit welchem Endergebnis, das läßt sich heute erst vorläufig beurteilen.

Erst recht ist dann in dieser Epoche von einer einheitlichen und von Anfang an planmäßigen Führung der japanischen Politik keine Rede. Zwei außenpolitische Ideologien bekämpfen sich in Japan und lösen sich in der Herrschaft ab. Allerdings weichen sie nicht in der Zielsetzung voneinander ab, noch auch darin, daß sie den Frieden wünschen und also auch die Verwirklichung der Ziele mit friedlichen Mitteln wollen. Aber sie weichen darin voneinander ab, daß die eine Richtung größeres Vertrauen auf friedliche Mittel, oder vielleicht besser: geringeres Vertrauen auf die durch militärische Machtentfaltung erreichbaren Erfolge setzt, während die andere Richtung zunächst eine Neuordnung der ostasiatischen Lage, sei es auch mit kriegerischen Mitteln, für notwendig hält und jedenfalls nicht glaubt, daß diese Neuordnung zu erreichen ist ohne starken oder stärksten Druck, wie ihn nur eine überlegene militärische Macht unter entschlossener und einheitlicher Staatsführung auszuüben vermag.

1. Weltkriegspolitik und Weltkriegserfolge 1914—1919

Übersicht

Der Weltkrieg gab Japan die von solchen Staatsmännern wie Tani und Hayaschi längst vorausgesehene Möglichkeit, sich von der Bevormundung, der politischen Handlangerstellung gegenüber den großen Seemächten zu lösen und in Ostasien nun endlich eine eigene Politik zu treiben. Die ersten Maßnahmen, die Kriegserklärung gegen Deutschland, der Angriff auf Kiautschau, das im November kapitulierte, die 21 Forderungen an China vom Januar 1915, vielleicht auch der Abschluß eines besonderen Militärbündnisses mit Rußland über China 1917 waren offenbar von längerer Hand vorbereitet. Aber schon 1915 treten neue Entwicklungen ein, die kaum vorgesehen waren und auch nicht vorzusehen waren. Der Krieg zieht sich in die Länge; er gibt Japan ungeheure Möglichkeiten zur Entwicklung seiner Industrien, zur Eroberung überseeischer Märkte, zur Ausbildung der japanischen Ware als einer Waffe im Völkerkampf, als eines Symbols der

Befreiung der farbigen Völker von europäischer Herrschaft und ihrer Zusammenfassung unter Japan. Andererseits: Der große Reichtum an Gold und an Forderungen gegen das Ausland löst in Verbindung mit der Weltinflation der Preise auch im Inland eine Preisinflation aus. Der ungewohnte Reichtum und die durch die Inflation hervorgerufene wirtschaftliche Unsicherheit wirken oben und unten korrumpierend, auflösend, und die geistige und moralische Kraft der Nation schwächend. So endet der Krieg zwar äußerlich mit großen Erfolgen, aber er hinterläßt im Innern wie in der Außenpolitik ein gefährliches Erbe.

Der Krieg mit Deutschland

England hat die japanische Kriegserklärung gegen Deutschland und erst recht den japanischen Angriff auf Kiautschau nicht gewollt und beim Kriegsausbruch dringend davon abgeraten: Japan sollte nach englischem Plan nur eine Seepolizistenrolle für die Ententemächte in den pazifischen Gewässern ausüben. Daß England diese Auffassung von der Tragweite des englisch-japanischen Bündnisses vertrat, und daß Japan sich um diesen englischen Wunsch nicht kümmerte, zeigt klar, daß beide Teile sich über den reinen Nützlichkeitscharakter dieses Bündnisses keiner Täuschung hingaben; eben wegen der zu erwartenden Meinungsverschiedenheiten war bisher beiderseits vermieden worden, sich über das Verhalten Japans im Falle eines europäischen Krieges zu verständigen. — Wir haben schon gesagt, daß die deutsche Marine längst vor dem Kriege zu der Ansicht gekommen war, Kiautschau sei im Krieg nur eine Belastung für Deutschland. Man fand aber gegenüber dem japanischen Ultimatum, das die Räumung von Kiautschau und die Preisgabe von Schantung als Interessengebiet forderte (mit den gleichen Redewendungen, wie sie beim Einspruch Rußlands, Deutschlands und Frankreichs gegen den Frieden von Schimonoseki gebraucht worden waren), in Berlin nicht den Mut, Kiautschau aufzugeben (evtl. mit der Befristung bis zum November oder bis zum Ende des Jahres, wenn bis dahin der Krieg in Europa nicht entschieden sei). Dadurch wäre es gelungen, Japan neutral zu halten; dies hätte wahrscheinlich den ganzen weiteren Verlauf des Krieges geändert. Man war aber wenigstens klug genug, die Festung, die zu halten sinnlos war, aufzugeben, nachdem der militärischen Ehre Genüge getan war. Unsere China- und Japan-Kenner, die

unersetzlich waren, konnten so in der Hauptsache den Krieg überleben. Japans weitere Beteiligung am Krieg beschränkt sich dann im wesentlichen auf die Besetzung der deutschen pazifischen Inselgruppen nördlich des Äquator: Marianen, Karolinen, Marschall, und auf die Jagd auf einzelne deutsche Kaperschiffe; erst gegen Ende des Krieges traten auch japanische Kriegsschiffe im Mittelmeer auf.

Die 21 Forderungen an China

vom Januar 1915 gliederten sich in fünf Hauptabschnitte. Drei davon betrafen räumliche Sondergebiete: Mandschurei, Schantung, Fukien (wegen der Formosa-Straße); eines handelte von Bergwerksrechten; der fünfte und wichtigste Abschnitt betraf die allgemeine politische Organisation Chinas. In bezug auf Schantung wurden die deutschen Rechte durch Japan übernommen und wesentlich erweitert; in bezug auf die Mandschurei wurden ebenfalls die Rechte wesentlich erweitert, der Pachtvertrag verlängert. Hinsichtlich Fukien verlangte Japan die Anerkennung einer bevorrechteten Stellung und besonderer Interessen. Bezüglich der Bergwerke war die wichtigste Bestimmung der Übergang des größten Eisenbergwerk-Hüttenbetriebes an Japan; privatwirtschaftlich Übergang der Hälfte des Aktienkapitals in japanische Hände und Verbot für den Rest des Kapitals, in die Hände irgendeiner dritten Nation zu kommen. Der fünfte Abschnitt sah die Zuordnung japanischer Berater zu der chinesischen Zentralregierung vor; — die Verpflichtung für China, mindestens 50 % seines Waffen- und Munitionsbedarfes von Japan zu kaufen (was die genaue Kontrolle des ganzen chinesischen Rüstungswesens und damit der ganzen chinesischen Wehrmacht eingeschlossen hätte); — die Schaffung eines großen chinesischen Waffenarsenals unter japanischer Kontrolle, also Aufbau einer japanischen Rüstungsindustrie in China; — gemeinsame chinesisch-japanische Polizei in wichtigen Städten; — Einrichtung eines besonderen japanischen Postwesens überall in China (wodurch ein japanisches geheimes Nachrichten- und Polizeisystem über das Land ausgespannt worden wäre); — besondere japanische Rechte zunächst verkehrs- und handelspolitischer, damit aber auch militärischer und politischer Natur im Yangtse-Gebiet, also im besonderen und offiziell so anerkannten Interessengebiet Englands (Eisenbahnen) und in Fukien; — Versprechen Chinas, keiner anderen Macht zu erlauben, sich weiterhin

in irgendeiner Form an der chinesischen Küste festzusetzen, also grundsätzliche Abkehr von der Politik der „Interessensphären" gegenüber weißen Mächten.

Japans Forderungen waren den angelsächsischen Mächten sehr unangenehm und sie entfesselten also den in solchen Fällen vorgesehenen Entrüstungssturm der „öffentlichen Meinung" der Welt. Die Lage Deutschlands erschien damals kritisch; mit einem raschen Ende des Krieges wurde überall gerechnet. USA. hatte sich noch nicht im europäischen Krieg festgelegt; es hatte also die Hand frei für Ostasien. Die Japaner stießen also auf einen beträchtlichen chinesischen Widerstand, der erst abflaute, als sich die Lage in Europa ganz wesentlich zugunsten Deutschlands verschoben hatte. So gab China schließlich Mitte 1915 unter dem Druck eines japanischen Ultimatums nach und nahm die nur unwesentlich gemilderten japanischen Forderungen an.

Die Geheimverträge von 1916/17 als Preis des Verbleibens Japans auf der Seite der Alliierten

Im Jahre 1916 erwog man in Japan die Möglichkeit einer völligen Schwenkung der japanischen Politik. Es wurde klar, daß sich die europäischen Mächte mehr und mehr verbluteten. Dabei erschien ein Kriegsende viel ferner zu liegen als 1915. Die Gewinnaussichten für beide Mächtegruppen lagen auf verschiedenen Gebieten, wurden aber ungefähr als gleich angesehen: es war leicht möglich, daß bei ungefährer Gleichgewichtslage für den Ausgang des Krieges ein Frontwechsel Japans entscheidend würde. Ein siegreiches Deutschland war für Japans Vormachtstellung in Fernost offenbar ungefährlich oder vielmehr gegenüber der andauernden und sich offenbar im Lauf der Zeit verschärfenden Feindschaft von USA. wertvoll. Die Frage war: konnten England und Frankreich in ihren ostasiatischen Stellungen noch während des europäischen Krieges so vollständig niedergerungen werden, und die Macht Japans dagegen so sehr verstärkt werden, daß diese Mächte für Japan nicht mehr lebensgefährlich werden konnten, und daß Japan, selbst ohne Eroberung der USA.-Stellung auf den Philippinen, diese Stellung von ihren englischen und französischen Stützen aus der Südchina-See heraus isolieren und sie damit strategisch ziemlich neutralisieren konnte.

Nach einer Bemerkung Ischis gegenüber Lansing bei ihren Verhandlungen 1917 waren bis dahin drei Angebote von Deutschland an Japan zu einem Sonderfrieden ergangen, die Japan „selbstverständlich" abgelehnt habe. Aber wenn Ischi es für richtig hielt, dies Lansing mitzuteilen, so verstand Lansing ganz genau, daß damit auf USA. ein Druck ausgeübt werden solle: Japan kann auch anders und verdient jedenfalls besondere Belohnung, wenn es nicht diesen anderen Stimmen folgt. Aber die eigentliche Krise bei der Drohung Japans nicht nur mit einem Sonderfrieden, sondern mit einem völligen *Umschwenken auf die deutsche Seite* fällt wohl bereits in das Jahr 1916 —, einerlei, in welcher Form sie offiziell oder inoffiziell erfolgt ist. Jedenfalls war sie so stark, daß England und Frankreich sich beeilten, in Geheimverträgen mit Japan (abgeschlossen Anfang 1917) für den künftigen Frieden nicht nur Japans *Ansprüche* auf die deutschen Inseln im Pazifischen Ozean bis zum Äquator anzuerkennen (die nunmehr strategisch so wichtigen Marianen, Karolinen, Marschall), — sondern auch seine Rechte auf Schantung.

Um diesen Preis ist also damals Japan auf der alliierten Seite gehalten worden. Das hat seinem Ansehen in London und Paris keineswegs geschadet: es waren eben ein paar Raubverträge mehr in dem System von Raubverträgen, durch das die alliierte Front zusammengehalten wurde. Auch sind die damals von England und Frankreich ausgestellten Wechsel bei den Friedensverhandlungen in Versailles ohne Widerspruch von England und Frankreich honoriert worden. Aber nicht nur hat sich Japan dadurch die offene Feindschaft von USA. zugezogen, das von diesen japanischen Geheimverträgen wirklich erst in Versailles erfahren zu haben scheint (während ihm die anderen Geheimverträge über die Verteilung der Kriegsbeute entgegen dem späteren Wilsonschen Ableugnungsversuch spätestens seit 1917 bekannt waren): USA. hätte nämlich sofort dagegen protestiert; auch fehlt in den hier maßgebenden Aufzeichnungen sowohl von Balfour wie von Colonel House die Erwähnung der japanischen Geheimverträge; es wäre sogar möglich, daß der Wunsch, Japan von dem Frontwechsel abzuhalten, für das Eingreifen von USA. in den Krieg mit maßgebend gewesen ist, während die Entwicklung anders gegangen wäre, wenn USA. von dem Bestehen dieser ihm höchst unsympathischen Geheimverträge mit Japan erfahren hätte. Es besteht also eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß England und Frankreich hier mit USA. ein doppeltes Spiel gespielt haben.

Japan und USA.

Jedenfalls: der Frontwechsel 1916 und auch noch 1917 hätte Japan die Möglichkeit gegeben, seinen Traum eines ostasiatischen Ostasien unter japanischer Führung zu verwirklichen —, gewiß nicht ohne Kampf, denn USA. war da, allerdings durch den Ozean von Ostasien getrennt. Aber den japanischen Staatsmännern fehlte es an Ernst, an Tiefblick, an Verantwortungsfähigkeit. Sie folgten dem leichteren Weg des Kuhhandels, der also die militärischen Stellungen von England und Frankreich und USA. in Ostasien unangetastet ließ. Dieses Versäumnis mußte sich rächen und hat sich bitter an Japan gerächt.

Einen weiteren Beweis für die Schwächlichkeit und Unklarheit der japanischen Politik in den späteren Jahren des Weltkrieges gibt das Abkommen Ischi—Lansing über China 1917. Als Lansing das Eingeständnis Ischis über die Unzuverlässigkeit der japanischen Bundesgenossenschaft und über die Unfähigkeit der japanischen Staatsführung aus Ischis eigenem Mund vernommen hatte, schätzte er seinen Vertragspartner richtig ein. Die wirklichen Fragenpunkte in dem genannten Abkommen über China wußte er mit mehrdeutigen Redensarten zu umgehen, die dann später von Ischi und von Lansing ganz verschieden ausgelegt wurden. Über die den Formulierungen zugrunde liegenden Besprechungen hatten die beiden Politiker ganz verschiedene Erinnerungen. Es besteht keine Frage, daß sich Japan über Sinn und Tragweite dieser Abmachungen, d. h. über die bei diesen Verhandlungen von USA. der japanischen Politik betreffs China gemachten Zugeständnisse völlig täuschen ließ.

Schließlich: auch in seiner China-Politik ließ Japan im späteren Verlauf des Krieges Selbständigkeit und Festigkeit der Führung vermissen. Es hatte sich zunächst der Absicht der Alliierten, China in den Krieg hineinzuziehen, schroff widersetzt. Den Alliierten kam es dabei darauf an, die in den chinesischen Häfen liegenden deutschen Handelsschiffe, die sie bei dem herrschenden Tonnagemangel dringend brauchten, in ihre Gewalt zu bekommen. Schließlich aber fügte sich auch hier Japan dem Druck der Ententemächte und USA.

Was die richtige Politik für Japan gewesen wäre, wird ohne weiteres klar, wenn man die gleichzeitige Politik von USA. verfolgt. Die Wilson-(Außenminister Lansing-)Regierung war von Anfang an entschlossen, China für die Dauer des Krieges sich selbst, d. h. Japan zu überlassen: Lansing bezeichnete jede Aufregung in USA. über die Aufrechterhaltung der „Integrität" Chinas während des Krieges als eine „hoffnungslose Don Quichotterie". USA. wollte zunächst den Krieg in Europa zugunsten Englands entschieden wissen, und es war zufrieden, wenn während dieser Zeit seine eigenen Machtstellungen und die der alliierten Mächte in Ostasien gegen Japan behauptet wurden. Wäre erst Deutschland niedergeworfen, so wäre — nach offizieller USA.-Ansicht — die Übermacht der angelsächsischen Mächte, die gegen Japan in Ostasien eingesetzt werden konnte, so überwältigend, daß Japan alle während des Krieges in China gemachten Gewinne und Eroberungen ohne Schwierigkeiten wieder abgenommen werden könnten; je weiter sich Japan hier vorgewagt habe, um so rücksichtsloser könne es dann behandelt werden. Der Vernichtung von Deutschlands Großmachtstellung sollte also nach den Absichten der USA.-Politik die Gefahrlosmachung Japans in Ostasien auf dem Fuß folgen. Japan hätte sich also in den Krieg auf seiten der mitteleuropäischen Mächte einschalten müssen, wenn nicht bis zur völligen Niederlage der angelsächsischen Mächte, so zur Zerstörung aller ihrer Flottenstellungen im ostasiatischen Raum.

Besetzung von Russisch-Ostasien

Gegen Ende des Krieges erfolgte der japanische Einmarsch in Russisch-Ostasien als Folge der russischen Revolution, des Sieges der Bolschewisten, des russischen Friedensschlusses mit Deutschland. Auch in Russisch-Ostasien, und zwar gerade im unteren Amurgebiet war es zu Kämpfen zwischen Rot und Weiß gekommen, wobei, im Gegensatz zu Sibirien, Rot in Russisch-Ostasien vorherrschte. Der japanische Einmarsch war bereits im Sommer 1917 als gesamtalliiertes Unternehmen, d. h.: in der Tarnung als solches, von Japan vorgeschlagen worden: es sollte dadurch vor allem auch der Marsch der tschechischen Legionäre zum Pazifischen Ozean geschützt werden durch die Hunderttausende von deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen hindurch, die in Sibirien untergebracht gewesen waren, und denen der Friedensschluß von Brest-Litowsk die Freiheit wiedergegeben hatte.

Washington wollte zunächst von diesem Einmarsch in russisches Gebiet, dessen eigentlicher Zweck durchsichtig war, nichts wissen,

und erst als es einsah, daß Japan so oder so einmarschieren werde, entschied man sich für die Teilnahme, zumal auch Frankreich, zunächst wegen der tschechischen Legionäre, dieses Unternehmen wünschte, dann aber auch zweifellos aus alter Freundschaft zu Japan, und weil zu hoffen war, daß das unendliche russisch-ostasiatische und sibirische Gebiet die Kräfte Japans, dem ja der Krieg keine Verluste, sondern nur Gewinne gebracht hatte, binden und festhalten und vielleicht schließlich sogar verschlingen werde. Die Forderung Washingtons, die Japaner sollten nicht mehr Truppen entsenden als USA., ließ Japan unbeachtet. 1918—19 standen etwa 70 000 bis 90 000 Mann japanischer Truppen auf russischem Gebiet; sie hielten nicht nur die ganze Küste besetzt, sondern auch das Land bis zum Baikalsee, also mit Mandschuli und Tschita.

Die USA.-Truppen spielten nach dem Zeugnis ihres eigenen Kommandeurs bei diesem ostasiatischen Unternehmen neben den Japanern eine traurige Rolle; in allen Städten bildeten sie eine geringe Minderheit neben den japanischen Garnisonen. Überall sahen sie sich ältere oder ranghöhere japanische Offiziere vorgesetzt, die sie kommandierten. Die eigenen Offiziere waren großenteils damit beschäftigt, Zwischenfälle zwischen ihren Soldaten und den Japanern zu verhüten. Die Soldaten wurden meist im Bahnschutzdienst verwendet, weil dadurch eine möglichst große Streuung und Auflösung der taktischen Verbände zu erreichen war. Den Soldaten blieb nichts anderes übrig, als der einheimischen Bevölkerung an Bildern aus USA. zu zeigen, „wie groß USA. sei — in der Heimat".

2. Japan in der Verteidigung 1918—Waffenstillstand bis 1931

Übersicht

Die Schwächlichkeit der japanischen politischen Führung in der Kriegszeit rächte sich. Zwar bestätigte der Friede von Versailles gemäß den abgeschlossenen Verträgen die Kriegserwerbungen Japans; immerhin veranlaßte der USA.-Widerspruch Japan zu gewissen Zugeständnissen und Versprechungen, die USA. keineswegs nur als Gesten aufzufassen entschlossen war. Die militärische Lage in Ostasien und im Pazifik überhaupt hatte sich völlig verschoben dadurch, daß USA. seit 1914 den Panamakanal zur Verfügung hatte. Japans politische Moralität und Härte, erst geschwächt durch die reichen und leichten Kriegsgewinne, durch Spekulation und Inflation, wird zunächst noch weiter geschwächt durch die schweren wirtschaftlichen Rückschläge, die das Kriegsende für Japans Außenwirtschaft, also für seine Warenausfuhr, und damit auch für seine Binnenwirtschaft bringt. — Die Konferenz von Washington veranlaßt Japan zur Preisgabe der meisten von ihm während des Krieges auf dem Festland gewonnenen Stellungen. Die folgenden Jahre vervollständigen das Werk der Zerstörung der Kriegserfolge Japans, führen aber gleichzeitig im Neuaufbau zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet zu hartem realistischen Denken. Ein ernüchtertes Japan gibt sich Ende der 20er Jahre Rechenschaft über die politischen Voraussetzungen seines staatlichen Daseins.

a) Der Friede von Versailles und der Völkerbund

Daß Japan die bis Mitte 1917 im ostasiatischen Raum gewonnenen politischen und militärischen Stellungen im Friedensschluß behauptete, stand auf Grund der im Frühjahr 1917 abgeschlossenen Geheimverträge mit England und Frankreich von vornherein fest. Überraschend aber und ein schlimmes Vorzeichen war hier der Widerstand von USA. Gegenüber diesem erbitterten Widerstand von USA. verband dann Japan die Frage der USA.-Anerkennung seiner Kriegsgewinne mit dem Völkerbundsplan Wilsons; es verlangte die Aufnahme einer Klausel in die Völkerbundssatzungen, daß Rasse und Nationalität in keinem der Völkerbundsstaaten eine Ausnahmebehandlung rechtfertigen durften; es schnitt damit die Behandlung der Japaner (und Chinesen) in USA. an. Am Schluß gelang, nachdem für einige Tage ein Zusammenbruch der Verhandlungen mit Abreise der japanischen Delegation gedroht hatte (wobei Präsident Wilson zu der Überzeugung kam, daß die Japaner nicht blufften), ein Kompromiß, das die wichtigsten Fragen wenigstens vorläufig regelte. Japan verzichtete auf seine Völkerbundsklausel hinsichtlich der gleichen Behandlung der Rassen und der Nationalitäten; USA., d. h. Wilson (sehr gegen die Ansicht der anderen führenden Männer der USA.-Friedensdelegation, des Außenministers Lansing und des Generals Bliss) erkannte die japanischen Mandate über die deutschen Südseeinseln bis zum Äquator an sowie die japanischen

Rechte auf Schantung und tatsächlich auch, was die Japaner sonst auf chinesischem Boden während des Krieges politisch und wirtschaftlich gewonnen hatten. Japan aber sah sich immerhin zu dem wichtigen Zugeständnis veranlaßt, in Anerkennung der Souveränität Chinas über Schantung zu versprechen, die politische Kontrolle über Schantung „sobald wie möglich" an China zurückzugeben, wie wenigstens Wilson vor dem Senatsausschuß erklärte. Im Friedensvertrag aber wurde ihm das vollständige Recht auf das Pachtgebiet zugesprochen einschließlich aller Eisenbahnen, Bergwerke, Kabel und aller übrigen wirtschaftlichen Anlagen und aller Rechte, die Deutschland vorher besessen hatte. Die Frage aber, welchen Wert das japanische Versprechen an Wilson der baldigst möglichen Rückgabe Schantungs an China haben würde, war offenbar eine Machtfrage, nicht eine Machtfrage zwischen China und Japan, sondern eine Machtfrage zwischen USA. und Japan.

Die Zugeständnisse Wilsons an Japan sind dann für Wilson selbst und für das Schicksal des Friedensvertrages in der Frage seiner Ratifizierung durch den USA.-Senat verhängnisvoll geworden: Der USA.-Senat hat den Versailler Friedensvertrag mit dem ihm eingegliederten Völkerbundspakt wesentlich auch deshalb nicht ratifiziert, weil ihm seine auf Ostasien bezügliche Bestimmungen unsympathisch waren. Die Friedensbestimmungen auch hinsichtlich Ostasiens hatten also für USA. bis zur Konferenz von Washington keine vertragsmäßige, sondern nur eine einfach tatsächliche Gültigkeit. Japan hat also mit den Zugeständnissen bzw. Versprechen, die es in Versailles gegenüber Wilson gemacht hat, weder hinsichtlich der Rassenklausel des Völkerbundes, noch hinsichtlich Schantung etwas erreicht, wurde aber seinerseits gebunden; denn die Rassenklausel ist aus dem Völkerbund glatt weggeblieben, und die bezüglich Schantung gegebenen Versprechen wegen späterer Rückgabe bestanden unabhängig von der Ratifizierung des Friedensvertrages durch USA.

b) Zwischen Versailles und Washington

Die Zeit zwischen den Versailler Verhandlungen und der Konferenz von Washington wird beherrscht durch drei Entwicklungen: Das Wettrüsten zur See zwischen USA. und Japan; die Zurückziehung der usamerikanischen Truppen aus Ostasien, die Mitte 1920 beendet ist; die Yapfrage.

Bereits im Krieg hatte eine starke Aufrüstung zur See sowohl bei USA. wie bei Japan stattgefunden, angeblich gegen Deutschland für den Fall eines deutschen Sieges, tatsächlich gegeneinander. Die Gesamtstärke der USA.-Marine (wie gewöhnlich sind nur die Kampfschiffe gezählt) betrug 1922 779 000 t, die der japanischen Flotte 341 000 t; im Bau und geplant für USA. 842 000 t und für Japan 328 000 t. Die Unterschiede bei den Neubauten waren nicht so groß wie sie sich in diesen Zahlen aussprechen, weil die Japaner einen größeren Teil ihrer Bauplanung wirklich in Ausführung hatten. Aber die Stärke der USA.-Flotte war gegenüber der Vorkriegszeit durch den Panamakanal, der auch den größten Schlachtschiffen den Übergang vom Atlantischen zum Pazifischen Ozean in wenigen Stunden gestattete und vor allem auch Nachschub und Ergänzung der Flotte außerordentlich erleichterte, gewaltig gesteigert. Zugleich schritt der Ausbau Hawais als Flottenbasis für den Pazifischen Raum rasch vorwärts.

Für die USA.-Truppen in Russisch-Ostasien war das Verhältnis zu den Japanern allmählich unerträglich geworden. Man zog sie also bis Mitte 1920 zurück. Inzwischen war die weiße Offensive Koltschaks zusammengebrochen; auch die von den Japanern unterstützten Kosakengenerale Semenoff und Kalmikoff konnten dem Vordringen der Roten Armeen, die nunmehr von der gepeinigten Bevölkerung als Befreier vom Terror der Weißen, der Tschechenlegionäre und der Kosakengenerale und von allen alliierten Interventionen begrüßt wurden, keinen dauernden Widerstand entgegensetzen. Japan räumte zunächst das sibirische Gebiet, behielt aber das eigentlich ostasiatische Gebiet Rußlands in der Hand. Die bolschewistischen Lokalverwaltungen in Wladiwostok, Nikolajewsk, Charborowsk wurden unmittelbar nach dem Abzug der nichtjapanischen alliierten Truppen von den Japanern gestürzt. Der russische Nordteil Sachalins wurde erst jetzt von den Japanern besetzt. — Die Abneigung weiter Schichten des japanischen Volkes gegen das sibirische Unternehmen hatte nur bewirkt, daß von den dafür eingesetzten Truppen die Hälfte zurückgezogen wurde.

Die Frage der Insel Yap — in der westlichen (Palau-) Gruppe des Mandatsgebietes der Karolinen —, früher deutsche Kabelstation, gewann unter der starken Spannung zwischen Tokio und Washington symptomatische Bedeutung. Der Notenwechsel darüber wurde immer gereizter.

Von etwa Mitte 1920 an war man in Japan und in USA. der Ansicht, daß man einem Pazifischen Krieg entgegentreibe. Mitte 1921 entstand der Gedanke, die Streitfragen durch eine Konferenz zu lösen. Die neue republikanische Regierung Harding (Hughes als Außenminister), die sehr viel stärker die ostasiatische Tradition der Roosevelt (I)-Regierung aufzunehmen entschlossen war als die ausscheidende Regierung: Wilson (lies: nach Wilsons Zusammenbruch im Herbst 1919, Frau Wilson) mit Außenminister Lansing und später Colby, lud also im Sommer 1921 zu einer Konferenz in Washington ein. In erster Linie waren als Kongreßteilnehmer gedacht USA., Japan, England; der Kreis wurde dann erweitert auf Frankreich und Italien, ferner auf Belgien, Holland, Portugal, China.

c) Konferenz von Washington. November 1921 bis Februar 1922

Die Konferenz von Washington war wohl die erfolgreichste internationale Konferenz seit dem Berliner Kongreß. Sie beseitigte die drohende Kriegsgefahr und schuf einen für die verschiedenen Parteien annehmbaren Gleichgewichtszustand in Ostasien, der immerhin für fast zehn Jahre genügte. Ihr großes Verdienst war gerade dies, daß sie eine brauchbare Lösung schuf, einen modus vivendi, der die Entscheidung der grundsätzlichen Fragen vertagte, die noch nicht spruchreif waren. Diese Vertagung entsprach vor allem der wirklichen militärischen Sachlage: England und Frankreich waren zur energischen Führung eines ostasiatischen Krieges weder fähig noch auch nur willens, da er im wesentlichen im Falle des Sieges nur USA. begünstigt hätte. Für eine starke angriffsweise Kriegführung kamen sie also nicht in Frage. Weder USA. für sich allein noch Japan konnten erwarten, den Gegner in dessen eigenen Gewässern so entscheidend schlagen zu können, daß davon ein starker militärischer Zwang zum Frieden ausgegangen wäre: bei den Raumentfernungen wäre der Krieg wohl in der Hauptsache mit kleinen überraschenden Schlägen und als Handelskrieg, Kaperkrieg, U-Bootkrieg an den feindlichen Küsten geführt worden, hätte viel zerstört und wenig entschieden.

Die allgemeine politische Lage, der die Konferenz gegenübertrat, war die: Die Stimmung auf beiden Seiten des Pazifischen Ozeans war gefährlich erregt, weil USA. durch die

weitere Schließung der sogenannten offenen Tür in China, d. h. durch Erschwerung der Ausbeutung des chinesischen Volkes durch den internationalen und dabei vor allem auch USA.-Kapitalismus in seinen weltanschaulichen Überzeugungen und Machtansprüchen getroffen war; — weil die Zeitungen aus ihrem eigenen und dem Sensationsbedürfnis des Publikums heraus und um die nötige Stimmung für die Aufrüstung zu schaffen, die Kriegspsychose möglichst schürten; — weil man an der pazifischen Küste von japanischen Landungen träumte (die übrigens damals tatsächlich viel leichter durchzuführen und auch nach erfolgter Landung sehr viel gefährlicher gewesen wären als heute). In Japan war man entrüstet über die Einmischung von USA. in Angelegenheiten, die, einen Ozean breit von USA. getrennt, für Japan lebenswichtig waren, aber nicht für USA., und bei deren Handhabung USA. durch Geld und Korruption das zu erreichen hoffte, was es auf direktem Weg nicht erreichen konnte. Die europäischen Mächte wollten den Frieden. England war an Japan noch durch sein Bündnis gebunden. Zwischen Frankreich und Italien waren die Beziehungen so wenig freundlich, daß sich die beiden schon deshalb gegenseitig in Europa banden. England aber sah sich vor die Wahl gestellt zwischen dem Bündnis mit Japan und der viel breiteren Interessengemeinschaft mit USA. Das Problem Kanada kam entscheidend herein: Im Falle eines USA.-Krieges mit einem England verbundenen Japan müßte Kanada sich entweder in USA. anschließen oder es würde von USA. militärisch besetzt werden. Weder ein entschiedener Sieg Japans noch ein entschiedener Sieg von USA. war für Englands Stellung in Ostasien wünschenswert. England wollte den Frieden.

Einig waren sich nur die useuropäischen Mächte mit China in dem Wunsch, die japanische Machtstellung auf dem asiatischen Festland und gegenüber dem asiatischen Festland möglichst zu schwächen. Die Sensation — und die in ihrer Art geniale Lösung, die die Konferenz brachte — lag in dem Vorschlag einer Begrenzung der Seerüstungen durch Hughes.

Die Hauptverhandlungen waren noch vor Weihnachten 1921 abgeschlossen. Die Japaner hatten gehofft, die Verhandlungen mit China über zahlreiche wichtige Sonderfragen durch Verschleppung schließlich nach Ostasien verlegen zu können. Hughes war entschlossen, diese Taktik der Japaner zu durchkreuzen: er hielt die Konferenz über Weihnachten und Neujahr 1922 bis in den Fe-

bruar zusammen, bis eben alle Einzelfragen zwischen Japan und China geklärt und entschieden waren.

Die wichtigsten Gesamt-Ergebnisse der Washingtoner Konferenz sind die folgenden:

a) auf militärischem Gebiet
(ihr Sinn ist im ersten Hauptteil bereits gewürdigt)

1. Bestimmte Festlegungen hinsichtlich der Flottenstärken und Schiffsgrößen auf dem Grundverhältnis USA. = 5, Empire = 5, Japan = 3, dazu Frankreich = 1,75 und Italien = 1,75.

2. Die Abgrenzung eines Raumes japanischer Seeherrschaft in Ostasien durch die Schaffung eines halbneutralisierten Raumes zwischen diesem japanischen Herrschaftsbereich und den Seeherrschaftsbereichen von USA. und England. Diese halbneutralisierte Zone umfaßte den ostasiatischen Meeresraum mit Ausnahme der japanischen Hauptinseln (und der ihnen unmittelbar vorgelagerten Inseln) auf japanischer Seite — mit Ausnahme von Singapur, der australischen Gewässer, der Hawaii-Inseln auf der Gegenseite. Verboten wurde also u. a. die Anlage neuer Befestigungen auf Guam (USA.), auf den Philippinen (USA.), in der Hongkong-Zone (Br.), auf den Aleuten (USA.). Vorhandene Befestigung durften in ihrem gegenwärtigen Zustand erhalten und auch erneuert sowie entsprechend den Fortschritten der Waffentechnik neu armiert werden, aber ohne daß dadurch ihre relative qualitative Bedeutung erhöht werden durfte. (Befestigungen auf den Mandatsinseln waren schon durch den Friedensvertrag von Versailles verboten.) Diese Bestimmungen sollten die militärische Vormachtstellung Japans zur See im engeren Bereich der japanischen Inseln selbst sichern. Die Neutralisierung war eine Art Gegenleistung der angelsächsischen Mächte dafür, daß sich Japan mit dem 5:5:3-Verhältnis der Flottenstärken zufrieden gab.

3. Der Vertrag sagte nichts aus über die Seegeltung Rußlands und Chinas, wohl weil Rußlands ganze ostasiatische Küste noch von den Japanern besetzt war. China schien für absehbare Zeit als Seemacht nicht in Frage zu kommen.

b) Auf politischem Gebiet

1. Das Bündnis zwischen England und Japan wurde gelöst. Die dafür maßgebenden Gründe: der Bund der angelsächsischen Mächte; die Stellung Kanadas zwischen England und USA., die bei einem Krieg von USA. gegen Japan (mit England in freundlicher Neutralität gegenüber Japan gemäß dem Bundesverhältnis) nicht mehr haltbar gewesen wäre, sind oben gestreift worden. Japan sollte für diese verlorene Rückendeckung mindestens der Form nach durch das sogenannte Viermächteabkommen entschädigt werden: England, USA., Japan, Frankreich. Dieses garantierte den gegenwärtigen Besitzstand im Pazifischen Ozean für zehn Jahre und hinderte damit z. B. auch jede andere Macht, sich auf den zahlreichen noch nicht in Besitz genommenen kleinen Inseln und Inselgruppen dieses Ozeans festzusetzen. Für Japan bedeutete der Eintausch des Viermächtevertrages gegen das englische Bündnis ein „Glas Wasser gegen ein Glas Whisky".

2. In bezug auf China wird man zwischen den Grundsätzen und allgemeinen Richtlinien unterscheiden und den Sonderregelungen hinsichtlich schwebender Einzelfragen.

Die Grundsätze und allgemeinen Richtlinien sind enthalten im sogenannten Neunmächtevertrag. Er bestimmt:

aa) für China selbst: Aufrechterhaltung seiner „Souveränität" und „Unabhängigkeit" sowie seiner „territorialen und administrativen Integrität"; —

bb) für die Einstellung der Mächte zum chinesischen Staat: volle Unterstützung bei der Aufstellung und Erhaltung einer leistungsfähigen und stabilen Regierung und Verwaltung; —

cc) für die Einstellung der Mächte zur Wirtschaft Chinas: offene Tür für Kaufleute und industrielle Unternehmer für das Privatkapital aller Nationen überall in China; —

dd) im Verhältnis der Mächte untereinander: Verzicht auf die Ausnützung der ungeordneten Lage in China für die Gewinnung von Sonderrechten, die die Rechte von Angehörigen befreundeter Staaten verkürzen würden; Verzicht auf jede Begünstigung eines Handelns, das „der Sicherheit solcher Staaten feindlich" sein könnte.

Man wird unter aa) bemerken, daß von einer Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Integrität Chinas nicht die Rede ist. Es gibt selbstverständlich auch keine echte territoriale oder administrative Integrität ohne die wirtschaftliche Integrität. Wohl aber können die Formen der territorialen und administrativen Integrität weit-

gehend und lange erhalten bleiben, auch wenn die wirtschaftliche Integrität völlig verschwunden ist.

Eine ähnliche Bemerkung gilt bei dd): nicht China wird gegen die Gewährung von Sonderrechten geschützt (die ja auch von einzelnen Provinzgouverneuren und Provinzgeneralen bei ihrer mehr oder weniger großen Selbständigkeit mehr oder weniger gegen den Willen der chinesischen Zentralregierung und gegen die Interessen des gesamten chinesischen Volkes gegeben werden konnten), sondern die „Angehörigen befreundeter Staaten" und diese Staaten selbst. „Nicht befreundete Staaten" waren selbstverständlich die Weltkriegsgegner, vor allem Deutschland; aber auch jeder andere Nicht-Unterzeichner des Neunmächtevertrages konnte als solcher aufgefaßt werden. Somit bedeutete dd) eine wesentliche Einschränkung von cc). dd) gab die Möglichkeit, China als gemeinsames Ausbeutungsobjekt den neun Mächten vorzubehalten, es also gegen andere Mächte durch gemeinsame Vorrechte oder auf anderem Weg abzuriegeln. — Innerhalb der Vertragsmächte hatten alle vier Punkte eine Spitze gegen Japan und konnten gegen Japan angerufen werden, wenn dieses eine Politik verfolgte, welche den angelsächsischen Mächten nicht paßte. Einen Schutz seiner besonderen Interessen dagegen konnte Japan höchstens in der zweiten Klausel von dd) erblicken. Doch konnte diese Klausel offenbar gegen die angelsächsischen Mächte selbst nicht angerufen werden, weil Japan dabei sicher überstimmt worden wäre. Wohl aber konnte Japan hier Rechtsgründe finden, wenn es sich einmal entschloß, den Schutz seiner Interessen selbst in die Hand zu nehmen, ohne und selbst gegen die Mehrheit der Staaten des Neunmächtevertrages.

Der Neunmächtevertrag richtete sich also erstens gegen China, zweitens gegen die „nichtbefreundeten" Mächte, drittens gegen Japan. USA., an zweiter Stelle England, waren die Hauptnutznießer des Vertrages.

Die technische Schwierigkeit bei dieser generellen Regelung lag darin, daß man es angesichts der anarchischen und chaotischen Zustände in China überall mit sehr konkreten örtlichen Fragen und Lagen, Bedingungen und Voraussetzungen zu tun hatte. Ihnen gegenüber blieb die Feststellung allgemeiner Richtlinien ziemlich akademisch, stellte aber gegebenenfalls starke diplomatische Waffen zur Verfügung. Welche wirklichen Regelungen also im einzelnen Fall jeweils an Ort und Stelle getroffen wurden, das war unvermeidlich etwas ganz anderes. Jedenfalls: USA. und England bekamen das diplomatische Werkzeug in die Hand, um ihre überlegene wirtschaftliche Macht voll zur Geltung zu bringen, soweit sie dies wünschten, soweit es ihren politischen und wirtschaftlichen Interessen entsprach.

In den Einzelregelungen brachte der Vertrag von Washington Japan die schwersten Verluste.

aa) Die chinesische Zentralregierung wurde finanziell beträchtlich gestärkt. Die chinesischen Zölle, bisher nur unter dem Gesichtspunkt festgesetzt und verwaltet, die Einfuhr ausländischer Fertigerzeugnisse möglichst zu erleichtern und den Aufbau von konkurrierenden Industrien in China möglichst zu verhindern, sowie die Zinsen der ausländischen Schulden Chinas zu bezahlen, und China allgemein unter genauer wirtschaftlicher Kontrolle, namentlich Englands zu halten, sollten in Zukunft der chinesischen Zentralregierung Mittel sowohl für den Ausbau ihrer Wehrmacht (gegen Japan) als auch für die Erschließung des Landes durch Bahnen und Straßen zur Verfügung stellen. Also um eine wesentliche Erhöhung der Zolleinnahmen herbeizuführen, wurde jetzt der Zollsatz generell auf fünf Prozent des Wertes nicht nur dem Namen nach, sondern in Wirklichkeit festgesetzt. Die Festsetzung auf fünf Prozent war aber auch wieder so niedrig, daß die Zölle im allgemeinen nicht als Schutzzölle wirken konnten. Diese generelle Regelung schloß auch sonst jede wirtschaftspolitische oder finanzpolitische Verfeinerung aus. Im übrigen blieb die chinesische Zollverwaltung nach wie vor überwiegend in englischen Händen: 850 Engländer lebten von ihr auf Kosten des armen China und seiner arbeitenden und hungernden Millionen recht gut und in den höheren Stellen glänzend. Eine Sonderzollkonferenz (die dann 1925/26 in Peking wirklich zusammentrat und auf der die neun Staaten der Washington-Konferenz, die drei skandinavischen Staaten und Spanien, nicht aber Deutschland vertreten waren) sollte die Zollfrage grundsätzlich regeln, da China für sich als elementaren Ausdruck seiner staatlichen Souveränität die Zollhoheit, d. h. das Selbstbestimmungsrecht über die Zölle und die Selbstverwaltung der Zölle verlangte.

bb) Japan verstand sich dazu, Schantung an China zurückzugeben. Die Rückgabe war ein staatsrechtlicher Akt. Die privaten Rechte japanischer Bürger und japanischen Kapitals in Schantung sollten dadurch nicht berührt werden. Damit blieben also in Schan-

tung sehr große wirtschaftliche Rechte, aber auch Machtstellungen in japanischer Hand. Bei der überaus engen Verbindung japanischer staatlicher Hoheitsträger mit japanischen privatwirtschaftlichen Gesellschaften war aber offenbar die Linie sehr schwer zu finden, wo der japanische Staat aufhöre und die japanische Privatwirtschaft beginne, und noch schwerer war bei den ungeklärten politischen Verhältnissen in China selbst zu sagen, wo der öffentlich-rechtliche Charakter japanischer Staatsbetätigung, japanischen staatlichen Kapitals (mit oder ohne Einschaltung der japanischen Reichsbank) aufhöre und wo der privatwirtschaftliche Charakter dieser japanischen Staatsbetätigung beginne. Es wäre sehr schwierig gewesen, hier die richtige Linie zu finden, vorausgesetzt, daß Japan sich Mühe gab, sie zu finden. Aber wollte es sie finden? — nachdem es offenbar kein Interesse daran hatte, die gewonnene Machtstellung preiszugeben. Somit vollzog sich die tatsächliche Räumung Schantungs und im besonderen Tsingtaus durch Japan sehr langsam, und sie wurde eigentlich erst durchgeführt, mindestens in den äußeren Formen, gegen das Ende des hier überhaupt betrachteten Zeitraumes, also gegen 1928. Und auch dann noch blieben so große Reibungsflächen, daß Japan fast jederzeit einen Grund zum Eingreifen finden konnte, wenn es einen suchte.

cc) Die japanischen Berater bei der chinesischen Zentralregierung und auch die japanischen Vertreter in den Polizeiverwaltungen der großen Städte verschwanden. Auch die Auflösung der japanischen Postanstalten war vorgesehen.

dd) Japan beschränkte sich in der Mandschurei praktisch auf das, was ihm der Friede von 1905 gebracht hatte, also auf die Südostmandschurei (die Südmandschurische Bahn, mit dem Recht, eine gewisse Anzahl von Bahnschutztruppen zu unterhalten; gewisse Polizeirechte) und auf die Liaotung-Halbinsel. Weitaus der größere Teil der Mandschurei wurde also tatsächlich wieder chinesisches Einflußgebiet, wobei China bei dieser Rückgliederung offenbar einen außerordentlich starken Rückhalt an der weit überwiegend chinesischen Bevölkerung finden mußte. Da aber offenbar die militärische und also auch die politische Stärke Chinas in der Mandschurei fraglich war, so sprach sich die Konferenz indirekt in einem Gutachten zugunsten der überragenden Rechte Rußlands an den Bahnen der Ostchina-Bahn-Gesellschaft auf Grund des investierten Kapitals und also für die Rückgabe dieser Bahn an die russische Regierung aus; also: sie wollte der chinesischen

Mandschurei gegen Japan eine militärische Stütze in Rußland geben.

3. Wenn die Konferenz es nicht unternahm, sich mit dem Schicksal des russischen Ostasiengebietes zu beschäftigen, so nur deshalb, weil Japan es für zweckmäßiger hielt, gegenüber dem Drängen von Hughes freiwillig die Rückgabe nicht nur der ganzen Amurprovinz, sondern auch der ganzen früher russischen Ostasienküste, also einschließlich Wladiwostoks und auch des nördlichen Teiles der Insel Sachalin zu versprechen. Diese Rückgabe wurde auch in den nächsten zwei Jahren durchgeführt.

4. Auch über Yap wurde eine befriedigende Regelung gefunden. Die Frage trat, nachdem die Hauptfragen gelöst waren, in die nebensächliche Rolle zurück, die ihr von Anfang an zugekommen wäre, wenn sich an ihr eben nicht, als an einer juristisch offenen Frage, viel tiefer gehende Gegensätze entwickelt hätten. Andererseits erkannte USA. nunmehr die japanischen Mandatsgebiete in der Inselwelt des Pazifik nördlich des Äquators an.

Wie erklären sich die sehr großen Zugeständnisse Japans auf der Konferenz von Washington?

Sie entsprechen zunächst der Gesamtstimmung der Konferenz und der Stellung, in welcher sich Japan in Washington fand oder in welche es sich hineingedrängt sah. Die Konferenz war ausgesprochen unfreundlich gegen Japan gestimmt, und vor allem in seiner Chinapolitik sah sich Japan einer geschlossenen Front von Feinden gegenüber. Es konnte die Konferenz verlassen, wie es später in ähnlicher taktischer Lage den Völkerbund verlassen hat; es konnte sich in die Rolle des Angeklagten drängen lassen; es konnte gute Miene zum bösen Spiel machen und nachgeben und durch diese Nachgiebigkeit, verbunden mit kluger und zäher Verteidigung der einzelnen Stellungen, zu retten suchen, was zu retten war. Es wählte den letztgenannten Weg.

Dafür waren zunächst einfach sachliche Erwägungen maßgebend. Die große Gelegenheit des Weltkrieges war eben verpaßt. Den Kampf aufzunehmen, der 1916 oder 1917 hätte siegreich durchgeführt werden können, wäre zwar 1922 nicht von vornherein aussichtslos gewesen, aber bei den vielen kriegswirtschaftlichen Schwächen Japans sehr gefährlich und im Falle eines unglücklichen Verlaufes des Krieges von unabsehbaren Folgen in einer Zeit, für die in Japan selbst ein allgemeines moralisches und geistiges Absinken von der erreichten Höhe festgestellt werden mußte.

Es waren aber für diese schwächliche Haltung Japans auf der Washington-Konferenz auch psychologische und allgemein ideologische Momente maßgebend, und sie sind nicht ohne weiteres verständlich. Die japanischen Bevollmächtigten in Washington scheinen wirklich von der ganzen Kriegs- und Nachkriegsphraseologie des privatwirtschaftlichen Kapitalismus und des angelsächsischen Judaismus, von so hohlen Worten wie: Demokratie, Freiheit, Antimilitarismus geblendet worden zu sein. Allerdings war diese Phraseologie damals auf dem Höhepunkt und sie hatte den äußeren Erfolg für sich. Admiral Kato, Vertreter Japans auf der Konferenz, konnte sagen: „Es war uns klar geworden, daß ein neues moralisches Gewissen über die Welt gekommen sei. Aber bevor wir nach Washington kamen, konnten wir nicht glauben, daß dieses neue Gewissen so tief in den Herzen der Menschen sich verwurzelt habe. Japan ist bereit für dieses neue Denken, für den Geist internationaler Freundschaft und Zusammenarbeit für das Wohl der Menschheit, die die Konferenz zum Siege gebracht hat." Japan war offenbar durch Kriegsgewinnlertum und Inflation an sich selbst moralisch irre geworden.

Für die *Gesamtbeurteilung* der Konferenz von Washington kann man wohl nichts Besseres tun, als auf die ganz verschiedenen Urteile hinweisen, die sie gefunden hat. Die offizielle und die allgemeine Ansicht in USA. sowohl unmittelbar nachher, als auch noch bis 1931 und großenteils auch noch bis zur Gegenwart (wenn auch hier mit Vorbehalten), aber auch die persönliche Überzeugung der leitenden Männer Harding und Hughes sowie die ziemlich einstimmige Ansicht der Politiker, Wissenschaftler und Sachverständigen war die, daß ein großer Erfolg errungen sei von den Mächten der Demokratie, des wirtschaftlichen Liberalismus und Wirtschaftskapitalismus, von der angelsächsischen Internationalität des Kapitals über den Imperialismus und Nationalismus Japans. Die Tore Chinas waren wieder weit aufgestoßen, und alle Arten wirtschaftlicher Durchdringung, kapitalistischer Machtentfaltung, der Ausbeutung des Landes und seiner Bewohner ermöglicht; die „Interessensphären", die immerhin einen gewissen staatlichen Schutz gegen das ganz hemmungslose internationale private Gewinnstreben hätten bieten können, waren beseitigt; die chinesische Verwaltung sollte wie unter der Monarchie im Inneren die Ordnung gegen die breiten Volksmassen zugunsten der Fremden aufrechterhalten, während die fremden Kaufleute unter dem

Schutz ihrer Konsuln und ihrer Konsulargerichte der einheimischen Rechtspflege unerreichbar blieben; eine kleine einheimische politische und wirtschaftliche Aristokratie konnte wie früher als Nutznießerin des Systems dieser fremden Kapitalherrschaft zugelassen werden: man konnte annehmen, daß sie so gefügig sein würde wie zu Zeiten des monarchischen China. Präsident Harding gab diesen Gefühlen in seiner Ansprache bei Schließung des Kongresses Ausdruck. Die Konferenz bedeute ihm den Anfang einer neuen und besseren Zeit der Menschheit; sie habe gezeigt, wie gleichartig und leicht vereinbar die nationalen Wünsche seien; wie vernünftig und einfach und erfreulich es sei, die Beziehungen zwischen Friede und Sicherheit aufzusuchen. — Andere haben die Ansicht vertreten, daß Japan der eigentliche Sieger gewesen sei, und zwar war und ist für dieses Urteil der Gesichtspunkt der militärischen Lage maßgebend: an den Machtverhältnissen in Ostasien sei nichts geändert worden; im Gegenteil, Japan habe zu dem äußerlichen Status quo durch die Schaffung der neutralisierten Zone die unbedingte militärische Vormachtstellung in den ostasiatischen Gewässern zugesichert erhalten. Demgegenüber seien alle anderen Zugeständnisse Japans unwesentlich und vorübergehend gewesen.

Beide Urteile haben recht, d. h. sie gelten nebeneinander und ergänzen sich. Die große Leistung der Washingtoner Konferenz war, daß sie eine Oberflächen-Lösung fand zu einer Zeit, die weder in ihren sachlichen Gegebenheiten noch in ihrer seelischen Haltung zu einer grundsätzlichen Haltung bereit oder auch nur imstande gewesen wäre.

Allerdings hat die Washington-Konferenz, ehrlich und naiv, diese Oberflächenlösung für eine Tiefenlösung, ja sogar für die Meisterleistung einer bisher nicht erreichten erleuchteten Staatskunst gehalten — wie Harding in seiner Schlußansprache zum Ausdruck brachte. Aber sie mußte wohl diesen Glauben an sich selbst haben, um diese Lösung finden zu können und sie in sich so fest durchzugestalten, daß sie immerhin für fast zehn Jahre genügen konnte. Selbstverständlich haben sich die kritischen Stimmen über die Washington-Konferenz sehr vermehrt, als man seit 1931 das Werk dieser Konferenz mehr und mehr zusammenbrechen sah. Heute liegt die Konferenz schon soweit hinter uns, daß wir zu ihr eine ziemlich objektive Stellung einzunehmen imstande sind: sie brachte für ihre Zeit eine bedeutende und objektiv wertvolle Leistung, allerdings in einem ganz anderen Sinne, als sie sich selbst träumen ließ.

d) Bis zum Zusammenbruch des Systems der Konferenz von Washington 1922—1931

Übersicht

Hinter den Phrasen von der „Souveränität", „Unabhängigkeit", „Integrität" Chinas wächst allmählich eine staatliche Wirklichkeit heran. Das große, überraschende, allen Großmächten der Welt völlig unerwartete Ereignis dieser Zeit ist diese staatliche Erstarkung Chinas. — Auch die andere große ostasiatische Landmacht, Rußland, das übrigens an dieser Erstarkung Chinas einen sehr wesentlichen Anteil hat, verstärkt seine ostasiatische Stellung wesentlich. — Während es sich in beiden Fällen zunächst um Vorgänge der inneren Politik der betreffenden Staaten handelt, bildet sich dadurch allmählich für Japan außenpolitisch eine neue Lage heraus. Dies äußert sich in der zweiten Hälfte des Zeitraums in einer wachsenden Nervosität der japanischen Politik gegen China. Aber auch die großen Seemächte sehen sich veranlaßt, sich in ihrer Politik gegen China umzustellen. Zunächst wird es für sie gegenüber der wachsenden nationalen Bewegung ratsam, ihre bisher beanspruchten Sonderrechte abzubauen und sich mit der Tatsache abzufinden, daß der neue chinesische Staat mehr sein will, als der Büttel für fremde Kaufleute gegen sein eigenes Volk, als eine Schutzeinrichtung für fremdes Kapital gegenüber der berechtigten Erbitterung des einheimischen Arbeiters und Bauern.

China

Die entscheidenden Entwicklungen dieser Zeit gehen von China aus; es ist daher zweckmäßig, mit China zu beginnen. Die Neuaufrichtung des chinesischen Staates und Reiches geht von der intensiven nationalen Erweckung der breiten Schichten des chinesischen Volkes aus. Eine solche nationale Bewußtwerdung war weder durch den Tatareneinfall Dschingis Khans, noch auch durch die Eroberung des chinesischen Staates durch die Mandschus erreicht worden. Die Bewegung war in ihrem Kern politisch. Also sie richtete sich nicht gegen den Fremden als solchen, sondern gegen die Vorrechte und Fremdrechte des Fremden auf chinesischem Boden. Dieses Nationalbewußtsein des chinesischen Volkes hat den chinesischen Staat auch dann aufrechterhalten, wenn er tatsächlich, was ja immer seit 1911 der Fall gewesen war, in ganz verschiedene

Herrschaftsbereiche einzelner Generale und Gouverneure in den verschiedenen Provinzen zerfiel: die auf dieser Grundlage geführten Kriege waren immer Bürgerkriege und wurden von den Chinesen als innere Angelegenheiten verstanden.

Die angelsächsischen Mächte wünschten ein China, das stark genug wäre, eine gewisse Polizeigewalt im Inneren und also Ordnung und Ruhe soweit aufrechtzuerhalten, daß ihre Kaufleute und die Industriebetriebe ihrer Unternehmer nicht gestört würden; — aber nicht stark genug, um gegenüber dem Ausland eine selbständige Wirtschaftspolitik vertreten zu können. Über China hatte man ungefähr die gleichen Ansichten und Absichten wie über das Nachkriegsdeutschland der 20er Jahre: man wollte Versklavung des Volkes und seiner Arbeitskraft unter den Formen und den Freiheitsphrasen des privatwirtschaftlichen Kapitalismus an das ausländische Kapital, an das Ausland; Aufrechterhaltung der eigenen Machtstellung zunächst durch die Korruption des Goldes, und wo diese nicht ausreichte, durch wirtschaftliche, politische und nötigenfalls auch militärische Zwangsmaßnahmen. China und Deutschland, das chinesische Volk und das deutsche Volk haben sich daher in dieser Zeit immer als schicksalsverbunden empfunden. Auf dieser Grundlage erwuchs eine tiefe Sympathie der Völker und ihrer Regierungen.

In die chaotische Riesenmasse China traten neue und starke zentralisierende und organisierende Kräfte 1923 vom russischen Bolschewismus her ein. 1923 sandte Sun Yat Sen, nominelles Oberhaupt von China und Leiter seiner Nationalisten-Partei, der Kuomintang, von dem damaligen Regierungssitz Kanton aus dringende Hilferufe an England und USA. um Offiziere, die die Nationalistenarmee modern organisieren sollten. Beide Staaten lehnten ab, da sie ja eine Überwindung der Anarchie in China nicht wünschten. Damit war die Bahn frei für Rußland: Sun Yat Sen wandte sich jetzt an Rußland, und Rußland sagte zu. Es gewährte China Hilfe in fast jeder denkbaren Form: es sandte ihm nicht nur Offiziere, staatliche Berater, wissenschaftliche Sachverständige auf den verschiedensten Gebieten, Munition und Waffen, sondern vor allem auch Sachverständige für die politische Organisierung und für die Propaganda. Es stellte ihm die chinesischen Kommunisten, ihre sehr gut organisierten Heere und ihre Generale zur Verfügung. Dabei ist es hier ganz einerlei, was diese chinesischen Kommunisten weltanschaulich sind und was sie nicht sind; wichtig ist

nur ihr intensiver chinesischer Nationalismus, ihre idealpolitische und realaußenpolitische Freundschaft für Rußland, ihr intensiver Haß gegen die kapitalistischen Mächte. Unter den russischen Sachverständigen befand sich auch General Galens (= Blücher), der damals bedeutende Leistungen zeigte und auf Grund dieser also mehr auf politischem oder organisatorischem Gebiet liegenden Leistungen dann bekanntlich den Oberbefehl über die russischen Ostasientruppen erhielt.

Nächst Rußland (in vielen Einzelbeziehungen aber den russischen Leistungen überlegen) gehört das Hauptverdienst am Aufbau des chinesischen Staates und an der Befreiung des chinesischen Volkes von der Herrschaft des angelsächsischen Judaismus den deutschen Offizieren des Weltkrieges, für die eine angemessene militärische Verwendung in Deutschland nicht mehr vorhanden war, und die auch vielleicht froh waren, der zunächst aussichtslosen Lage in Europa zu entrinnen, um in China den Kampf gegen die Mächte vorzubereiten, die Deutschland in Sklavenketten geschlagen hatten.

Damit erhielt die nationale Bewegung in China einen großen politischen, aber auch militärischen Auftrieb: 1926/27 gewannen die Kuomintang-Heere durch eine Reihe glänzender Erfolge ziemlich das ganze zentrale Yangtse-Tiefland von Schanghai bis Hankau. In Verbindung mit diesen großen Erfolgen wagte sich die so lange zurückgehaltene nationale Erbitterung gegen die politischen Sonderrechte der Ausländer stärker hervor, zumal das Verhalten dieser Mächte auch weiterhin in diesem großen Einheitskrieg der chinesischen Nation zweideutig oder direkt feindlich gewesen war. Ein antienglischer Boykott drohte den englischen Handel dauernd zu schädigen und die englischen Kapitalanlagen zu entwerten. So entschloß sich England nicht nur zu sehr wesentlichen augenblicklichen Zugeständnissen: Verzicht auf eigene Niederlassungen in Hankau und Kiukiang 1927, sondern zu völliger politischer Neuorientierung gegenüber China in dem Sinn, daß man sich mit dem Gedanken eines starken chinesischen Nationalstaates abfand und die entsprechenden Folgerungen zog. Der Abbau der Sonderrechte wurde nunmehr von allen Seiten her in Angriff genommen und — gegenüber den sehr starken Widerständen namentlich der angelsächsischen Kaufleute — langsam, stufenweise und unter Vorbehalten durchgeführt. Seit 1929 genoß China wenigstens nominell Zollautonomie.

1927 scheint bereits der Marsch der siegreichen Kuomintang-Heere nach dem Norden, nach Peking, damals Peiping, Wirklichkeit zu werden und somit die Einigung der hauptsächlichsten Landschaften Chinas unter der Nationalregierung, als Japan Truppen nach Tsinan in Schantung in die Flanke des chinesischen Heeres warf. Trotzdem wurde dann Peking 1928 von den Kuomintang besetzt. Damit aber wurde die Frage der Wiedergewinnung der Mandschurei für China dringend —, der äußeren Form nach: die Unterwerfung des in der chinesischen Mandschurei gebietenden Marschalls Tschang Tso Lins unter die chinesische Zentralregierung, und damit stand auch die Frage der japanischen Machtstellung in der Mandschurei wieder offen.

Inzwischen hatte die chinesische Regierung selbst eine tiefgreifende Schwenkung vollzogen. 1925 war Sun Yat Sen gestorben. Sein Nachfolger Tschiangkaischek brach die enge Verbindung mit Rußland ab zugunsten der Freundschaft der angelsächsischen Mächte, die ihm nunmehr wichtiger war, und zugunsten der Unterstützung seiner Regierung durch die einheimischen und fremden Grundbesitzer, Bodenspekulanten, Bodenwucherer und die Banken, vor allem in Schanghai, die wieder die politischen Freunde der angelsächsischen Mächte, die Geschäftsfreunde der angelsächsischen Unternehmer und Kaufleute waren und sind, so wie dies dem Herrschaftssystem des Commercial Empire und des Financial Empire Englands überall auf der Welt entspricht. Weitere schwere Bürgerkriege, nunmehr gegen die kommunistischen Provinzen, die sich von der Zentralregierung lossagten, waren die Folge. Aber schließlich gelang die Bewältigung auch dieser Aufstände. — Durch die Schwenkung von 1927 aber hatte sich Chinas Außenpolitik wesentlich, wenn auch vielleicht zunächst nicht ohne weiteres äußerlich sichtbar, der Ostasienpolitik der angelsächsischen Mächte angenähert. Für solche Annäherungen auf der Grundlage der Anerkennung der Methoden des internationalen Kapitalismus hat man in London und Washington ein sehr ausgeprägtes Gefühl. Eine weitere Linie der Annäherung ergab sich aus dem wachsenden Gegensatz zwischen diesem neuen China und Japan. Japan entstand hier offenbar allmählich ein ebenbürtiger Gegner. Damit war die Vormachtstellung, die die Washington-Konferenz Japan im ostasiatischen Raum hatte zugestehen müssen, aus diesem Raum heraus selbst bedroht. Dann wären die angelsächsischen Mächte wieder in die entscheidenden politischen Machtstellungen in Ostasien hinein-

gewachsen. Die Erstarkung Chinas schuf also für Japan nicht nur an seiner chinesischen Festlandfront, sondern auch im Verhältnis zu den großen Seemächten eine sehr ernste Lage.

Rußland

Sowjetrußland hatte selbstverständlich, sobald es dazu in der Lage war, die alte zaristische Politik in bezug auf Ostasien wieder aufgenommen. 1924 war ihm (gemäß der auf der Konferenz von Washington gegebenen Zusage Japans) das Amurgebiet und die Küstenprovinz mit Wladiwostok zurückgegeben worden. 1925 kam ein Vertrag mit Japan zustande, der ihm auch die Rückgabe von Nord-Sachalin gegen sehr bedeutende japanische Ausbeutungsrechte für Kohle und Erdöl brachte, dafür Japans Stellung in der Südostmandschurei anerkannte und weitere Regelungen vor allem hinsichtlich der Mittel- und Nordmandschurei einer späteren Konferenz vorbehielt (die niemals zustande gekommen ist). Rußland suchte nun seine Stellung in Ostasien möglichst rasch zu kräftigen, vor allem durch Siedlung und durch wirtschaftlichen Aufbau als Grundlagen für die Steigerung der Selbstverteidigungskräfte. Die Gebiete, die ihm unbestritten gehörten, werden durch die heutigen Grenzen Russisch-Ostasiens bestimmt.

Mandschurei

Die Mandschurei war bis auf den verhältnismäßig kleinen Südostteil und die Liaotung-Halbinsel nominell chinesisch, stand tatsächlich in der breiten Masse ihrer fast ausschließlich chinesischen *Bevölkerung* unter chinesischer Zivil-, Personal- und Rechtsverwaltung. Der chinesische Nationalismus, und hinter ihm die chinesische Regierung, begünstigte und förderte zudem eine sehr starke Zuwanderung von Chinesen nach der Mandschurei als Kleinbauern-Siedler und als Arbeiter. Diese Zuwanderung belief sich auf mehrere Millionen; wenn die Bevölkerung der Mandschurei von ca. 14 Millionen 1914 auf ca. 36 Millionen in der Gegenwart gestiegen ist, so ist dafür neben der starken natürlichen Bevölkerungsvermehrung des Chinesen vor allem die chinesische Einwanderung verantwortlich. Die Mandschurei sollte von der Bevölkerung her für China zurückgewonnen werden.

Die politische und militärische Herrschaft lag in den Händen des Marschalls Tschangtsolin.

Über die *Bahnen* in der Mandschurei muß etwas mehr gesagt werden, denn sie waren immer ein Moment der Unruhe und der außenpolitischen Unsicherheit; es war auch nicht nur zufällig, daß sich an sie die Zwischenfälle anknüpfen, die schließlich zur endgültigen Aufrollung der Mandschureifrage durch Japan führten.

Die Verwaltung der politisch sehr wichtigen Linien der Ostchinabahn lag zunächst in den Händen der *Ostchinabahn-Gesellschaft*, die unter dem zaristischen Rußland eine Betriebs- und teilweise auch Finanzierungsgesellschaft der russisch-staatlichen Russisch-Chinesischen Bank gewesen war; deren Aktien waren nach dem Sturz der Zarenherrschaft großenteils nach Paris gekommen: die Aktionäre sagten sich dort von allen Verbindungen mit dem bolschewistischen Rußland los, die Gesellschaft hatte so einen privaten französischen Charakter angenommen. Aber in der Mandschurei sind Bahnen noch sehr viel weniger als sonst private Angelegenheiten enger kapitalistischer Kreise, jeden Augenblick konnten die privatwirtschaftlichen Ansprüche eine politische Auslegung erfahren. Es kam erschwerend hinzu, daß sich in diese Bahn weißrussische und japanische Einflüsse, sogar USA.-Einflüsse einschalteten. Der *weißrussische* Einfluß beruhte zunächst auf dem bedeutenden russischen Bevölkerungsanteil in den Städten der Nordmandschurei und dessen Verbindung mit Verwaltung und Betrieb der Ostchinabahn, und er wurde weiter gestützt durch den Kapitalbesitz russischer Emigranten in Paris an dieser Bahn, der allerdings großenteils in französische Hände übergegangen war. Immerhin genügte er, um eine auch ideelle Verbindung mit den weißen Russen in der Mandschurei aufrechtzuerhalten. Charbin war damals in der Hauptsache noch eine russische Stadt. Die russische Bevölkerung war dann weiter sehr verstärkt worden durch den Zustrom der Weißen, als die Roten erst Sibirien, dann das Amurgebiet und schließlich auch die Küstenprovinz wieder besetzten; diese weißen Russen, obgleich in ihrer Art begeisterte Russen, haßten aber das rote Rußland noch mehr, als sie die Japaner haßten, und vielleicht auch die französische Bahnverwaltung, die sich die Bahn auf ziemlich krummen Wegen von den Russen angeeignet hatte. Aber sie lebten großenteils direkt oder indirekt von dieser Bahn. Diese weißen Russen bildeten also nicht ein Aktivum in der Politik des russischen Staates, der eben, einerlei wie rot, immer doch der Staat des russischen Volkes war, sondern ein

beträchtliches Passivum; es war ein letztes Stück des alten zaristischen Rußland, das nunmehr dem internationalen Kapital Frankreichs, — hinter dem überall und unter allen Umständen der Quai d'Orsay steht, — Handlangerdienste leistete. — Die Japaner aber hatten in den politisch unruhigen Jahren, als die Ostchinabahn finanziell schlecht dran war, weil der private Verkehr fast völlig daniederlag, beträchtliche Mittel in die Bahn tatsächlich investiert, schon um sie für die eigenen militärischen und politischen Bedürfnisse betriebsfähig zu erhalten, und sie hatten über diese Investierungen und andere Zuschüsse, die selbstverständlich eine beträchtliche Summe ausmachten, selbst wenn man keine hohen Preise dafür eingesetzt hätte, genau Buch geführt, um spätere Forderungsrechte aus Schuldverhältnissen gegen die Bahn geltend machen zu können. Schließlich hatte sich noch USA. mit Lieferungen für die Bahn und also ebenfalls mit Kapitalansprüchen aus nicht bezahlten Lieferungen eingeschaltet, wodurch wohl in der Hauptsache ein breiteres Interesse der kapitalstarken Länder, also der Länder der Kapital-Entente, in diesem Falle vertreten durch Frankreich und USA., gerade auch gegenüber den japanischen Ansprüchen geschaffen werden sollte.

In dieser verworrenen Lage war Japan weitaus die stärkste Macht, sowohl militärisch wie politisch. Also war es verständlich, daß sich zunächst einmal Rußland und China als die nächstbedrohten Mächte gegen Japan zusammenschlossen. Das geschah in dem Abkommen von 1924 über die Ostchinabahn. Der Vertrag bestimmte eine gemeinsame Verwaltung der Bahn, wobei die technische Leitung in den Händen der Russen lag. Über die französischen Ansprüche, über die Ansprüche der französischen Ost-China-Gesellschaft überhaupt, ging man stillschweigend hinweg. Frankreich protestierte lebhaft, ebenso auch, auf Grund ihrer Forderungen, Japan und USA. Mit Japan kam dann ein Abkommen zustande, das in der Auslegung sehr strittig war; Frankreich und USA. fielen aus.

Der Vertrag ermöglichte es Sowjet-Rußland, in der Nordmandschurei über die Verwaltung und den Betrieb der Bahnen Einfluß zu gewinnen. Allerdings ging auch das nicht unmittelbar. Denn der Vertrag bestimmte ausdrücklich, daß Rußland nicht auf Grund seiner Rechte an der Bahn in der Mandschurei kommunistische Propaganda entfalten dürfe. Rußland scheint sich an diese Bestimmung auch hinsichtlich der chinesischen Bevölkerung und beson-

ders der Landbevölkerung gehalten zu haben, doch war es gar nicht zu vermeiden, daß sich im Betrieb und in der Verwaltung der Bahn allmählich die Kommunisten durchsetzten und daß sich die kommunistischen Zellen, die sich hier überall bildeten, auch außerhalb des Betriebes betätigten. Trotzdem erhielt sich in der Nordmandschurei ein ziemlich starkes Element Weißer Russen, d. h. zaristischer Emigranten, die die Geschlossenheit des russischen Einflusses störten.

Die gemeinsame, wenn auch latente Front gegen Japan überbrückte während der ersten Jahre des Bestehens des Vertrages die großen und teilweise sehr großen Meinungsverschiedenheiten, die sich aus ihm ergaben. Aber sowohl die allmähliche Erstarkung der russischen Stellung in Ostasien, wie vor allem auch die Ausweitung der chinesischen Besiedlung der Mandschurei und damit der chinesischen Zivil-, Personal- und Rechtsorganisation und auch die scheinbare Bescheidung der Japaner auf ihre südöstliche Mandschurei-Ecke führte zu Reibungen und entwickelte für einige Zeit in der Mandschurei eine vorwiegende Front: China gegen Sowjet-Rußland. Dabei war China mit seiner langsam vordringenden Bauernkolonisation, während sich in die Städte von unten her der chinesische Händler und Handwerker einschob, der weitaus stärkere Teil. Die Mittelmandschurei wurde so chinesisch, ohne daß die Russen eigentlich wußten, wie: der Boden wurde einfach chinesisch. Was dann von der russischen Bahnverwaltung blieb, war eine Fremdverwaltung. Die Entwicklung erreichte im Juli 1929 eine Krise: es kam zu einem russischen Ultimatum an China. Man verständigte sich aber dann doch, offenbar unter der richtigen Erkenntnis, daß ein russisch-chinesischer Konflikt in der Mandschurei nur von Japan gewonnen werde.

Noch eine weitere, sehr wesentliche Verstärkung erfuhr in dieser Zeit die russische Machtstellung gegenüber Ostasien durch die Gründung einer Sowjet-Republik in der Äußeren Mongolei 1924. Die Hauptlinie der russischen Politik, d. h. die außenpolitische Linie, war dabei die gleiche wie schon unter dem Zarentum; nur die Technik war geändert: Rußland stützte sich bei der Gründung dieses Staates auf die breiten Massen der Bevölkerung gegen die aristokratischen Schichten, die einen primitiven Kapitalismus der Schuldverhältnisse vertraten. In jener Zeit enger russisch-chinesischer Zusammenarbeit verständigte man sich auch leicht über diesen Staat der Äußeren Mongolei mit der chinesischen Zentral-

regierung in Kanton, die zur Mongolei längst keine näheren Beziehungen mehr unterhielt mit der Formel: die Sowjetrepublik der Äußeren Mongolei sollte ein „integraler Teil" Chinas sein.

Wenn auch das chinesisch-russische Einvernehmen in der Mandschurei gegen Ende der zwanziger Jahre zerbrochen war, so war doch praktisch gezeigt worden, daß es bestehen konnte. Der Grund für dieses Zerbrechen aber lag jedenfalls nicht in der verschiedenen Einstellung Rußlands und Chinas zu Japan: gerade hierin waren sie sich vielmehr einig gewesen; — sondern in dem wachsenden Einfluß der Chinesen, der Rußland aus der Mandschurei verdrängte. Für Japan ergab sich aber die praktische Erkenntnis, daß es mit einem Zusammengehen Chinas mit Rußland rechnen müsse.

Empire und USA.

Die Beziehungen Japans zu den angelsächsischen Mächten waren in dieser Zeit im allgemeinen gut, wenn auch nicht störungsfrei. Japan zeigte in dieser ganzen Zeit eine unzweifelhafte Zurückhaltung in seiner kontinentalen Politik, auch wenn sich hier seit 1927 offenbar eine Änderung anbahnte. Auch Japans außenwirtschaftliche Ausdehnung, also sein wachsender Warenabsatz im Ausland, wurde damals von den angelsächsischen Mächten nicht als sehr störend empfunden: Nachdem eine japanische Ausfuhr an Industrieerzeugnissen offenbar nicht zu vermeiden war, war es zweckmäßig, wenn sie in einer Weise erfolgte, die den englischen und amerikanischen Waren möglichst wenig Konkurrenz bereite, also sich an Käuferschichten wandte, die englische und amerikanische Waren nicht kaufen konnten, weil sie ihnen zu teuer waren. Die Rassenpropaganda, die die japanische Ware begleitete, wurde zwar bemerkt, schien aber nicht erstere Befürchtungen zu rechtfertigen, wurde im wesentlichen als eine privatwirtschaftliche Propagandamethode, nicht als Ausdruck eines politischen Willens angesehen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen USA. und Japan gestalteten sich damals sogar besonders stark und eng; — Rohseide gegen Baumwolle, Erdöl und Maschinen, und nach dem großen Tokio-Erdbeben 1923 für einige Jahre fast herzlich; sie bildeten ein ganz wesentlich bestimmendes Moment auch für die Politik.

Daß tiefere Kräfte einer wesentlichen Annäherung trotzdem im Wege standen, ergab sich aber im Jahre 1924, als USA. sein

neues Einwanderungsgesetz erließ, das nunmehr grundsätzlich japanische Einwanderer, Siedler oder Arbeiter vom USA.-Boden ausschloß. Die bisherige Regelung der Einwanderung war ein de facto-Verzicht Japans auf Einwanderung durch ein Gentlemen-Agreement gewesen; nun erfolgte ein endgültiges gesetzliches Verbot durch USA. Japan empfand dieses Vorgehen als eine Beleidigung, und die Entrüstung war sehr groß.

Auch zwischen Japan und England zeigten sich gewisse Störungen des Einvernehmens, welche England veranlaßten, 1924 den Flottenbau in größerem Umfange — fünf Kreuzer — wieder aufzunehmen. Japan folgte 1925 nach.

*

Gegen das Ende des hier betrachteten Zeitraumes machten sich aber die Störungsmomente immer stärker bemerkbar. Nämlich erstens: Die japanische Konkurrenz führte nicht nur in den kolonialen Gebieten, sondern auch in Indien zu starken Verlusten der englischen Industrie, vor allem der Baumwollindustrie: deren Ausfuhr sank rasch, während die entsprechenden japanischen Ausfuhrzahlen sprunghaft in die Höhe gingen. Zweitens: Der politische Charakter der japanischen Ausfuhr wurde weiter betont durch ein sehr geschicktes System der japanischen Ausfuhrorganisation, die die japanische Ware über den japanischen Reeder, den japanischen Überseekaufmann oder Agenten, die japanische Auslandsbank dem Kleinverkäufer zuleitete.

Gegenüber China hat sich die liberale Regierung, welche in Japan von 1922—1927 ununterbrochen am Ruder war, aufrichtig um eine Verständigung bemüht, welche einerseits den nationalen Wünschen des chinesischen Volkes gerecht werden sollte und welche andererseits die lebenswichtigen Interessen, die Japan in China und in bezug auf China hatte, sicherstellen wollte; — sehr viel aufrichtiger als etwa England oder USA. oder Frankreich, die unter der Maske und mit den Phrasen eines Freundes sich in China nur das große Ausbeutungsobjekt erhalten wollten. Japan hat auch die Zusagen hinsichtlich Chinas, die es in Washington gemacht hatte und die ihm sehr große Verzichte auferlegten, nicht nur auf Stellungen, die es seit 1914 gewonnen hatte, sondern teilweise auch auf Stellungen, die es bereits vor 1914 besessen hatte, trotz der großen technischen Schwierigkeiten ihrer Durchführung

erfüllt, wenn auch mit zahlreichen Hemmungen und Vorbehalten, und also auch mit Verzögerungen. Allerdings scheint man dabei immer in Japan an der Vorstellung festgehalten zu haben, daß man auf diese Rechte oder Machtansprüche nicht grundsätzlich verzichte, sondern nur die Ausübung aussetze unter der Voraussetzung chinesischen Wohlverhaltens. Selbstverständlich gab es in Japan auch immer sehr starke Gegenkräfte gegen diese „Freundschaftspolitik", die sich namentlich von der Bürokratie der Ministerien her bei der Behandlung der vielen schwierigen Einzelfragen in der Bereinigung des Verhältnisses zu China äußern konnten. Hier aber, auf bürokratischem und juristischem Gebiet fanden die japanischen Beamten in den Chinesen ebenbürtige Gegner in der Geschicklichkeit und der Zähigkeit der Durchfechtung dieser Fragen.

Allerdings hatten die Chinesen gegen Japan eine furchtbare Waffe: den Boykott. Er war für Japan um so fühlbarer, als er nicht nur den japanischen Warenabsatz in China traf, der lange Zeit an erster Stelle der japanischen Ausfuhr gestanden hatte, (was ja auch nach der geographischen Lage verständlich ist,) sondern auch die japanischen Industrie-Unternehmungen in China, die schon lange vor 1914 systematisch und mit Einsatz sehr großer Geldmittel, vor allem über die japanische Reichsbank und die ihr angegliederten Zentralnotenbanken Taiwans und Tschosens geschaffen waren, erzeugten großenteils für den chinesischen Bedarf, nicht wie ein großer Teil der englischen oder USA.-Unternehmungen in China überwiegend (mit Ausnutzung der billigen Arbeitskräfte) für die Ausfuhr. 1929 wurde von autoritativer japanischer Seite geäußert: „China hat auf den Krieg als ein Werkzeug der nationalen Politik verzichtet zugunsten der ebenso wirksamen Waffe des wirtschaftlichen Boykotts." Nicht nur privatwirtschaftliche Kreise, sondern die japanische Volkswirtschaft als Ganzes wurden also von der chinesischen Boykottbewegung, die in die Zeiten vor der Washington-Konferenz zurückreicht, aufs schwerste gefährdet. Die Boykottbewegung aber richtete sich auch unmittelbar oder mittelbar gegen jene wirtschaftlichen Interessen Japans in China, die Japan als lebenswichtig betrachtete, also namentlich die Interessen hinsichtlich angemessener Rohstoff- und besonders Eisenversorgung. Die Frage der Beteiligung der chinesischen Regierung oder mindestens offizieller Kreise am antijapanischen Boykott, der sich zunächst als eine elementare Volksbewegung auf-

gefaßt wissen wollte und eine solche auch war, warf besonders schwierige Fragen auf.

Neue Streitpunkte ergaben sich in dem Maße, als die chinesische Regierung erstarkte und mit den Forderungen aus dem Begriff der „Souveränität" ernst machte. 1927 hatte die chinesische Regierung ihre Absicht erklärt, für den 1. Januar 1929 die vollständige und bedingungslose Zollhoheit für sich in Anspruch zu nehmen, nachdem über das mehr oder weniger offene Übelwollen der an der Zollkontrolle über China interessierten Mächte auf dem Verhandlungsweg offenbar nicht wegzukommen war. Die wirkliche Erhebung eines einheitlichen Wertzolles sowie der offenbare Wunsch der chinesischen Regierung, sich eine eigene Industrie aufzubauen, bedrohten zunächst Japans Ausfuhr von billigen Baumwollwaren nach China: China hatte hier offenbar auf längere Sicht den Vorteil der Rohstofferzeugung aus eigenem Boden und den Vorteil billigerer Löhne. Schließlich aber wurde, nachdem die anderen Mächte auf Grund des chinesischen Zolltarifes, der 1929 in Kraft treten sollte, mit China Handelsverträge abgeschlossen hatten, auch mit Japan ein Übereinkommen erzielt, das den japanischen Wünschen einigermaßen entgegenkam. Der Aufbau eines mehr volkswirtschaftlichen Zollsystems, als es ein einfacher ununterschiedlicher Wertzoll geben kann, also vor allem eines Zollsystems mit Schutzzollabsichten, ging dann in den nächsten Jahren zwar langsam aber stetig vor sich. Die weitere Verselbständigung auf diesem Gebiet mußte selbstverständlich Japan schwerer treffen als andere Mächte.

Vor allem aber: die staatspolitische Erstarkung Chinas und der wachsende Nationalismus des chinesischen Volkes hatten in Japan eine wachsende Nervosität zur Folge. 1927 stürzte die liberale Regierung, deren führende Männer, vor allem der Außenminister Schidehara, den Washingtoner Vertrag unterzeichnet hatten, und damit fielen die Vertreter der „Freundschaftspolitik" mit China. Es kam das Kabinett General Tanaka mit der „positiven Politik". Sie erwies sich aber in ihrer Durchführung als eine Politik von halben Maßnahmen, d. h. von Maßnahmen, die völkerrechtlich bedenklich, teilweise auch sonst höchst bedenklich waren, mit Recht erbitterten und doch zu keiner entscheidenden Lösung führten. Die Landung japanischer Truppen in Tsinan als Äußerung dieser „positiven Politik" hatte zur Folge einen energischen antijapanischen Boykott in China, der die japanische Wirtschaft schwer schä-

digte. Baron Tanaka stürzte schließlich über die Ermordung Tschan-tso-lins, da japanischen Stellen in der Mandschurei eine gewisse, mindestens passive Mitschuld nachzuweisen war. Juli 1929 übernahmen wieder die Liberalen die Regierung. Aber während Schidehara wieder Außenminister wurde, war die Haltung der Regierung doch wesentlich geändert. Die Lebenswichtigkeit der japanischen Rechte und Interessen in China wurde nunmehr immer wieder und immer eindringlicher in den Erklärungen der Regierung betont. Die Macht der Verhältnisse führte, gerade unter dieser liberalen Regierung, zu den Ereignissen, die zum japanischen Vormarsch nach Hankau und Südchina die Einleitung bildeten.

Für den jeder kriegerischen Auseinandersetzung abgeneigten Grundcharakter der japanischen Politik dieser Zeit spricht vielleicht am überzeugendsten, daß die aktive Armee von 19 Divisionen auf 17 Divisionen herabgesetzt wurde. Im Kriegsschiffbau trat zunächst im unmittelbaren Anschluß an Washington (1922), dann 1924 und dann nach einer Pause wieder am Schluß des hier betrachteten Zeitabschnittes eine Belebung ein, jeweils in Verbindung mit außenpolitischen Störungen und Befürchtungen.

3. Die Entscheidung von 1931

Die Aufrichtung eines starken chinesischen Einheitsstaates unter bedeutenden Führern, vor allem aber getragen von einem leidenschaftlichen Nationalbewußtsein sehr breiter Massen des chinesischen Volkes war die eine Möglichkeit gewesen, die man auf der Konferenz von Washington für praktisch unmöglich gehalten hatte: man glaubte dort an ein schwaches, zersplittertes China, in dem einige ehrgeizige Politiker und Generale sich in den einzelnen Provinzen um die Herrschaft stritten, dessen Tür aber sonst für fremde Kapitalausbeutung offen stand und nötigenfalls mit Gewalt offen gehalten werden konnte. Die Washington-Konferenz hatte sich deshalb keineswegs mit der Neuordnung Chinas beschäftigt: man wünschte gewiß soviel Ruhe und Ordnung im Lande, daß die Geschäfte der fremden Kaufleute und Industriellen nicht leiden würden; — sondern nur mit der Frage, wie die einzelnen fremden Mächte, die dieses China ausbeuten wollten, sich nicht gegenseitig behindern oder gar ausschließen sollten. Diese scheinbare Gleichheit der Ausbeutungsrechte bedeutete tatsächlich nach der in USA. herrschenden Überzeugung, wie Frank W. Simonds gesagt hat, „kommerzielle Herrschaft" von USA. in China wegen der damaligen Überlegenheit der USA.-Ware und der USA.-Auslandsabsatz-Organisation. China war tatsächlich nur Verhandlungsobjekt in Washington gewesen; die Verhandlungsträger waren in erster Linie USA. und Japan und England gewesen.

Dieser Aufstieg Chinas war genau so die eine Möglichkeit gewesen, die man in Washington nicht ernst genommen hatte, wie der Aufstieg Deutschlands aus der geplanten Vernichtung und Versklavung die eine Möglichkeit gewesen war, die man in Versailles für nicht in Frage kommend gehalten hatte. Von der tiefen Sympathie des gemeinsamen Schicksals schlimmster Mißhandlung unter hochtönenden Phrasen, die das Nachkriegsjahrzehnt zwischen dem chinesischen und deutschen Volk geknüpft hatte, war schon oben die Rede.

Wie dann später der Aufstieg Deutschlands in Europa eine neue Lage geschaffen hat, so hat die nationale und staatliche Einigung Chinas unter Tschiangkaischek in Ostasien eine neue Lage geschaffen.

Es wäre ein großer Irrtum, zu glauben, daß diese Wiedergeburt des chinesischen Staates auf nationaler Grundlage irgendeiner der Hauptmächte der Washingtoner Konferenz sympathisch gewesen wäre. Es wäre noch viel unrichtiger und es hieße, die Intelligenz der Männer, die in jener Zeit die auswärtige Politik ihrer Staaten geleitet haben, unterschätzen, wenn man glauben wollte, daß die außerordentliche Tragweite und auch die gefährlichen außenpolitischen Möglichkeiten dieser nationalen und staatlichen Auferstehung von den Mächten unterschätzt worden wären, wie dies einige Chinakenner für ihre Person tun und dies dann fälschlich den Regierungen zuschreiben. Es ist hier nicht der Ort, auf diesen wesentlichen Punkt näher einzugehen. Es soll nur die Ansicht derer zurückgewiesen werden, die glauben, nur die Japaner hätten in dem neuerstandenen chinesischen Großstaat eine Gefahr gesehen; sie hätten in Wirklichkeit aber nur ein Gespenst ihrer eigenen Phantasie gesehen. Wenn die großen Seemächte die nationale Einigung Chinas nicht in stärkerem Maße zu verhindern versucht haben, als dies tatsächlich geschehen ist, so liegt dies nicht daran, daß sie eine Gefahr von einem geeinten China nicht vermutet hätten, sondern allein darin, daß sie zunächst gegenüber Japan eine Erstarkung Chinas wünschten.

Denn von dieser neuen Lage, die sich also in Ostasien seit 1926 erstaunlich rasch durchsetzte, wurde Japan am stärksten und unmittelbarsten getroffen. China zählt über 400 Millionen chinesische Einwohner ohne die Mandschurei, und mit der Mandschurei fast 450 Millionen. Japan zählt an wirklich japanischer Bevölkerung ca. 70 Millionen. Der chinesische Soldat ist bei gleicher Ausbildung, gleicher Ausrüstung und gleich guter Führung dem Japaner ungefähr ebenbürtig. Es gibt englische Offiziere, die im Chinesen den idealen Soldaten überhaupt sehen: todesverachtend, gehorsam, zuverlässig, ausdauernd und zäh im Kampf, dabei von unglaublicher Bedürfnislosigkeit und immer, auch in den schwierigsten und verzweifeltsten Lagen, guten Humors. Auch ist der Chinese nicht weniger intelligent als der Japaner. Er ist auch auf politischem und diplomatischem Gebiet ebenso begabt wie der Japaner. Japan kann nicht hoffen, gegen ein staatlich geeintes China seine Stellung auf dem Kontinent Asiens zu halten: Nicht die Mandschurei, von Nordchina und der inneren Mongolei gar nicht zu reden; aber auch wahrscheinlich nicht Tschosen; — zumal China wirtschaftlich so gut wie selbstgenügsam zu sein vermag und jedenfalls Japan hinsichtlich der Kohlen- und Eisenreserven vielfach übertrifft. China brauchte also nur Zeit zur Entwicklung, um eine überlegene Außenpolitik gegen Japan führen zu können.

Die Stellung Japans auf dem Festland war aber weiter bedroht von Rußland. Die russische Gefahr war an sich 1931 nicht sehr dringend: das japanische Heer war gütemäßig dem russischen überlegen, sowohl in seinen Offizieren, wie in seiner Mannschaft; die hier bereits 1904/1905 feststellbare Überlegenheit hatte sich wohl inzwischen noch vergrößert: der Japaner hat vor dem Russen voraus die Beweglichkeit, die rasche Anpassungsfähigkeit an neue Lagen, die stärkere Individualisierung, wie sie die modernen Waffen und die moderne Schlacht erfordern. Eine russische Seemacht in Ostasien bestand 1931 überhaupt noch nicht. Aber in Verbindung mit einem staatlich geeinten China wurde der russische Machtfaktor in Ostasien gefährlich und er konnte ausschlaggebend werden. Eine Einigung Rußlands und Chinas zur endgültigen Niederbrechung japanischer Ansprüche auf die Mandschurei und Nordchina war durchaus möglich.

Aber die nationalstaatliche Entwicklung Chinas bedrohte nicht nur die Stellung Japans auf dem Festlande — dessen Rohstoffe und Lebensmittel Japan zur Ernährung seiner Bevölkerung nicht

entbehren kann, — sondern auch seine Stellung gegenüber den seegewaltigen Mächten; denn diese beruht auf der Beherrschung der Ostchina-See und der Japan-See. Japan kann auf die Dauer so wenig zu Lande wie zur See eine gleichwertige Rüstung gegen ein starkes China aufrechterhalten. Aber selbst wenn es dazu imstande wäre, so wäre ihm, mit der chinesischen Seemacht im Rücken und in der Flanke, jede Bewegungsfreiheit gegen USA. und gegen England und ihre Verbündeten genommen.

Also die national-staatliche Entwicklung Chinas bedeutete eine Lebensgefahr für Japan in solchem Umfange, daß daneben die mögliche Gefahr dieses neuen Nationalstaates China, der in sich selbst ein Weltreich darstellen würde, für andere Mächte allerdings zunächst übersehen werden konnte. Die Washington-Konferenz hatte Japans nationale Vormachtstellung in den fernöstlichen Gewässern anerkannt. Dieses Zugeständnis, das die angelsächsischen Mächte ungern gemacht hatten, schien also jetzt von China aus aufgelöst zu werden: Japan fand seinen zunächst vielleicht ebenbürtigen, später wahrscheinlich überlegenen Gegner auf dem Kontinent in Ostasien selbst. Damit wäre Japans Macht neutralisiert gewesen. Von selbst hätte sich dann der Machtbereich der großen weißen Seemächte nach Ostasien vorgeschoben. Wenn aus dieser ostasiatischen Lage ein Krieg entstand und sich Japan und China gegenseitig schwächten und verbluteten, um so besser für diese weißen Seemächte. Auch diese Erwägung kann für die Beurteilung der Vorgänge in Ostasien seit 1931 in verschiedenen europäischen Hauptstädten, vor allem in London und Paris, auch in Washington nicht weggedacht werden. Man hat in diesen Hauptstädten die gegenseitige Zerfleischung der ostasiatischen Mächte als eine nicht unwillkommene Zukunftsmöglichkeit gesehen. Man hat die Größe der japanischen Erfolge seit 1931 nicht erwartet. Man darf für das Verständnis der Entwicklung der ostasiatischen Lage unter weltpolitischen Gesichtspunkten nicht vom Ergebnis ausgehen, das sehr wenige vorausgesehen haben und gerade sehr viele Sachverständige durchaus nicht.

Japan aber hat als letztes Ziel seiner Außenpolitik die Vertreibung der useuropäischen Mächte aus ihren politisch-militärischen Machtstellungen im ostasiatischen Raum gesehen, und es war sich immer darüber klar, daß dieses Ziel nur im Zusammenwirken des japanischen und chinesischen Volkes in ihren staatlichen Organisationen zu erreichen sei. Die national-staatliche Einigung

Chinas machte offenbar die Frage höchst dringend, wie dieses Zusammenwirken des japanischen und des chinesischen Volkes in ihren staatlichen Organisationen gedacht und verwirklicht werden könne. Denn die Gefahr war offenbar dringlich und sehr groß, daß sich die beiden Völker im Kampf gegeneinander verbissen und verbluteten; daß der Bruderkrieg als Dauerzustand an die Stelle der Zusammenarbeit zur Vertreibung der Fremden von der ostasiatischen Erde treten würde; daß gerade von ihm aus eine neue politische und militärische Herrschaft der weißen Mächte über Ostasien ausgehen würde.

Wir haben schon oben gezeigt, daß das Problem dieser Zusammenarbeit mit China gerade auch die liberale „Freundschaftspolitik" gegen Ende der zwanziger Jahre sehr ernst beschäftigte. Außenminister Schidehara glaubte an eine Freundschaftspolitik Japans gegenüber China bei politischer Unabhängigkeit der beiden Staaten. Er glaubte, den neuen Nationalstaat China durch „freundschaftliche Hilfe" verpflichten zu können. Er glaubte dadurch „die legitimen Rechte und Interessen (Japans) in China schützen und sicherstellen" zu können, die „für Japans Existenz und Wohlergehen unentbehrlich sind". Er war „der Ansicht, daß das chinesische Volk diesen letzteren Punkt der legitimen Rechte und Interessen Japans in China und ihrer Unentbehrlichkeit für Japan völlig verstehen würde" (Regierungsmanifest von 1929). Er begrüßte auch noch 1930 vor dem japanischen Reichstag die großen Erfolge der chinesischen Nationalregierung in „nationaler Unifizierung". Aber während er auch jetzt Japans Hilfsbereitschaft betonte, wies er auf die japanischen Interessen in China hin, die unbedingt geschützt werden müßten. Seine Politik war die der „Solidarität" zwischen China und Japan als eine natürliche Folge der „besonders engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern".

Wie aber, wenn das national geeinte souveräne China die Ansprüche, Rechte und Vorrechte, die Interessen Japans in China, die in sehr vielen Punkten die ursprünglichsten Souveränitätsrechte des chinesischen Staats tatsächlich einengten, nicht anerkannte? Dann war die Politik Schideharas, die „Politik der Solidarität", nicht weiter durchführbar. Das war auch das tatsächliche Ergebnis der Jahre 1928—31. Die energische, sehr realistische, vielleicht zu nahsichtig-realistische Politik Chinas unter Außenminister Wang empfand mit Recht die japanischen Sonder-

rechte staatlicher oder halbstaatlicher Natur, wenn auch teilweise privatwirtschaftlicher Form in China als eine wesentliche Beeinträchtigung der vollen Souveränität und als Überrest aus einer Zeit der nationalen Ohnmacht und Zersplitterung und fremder Gewalt und Vergewaltigung. China dachte nicht daran, sich mit einer Teilsouveränität zu begnügen, sondern es wollte Japan aus den in Zeiten chinesischer Schwäche besetzten Stellungen wieder hinausdrängen, sowohl in China wie in der Mandschurei, sowohl auf allen staatlichen Gebieten, wie auch in der Wirtschaft.

Also die Politik Schideharas, die Politik der liberalen Partei in Japan gegen China, brach zusammen, weil der Weg, den sie wies, einfach ungangbar war. Zwischen Japan und China als souveränen Staaten gab es sehr viele und sehr schwere Reibungsflächen, über deren jede man, an sich berechtigt, hätte Krieg führen können, und an deren jeder sich bei einigermaßen ungeschickter Behandlung jederzeit automatisch ein Krieg entzünden konnte. So verlangte und erwartete Schideharas Politik aus ihren Voraussetzungen heraus Unmögliches.

Damit aber trat das Problem in den Vordergrund, wie das Zusammenwirken zwischen Japan und China denn praktisch möglich und denkbar sei. Man überlegte sich das in Japan sehr gründlich, klar und hart, aber deshalb keineswegs seelenlos. Das Ergebnis fand Ausdruck in der berühmten Erklärung des Sprechers des japanischen Auswärtigen Amts Amau vom 18. April 1934. Er betonte, daß es sich bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen Japan und dem Völkerbund um die „fundamentalen Grundsätze der Erhaltung des Friedens in Ostasien" handle. Japan halte es für *sein* Recht und für *seine* Pflicht, „Friede und Ordnung in Ostasien aufrechtzuerhalten". Dieser Grundsatz wird ergänzt durch die weitere Feststellung, daß China, und China allein, von allen Mächten der Welt, ein Anrecht habe, an dieser Verantwortung mit Japan teilzunehmen. Das China aber, das zu dieser Teilnahme berufen sei, müsse, von nicht-ostasiatischen Einflüssen frei, seine staatliche Einigung, seine territoriale Unversehrtheit und seine politische Ordnung in seine eigenen Hände nehmen. Daraus ergibt sich ohne weiteres die Forderung für das Verhältnis Chinas bei diesem Neuordnungsprozeß zu den weißen Mächten: Japan wird sich irgendwelchen gemeinsamen Operationen fremder Mächte, einerlei unter welchem Namen, zu technischer oder finanzieller Hilfeleistung für China widersetzen. Es

wird sich aber auch allen Einzelunternehmungen fremder Mächte oder auch von Staatsangehörigen fremder Mächte widersetzen, die „China mit Flugzeugen versorgen, die Flugplätze in China bauen, die militärische Instruktoren oder Ratgeber nach China senden oder China Gelder vorstrecken, die es für militärische Zwecke ausgeben könnte". Ungefähr gleichlautende Erklärungen wurden dann den einzelnen Mächten gegenüber direkt auf offiziellem Wege abgegeben.

Es ist danach klar, wie sich Japan das „Zusammenwirken" mit China denkt: die Ausbildung eines ostasiatischen Gleichgewichtssystems oder eines Staatensystems, das ein solches Gleichgewichtssystem auch nur möglich machen würde, muß vermieden werden. Japan lehnt hier das europäisch-kontinentale Vorbild des Mächtegleichgewichts schroff und unbedingt ab: gegenüber Useuropa darf es nur eine einzige, in sich fest geschlossene ostasiatische Staaten- und Volksgemeinschaft geben. Nur innerhalb dieser Einheit dürfen sich die verschiedenen Nationen und Nationalitäten ihr Leben selbständig gestalten. Diese Staatsgemeinschaft und Volksgemeinschaft Ostasiens verlangt selbstverständlich eine einheitliche Führung. Japan stellt diese Einheitsführung. Dies entspricht der tatsächlichen Lage: Japan besitzt die militärischen Mittel zu der Verteidigung Ostasiens gegen Useuropa zu Wasser und zu Lande; es besitzt auch einstweilen allein die nötigen Kriegsindustrien; es besitzt die Tradition dieser Politik, und es kann auf große Erfolge zurückblicken. China dagegen ist gerade im Prozeß seiner nationalen Einigung erst recht wieder in Gefahr geraten, unter fremden Einfluß zu kommen und sich als Schachfigur useuropäischer Mächte gegen Japan gebrauchen zu lassen. Die ostasiatische Einheitsfront kann also nur unter japanischer Führung verwirklicht werden und durch den — freiwilligen oder erzwungenen — Verzicht Chinas auf jede selbständige Politik gegenüber useuropäischen Mächten.

Das „Zusammenwirken" zwischen Japan und China ist daher nicht als ein freies Zusammengehen der beiden Völker und Staaten und ihrer individuellen Träger von Fall zu Fall zu verstehen, sondern als engste wirkliche Verbundenheit, als eine Art mechanischer oder biologischer Verbundenheit, welche die freie Willensbestimmung der Teile ausschließt oder sie höchstens auf die weitere Ausgestaltung dieses Zusammenwirkens beschränkt. Die Formen dieses Zusammenwirkens sind teilweise durch die sehr starken, sehr

weitgehenden Ansprüche bestimmt, die Japan an das Festland zu stellen hat, um leben zu können, und die eben Außenminister Schidehara als die „legitimen Rechte und Interessen" bezeichnet hat, die für „Japans Leben und Wohlergehen unerläßlich" sind. Sie werden noch sehr viel weiter ausgedehnt werden und ausgedehnt werden müssen, wenn sich Japan wehr- und kriegswirtschaftlich aus seiner gegenwärtigen Abhängigkeit von den Westmächten, vor allem von USA., lösen will. Insofern muß Japan der nehmende, China der gebende Teil in diesem Verhältnis des Zusammenwirkens sein. Aber dafür erhält China gegenüber den weißen Mächten den militärischen Schutz Japans, seiner Wehrmacht und seiner Rüstungsindustrie. Auch hier geht die staatliche Leitung dieses Zusammenwirkens, genau so wie die außenpolitische Leitung an Japan über. Das ist zunächst einfach notwendig, entspricht der gegenwärtigen Sachlage. Über die zukünftige Entwicklung wird man kein Urteil abgeben wollen: die Möglichkeiten sind unbegrenzt.

*

Man muß sich klar sein, daß hier die Übertragung eines Grundsatzes auf die Beziehungen zwischen Nachbarstaaten und Nachbarvölkern stattfindet, der uns heute aus dem inneren Staats- und Volksleben bekannt ist, den man als Volksgemeinschaft unter sozialen und ethischen Gesichtspunkten, als Nationalwirtschaft unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten bezeichnet. Also eine neue Form zwischenstaatlichen und zwischenvolklichen Zusammenlebens wird hier versucht, deren Möglichkeiten sehr wohl auch für Europa und ebenso auch für Südamerika zu erwägen sind. Selbstverständlich ist dabei das Verhältnis Japan/China in seiner Art einmalig, nicht nur nach seinen geschichtlichen Voraussetzungen in den Beziehungen der beiden Völker und Staaten und in ihren Beziehungen zu anderen Völkern und Staaten, sondern auch in seinen rassisch-charakterlichen und ideologischen Bedingtheiten. Mit anderen Worten: Der liberale Begriff des Zusammenwirkens, der Cooperation, ist zweifellos heute sowohl auf nationalem wie auf internationalem Gebiet überlebt. Auch die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Staaten und Völkern verlangt heute stärkere Bindungen in sich selbst, wenn sie auf die Dauer für beide Teile fruchtbar sein soll. Solche Zusammenarbeit ist für kleinere Staaten — nach modernen Begriffen, also gemessen an den Welt-

mächten, den weltweiten Mächten — notwendig, wenn sie nicht einzeln der erdrückenden Übermacht der Weltmächte erliegen wollen.

4. Die Ereignisse von 1931—1939

Übersicht

Die äußere Gliederung des Zeitabschnitts ist klar.

In einer ersten Phase besetzen die Japaner die ganze Mandschurei, die sie zu einem selbständigen Staat ausgestalten — Mandschukuo —, und damit von jeder politischen Verbindung mit China ablösen. Sie dringen von hier nach Nordchina und bis an die Grenzen der inneren Mongolei vor. Die Provinz Jehol wird zu Mandschukuo geschlagen. Die Notwendigkeit der Sicherung der gemachten Erwerbungen, sowie der starke Widerstand der Chinesen, aber auch Rücksichten auf die allgemein unsichere außenpolitische Lage veranlassen Japan am 31. Mai 1933 zum Waffenstillstand von Tangku mit China, der die Grenze des japanischen und chinesischen Machtbereichs in einer Linie knapp nördlich von Tientsin—Peking entlang der großen Mauer nach Westen führt. Da sich aber England und USA. über ein Vorgehen gegen Japan nicht einig sind, so wird der Völkerbund vorgeschoben. Sein teilweise lärmendes Eingreifen erweist sich als Theaterdonner.

In der zweiten Phase 1933—1937 wird äußerlich der Friede mit China aufrechterhalten. Japan ist beschäftigt mit der Niederwerfung des Bandenkriegs in der Mandschurei, mit der Sicherung und dem Ausbau seiner Stellungen in der mittleren Mandschurei, dann aber sucht es Nordchina von der chinesischen Zentralregierung loszulösen. Es gelingt ihm dies teilweise, nämlich in der Begründung eines selbständigen Staats der Inneren Mongolei, zunächst mit Hilfe des tatarischen Fürsten Teh. Dagegen mißlingen seine Bemühungen, die Provinzen des eigentlichen Nordchina: Hopei, Schansi, Schantung in der Form eines selbständigen Staats unter seinen Einfluß zu bringen. — Die weltpolitische Lage Japans verschiebt sich sehr zugunsten Japans durch den raschen Aufstieg des nationalsozialistischen Deutschlands, durch Verstimmungen zwischen Washington und London über die ostasiatische Politik 1931—32, schließlich durch den Abschluß des deutsch-japanischen Antikomintern-Pakts, dem

etwas später auch Italien beitritt. England bleibt mit seiner Flotte in den europäischen Gewässern gebunden. USA. kann ohne die englische Flotte in Ostasien keinen Krieg wagen. Andererseits kräftigt sich das chinesische Nationalbewußtsein unter dem japanischen Druck in sich wesentlich und dadurch erstarkt der chinesische Staat innerlich. Aber die Ohnmacht von England und USA. und der ihnen angeschlossenen Mächte gegenüber den ostasiatischen Entwicklungen wird dadurch nicht ausgeglichen, zumal diese Mächtegruppe, kleinlich privatwirtschaftlich denkend, es an entscheidender militärischer oder auch nur finanzieller Hilfeleistung für China fehlen läßt.

Die dritte Phase (1937—1938) bringt dann Kriegshandlungen zwischen Japan und China in großem Maßstab, und zwar sowohl in Nordchina wie in Mittelchina. Sie führen nach heldenhaften Kämpfen der chinesischen Truppen gegen die technisch weit überlegenen und viel besser ausgebildeten Japaner zur Eroberung Nordchinas und der mittelchinesischen Tiefebene durch Japan — eben zu jener Gesamtlage, von der wir im ersten militärisch-strategischen Teil unserer Betrachtungen ausgingen. Das China Tschiangkaischeks war schließlich nach dem schwer gangbaren Gebirgsland des Südwestens abgedrängt und ist in seiner Kriegsmaterialversorgung moderner Art abhängig von England, Frankreich, USA., Rußland.

In der vierten Phase (Ende 1938 bis zur Gegenwart), die man als die ostasiatisch-nationale bezeichnen kann, nützt Japan die in Nord- und Mittelchina gewonnene Machtstellung und das Machtverhältnis zwischen ihm und dem Restchina aus, um die Stellung der weißen Mächte gegenüber Südchina und somit deren Herrschaft politischer und militärischer Art im ostasiatischen Raum unmittelbar zu brechen. Der eigentliche Sinn des Chinakrieges, die Befreiung Ostasiens von der politischen Macht der useuropäischen Mächte geht nunmehr klar hervor. Japan benutzt die ihm außerordentlich günstige weltpolitische Lage, um die einzelnen Machtpositionen der weißen Mächte in Ostasien zu liquidieren.

Von diesen vier Phasen werden im folgenden näher behandelt werden nur die zwei ersten. Was über die zwei weiteren zu sagen ist, wird teilweise in das eingeflochten werden, was bei den zwei ersten Phasen gesagt werden wird; überwiegend aber ist es vorweggenommen durch den ersten Hauptabschnitt über die militärisch-strategische Lage, welcher ja die unmittelbare Gegenwart erfaßt.

a) Erste Phase: Von der Besetzung der Mandschurei bis zum Waffenstillstand von Tangku, 3. Mai 1933

Schon die Ermordung Tschangtsolins hatte bewiesen, daß japanische Behörden in der Mandschurei, die mit der Regierung in Tokio in sehr enger Verbindung standen, die Stellung der Mandschurei zu Japan unter dem neuen Nationalstaat China für untragbar hielten, oder aber die Aufrechterhaltung der japanischen Interessen- und Machtsphäre in der Südost-Mandschurei gegenüber einer mit dem neuen chinesischen Nationalstaat vereinigten Mandschurei für unmöglich. Japans Stellung in der Mandschurei glich mehr und mehr einer kleinen Insel, die von einem brandenden Meer chinesischer Bevölkerung umgeben war. Schon vordem (1928) war der geplante Vormarsch der Heere des neuen China gegen die Mandschurei schließlich nur durch eine japanische Erklärung vereitelt worden, die praktisch einem Ultimatum gleich kam mit der Drohung, in diesem Fall die ganze Mandschurei zu besetzen. Nachdem so der Plan einer unmittelbaren politischen Vereinigung der Mandschurei mit China gescheitert war, entwickelte Nanking um so stärker und wirksamer ihre Wiedergewinnung über die bestehende chinesische Zivilverwaltung und über die Pflege der für den Ostasiaten so starken personalen und familienhaften Bindungen, also die Wiedergewinnung der Mandschurei von den breiten Schichten der Bevölkerung der Mandschurei aus, die ja chinesisch sind. Sie fand darin weitgehende, mindestens indirekte Unterstützung durch die neue Mandschurei-Regierung unter dem Sohn und Nachfolger Tschangsolins. Der chinesische Machtbereich breitete sich so von unten aus immer weiter aus. Er kreiste die Japaner in ihrer Südostecke, im Machtbereich der Südmandschurischen Bahn und deren Bergbau- und Industrie-Tochtergesellschaften immer mehr ein, ja er drang selbst in diesem Gebiet immer stärker vor. Die Lage der kleinen japanischen Oberschicht wurde so auch hier immer unerträglicher. Sie sah sich einem zermürbenden, erschöpfenden Kleinkrieg der Nadelstiche im täglichen Leben gegenüber. Immer mehr glich sie einer schwimmenden Insel in einem Meer von Chinesen, die ohne feste Wurzel allmählich von den Wellen zernagt wird. Die Lage spitzte sich bis 1931 immer zu und machte eine Entscheidung unvermeidlich: Japan mußte entweder die Südostmandschurei aufgeben, oder aber die ganze chinesische Verwaltung in der ganzen Mandschurei zerstören.

Die Explosion einer Bombe, die von chinesischer Seite gegen eine Brücke der südmandschurischen Bahn in der Nacht vom 18. September 1931 bei Mukden geschleudert sein sollte, löste die japanische Besetzung der ganzen Mandschurei aus. Die Art des japanischen Vorgehens läßt aber keine Zweifel darüber, daß die ganze Operation von japanischer militärischer Seite auf die Stunde genau vorbereitet war. Noch in der gleichen Nacht wurden Mukden und eine Reihe anderer mandschurischer Städte von japanischen Truppen besetzt. Gegen die rasch fortschreitende weitere Besetzung der Mandschurei — Tsitsichar wurde bereits im November, Charbin im Februar 1932, eingenommen, teilweise gegen starken Widerstand, der sich allmählich in einen zähen und grausamen Bandenkrieg auflöste, — d. h. gegen die Eigenwilligkeit der Kwantung-Armee, also des japanischen Armeeoberkommandos auf dem Festland in der Durchführung aller militärischen und politischen Maßnahmen, zeigte sich die Regierung in Tokio machtlos.

Januar 1933 wurde dann der Angriff auf Jehol eröffnet und dieses Gebiet nach kurzen, aber schweren Kämpfen erobert und dem neuen Staat Mandschukuo, der 1932 von China völlig losgelöst worden war, eingegliedert. Die japanischen Truppen gingen dann von Osten und Norden her in breiter Front gegen die nordchinesische Ebene vor, blieben aber vor der Linie Tientsin—Peking stehen.

In die Wintermonate 1932 fällt ferner der erste japanische Zugriff auf das Gebiet um Schanghai — von der internationalen Niederlassung Schanghai aus und gestützt auf diese —, dessen Hauptziel wohl war, einen Druck auf die chinesische Regierung auszuüben und ihr die Ohnmacht der übrigen Großmächte klarzumachen, wenn es sich um wirkliche Hilfeleistung in Nordchina und in den Tieflandgebieten Mittelchinas handle. Der gleiche Eindruck sollte auch in der internationalen Stadt Schanghai selbst erweckt werden, die sich mit ihren mehr als einer Million Einwohnern (— dazu wohnen noch einige Millionen in den umliegenden Städten, die chinesisches Verwaltungsgebiet sind —) als Staat im Staat betrachtete. Die Besetzung der Mandschurei war vom ersten Augenblick an von japanischer Seite gedacht nicht nur als eine lokale Abwehrmaßnahme gegen örtlich unerträgliche Verhältnisse, sondern als eine Absage Japans an die Abmachungen der Konferenz von Washington. Wenn man in England und in USA. immer mehr seit 1928 geglaubt hatte, in der Wieder-

gewinnung der Mandschurei durch China einen Hebel in der Hand zu haben, um die japanische Machtstellung in Ostasien selbst aus den Angeln heben zu können, so sollte dieser Gedanke zerstört werden.

London und Washington gingen aber, trotz dieser bewußten und betonten Herausforderung durch Japan, 1931/2 in ihrer ostasiatischen Politik deshalb auseinander, weil England zwar eine Erstarkung Chinas auf Kosten Japans wünschte, aber nicht eine Verstärkung des Einflusses von USA. in Ostasien auf Kosten Japans*). England sah ein, daß es bei einem Krieg mit USA. verlieren würde — entweder gegenüber Japan oder gegen Japan gegenüber USA. Daher schob man die Sache auf den Völkerbund ab. Die langwierigen Verhandlungen der Angelegenheit vor dem Völkerbund, dem Völkerbundsrat und der Vollversammlung und einem für die Behandlung der Angelegenheit besonders eingesetzten Ausschuß interessieren hier nicht. Die große Mehrheit der Staaten zeigte jedenfalls in Genf, daß sie von der wirklichen Lage in Ostasien und besonders von dem latenten Gegensatz der Politik von USA. und England nichts verstand und nichts verstehen wollte. Der Völkerbund erlitt damals in seinem „moralischen" Ansehen seine erste und gleichzeitig auch bereits seine entscheidende Niederlage: Seine Unfähigkeit politischen Urteilens trat ebenso klar hervor wie seine Unwilligkeit und damit selbstverständlich auch Unfähigkeit zu militärischem Handeln. Höchstens ein gewisses taktisches Geschick des Bluffs und des Rückzugs aus einem mißglückten Bluff war ihm zuzuerkennen. — Wichtig war, daß damals auch USA. zu den Verhandlungen des Völkerbundsrates herangezogen wurde, wobei die USA.-Vertreter bei der entscheidenden Sitzung Wert darauf legten, sich als „Beobachter" zu distanzieren. In Washington war man über die Haltung Londons ernstlich verstimmt, fühlte sich von

*) Wir folgen in dieser Darstellung der Beziehung von England und USA. zu Japan in den Jahren 1931—1934 im wesentlichen der in USA. herrschenden Auffassung, welche von der in Europa üblichen Auffassung etwas abweicht. — Wie übrigens von urteilsfähigen Beobachtern festgestellt wird, gehen auf keinem anderen außenpolitischen Gebiet so stark und oft die Auffassungen in den Regierungskreisen von Washington und London und die Auffassungen ihrer Vertreter in Ostasien auseinander, als auf dem ostasiatischen, — von der ostasiatischen Kaufmannschaft schon gar nicht zu reden. Für unsere Darstellung mußte maßgebend sein das, was als die offizielle Regierungspolitik von London und Washington angesehen wird.

ihm im Stich gelassen und hatte gar keine Lust, sich gegen die Japaner stärker zu engagieren als England. Das einzige wirkliche Ergebnis der Verhandlungen in Genf war der Austritt Japans aus dem Völkerbund, der 1932 mit der vorgeschriebenen Kündigungsfrist für 1934 erklärt wurde.

b) Zweite Phase: Die Zeit des Waffenstillstands 1933—1937

Der Waffenstillstand war von Japan nur militärisch, nicht politisch gedacht. Das 1931—1933 militärisch eroberte oder besetzte Gebiet mußte militärisch und auch politisch und wirtschaftlich erst gesichert und bis zu einem gewissen Grade in das System der japanischen Herrschaft eingebaut werden. Zugleich war die Möglichkeit weiterer Eroberungen mit politischen Methoden von den neugewonnenen Stellungen aus zu erproben, bevor man mit militärischen Mitteln weiter gehen wollte. Schließlich wünschte man auch eine gewisse Beruhigung in den Beziehungen zu den auswärtigen Mächten.

Die nächste und die größte Aufgabe lag in der Mandschurei, dem neugegründeten Staat Mandschukuo. Mandschukuo wurde 1934 zum Kaiserreich gemacht. Kaiser wurde Pu Yi aus der alten Mandschu-Dynastie, der als Kaiser den Namen Kangte annahm. Die politische Verwaltung des neuen Staates wurde in wirksamer, aber unauffälliger Weise unter beherrschenden japanischen Einfluß gebracht: der japanische Botschafter beim Kaiser von Mandschukuo ist zugleich Oberbefehlshaber der japanischen Truppen in Mandschukuo; während die nach außen hervortretenden leitenden Stellungen der Regierung und Verwaltung nicht von Japanern besetzt sind, haben diese die Schlüsselstellungen innerhalb der Ministerien inne. Die tatsächliche Inbesitznahme der 1,3 Millionen qkm (mit Jehol) des neuen Staates durch die japanischen Truppen (unterstützt durch die neuen Mandschukuo-Truppen) im Kampf gegen die Räuberbanden oder die chinesischen irregulären Truppen erforderte starke militärische Kräfte.

Die neugewonnene japanische Stellung entlang der großen Mauer nördlich der Linie Peking—Tientsin gab den Japanern die Möglichkeit, in die Verhältnisse der inneren Mongolei einzugreifen. Japan gelang es, in den Jahren 1933—1935 mit politischen Mitteln in den Provinzen Tschahar und Suiyüan der

inneren Mongolei, sowie in Ost-Hopei Fuß zu fassen und unter starkem diplomatischem Druck, der teilweise von militärischem Druck kaum mehr zu unterscheiden war, den nationalchinesischen Macht- und Einflußbereich zurückzudrängen. Doch behauptete Nationalchina überall einen beträchtlichen Einfluß. Also die örtlichen Machthaber erstrebten und gewannen meist eine Art Zwischenstellung zwischen Japan und Nationalchina, die bei kluger Balancierung ein allerdings recht labiles Gleichgewicht herstellte. Also politisch und militärisch war hier der Gewinn Japans beträchtlich; stimmungsmäßig aber bildete sich eine elastisch-anpassungsfähige Zone heraus, in der die starken japanischen Einflüsse allmählich in inneren Reibungen und Hemmungen ausklangen.

Weniger erfolgreich waren die japanischen Bemühungen um Sonderverständigungen mit den militärischen oder politischen Machthabern in den Nordprovinzen Chinas. Ende 1935 erklärte General Doihara vom Stab der Kwantung-Armee, der der geistige Träger dieser ganzen Politik war, daß die fünf Nordprovinzen Chinas: Hopei, Tschahar, Suiyüan, Schantung und Schansi bereit seien, sich in einen selbständigen Staat zusammenzuschließen (die drei Provinzen des eigentlichen Nordchina: Hopei mit Peking und Tientsin, Schantung und Schansi allein umfassen ein Gebiet von etwa 650 000 qkm mit 76 Millionen Einwohnern). Aber die Verwirklichung dieses Planes, oder besser: diese programmatische Erklärung des Generalstabs der Kwantung-Armee, scheiterte damals an einstweilen unbekannten Gründen. Doihara wurde vorübergehend nach Tokio zurückversetzt.

Japan konnte aber gegenüber China einen anderen, sehr wesentlichen Erfolg verbuchen: Die tatsächliche Anerkennung des Staates Mandschukuo. Der eigentliche Zweck der vollen Verselbständigung dieses Staates war ja der, jede öffentlich-rechtliche Verbindung zwischen der überwiegend chinesischen Bevölkerung der Mandschurei und dem chinesischen Nationalstaat zu lösen. China hat die formelle Anerkennung Mandschukuos allerdings so wenig ausgesprochen wie Rußland oder die großen Seemächte, aber es hat tatsächlich — in Reise- und Postverkehr — sich gegenüber Mandschukuo wie gegenüber einem selbständigen Staat verhalten. Auch hier ist ein wesentlicher Zusatz notwendig: Chinas Stärke in der Mandschurei liegt in der überwiegend chinesischen Bevölkerung. Eine militärische und damit auch politische Wieder-

gewinnung des Landes kam damals nicht in Frage. Also konnte China nichts Besseres tun, als sich begnügen, seine kulturellen Beziehungen und somit die persönlichen Beziehungen der in Mandschukuo lebenden Chinesen mit ihren Verwandten in Nationalchina möglichst zu pflegen, auch dann, als die so starke Personal- und Zivil-Organisation der chinesischen Bevölkerung Mandschukuos in sich zerschlagen war: daß die familienhaften Bindungen bei den Chinesen viel stärker sind als bei uns, ist bekannt.

Gleichzeitig war Japan bemüht, das Zusammenwirken zwischen dem japanischen und dem chinesischen Volk, das immer das eine große Hauptziel der japanischen Politik ist, so verschieden auch die im einzelnen verfolgten Methoden sein mögen, auf wirtschaftlichem Gebiet zu fördern. Oktober 1935 wurde ein Chinesisch-Japanischer Wirtschaftsverband in Tokio gegründet, dem eine Reihe von anerkannten chinesischen und japanischen Wirtschaftsführern angehörte. Der Aufschließung Chinas durch Japan aber sollte die „China-Entwicklungs-Gesellschaft" dienen, eine Tochtergesellschaft der Südmandschureibahn-Gesellschaft, deren Kapital bekanntlich zur Hälfte im Eigentum des japanischen Staates ist, die ganz von der japanischen Regierung geleitet wird und die also als ein japanisches Staatsunternehmen mit formeller Heranziehung von privatem Kapital bezeichnet werden muß. Die auf diesem Wege erreichten Erfolge waren aber jedenfalls bis zur Wiederaufnahme der Kriegshandlungen gering: Wirtschaftliche Arbeit setzt eben voraus, daß die öffentlich-rechtlichen Zuständigkeits- und die staatlichen Zugehörigkeitsfragen geklärt sind.

Ganz allgemein wurde der Gedanke einer vorherrschaftlichen Stellung Japans über den chinesischen Staat entwickelt. Er liegt bereits der oben ausführlich erwähnten Erklärung des Sprechers des japanischen Außenamtes vom April 1934 zugrunde. China wies damals diese Forderungen zurück, zweifellos nicht ohne vorherige Verständigung mit England und USA.: Es betonte den defensiven Charakter seiner Rüstungen und wies darauf hin, daß es ausdrücklich als ein unabhängiger und souveräner Staat neben den anderen Staaten der Welt anerkannt sei (also Zurückweisung der japanischen Idee eines ostasiatischen Staaten- und Völkerblocks); die „Richtigstellung", welcher die chinesisch-japanischen Beziehungen allerdings bedürften, läge in der Förderung wechselseitigen Wohlwollens und Verstehens.

Das Jahr 1935 schien zunächst eher eine Annäherung zu bringen.

Der chinesische Außenminister Wang hielt sich auf einer Reise nach dem Haag 14 Tage in Tokio auf in Verhandlungen mit führenden japanischen Politikern und Wirtschaftlern. China protestierte zwar gegen den kurz vorher vollzogenen Ankauf der Ostchinabahn durch Mandschukuo, aber nicht in Tokio, sondern nur in Moskau. Nanking wirkte mäßigend auf den Boykott japanischer Waren. Aber das Ende des Jahres brachte mit der Preisgabe der Silberwährung durch China und seinen Anschluß an die Goldwährung gemäß dem damaligen Pfund-Dollar-System (das auch heute noch im wesentlichen das gleiche geblieben ist) eine beträchtliche Verschärfung der wechselseitigen Beziehungen. Damals formulierte Japan seine Doktrin von den „engen Beziehungen", die zwischen Japan und China zu bestehen hätten.

Die neue Politik wurde vom japanischen Außenminister Hirota vor dem japanischen Reichstag so formuliert:

1. Keine „negative" Haltung Chinas, sondern aktives und leistungswilliges Zusammenwirken mit Japan.
2. Formelle Anerkennung Mandschukuos.
3. Unterdrückung der kommunistischen Propagandaarbeit.

Die dritte Bedingung — in ihrem Sinn ohne eine genauere Kenntnis der Agrarverhältnisse Chinas nicht verständlich, die im Rahmen dieser Arbeit nicht gegeben werden kann, — hätte nicht nur eine ernste Störung der sich damals wieder freundlicher gestaltenden Beziehungen zu Rußland für China gebracht, sondern hätte China verpflichten können, bzw. hätte als Verpflichtung Chinas ausgelegt werden können, gegen die Äußere Mongolei kriegerisch vorzugehen und damit den Krieg gegen Rußland zu entfesseln. Die Forderungen Hirotas wären offenbar nur dann für China annehmbar gewesen, wenn sie als Teil eines großen Verständigungs- und Verschmelzungs-Problems Ostasiens unter der Richtlinie: Ostasien den Ostasiaten! verstanden worden wären. Die dann auf dieser Grundlage geführten Verhandlungen zwischen Tokio und Nanking kamen zu keinem Ergebnis.

Während sich aber die Regierungen in Tokio und Nanking offenbar bemühten, etwa von 1936 an, trotz der unzweifelhaften Verschärfung der Lage um einen tatsächlichen Kriegszustand herumzukommen, waren inzwischen die *nationalen Volksleidenschaften* zu einem ausschlaggebenden Faktor der Politik geworden. Februar 1936 kam es zur Militärrevolte in Tokio, die fast gesiegt hätte: Jüngere Offiziere waren die Führer. Die Vor-

würfe, die die revoltierenden Truppen gegen die Regierung erhoben, betrafen den angeblichen Mangel an Stärke in der Außenpolitik. Die Lage war, wie gesagt, einige Tage gefährlich. — Leidenschaftlicher war noch der Widerstand in China gegen die Politik des Nachgebens, die man der Tschiangkaischek-Regierung zum Vorwurf machte. Sie führte bekanntlich bis zur zeitweisen Gefangensetzung Tschiangkaischeks anläßlich eines Besuches bei einem Provinzgeneral. Doch konnte Tschiangkaischek seine Gegner immer wieder davon überzeugen, daß es gelte, Zeit zu gewinnen und die gewonnene Zeit möglichst zur Aufrüstung Chinas zu benützen: „Wir haben unser Land zu retten."

Bei den langwierigen und schwierigen Verhandlungen dieser Jahre zeigten sich die Japaner und Chinesen als gleichwertige Gegner auf diplomatischem und politischem Gebiet, die sich beiderseitig über die beiderseitigen Ziele klar sind und die auch im wesentlichen die gleichen Methoden gegeneinander anwenden: Unter höflichen äußeren Formen verbirgt sich Härte und Sachlichkeit, und auf Menschenleben wird wenig Rücksicht genommen.

In bezug auf die weißen Mächte wird man unterscheiden zwischen Rußland und den Mächten, die ihr Schwergewicht im europäisch-nordatlantischen Raum haben: Für *Rußland* war der japanische Vormarsch gegen die mittlere und nördliche Mandschurei, die Besetzung der Hauptorte und damit der militärisch und politisch entscheidenden Punkte dieses Gebietes 1931 zweifellos überraschend gekommen. Denn die Besetzung dieser ganzen Zone richtete sich ja machtpolitisch zunächst jedenfalls viel mehr gegen Rußland als gegen China. Sie erst schnitt die für Wladiwostok so wichtige Eisenbahnader quer durch die ganze Mandschurei endgültig durch. Rußland hätte auf Grund der bestehenden Verträge mindestens so gute Ansprüche auf dieses Gebiet gehabt wie Japan. Es hat zu einer machtpolitischen Vertretung dieser Ansprüche keinen ernsten Versuch unternommen. Es überließ also ohne wesentlichen Widerstand die ganze Mittel- und Nordmandschurei den Japanern.

Die 1934 eingeleiteten Verkaufsverhandlungen über die Linien der *Ostchinabahn*, die damals noch im wesentlichen mit russischem Personal betrieben wurde, war nur zweckmäßig, um unnötige Reibungen auszuschalten, nachdem eben jeder machtpolitische Einfluß Rußlands auf die Mittel- und Nordmandschurei 1931 und 1932 verloren worden war. Nach langwierigen Verhandlungen einigte man sich 1935 auf einen Kaufpreis von 140 Mil-

lionen Yen + 30 Millionen Yen für Abfindungszahlungen an die bisherigen russischen Angestellten und Beamten der Bahn.

Es blieb als beträchtliche Aufgabe noch die Festlegung der Grenzen zwischen Mandschukuo und dem russischen Gebiet. Die hierüber bestehenden zahlreichen Meinungsverschiedenheiten führten zu immer neuen und teilweise beträchtlichen Zwischenfällen, die gelegentlich den Charakter von Schlachten einnahmen. Mehrfach wurden zwecks Aufstellung einer gemeinsamen Grenzziehungskommission in Mandschuli Verhandlungen geführt, die aber keine Einigung gebracht haben, sondern nach ihrer dritten Wiederaufnahme 1936 vorläufig abgebrochen wurden*)

Die Grenzen zwischen Mandschukuo und den angrenzenden russischen Gebieten liegen also an sehr vielen Stellen nicht eindeutig fest. Es sind da beträchtliche bona-fide-Meinungsverschiedenheiten möglich. Ernste Grenzkämpfe um solche Gebiete haben sowohl an der Ostgrenze stattgefunden, dort wo Tschosen und die Küstenprovinz am Meer aneinander stoßen (1938), als auch (Juli 1939) an der außenmongolischen Grenze; in beiden Fällen kam es bekanntlich zum Einsatz von Fliegern und von Panzertruppen. Ein Streit wegen der Staatszugehörigkeit der zwei wichtigen Amur-Inseln Bolschoi und Sennucha, etwa 100 km von Blagowestschensk entfernt, führte nicht zu Kampfhandlungen, sondern konnte noch rechtzeitig auf diplomatischem Wege erledigt werden.

Wie im ersten Hauptabschnitt dargelegt wurde, hat die Besetzung der Mittel- und Nordmandschurei durch Japan Rußlands militärische Lage in seinen ostasiatischen Gebieten schwierig und gefährlich gestaltet. Rußland hat seit 1931 versucht, seine ostasiatische Stellung möglichst zu verstärken und dafür große Opfer gebracht. Dieser militärische Ausbau Russisch-Ostasiens geht also von 1932 an mit größter Intensität vor sich. Er ruft selbstverständlich auf der Gegenseite die entsprechenden Gegenmaßnahmen hervor.

Im Zusammenhang mit diesem Ausbau der militärischen Stellung Rußlands in Ostasien steht der Abschluß eines militärischen Hilfeleistungsvertrages zwischen Moskau und dem Sowjetstaat der Äußeren Mongolei 1936. Dieses Militärabkommen, das nur

*) Als eine der ersten Früchte der deutschen Freundschaft einerseits mit Japan, andererseits mit Rußland, darf wohl die Wiederaufnahme dieser Verhandlungen in den letzten Wochen betrachtet werden.

„ein seit 1934 bereits bestehendes Gentlemen-Agreement" formuliere, versprach automatische gegenseitige Hilfeleistung im Kriegsfall. Aber dieses militärische Bündnis Rußlands mit der Außenmongolei ist selbstverständlich in keiner Weise militärisch oder politisch gleichwertig dem Machtgewinn, den die Erwerbung der Mittel- und Nordmandschurei für Japan darstellt. Wohl aber trug es demonstrativen Charakter gegen Japan, und in diesem Sinn ist es auch von Japan verstanden worden. Sein Abschluß hat zum Abbruch der Verhandlungen in Mandschuli über eine endgültige Grenzziehung durch eine gemeinsame Kommission beigetragen (1936).

Was die Beziehungen Japans zu den *großen Seemächten* betrifft, so hatte der Versuch, 1931/32 Japan mit Hilfe des Völkerbundes zum Rückzug aus der Mandschurei zu veranlassen, vor allem den Zweck gehabt, den wesentlichen Tatbestand zu tarnen, daß 1932 USA. zum Krieg gegen Japan bereit war, wenn es hierfür die Unterstützung Englands erhalten hätte, daß aber England den japanischen Besitz der Mandschurei einem Krieg vorzog, dessen Ausgang ziemlich ungewiß war, der aber im Fall eines angelsächsischen Sieges USA. zur Vormacht in Ostasien gemacht hätte: der Gedanke einer England-Japan-Verbindung gegen USA., die die Vor-Weltkriegslage wesentlich bestimmt hatte, bestand eben weiter. Daraus ergab sich eine Abkühlung der Beziehungen zwischen England und USA. hinsichtlich einer gemeinsamen Politik gegen Japan, sobald es sich um mehr handelte, als um papierne Kundgebungen. Die Haltung Englands 1932 war aber keineswegs aus Freundschaft gegen Japan erfolgt, sondern nur Ausdruck der Tatsache, daß England die Macht von USA. in Ostasien damals noch immer mehr fürchtete als die Japans. Japan empfand also mit Recht aus dieser Haltung Englands durchaus keine Verpflichtung gegenüber England. Es trieb vielmehr gerade in den Jahren 1933/34 die Offensive gegen die großen Seemächte rücksichtslos vorwärts. Auf die grundlegenden Erklärungen des japanischen Außenministeriums von 1934 ist nochmals zurückzuverweisen. Sie bedeuteten den Anspruch Japans gegenüber dritten Mächten auf Vorherrschaft über China, nicht nur in der Kontrolle der militärischen Einfuhr nach China, sondern auch in bezug auf wirtschaftliche Tätigkeit überhaupt; sie erklärten vor allem als untragbar die Bildung einer internationalen Einheitsfront des Kapitals zur Unterstützung Chinas.

Die Erklärung rief in England Entrüstung und Bestürzung hervor. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, daß bis 1932 England die größte Macht im chinesischen Außenhandel gewesen war, teils direkt, teils über Hongkong; erst dann war USA. an seine Stelle getreten. Aber England hatte noch immer weitaus die größten Kapitalanlagen in China. Sie werden auf über fünf Milliarden Goldmark angegeben. Die englische Politik hatte sich ferner grundsätzlich auf ein gewisses Kräftegleichgewicht zwischen Japan und China und USA. in Ostasien eingestellt, das England in seiner sehr starken strategischen und wirtschaftlichen Stellung immer eine maßgebende Rolle zugewiesen hätte und ihm so erlaubt hätte, mit relativ geringem eigenem Einsatz seinen Einfluß auf China aufrechtzuerhalten. Die Amau-Erklärung stand offenbar dieser englischen Auffassung von der ostasiatischen Lage mit bewußter Ablehnung gegenüber. Also richtete die englische Regierung eine „freundliche Anfrage" nach Tokio. Tokio stellte sich auf den Standpunkt, die japanische Politik widerspreche den Verträgen nicht; der englische Einspruch sei also bedeutungslos.

Jetzt erst entdeckte man in England, daß die japanische Besetzung der internationalen Stadt Schanghai mit ihren mehr als einer Million Einwohnern 1932 und der Angriff von hier auf die Chinesen nicht eine Extratour der japanischen Marine gewesen sei, die einmal ihre eigene Leistungsfähigkeit neben der des Heeres habe unter Beweis stellen wollen, sondern Äußerung und Verwirklichung eines Willens, welcher den wirtschaftlichen und politischen Einfluß der Westmächte und vor allem Englands in Ostasien in seiner militärischen Hohlheit aufzeigen und ihn schließlich niederbrechen wollte.

Dies zeigte sich dann weiter auch in der Behandlung des Auslandes durch den neuen Staat Mandschukuo. Die Kapitalanlagen in Mandschukuo waren allerdings, von japanischen und russischen abgesehen, gering (zusammen für alle Westmächte etwa vier Prozent), aber von der Einfuhr nach der Mandschurei waren vor der japanischen Besetzung etwa 57½ nicht-japanischer Herkunft, 1934 bis 1936 aber nur mehr 26 Prozent. Die „offene Tür", die das Programm des neuen Mandschukuo-Staates vom 1. März 1932 versprochen hatte, erwies sich als „offen nur für die, die hinauswollten". Vor allem die fremden Ölgesellschaften wurden durch die Einführung des Staatsmonopols für Öl schwer betroffen. Auch der neue deutsche Handelsvertrag mit Mandschukuo geht von der

These aus, daß der deutsche Handel mit Japan und mit Mandschukuo wesentlich als Einheit zu betrachten sei: die aktive Handelsbilanz Deutschlands mit Japan soll ausgeglichen werden durch die aktive Handelsbilanz Mandschukuos mit Deutschland. Allerdings hat sich die deutsche Einfuhr nach Mandschukuo (Fertigwaren) einigermaßen gehalten, während die von England und von USA. wesentlich zurückgegangen sind. Das internationale Kapital aber hat sich von Mandschukuo völlig zurückgezogen; oder besser: auch wo fremdes, d. h. nicht japanisches, Kapital für Mandschukuo bestimmt ist, wird es heute über Japan geleitet: Japan gilt als verantwortlicher Schuldner, während Mandschukuos Selbständigkeit gern dort von Japan angerufen wird, wo die Antwort auf Beschwerden hinsichtlich Mandschukuo für Japan unangenehm ist. Nicht von dieser Bemerkung getroffen werden die von deutscher Seite zur Verfügung gestellten Kredite zur Finanzierung des Handels zwischen Deutschland und Mandschukuo auf Grund des abgeschlossenen Handelsvertrages.

Auf Grund dieser Erfahrungen dürfte England 1934 (nach der in USA. herrschenden Auffassung) zu einem Krieg gegen Japan bereit gewesen sein, wenn USA. mitgetan hätte. Aber jetzt wollte das von 1932 her verschnupfte Washington nicht, und somit ließ England diese Kriegsabsicht fallen.

Diese Episode störte die an sich recht labile politische Gleichgewichtslage in Ostasien nicht weiter: Japan wünschte ja nur, von London und Washington in der Verfolgung seiner ostasiatischen Politik in Frieden gelassen zu werden. Es begrüßte also auch die Reisen englischer Wirtschaftssachverständiger nach Ostasien 1934/5 als eine Geste der Annäherung. Gleichzeitig kam es zu Verhandlungen mit England über die japanische Ausfuhr, vor allem von Baumwollwaren nach englischen Kolonien und auch über Rüstungsbeschränkungen. In beiden Richtungen zeigten die Verhandlungen (in London) nur die Unvereinbarkeit der beiderseitigen Standpunkte und auf beiden Seiten keine Bereitwilligkeit zu einem Nachgeben, das eine Verständigung ermöglicht hätte. 1934 entsandte also der britische Industriellenverband Lord Barnby nach Japan und der Mandschurei. Dann, nach einem fehlgeschlagenen englischen Versuch, entgegen der japanischen Regierungserklärung, eine internationale Anleihe für China zustande zu bringen (Anfang 1935), schickte die englische Regierung später im Jahre 1935 Leith Roß, den wirtschaftlichen Sachverständigen ihres Schatzamtes, nach Ostasien.

Er ging zunächst nach Japan, um, wenn möglich, eine Grundlage zu finden für englisch-japanische wirtschaftliche Zusammenarbeit in China. Er konnte aber nur feststellen, daß das Amau-Programm das Programm der japanischen Regierung war. Bei seinem weiteren Aufenthalt in China wurde Chinas Preisgabe des Silbers als Währungsbasis ihm zugeschrieben und vor allem von Japan als eine wesentlich außenpolitische Maßnahme angesehen: China sollte damit an die Mächte der Kapital-Entente, an den Sterling-Dollar-Block angeschlossen werden. Japan faßte diese Währungsumstellung mit Unterstützung von England und USA. auf als eine „britische Eroberung der Macht, China finanziell zu führen, nicht mehr als eine Maßnahme einfacher englisch-chinesischer Zusammenarbeit". Das japanische Außenamt erklärte jetzt, China hätte vor einer so einschneidenden Maßnahme zunächst Japan fragen müssen. — So notwendig auch eine Reform der chinesischen Währung war und so völlig überlebt in der Gegenwart eine auf Silber sich gründende Währung ist, so hatte doch Japan in der wesentlich außenpolitischen Auffassung dieser Maßnahme recht. In London und Washington hat man zweifellos diese außenpolitische Bedeutung nicht nur erkannt, sondern wahrscheinlich in ihrem Wert für die innere Stärkung Chinas überschätzt, wie das der angelsächsischen Mentalität entspricht.

Die neu geknüpften Bande Englands mit China — mit einer unzweifelhaft antijapanischen Tendenz — suchte dann England 1936 weiter auszubauen, indem es seine staatlichen Ausfuhrkredit-Garantien in beträchtlichem Umfang auf die Förderung der Ausfuhr nach China verwendete und so auch den antijapanischen Boykott geschäftlich für sich stärker noch als bisher auszunutzen versuchte. Über die wirkliche Tragweite seiner Haltung scheint sich aber England nicht klar gewesen zu sein. An Stelle einer Politik, welche China unbegrenzte Aufrüstungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt hätte, hielt man sich starr auch bei der Ausfuhr von Rüstungsmaterial nach China an den Profitstandpunkt. Erst als es zu spät war, — Mitte 1937 — gewährte die British and China Corporation China einen Kredit von 35 Mill. Dollar für „Eisenbahnbau" und weitere vielmals größere Kredite wurden damals grundsätzlich vereinbart.

Bei USA. sind die Beziehungen zu Japan und China wesentlich komplizierter als bei England. Zwar sind die USA.-Kapitalanlagen in China viel geringer als die Englands — mit etwa

200 Millionen Dollar (Schätzung von 1935 gegen 240 Millionen Dollar: Schätzung von 1930) —; aber das außenpolitische Interesse von USA. an China ist heute doch viel stärker als das von England; und auch die Ausfuhrinteressen von USA. waren hinsichtlich Japan immer, sind hinsichtlich China seit 1932 größer als die Englands. Aber die USA.-Ausfuhr nach Japan war immer größer als die USA.-Ausfuhr nach China und sie ist von 1930 an sogar sehr stark im Verhältnis zu der nach China gewachsen. Für die Jahre 1926 bis 1930 stellt sich das Verhältnis auf 1 (USA.—China): 2,3 (USA.—Japan), für die Jahre 1932/34 auf 1 (China): 2,8 (Japan), aber für 1935/36 sogar auf 1 (China): 4,8 (Japan). Die Politik der offenen Tür gegenüber China war immer seit ihrer Verkündung Ende des 19. Jahrhunderts durch Hay mindestens ebensosehr außenpolitisch-machtpolitisch verstanden als wirtschaftspolitisch: China als Objekt allgemeiner Ausbeutung unter dem Grundsatz der offenen Tür sollte unter der Wirkung dieses Prinzips großenteils der USA.-Ware zufallen. Aber Japan war ein so ausgezeichneter Kunde, ein so großer Absatzmarkt für die USA.-Baumwolle, daß man ihn nicht für längere Zeit verstimmen wollte. Die USA.-Kriegsentschlossenheit von 1932, bei welcher England nicht mittat, schlug also 1934 unter der damaligen jungen Roosevelt (II)-Administration um in eine fast freundschaftliche Stimmung. Von beiden Seiten wurde offiziell von einer fast reibungslosen Interessenergänzung im Austausch der Produkte gesprochen: eine Feindschaft zwischen Japan und USA., so sagte damals ein führender japanischer Staatsmann, sei bei so außerordentlich befriedigender wirtschaftlicher Zusammenarbeit fast undenkbar.

Aus dem Widerstreit seiner außenpolitisch-machtpolitischen Interessen und seiner unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen heraus entwickelte USA. die Methode und die These von der „Nichtanerkennung" der japanischen Eroberung der Mandschurei und der auf ihr beruhenden staatlichen Neuordnung. Schon 1928 hatte USA. offiziell erklärt, die Mandschurei sei für USA. „wesentlich chinesischer Boden". Der eigentliche Grundsatz der Nichtanerkennung aber wurde scharf betont in einer gemeinsamen USA.-Note an Japan und China vom 7. Januar 1932. Tatsächlich hat USA. die geschaffene Lage aber doch anerkannt, indem es seine Konsuln im neuen Staat Mandschukuo beließ, wo sie selbstverständlich mit den Behörden dieses Staats fortlaufend offiziell zu verkehren haben.

Gegenüber der Verschärfung der Lage in Ostasien, also des Gegensatzes zwischen China und Japan seit Ende 1935 und vor allem 1936 überwog dann wieder das außenpolitische Machtinteresse in USA., und die Stimmung und die Politik des Landes wandte sich gegen Japan. Als Anfang 1933 Japan gegen Nordchina marschierte, hatte man sich zuerst entschlossen, China, also die chinesische Regierung direkt mit Geld zu unterstützen. Allerdings erst etwa gleichzeitig mit dem Waffenstillstand von Tangku kamen die Verhandlungen zum Abschluß, durch die USA. an China einen Kredit im Wert von 50 Millionen Dollar in der Form von Weizen und Baumwolle gab. Da aber der Preis für die von China zu übernehmenden Waren zu hoch eingesetzt war, nahm China diesen Kredit tatsächlich nur im Betrag von 17 Millionen Dollar in Anspruch. Ungefähr gleichzeitig hatte USA. gewünscht, einen neuen Wirtschaftsblock USA.-China über das Silber als Währungsmetall zu bilden: Dies war der außenpolitische Sinn der Remonetisierung des Silbers in USA., nach welcher also bis zu ein Viertel des Metallschatzes der Währung vom USA.-Schatzamt in Silber angelegt werden konnte. Aber ziemlich das Gegenteil des erwarteten Erfolgs war eingetreten: China stieß in so großer Menge das Silber ab, daß die dadurch bedingte Bargeldknappheit in China zu einer Deflationskrise führte und so die Einführung einer Papierwährung im Innern unvermeidlich machte, die dann mit der Goldwährung nach außen im Anschluß an den Pfund-Dollar-Kapitalententeblock verbunden wurde. Da ferner die Ausfuhr von Silber aus China großenteils an Stelle der Ausfuhr von Waren getreten war, so ergaben sich auch sonstige Störungen. Über die wirtschaftlichen Erwägungen hinweg aber schritten 1936 die politischen Rücksichten. USA. schloß sich gegen Japan der englischen Politik an: eine finanzielle Kräftigung Chinas erschien als Vorbedingung für eine Rüstungsfinanzierung. 1937 entschloß sich USA. zu einem weiteren Entgegenkommen: Um China für Waffen- und Munitionseinkäufe leistungsfähig zu machen, willigte USA. in einen Austausch von chinesischem Silber gegen USA.-Gold ein (wobei der hohe Silberpreis nur durch die USA.-Silberaufkäufe gehalten wurde), und es sah außerdem Kredite an China vor für „Währungsstützung“.

Die militärische Politik von USA. gegen Japan aber hatte immer seit 1933 eine beträchtliche Aktivität gezeigt. 1933 erfolgte die Anerkennung der Sowjetunion. Dann wurde ein Flottenbau-

programm entwickelt und immer rascher durchgeführt, die Luftstraße über den Pazifischen Ozean gebaut, Pearl Harbour, und die Hawaii-Stellung überhaupt, zu einer der auch künstlich stärksten Festungszonen der Welt ausgestaltet und die großen USA.-Flottenmanöver in die Räume westlich dieser Stellung gelegt.

Wichtiger noch als die finanziellen Hilfeleistungen war wohl die Begründung einer USA.-Kriegsindustrie in China, mit Billigung, wenn auch nicht auf direkte Veranlassung der USA.-Regierung. 1935 bauten die Curtiß Wright in Hangtschau eine Flugzeugfabrik, die dann sehr bald die Belieferung der chinesischen Regierung mit Kriegsflugzeugen aufnahm. Als eine Tochtergesellschaft der Pan-America-Airways wurde die China National Aviation Corporation gegründet.

F r a n k r e i c h verfolgt seine eigenen politischen Ziele in den an Französisch-Indochina angrenzenden südchinesischen Provinzen, vor allem Yunnan, Kwangsi und Kwangtung, d. h., es gedenkt oder gedachte sogar noch Ende 1939, sich diese Provinzen schließlich anzueignen und suchte sie also einstweilen wirtschaftlich von sich aus zu organisieren. Bis 1936 ging es daher in seinem Wunsch nach einer schwachen chinesischen Zentralregierung mit Japan zusammen, mit dem es durch traditionelle Beziehungen der Freundschaft verknüpft war. Diese waren auch durch sein Bündnis mit Rußland, sowohl 1895 und dann auch wieder seit Mai 1935 nicht wesentlich gestört, da Frankreich Wert darauf legte zu betonen, daß sich dieses Bündnis praktisch nur auf Europa beziehe. Auch die Entente mit England hatte Frankreich 1934 nicht veranlassen können, eine schärfere Erklärung gegen das Amau-Programm zu erlassen. Erst die weiteren Verschärfungen in den Beziehungen zwischen England und Japan und der engere Zusammenschluß Englands und Frankreichs in Europa führten seit 1936 zu einer gegen Japan unfreundlicheren Haltung. Aber erst seit dem Vorstoß der Japaner an der Küste entlang nach Süden, seit der Besetzung Hainans und der Spratleys-Inseln sind die Beziehungen schlecht und fast unfreundlich geworden.

D a s d e u t s c h e V o l k hat für den nationalen Aufstieg und Aufbau des japanischen Volkes immer, seitdem es sich, nach 1870, in die großen Völker der Weltpolitik eingereiht hat, ein sehr starkes und lebendiges Interesse gehabt und auch durch die Tat bewiesen. Es hat dann nach dem Weltkrieg auch ein tiefes Verständnis ge-

wonnen für das chinesische Volk, das unter dem Druck feindlicher Bajonette und Kanonen von kapitalistischem Machtwillen und kapitalistischer Profitgier ausgebeutet und als Volkheit mißhandelt wurde, und es hat also das Erwachen des chinesischen Volkes zu nationalem Selbstbewußtsein mit herzlicher Freude und mit voller Sympathie verfolgt. Es hat auch Verständnis für die Zwangslage, in der sich das japanische Volk und die japanische Regierung schließlich keinen anderen Ausweg wußten, als die Neugestaltung Ostasiens in der Weise einzuleiten, wie dies dann seit 1931 geschehen ist. Das deutsche Volk und also auch der neue Staat des deutschen Volkes empfanden und empfinden also ebenso lebhaft für das chinesische Volk wie für das japanische Volk. Folglich ist uns das Erlebnis des gegenwärtigen Kriegszustandes in China, der beiden Gegnern auch physisch außerordentlich schwere Opfer auferlegt hat und noch immer auferlegt, höchst schmerzlich. Wir wünschen darin nur einen Zwischenzustand zu sehen, der einer besseren und gerechteren Ordnung in Ostasien Platz machen und den ostasiatischen Völkern die Bildung einer gemeinsamen Front ermöglichen wird, um sich in freier kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung gegen alle Ausbeutungen und gegen alle Annexionen angelsächsischer und französischer Herkunft zu sichern.

Dazu kommt, daß die ideale Grundlage in den Beziehungen des deutschen Volkes zu den großen ostasiatischen Völkern und Kulturen dank der Erkenntnisse der Rassenlehre und dank der hohen Bewertung dieser Erkenntnisse auf beiden Seiten für die Zukunft gesichert ist. Wir haben uns von einer weltbürgerlichen Ideologie des Liberalismus freigemacht, die ja bei den tatsächlichen großen Verschiedenheiten der Rassen untereinander und der durch sie vermittelten Anlagen nur zu Mißverständnissen und Enttäuschungen führen konnte und geführt hat; diese Ideologie haben übrigens die ostasiatischen Völker niemals mit uns geteilt. Wir sind gegenwärtig ebenso weit entfernt von der französischen Praxis der Rassenvermischung, wie vom angelsächsischen Rassengrößenwahn. Wir wissen also um die grundsätzlichen Verschiedenheiten der Rassen und der Kulturen, die sie geschaffen haben; eben deshalb wissen wir aber auch, daß gerade diese grundsätzliche Verschiedenartigkeit jede unmittelbare Wertvergleichung von vornherein ausschließt. Dieses Wissen ist den ostasiatischen Völkern, wie bereits gesagt, niemals in dem Maß verlorengegangen wie der west-

lichen Welt. Also: Es gibt Rassen; es gibt aber nicht eine feststehende Rangordnung der Rassen, sondern die Rassen stehen nebeneinander, gerade weil großenteils in ihren tiefsten Veranlagungen unvergleichbar. Wohl aber gibt es für jede einzelne Rasse sehr verschiedene Grade der Hochwertigkeit, in der sie ihre Anlagen verwirklichen kann, selbstverständlich auf der Grundlage der in dieser Rasse überhaupt liegenden Möglichkeiten. Die japanische und die chinesische Kultur werden uns immer in vielen ihrer Äußerungen fremdartig vorkommen, aber wir wissen, daß Japaner und Chinesen an der Hochwertigkeit ihrer Kulturen mit ebenso großer Hingabe und Begeisterung und mit ebenso berechtigtem Stolze arbeiten, wie wir an der Hochwertigkeit unserer Kultur. — Wir haben übrigens auch erkannt, daß wir gerade in bezug auf praktische Rassenpflege mancherlei von den beiden großen ostasiatischen Völkern lernen können.

Wir waren immer bereit, die Japaner und Chinesen bei uns lernen zu lassen, was immer sie lernenswert fanden. Wir sind dazu auch heute bereit, verlangen selbstverständlich volle Gegenseitigkeit des geistigen Austausches. Wir schätzen den Japaner und den Chinesen als persönlich verläßlich, wenn man einmal wirklich sein Vertrauen gewonnen hat, das von äußerer Höflichkeit wohl unterschieden werden muß und auch wohl zu unterscheiden ist. Wir haben zum Aufstieg und zur inneren und damit schließlich auch zur äußeren Befreiung des ostasiatischen Menschen von weißer politischer und wirtschaftlicher Herrschaft sehr viel beigetragen, indem wir eben dem Ostasiaten die vollen Bildungsmöglichkeiten unserer Hochschulen und unserer Wehrmacht zur Verfügung stellten und dadurch andere Völker veranlaßten, das gleiche zu tun. Wir haben nach dem Krieg die Preisgabe unserer Exterritorialität in China freiwillig anerkannt und haben dadurch auch immer mehr andere Völker veranlaßt oder gezwungen, das gleiche zu tun. Wir haben übrigens mit der Aufgabe dieser Territorialität keine schlechten Erfahrungen gemacht: der Chinese als Richter ist gerecht und gut. Wir haben keine machtpolitischen Absichten irgendwelcher Art in Ostasien überhaupt, und also auch nicht in China. Wir wünschen, daß Ostasien den notwendigen Prozeß seiner Zusammenfassung in sich selbst, seiner politischen Festigung und Befriedung zum Schutz seines eigenen Lebensraumes und seiner politischen Selbständigkeit gegenüber angelsächsischer Bevormundung und Vorherrschaft möglichst bald und harmonisch vollzieht und daß sich die uns eng und herz-

lich befreundeten Völker Japans und Chinas, aber auch Siams, in freundschaftlicher Aufbauarbeit zusammenfinden. Mit diesem in seinen Völkern befriedeten, politisch gefestigten, wirtschaftlich und militärisch starken Ostasien, das so seine hohen Kulturanlagen voll entfalten kann, wünschen wir eine von den starken Sympathien der Völker getragene politische Freundschaft mit engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu pflegen.

Zunächst aber, und das war die Lage von 1936, sah sich Japan einer klaren wirtschaftlichen Abdrosselungspolitik gegenüber, wie sie genau so auch gegen Deutschland von den angelsächsischen Mächten und ihren Trabantenmächten mit all den diesen Mächten zur Verfügung stehenden Mitteln durchgeführt wurde und auch weiterhin durchgeführt wird. Auf der anderen Seite konnten wir die starke Anlehnung Chinas an die angelsächsischen Mächte und an Frankreich, und über Frankreich auch an Rußland, die uns nicht sympathisch sein konnte, nicht verkennen. Aus diesem Bewußtsein einer wirtschaftspolitisch und außenpolitisch verwandten Lage, also gleichartiger Bedrohung durch die gleiche Mächtekonstellation ist der Anti-Komintern-Pakt Deutschland—Japan hervorgegangen. Man hat längst vor dem Herbst 1939, vor allem in Washington ausgesprochen, daß die eigentliche Front dieses sogenannten Antikominternpaktes sich gar nicht gegen Rußland richte, sondern gegen die angelsächsischen Mächte. Man hat von angelsächsischer Seite immer wieder die Vermutung ausgesprochen, daß sein Schwerpunkt in Geheimklauseln liege; man konnte dafür mit einiger Berechtigung anführen, daß der Inhalt des Vertrages, so wie er im Wortlaut vorliegt, durch einen den üblichen geschäftsmäßigen Bereich nicht überschreitenden Briefwechsel der beiderseitigen Polizeiminister hätte erreicht werden können. Der Anti-Komintern-Pakt aber enthält keine Geheimklauseln, soll aber der Ausdruck jener Interessengemeinschaft sein, von der oben die Rede war.

III. Hauptteil

Japans wirtschaftsstrategische Lage

Japan hat sich um die Wende der 30er Jahre einer außerwirtschaftlichen Krise schwerster Art gegenüber gesehen, die zu einem Dauerzustand zu werden drohte, und die im wesentlichen von Faktoren abhängig war, die zu ändern nicht in der Macht der japanischen Wirtschaft lag, wohl aber bei Staaten, die Japans wirtschaftlichem, nationalem, und in letztem Grunde auch politischem Aufstieg unfreundlich oder ausgesprochen feindlich gegenüberstanden und gegenüberstehen. Diese außenwirtschaftliche Dauerkrise drohte angesichts der ganzen Wirtschaftslage Japans zu einer nationalen Katastrophe zu werden, wenn es Japan nicht gelang, seine Wirtschaft auf eine neue, in Ostasien selbst erweiterte Grundlage zu stellen durch enge Angliederung nicht nur der ganzen Mandschurei, sondern auch weiter Gebiete Mittel- und Nordchinas.

Wenn daher nicht Erwägungen der Bedrohung der internationalen Machtstellung Japans für das Vorgehen gegen die Mandschurei und gegen Nordchina 1931—1933, später, 1937, für die Aufnahme des chinesischen Krieges maßgebend gewesen wären, so würden rein wirtschaftliche Momente nicht nur eine erhebliche Ausweitung des wirtschaftlichen Einflusses Japans in China gefordert haben, sondern auch die dauernde politisch-militärische Sicherung dieses Einflusses. Wer davon ausgeht, daß eine solche Ausweitung und Sicherung sich nur durch militärisch-politische Eroberungen, nicht aber durch friedliche Verständigung zwischen den Staaten erreichen lasse, der hätte also schon aus wirtschaftlichen Gründen das militärische Vorgehen Japans in der Mandschurei und in China als unvermeidlich angesehen, wenn sich Japan eben nicht von der Wirtschaft her schließlich auch politisch erdrosseln lassen wollte. Wir sind der Ansicht, daß derartige lebenswichtige wirtschaftliche Abhängigkeiten und somit wirtschaftliche Lebensinteressen von Staaten und Völkern in der Gegenwart

auch auf anderem Wege, nämlich auf dem Wege enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit bzw. Arbeitsteilung, wenn auch allerdings nicht durch Staatsverträge allein hinreichend gesichert werden können. Aber die Schaffung solcher neuer zwischenstaatlicher Lebensformen auf dem Gebiete der Wirtschaft und von der Wirtschaft her setzt eine entsprechende psychologische Einstellung bei den Völkern voraus.

Diese außenwirtschaftliche Krise Japans, die sich in den dreißiger Jahren katastrophal zuzuspitzen drohte, in ihren wesentlichen Momenten zu schildern, ist die Aufgabe dieser Darstellung. In dieser Krise faßte sich die wirtschaftsstrategische Lage Japans zusammen und sie ist also auch grundlegend für das Verständnis dieser wirtschaftsstrategischen Lage.

Bevor wir aber die Krise in ihrem Verlauf schildern können, sind offenbar die allgemeinen Voraussetzungen der japanischen Außenwirtschaft darzustellen. Hier gliedern wir nach der eigenwirtschaftlichen Ausstattung, also der Eigenproduktivkraft Japans, der entwickelten, also in der gegenwärtigen Wirklichkeit gegebenen und der möglichen; — nach der Raumlage Japans unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten; — nach der außenwirtschaftlichen Machtstellung Japans.

I. Die allgemeinen Voraussetzungen von Japans Außenwirtschaft

Vorfrage: Grenzziehung zwischen Japans Außenwirtschaft und Binnenwirtschaft

Zunächst ist noch eine wichtige Vorfrage zu klären: *wie weit erstreckt sich Japan unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten?*

Die japanische Statistik beschränkt — entsprechend der englischen und französischen und der Statistik der anderen Völker mit Kolonialbesitz — den eigenen Wirtschaftsbereich auf das eigentliche Japan, also auf die vier Hauptinseln und ihre Nebeninseln. Wenn durch dieses Verfahren schon im Falle Englands die Außenwirtschaftsstatistik völlig verfälscht wird, so erscheint die Abtren-

nung der somit von der japanischen Statistik als Außengebiete betrachteten japanischen Kolonialgebiete: *Tschosen* und *Taiwan* erst recht untragbar, denn diese Gebiete schließen sich auch räumlich eng an Japan an. Also unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten erscheint es zunächst selbstverständlich, daß wir diese Gebiete einfach der japanischen Wirtschaft zurechnen. Daraus ergeben sich allerdings sofort beträchtliche statistische Schwierigkeiten, über die wir aber an dieser Stelle hinwegsehen können.

Die wirklichen Schwierigkeiten liegen aber tiefer. Denn politisch wird man immer zwischen Hauptland und Kolonialländern wesentlich unterscheiden müssen: sie sind gewöhnlich, so auch im Falle Japans, nach Rasse, nach volklicher und kultureller Zugehörigkeit, nach Wünschen und Sympathien sehr verschieden orientiert: in Taiwan bilden Chinesen die Hauptmasse der Bevölkerung, daneben noch Ureinwohner in den Gebirgen, die erst seit den letzten Jahrzehnten allmählich unterworfen werden; Tschosen ist bevölkert von Koreanern. Selbst angenommen, daß die chinesischen Bewohner von Taiwan und die Koreaner politisch oder wenigstens außenpolitisch großjapanisch denken würden, so bleibt die japanische Herrenschicht in der Armee, der Verwaltung, der Wirtschaft, doch eine Schicht fremden Volkstums, fremder Kultur, fremder Sprache, und die japanische Herrschaft wird daher mehr oder weniger im Bewußtsein oder Unterbewußtsein als Fremdherrschaft empfunden werden.

In viel loserem Zusammenhang als Tschosen und Taiwan steht aber *Mandschukuo* zu Japan: es ist dem Namen nach ein selbständiges Kaiserreich unter einer selbständigen Dynastie, nämlich einem Zweig der alten chinesischen Mandschu-Dynastie. Trotzdem ist Mandschukuo doch wesentlich unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten als japanisches Kolonialgebiet zu betrachten.

Nunmehr ergibt sich die weitere Frage, wie man Nordchina und Mittelchina, wenn sie als selbständige Staaten von Japan und Unterjapan eingerichtet sein werden, und wie man den Staat der Inneren Mongolei unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten in Zukunft behandeln wird. Aber diese Frage hat für die Vergangenheit noch keine Bedeutung: hier ist China im Verhältnis zu Japan außenwirtschaftlich Ausland.

Mit dieser äußeren Regelung ist nun aber die Frage, was Innenwirtschaft, was Außenwirtschaft für Japan selbst ist, und welche Bedeutung die beiden für die japanische Machtstellung

haben, noch nicht völlig geklärt. Das japanische Reich zählt gegenwärtig (1939) etwa 104 000 000 Einwohner, mit Mandschukuo etwa 140 000 000, und wenn man die von Japan besetzten chinesischen Gebiete Nord- und Mittelchinas hinzurechnet, noch etwa 200 bis 220 Millionen Menschen mehr. Aber auch ohne diese chinesischen Gebiete sind von den 140 Millionen Japans (einschließlich Mandschukuos) nur etwa 70 bis 72 Millionen Japaner, also etwas mehr als die Hälfte, und sie drängen sich im eigentlichen Japan, also auf den japanischen Hauptinseln zusammen. Denn unter den 24 Millionen der Bevölkerung Tschosens sind nur einige Hunderttausend Japaner, die, soweit sie in privatwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit stehen, also nicht der Verwaltung oder dem Heer angehören, fast ausschließlich auf die größeren Städte entfallen. Dem Prozentsatz nach vielleicht größer, der absoluten Zahl nach, mit ca. 0,2 Millionen von 5,3 Millionen kleiner, ist der japanische Anteil an der Bevölkerung Taiwans. Auch die Zahl der Japaner in Mandschukuo dürfte die Zahl von einer Million kaum erreichen, jedenfalls nicht, wenn man die japanischen Truppen in der Mandschurei nicht einbezieht.

Nun ist es zwar für die japanische Außenhandelsbilanz einerlei, ob ein Baumwollgewebe, das in Java verkauft wird, in einer Fabrik in Osaka oder in Tschosen hergestellt wurde, und es ist auch einerlei, ob Eisenerz aus Malaya oder aus Südwestaustralien schließlich beim Bau einer Brücke im Herzen Japans oder beim Aufbau eines Stahlwerks in Mandschukuo Verwendung findet. Aber diese verschiedene volksmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung des japanischen Reiches und die Überordnungs- bzw. Unterordnungsbeziehungen samt den staatlichen Organisationsformen, die sich daraus ergeben, sind nicht einerlei für die Leistungen der japanischen Wirtschaft nach außen und für die Bedürfnisse der japanischen Wirtschaft von außen her. Die Leistungsfähigkeit einer fremdsprachigen Arbeiterschaft, wie der koreanischen in Tschosen, der chinesischen in Mandschukuo oder Taiwan wird gerade in hochentwickelten Industrien durch die Schwierigkeit der Verständigung nicht voll ausgenutzt werden können, zumal die chinesische Sprache besonders schwierig zu erlernen ist, vor allem die gesprochene Sprache mit ihren vielen Dialekten; sie hängt bekanntlich mit der Schriftsprache überhaupt nicht unmittelbar zusammen, weil im Chinesischen nicht Laute geschrieben werden, sondern Begriffe, d. h. Symbole der Begriffe. Es wäre aber auch möglich, daß die japanische Staatsleitung die abhängigen und bisher noch teilweise wenig innerlich gewonnenen Völker von wichtigen, vor allem kriegswichtigen Produktionen und von höheren Stellungen in der Wirtschaft fernhalten will, um dem Entstehen einer modernen Führerschicht für fremde Nationalitätsbewegungen vorzubeugen. Es wäre auch möglich, daß diese fremdnationalen und fremdsprachigen Arbeitermassen wirklich eines Tages (und dann wahrscheinlich eines für die japanische Regierung besonders ungeeigneten Tages) in einen politischen Streik eintreten und Sabotageakte vornehmen würden. Diese können sich z. B. im Kriegsfall besonders bedenklich auswirken. — Ähnliche Schwierigkeiten sind auf der Verbrauchsseite vorhanden. Die 30 Millionen Chinesen in Mandschukuo haben andere Verbrauchsbedürfnisse, verfügen auch über eine andere Verbrauchskraft als 30 Millionen Japaner auf der Hauptinsel, ihre Erhaltung mag auch der Regierung in Tokio weniger Sorgen machen, als 30 Millionen Japaner auf den Hauptinseln. Andererseits hat die japanische Regierung sehr erhöhte Ausgaben aufzuwenden für Befriedigung und Sicherung Mandschukuos, also Ausgaben für militärische und Verkehrszwecke und für die wirtschaftliche Entwicklung überhaupt, und Ausgaben, die großenteils nicht auf die Bevölkerung des Landes selbst gelegt werden können, sondern die als Investierungsausgaben von der japanischen Staats- und Privatwirtschaft übernommen und als Kapitalbedarf verrechnet werden müssen. Also der komplizierte Aufbau des japanischen Reiches in sich selbst mit seiner sehr starken vertikalen Gliederung muß auch in der Außenwirtschaft berücksichtigt werden. Eine sehr schwere Schädigung dieser Außenwirtschaft durch Abdrosselung wird z. B. die Existenz des japanischen Reiches in seiner jetzigen Gestalt unmittelbar bedrohen, da große Teile dieses japanischen Reiches nur durch die Überlegenheit der japanischen Ware und der japanischen Wirtschaft und durch die darauf auch wesentlich beruhende militärische Überlegenheit Japans bei diesem Reich gehalten werden können. Die Frage also, welche Gesichtspunkte der japanischen Binnenwirtschaft und welche der japanischen Außenwirtschaft angehören, ist nicht eindeutig zu beantworten, wie dies etwa bei Deutschland und bei fast allen europäischen Ländern ohne Kolonialbesitz der Fall ist, sondern man wird die Begriffe Binnenwirtschaft und Außenwirtschaft je nach dem Sinn der jeweiligen Frage elastisch behandeln.

A. Die objektiven Voraussetzungen für die japanische Außenwirtschaft

Der Vergleich zwischen England und Japan drängt sich wieder unmittelbar auf: beide sind als Inseln ihren Kontinenten vorgelagert, und zwar jeweils kontinentalen Massen, die zu den dichtest besiedelten Gebieten der Erde gehören. England ist auf Grund dieser Insellage das reichste Land der Welt geworden (die Feststellung gilt mit starken Vorbehalten; aber diese Vorbehalte mögen an dieser Stelle unberücksichtigt bleiben). Die Entwicklung der letzten zehn Jahre führte dagegen Japan hart am Rande einer außenwirtschaftlichen Katastrophe entlang, die sich zu einer nationalen Katastrophe entwickelt hätte, wenn nicht Japan schließlich die Schlinge, die ihm um den Hals gelegt war, zerrissen hätte. Man wird also zweckmäßig bei der Betrachtung der objektiven Voraussetzungen der wirtschaftsstrategischen Lage Japans den Vergleich mit England immer im Auge behalten.

1. Die eigenwirtschaftliche Ausstattung Japans

Vergleichen wir das eigentliche Japan, also die vier Hauptinseln mit ihren Nebeninseln, mit England: Japan hat 380 000 qkm, England (= Großbritannien = England-Wales + Schottland + Nordirland) 243 000 qkm. Während sich England durch neun Breitengrade erstreckt, erstreckt sich Japan durch 15, so daß sich daraus für England eine durchschnittliche Tiefe der Landmasse von 243 km, für Japan von 236 km ergeben würde. Die japanische Küstenlinie verläuft anders als die englische, nämlich viel flacher gebuchtet. Während England sich um eine nord-südliche Hauptachse gliedert, bilden die japanischen Hauptinseln die Katheten eines rechtwinkligen und ziemlich gleichschenkligen Dreiecks. Dadurch verringert sich die durchschnittliche Breite der japanischen Hauptinseln auf etwa 125 km. Die für die moderne großindustrielle Entwicklung so wichtige Massigkeit und Tiefe der städtisch-gewerblichen Siedlung, wie sie etwa im Raum: London—Midlands—Sheffield—Liverpool erreicht ist, ist in Japan viel schwerer zu erreichen. Wichtiger ist noch die Breitenlage selbst. England erstreckt sich vom 50. Grad an nördlich etwa 9 Grade, Japan vom 45. Grad an südlich etwa 15 Grade. England liegt also in der kühl-gemäßigten, Japan in der warm-gemäßigten Zone. Wegen

des Golfstromes ist England wärmer, als man sonst nach der geographischen Lage erwarten sollte. London hat 9,8° durchschnittliche Jahrestemperatur; Tokio, 15 Breitengrade südlicher, 13,8°. Die Ostlage zum Meer gibt England seine sehr gleichmäßige Temperatur: der Temperaturunterschied zwischen dem wärmsten und dem kältesten Monat beträgt selbst in dem weit im Osten und an der Ostabdachung der Insel, kontinentnah gelegenen London nur 13,9°; die Westlage zum Ozean bedingt für Japan sehr viel größere Temperaturunterschiede, also ein Klima, das sich mehr dem annähert, was wir als Kontinentalklima bezeichnen: der Unterschied zwischen dem wärmsten und dem kältesten Monat beträgt in dem auf der Ozeanseite gelegenen und ozeannahen Tokio 23,5°.

a) Landwirtschaft und Forstwirtschaft

Die Hauptgetreidefrucht in England ist Weizen, mit Hafer und Gerste an zweiter Stelle. Die Hauptgetreidefrucht Japans ist weitaus der Reis. — Von der gesamten Bodenfläche Englands werden 195 000 qkm landwirtschaftlich genützt; davon sind 57 000 qkm Heide und Bergweide von geringer Ertragfähigkeit. In Japan beträgt die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche 100 000 qkm; davon sind nur 60 000 qkm Ackerland, der Rest Wiese und Weide. — Nach den Feststellungen des landwirtschaftlichen Erzeugungsamtes Englands im Weltkrieg könnte England unter Beibehaltung der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Bewirtschaftung und beim gegenwärtigen Verbrauch 32 Millionen Menschen (bzw. mit Einschluß des Gebietes des Irischen Freistaates 41 Millionen Menschen) bei angemessen rationeller und sorgfältiger Bewirtschaftung aus eigenem Boden ernähren. Ein beträchtlicher Teil der englischen „Kultur-Wiese- und Weidefläche" könnte aber auch unmittelbar für die Getreideerzeugung nutzbar gemacht werden und so sehr viel mehr Menschen ernähren. In Japan dagegen ist das Ackerland nur sehr beschränkt ausdehnungsfähig; in vielen Teilen des Landes und gerade in den Teilen besonders intensiver Reiskultur überhaupt nicht. England könnte theoretisch auch heute noch seine ganze Bevölkerung aus eigenem Boden ernähren. Japan kann für die Ernährung seiner Bevölkerung weder den Reis Taiwans und Tschosens, noch die Sojabohne der Mandschurei und andere Hülsenfrüchte Tschosens entbehren. In bezug auf Zucker ist dagegen Japan großenteils

auf Einfuhr angewiesen. Der Zuckerrübenanbau spielt einstweilen in Japan und seinen Kolonien keine Rolle. Der Rohrzuckeranbau ist auf die halbtropischen Gebiete beschränkt. Er deckt jedenfalls einstweilen nicht entfernt den Bedarf. Seine Fleischversorgung aber baut Japan hauptsächlich auf seine große Fischerei von der Ochotsk-See bis in die australischen Gewässer hin auf, die als Heimerzeugung gilt.

In der folgenden Tabelle vergleichen wir die Bevölkerungsdichte in England und in Japan.

	Japan	England
auf 1 qkm Gesamtfläche . . .	186 Menschen	192 Menschen
auf 1 qkm landwirtschaftlich genutzte Fläche	730 Menschen	240 Menschen
auf 1 qkm landwirtschaftliche Kulturfläche	1215 Menschen	338 Menschen

Trotz der größeren Erträge der Reiskultur gegenüber der Weizenkultur (und die Hälfte der Ackerfläche Japans ist der Reiskultur gewidmet), tritt die Übervölkerung Japans unter dem Gesichtspunkt der landwirtschaftlichen Eigenversorgung klar hervor. Zwar sind auch in der landwirtschaftlichen Erzeugung Japans noch Steigerungen möglich, vor allem durch intensivere Kunstdüngung, durch bessere Sortenwahl und Samenzucht. Aber ihre Durchführung ist gerade bei dem herrschenden Kleinbetrieb ,teilweise noch in Verbindung mit einem kapitalistisch leistungsunfähigen Pachtbetrieb schwierig.

Die Ernährungsfrage ist für Japan um so ernster, als die Bevölkerung des eigentlichen Japan noch immer jährlich um eine Million Menschen zunimmt.

Mit starker Heranziehung seiner Kolonialgebiete ist es aber Japan in den letzten Jahren gelungen, sich in der Versorgung mit seinen lebenswichtigen pflanzlichen Nährstoffen, dem Reis und der Soja (wegen ihres großen verdaulichen Eiweiß- und Ölgehaltes neben Kohlehydraten und wegen ihres starken Gehaltes an Geschmacksstoffen: der unter Ernährungsgesichtspunkten hochwertigsten Pflanze der Welt) vom Ausland unabhängig zu machen. Die frühere Reiseinfuhr aus dem indochinesischen und hinterindischen Raum hat in normalen Erntejahren aufgehört. — Für Weizen besteht allerdings ein Einfuhrbedarf (aus Australien), der wertmäßig durch die Ausfuhr von Weizenmehl ungefähr ausgeglichen wird; doch ist hier die Eigenerzeugung in starker Steigerung begriffen. Die Reisproduktion in Taiwan ist weiterer Ausdehnung fähig, wenn auch bei starkem Arbeitsaufwand der dortigen landwirtschaftlichen (chinesischen) Bevölkerung. Die Erzeugung an Sojabohnen und auch an Weizen kann in Mandschukuo auf absehbare Zeit unbegrenzt gesteigert werden; Träger der Erzeugung sind allerdings auch dort die Chinesen. Tschosen ist schon heute landwirtschaftlich übervölkert, muß für die Ernährung seiner Städte Reis und anderes Getreide einführen, und sendet jährlich einen Teil seines Zuwachses an landwirtschaftlicher Bevölkerung nach Mandschukuo als Kolonisten. Schwieriger gestaltet sich die Fleisch-Fischversorgung Japans in einem Krieg mit Seemächten, da dann die japanische Fischerei zweifellos sehr leiden wird.

Jedenfalls: Der Boden des eigentlichen Japans wird für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung voll beansprucht. Er hätte auch dann für die Erzeugung der gewichtigeren Faserstoffe tierischer oder pflanzlicher Herkunft wenig Raum, wenn diese in Japan selbst gut gedeihen würden. Dies scheint aber gerade hinsichtlich der praktisch wichtigsten Fasern: Baumwolle und Wolle nicht der Fall zu sein. Naturseide ist der natürliche Faserstoff Japans. Sie war lange Zeit sein wichtigstes Ausfuhrprodukt, ist aber heute im Ausland und auch in Japan selbst durch die Kunstseide stark zurückgedrängt; allerdings befindet sich seit einigen Jahren die Seidenraupenzucht in Japan wieder im Aufstieg.

Der Boden Japans ist zu etwas mehr als der Hälfte mit Wald bedeckt (etwa 52 Prozent), wogegen England waldarm ist (etwa 5 Prozent). Während also England fast alles Holz, das es braucht, einführen muß, kann Japan einen großen Teil seines Holzbedarfes (der namentlich auch Heizungsbedarf — Holzkohle — ist), aus eigener Erzeugung decken; der Rest muß aus dem eigenen Kolonialgebiet, namentlich aber aus russischen Gebieten (Sachalin, Küstenprovinz) oder aus Nordamerika (Kanada, USA.) eingeführt werden.

Weitere Rohstoffe tierischer und pflanzlicher Art, an denen Japan knapp ist, oder die es überhaupt nicht besitzt, sind zum Beispiel: Leder, Zucker, Gummi, Ölsamen.

b) Energiestoffe

Mit Kohle ist England vorzüglich, Japan dagegen nur recht mäßig ausgestattet. Die mit den gegenwärtig geübten Abbaumethoden nutzbar zu machenden Kohlenvorräte Japans werden zu 6,1 Milliarden t angegeben; — gegen mindestens 150 Milliarden t und wahrscheinlich beträchtlich mehr in England.

Die japanische Kohlenförderung ist in den letzten Jahren möglichst gesteigert worden, von 37,8 Millionen t 1935 auf 44 Millionen t 1937, also eine Steigerung um 16 Prozent in zwei Jahren*); — gegenüber 264 Millionen t Jahreserzeugung 1937 in England. Würde man aber an Stelle der Gewichtsmengen den Heizwert einsetzen, so wäre das Verhältnis zu England für Japan noch viel ungünstiger; denn die japanische Steinkohle steht mit 6000 bis 7000 Wärmeeinheiten dem Heizwert nach etwa zwischen guter böhmischer Braunkohle und mittlerer deutscher Steinkohle. Dazu kommen als weitere Nachteile der japanischen Kohle hoher Aschengehalt und hoher Schwefelgehalt. Ungünstig ist auch die Aufsplitterung der Lagerflächen in kleine linsenförmige Gebiete, wo allerdings die Kohle dann örtlich eine beträchtliche Dicke erreichen kann. Die wichtigsten Kohlenlager finden sich auf der südlichen Hauptinsel bei Nagasaki; an zweiter Stelle steht die nördliche Hauptinsel Hokkaido. Für die Herstellung von metallurgischem Koks eignet sich Japans Kohle nur in wenigen Sorten und auch dann wird nur ein geringwertiger Koks gewonnen. Die Ausstattung Japans mit Kohle ist also für die Gegenwart unbefriedigend, für die Zukunft ungenügend.

Mit Erdöl steht es nicht besser. Auf den japanischen Hauptinseln findet sich eine ziemlich ausgedehnte Erdölzone, aber sie ist wenig ergiebig. Nachdem die Erzeugung 1915 mit 440 000 t einen ersten Höhepunkt erreicht hatte, war sie 1933 bis auf 197 000 t gefallen. In den letzten Jahren hat man das äußerste aus dem Boden herauszuholen gesucht, und dadurch ist die Erzeugung wieder auf 354 000 t gesteigert worden. Das sind etwa 7 Prozent des Inlandsverbrauches in Friedenszeiten.

*) Die letzten statistischen Zahlen Japans hinsichtlich Güter von kriegswirtschaftlicher Wichtigkeit beziehen sich auf das Jahr 1937 und sind bereits hier ziemlich unsicher; seit Juli 1937 hat Japan unter dem Gesichtspunkt militärischer Geheimhaltung die Veröffentlichung der Zahlen seiner Produktions- und Handelsstatistik weitgehend eingestellt.

Nur mit Wasserkräften sind die japanischen Hauptinseln gut ausgestattet. Die vorhandenen Wasserkräfte („gewöhnlicher Niedrigwasserstand“) werden zu 8,6 Millionen PS geschätzt; — etwa zehnmal soviel als England und etwa viermal soviel als die Altreich-Wasserkräfte. Diese Wasserkräfte haben in den letzten Jahren unter starker Förderung der Regierung einen sehr raschen Ausbau erfahren. Doch bleibt etwa noch die Hälfte dieser natürlich vorhandenen Wasserkräfte nutzbar zu machen. Bei entsprechender Anlage von Wasserspeichern dürfte die praktische Leistungsfähigkeit (PSh) dieser Wasserkräfte mindestens verdreifacht werden können.

In den letzten Jahren (1936) hat ferner die Regierung durch Gesetz die Wasserkräfte des Landes und die aus ihnen gewonnene elektrische Energie unmittelbar unter eigene Leitung gestellt, um den elektrischen Strom möglichst weiten Kreisen der Bevölkerung zu möglichst billigem Preis zur Verfügung zu stellen. Die elektrische Licht- und Kraftversorgung der japanischen Großstädte und Industriegebiete kann heute als restlos durchgeführt gelten; die der kleineren Städte und auch die des flachen Landes befindet sich in starkem Ausbau. Für die japanische Industrie ist billige Energieversorgung um so wertvoller, als der industrielle Kleinbetrieb in Japan sehr verbreitet ist, und zwar — auf dem Wege des Vergebungssystems seitens großer Industriekonzerne, also in einer Art höherer Hausindustrie, — auch dort, wo die europäische Industrie in Großbetrieben arbeitet. Bei dem ziemlich warmen Klima des Landes kann der Strom an sich sehr viel stärker die Kohle ersetzen, als dies z. B. in Deutschland der Fall wäre.

Wie wird die Energiewirtschaft Japans von seinen Kolonialgebieten her ergänzt?

Kohle findet sich in Mandschukuo, in Tschosen, Taiwan und Karafuto. In allen diesen Ländern ist seit einigen Jahren die japanische Regierung um möglichste Steigerung der Erzeugung bemüht. Die Gesamterzeugung ist von 16,2 Millionen t 1935 hinaufgetrieben worden auf 18,1 Millionen t 1936, und sie mag vielleicht gegenwärtig 28 Millionen t erreicht haben. Die Erzeugung verteilt sich zu etwa 70 Prozent auf Mandschukuo, zu 12 Prozent auf Tschosen, zu 10 Prozent auf Taiwan und zu 8 Prozent auf Karafuto. Die Kohle Tschosens ist nicht hochwertig, nicht verkokungsfähig, pulverig bzw. leicht zerfallend, und muß daher, um sie gebrauchsfähig zu machen, im allgemeinen brikettiert

werden. Die Kohlen Taiwans sind ähnlich jenen des Hauptlandes. Das Kohlengebiet Karafutos, das verhältnismäßig zukunftsreich und auch ziemlich leistungsfähig ist, ist infolge seiner ungünstigen Verkehrslage noch weniger erschlossen. Das südostmandschurische Kohlengebiet von Fuschun hat sehr günstige Förderungsverhältnisse. Der Kohlenkörper erreicht hier auf eine Länge von 13,5 km eine Mächtigkeit bis zu 100 m und kann im Tagebau abgebaut werden: ein einzigartiges Vorkommnis auf der Erde. Die Kohle ist aber nicht hochwertig und steht dem Heizwert nach sogar noch unter der Kohle des eigentlichen Japan. Wertvoller, vor allem weil für die Herstellung metallurgischen Kokses brauchbar, ist das andere große Kohlenvorkommen der Südostmandschurei bei Yentai. Einstweilen werden die Kohlenvorräte Mandschukuos zu 2—4½ Milliarden t, die Karafutos zu 1½ Milliarden t angegeben, sie wären also geringer als die des eigentlichen Japan. Doch sind wohl damit nur die erschlossenen bzw. genauer erforschten Vorkommen erfaßt. Namentlich für Mandschukuo ist es bekannt, daß sich an vielen Stellen Kohle findet; die Vorkommen dürften allerdings sehr beträchtliche Aufschließungsarbeiten, namentlich unter dem Gesichtspunkt des Ausbaues der Verkehrswege, d. h. der Eisenbahnen, erfordern. Aber auch bei sehr optimistischer Beurteilung wird man höchstens annehmen wollen, daß die Kohlenfelder der japanischen Kolonialgebiete den japanischen Kohlenbedarf in Zukunft mengenmäßig decken werden, aber kaum gütemäßig zu befriedigen imstande sein werden. Gegenwärtig (1936) müssen etwa 3 Millionen t Kohle höherer Qualität, namentlich verkokungsfähige Kohle, aus China eingeführt werden.

Bei E r d ö l sind die Leistungen der Kolonialgebiete noch viel unbefriedigender als bei Kohle. Tschosen scheint überhaupt kein Erdöl zu haben, auch nicht Karafuto (= Südsachalin). In Taiwan finden sich zwar an zahlreichen Stellen Spuren von Erdöl, aber die Bohrungen waren bisher enttäuschend: nennenswerte Lagerstätten sind nicht erschlossen worden. Die einzige wichtige Erdölerzeugung des japanischen Kolonialgebietes liegt in Mandschukuo, und zwar handelt es sich hier nicht eigentlich um Öllager, sondern um Ölschiefer, die das Kohlenvorkommen von Fuschun in einer Dicke bis zu 150 m als Deckgebirge überlagern. Die Jahresausbeute (Erdöl + Benzine und verwandte flüchtige Kohlestoffverbindungen) dürfte hier, wieder unter stärkstem Druck der Regierung, gegenwärtig auf etwa 300 000 t gesteigert sein.

Hier mag man auch das Erdölkonzessionsgebiet Japans im russischen nördlichen Teil der Insel Sachalin erwähnen, dessen Ausbeutung durch Japan auf Staatsvertrag beruht, also insofern der russischen Souveränität entrückt ist. Auch hier hat Japan gegen starke und wachsende russische Widerstände (vor allem von der Arbeiterfrage her) in den letzten Jahren die Erzeugung beträchtlich gesteigert (von 151 000 t 1935 auf 215 000 t 1937).

Die Wasserkräfte Karafutos und Taiwans dagegen dürften sehr groß sein, sind aber bisher offenbar noch nicht näher erforscht und werden höchstens örtlich in moderner Weise abgebaut. Während Tschosen mit seiner sehr dichten, fleißigen, aber landwirtschaftlich zu wenig ausgenützten, also landwirtschaftlich „teilarbeitslosen" Bevölkerung der Entwicklung von Kleinindustrien nach dem Muster des japanischen Hauptlandes sehr gute Voraussetzungen bieten würde, wenn die Wasserkräfte erschlossen würden, — es ist allerdings fraglich, ob das gegenwärtig oder in absehbarer Zukunft in der Absicht der japanischen Regierung liegt, — sind in Karafuto und Taiwan einstweilen kaum die Voraussetzungen für eine rationelle Verwertung des Stromes in Licht und Kraft für die Versorgung einer zahlreichen Bevölkerung in hochqualifizierten oder kleingewerblich betriebenen Industrien gegeben. Die Mandschurei dagegen dürfte viel geringere und ungünstigere Möglichkeiten für den Ausbau von Wasserkräften bieten: die Industrie Mandschukuos, übrigens ihrem Wesen nach Großbetrieb, wird für absehbare Zeit auf die Kohle angewiesen bleiben, auch dort, wo die Kohle oder die Wärme nicht unmittelbar zum Produktionsprozeß gehört.

Das Gesamtergebnis ist also: die Versorgung des japanischen Reiches mit Kohle ist zwar qualitativ schlecht, aber mengenmäßig für die Gegenwart hinreichend. — Dagegen besteht an Erdöl und also an den gerade wehr- und kriegswirtschaftlich so wichtigen flüssigen Triebstoffen sehr starker Mangel. Nur etwa 14 Prozent des normalen Friedensverbrauches konnte hier Japan bisher aus der Erzeugung des eigenen Reichsgebietes decken. Es ist daher auf der Grundlage der Fuschunkohle zur Kohlehydrierung übergegangen. Daneben hat es große Vorräte an Mineralölen angesammelt bzw. die ausländischen, im japanischen Hoheitsgebiet arbeitenden Ölvertriebsgesellschaften gezwungen, große Vorräte zu halten. — Die mangelhafte Kohlenversorgung wird nur für das eigentliche Japan in gewissem Umfang ausgeglichen durch die reichen Wasser-

kräfte. Doch können diese gerade die mangelnden Motorentriebstoffe, wie sie die Wehrmacht braucht, nicht ersetzen.

c) *Metalle und andere wichtige Mineralien*

Weitaus an erster Stelle der Wichtigkeit steht hier das *Eisen*. *Japan* ist ein an Eisenerzen ungewöhnlich armes Land. Die Eisenerze, die es abbaut, sind zwar hochwertig (etwa 50prozentig), aber die anstehenden Vorräte sind sehr gering. Titanhaltige Eisensande, die in größeren Mengen vorkommen, sind von der gegenwärtigen Hüttentechnik nicht oder nur sehr schwer zu verwenden; die Förderung dieser Eisensande war daher 1937 eingestellt. Der Eisengehalt der japanischen Eisenerzförderung betrug 1936 359 000 t: auch hier war die Erzeugung möglichst gesteigert, sie hatte sich verdreifacht seit 1932.

Die sehr mangelhafte Ausstattung des eigentlichen Japans mit Eisenerzen wird auch nicht durch die *kolonialen Gebiete* ausgeglichen. Die Eisenerze Tschosens sind zwar sehr hochwertig (50—65 Prozent), aber die Vorräte sind klein. Die Eisenerzlager in Mandschukuo sind zwar größer als die Japans und Tschosens, aber nicht so hochwertig. In Karafuto und Taiwan sind Eisenerzlager bisher nicht bekannt. Die Förderung von Eisenerzen entsprach 1936 für Tschosen einer Roheisenerzeugung von etwa 300 000 t, für Mandschukuo von etwa 600 000 t. Der Gesamteisengehalt der gegenwärtig (1939) unter dem Druck der Kriegswirtschaft im japanischen Reich geförderten Eisenerze mag auf 1,5—2 Millionen t geschätzt werden. Im Frieden wurde die Roheisenerzeugung Japans (1936) mit gegen 3 Millionen t (wovon 2 Millionen t auf das eigentliche Japan entfielen, 0,6 Millionen auf Mandschukuo und 0,2 Millionen auf Tschosen) zu etwa 40 Prozent aus eigenen Erzen gedeckt.

Für die *Stahl*erzeugung gestaltet sich die Beschaffung der Ausgangsmaterialien für Japan noch ungünstiger. Die Rohstahlerzeugung Japans 1936 betrug 5,3 Millionen t; für sie wurde 1 Million t Roheisen aus Indien und 1,7 Millionen t Schrott vom Ausland, namentlich aus USA., eingeführt.

In der Gruppe der *schweren farbigen Nutzmetalle*: Kupfer, Blei, Zink, Zinn, ist die Lage für Japan kaum günstiger als bei Eisen. Nur an Kupfer besitzt Japan nennenswerte Vorkommen: vor dem Weltkriege stand es sogar an zweiter Stelle

der Weltförderung. Dann hat erst das billigere südamerikanische und nordamerikanische Kupfer, später das noch billigere Kupfer des belgischen Katangas und Rhodesiens die japanische Kupfererzeugung zurückgedrängt. 1936 deckte die japanische Kupfererzeugung mit 78 000 t (immer noch dreifach größer als die Altreichserzeugung an Kupfer, und gleich ca. 4,6 Prozent der Weltförderung) nur 61 Prozent des heimischen Bedarfes. Die Kupfererzeugung Taiwans und Tschosens ist gering; in der Mandschurei scheint Kupfer überhaupt nicht gefördert zu werden. Die gesamte Kupfererzeugung des japanischen Kolonialgebietes betrug 1935 6300 t. — Die Kupfervorkommen im eigentlichen Japan sind aber sehr zahlreich. Die Steigerung der Erzeugung bis zur Deckung des Eigenbedarfes wird als möglich angesehen und wird gegenwärtig, wohl mit Erfolg, durchgeführt.

An Zinn kann etwa $^1/_3$ des Bedarfes aus japanischen Erzen gedeckt werden, an Zink etwa 15 Prozent, an Blei sogar nur 8 Prozent. Was die Kolonialgebiete hier leisten können, ist kaum der Erwähnung wert.

Sehr viel reicher ist Japan ausgestattet mit den *Legierungsmetallen* des Eisens. — An Chrom kann Japan bis auf geringfügige Einfuhr besonders hochwertiger Erze aus Neukaledonien seinen Bedarf decken. — Molybdän und Wolfram können zu einem sehr wesentlichen Teil des Gesamtbedarfes aus Tschosen bezogen werden. — In Mangan dagegen verfügt Japan, einschließlich seiner Kolonien, nur über unzureichende und namentlich auch nur über sehr verstreute und kleine Lager. Etwa zwei Drittel des Bedarfes muß hier aus dem Auslande bezogen werden. In Nickel sind neuerdings abbauwürdige Lagerstätten gefunden worden, von denen man erwartet, daß sie den heimischen Bedarf decken werden.

Mit *anderen Mineralien*, namentlich auch solchen nicht metallischer Art ist Japan gut und teilweise sogar reichlich ausgestattet. Vor allem gilt das für Arsen, für Schwefel (in den vulkanischen Gebieten Japans), für Graphit (Tschosen ist das graphitreichste Land der Welt, sowohl nach Menge wie nach Güte), für Talk und Magnesit (beide in Mandschukuo), für Flußspat und Schwerspat (beide in Tschosen). Ungenügend dagegen sind die eigenen Lager an Quecksilber, doch sind hier in den letzten Jahren neue Vorkommen aufgefunden worden, deren Verwertung nunmehr in Angriff genommen wird; — an Phosphaten und an Kali. Stein- und Kochsalz wird im allgemeinen aus dem Meer gewon-

nen, vor allem auf Liaotung. An Kalisalzen hofft man wenigstens 10 Prozent des Bedarfes aus Meeressalinen gewinnen zu können.

Die Leichtmetalle, Aluminium und Magnesium, bilden insofern eine Gruppe für sich, weil sie selbst als „Erze" überaus weit verbreitet sind. Die Herstellung ist also eine Frage der Technik bzw. der Deckung des hohen Kohle- bzw. Energiebedarfes. Selbstverständlich hat Japan im Zusammenhang mit der Entwicklung seiner ganzen Wehr- und Kriegswirtschaft auch die Erzeugung dieser Metalle in den letzten Jahren entwickelt.

Schließlich noch die Edelmetalle: an Gold und Silber ist Japan ziemlich reich. Zur Welterzeugung an Gold trägt Japan mit seinen Kolonien etwa 3,8 Prozent bei (ca. 42 300 kg), an Silber etwa 4,4 Prozent. Dabei kommen Gold und Silber meist vergesellschaftet vor mit Erzen der farbigen schweren Nutzmetalle, so daß sie als Nebenprodukte anfallen*).

Wir kommen zu dem Ergebnis: die Ausstattung des japanischen Reiches mit den lebenswichtigen Nutzmetallen ist ungenügend gegenüber dem Bedarf eines modernen Großstaates und Weltreiches. Die ungewöhnlich schlechte Ausstattung des Hauptlandes wird durch die Kolonialgebiete nur in einigen Beziehungen wesentlich verbessert.

Greifen wir zum Vergleich mit England zurück: England war in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts das größte Bergbauland der Welt, nicht nur in bezug auf Kohle, sondern auch in bezug auf Zinn, Kupfer und Blei. Dazu trat seit den siebziger Jahren, seit der Entwicklung der modernen Eisenverhüttung über die Kohle, auch noch die Vorrangstellung in der Eisenerzerzeugung. Wenn England in allen diesen Beziehungen heute in der Erzeugung der Welt weit zurückgedrängt ist, so ist das weniger der Erschöpfung seiner Lagerstätten zuzuschreiben — einige besonders hochwertige oder günstig gelegene Eisenerzlager sind allerdings erschöpft, — als vielmehr dem Umstand, daß ausländische Erze zu billigerem Preis zur Verfügung stehen. Wird die ausländische Zufuhr unterbrochen, oder auch nur erschwert, wie im Weltkrieg, so lebt die einheimische Erzerzeugung wieder auf. Immerhin deckt die englische Eisenerzförderung auch heute noch ca. 70 Prozent und in den Zeiten besonders starker Roheisen-

*) Nach neuesten amtlichen Mitteilungen ist Gold überaus weit verbreitet in Taiwan. Der größere Teil des Bodens Taiwans soll goldhaltig sein. Die Regierung prüft gegenwärtig die Abbauwürdigkeit.

erzeugung, wie etwa 1937, 50 Prozent des Bedarfes. Während also die Mineralbasis, auch die Metallbasis, des Kernlandes des britischen Empires, nämlich Englands, in der Heimat selbst sehr stark ist, ist diese Mineralbasis Japans sehr schwach.

Es kommt aber ein weiterer Nachteil bei Japan hinzu, der sich aus dem Aufbau des Landes ergibt. England ist als Insel eine geschlossene Masse, wenn man von Nordirland absieht. Das eigentliche Japan besteht aus vier Hauptinseln, dazu noch einigen hundert kleineren bewohnten Inseln, die in jeder Hinsicht der Bevölkerung und Produktionsleistung eine viel größere Bedeutung besitzen als die England angelagerten Inselgruppen. Also wechseln die Beförderungswege in Japan oft zwangsweise zwischen Land und Wasser. Z. B. die großen Eisen- und Stahlwerke Japans liegen, zumal sie mit Rüstungsaufgaben vor allem beschäftigt sind, zentral auf der Hauptinsel Hondo. Dort finden sich auch die wichtigsten Eisenerzlager und die anderen als Nebenstoffe der Eisenverhüttung oder als Legierungsmetalle wichtigen Minerale. Aber Hondo hat nur wenig und außerdem sehr schlechte Kohle. Die relativ brauchbare Kohle liegt auf der südlichen Hauptinsel Kiuschiu oder auch auf Hokkaido im Norden. Gerade bei Kohle und Erz, die im Verhältnis zu ihrem Wert sehr gewichtig sind, macht der Transport viel aus. Und zu den Kosten der Umladung von Bahn auf das Schiff und vom Schiff auf Bahn treten noch die bei solchen Umladungen unvermeidlichen Substanzverluste bei der Kohle. Auch der Fährbetrieb kann wenig helfen; er ist nicht sehr leistungsfähig. Schwierigkeiten der gleichen Art, nur verstärkt durch die weiteren Seewege über teilweise gefährliche Meere bestehen im Verhältnis des Hauptlandes zu seinen Kolonialgebieten: Eisenerze aus Tschosen gehen nach dem eigentlichen Japan, ebenso Eisenerze, vor allem aber Roheisen aus der Mandschurei.

*

Einen Ausdruck der außerordentlichen Schwierigkeiten, die der Industrialisierung Japans von der Seite der mineralischen Rohstoffe her entgegenstehen, mag man in der Berufsgliederung der Bevölkerung erblicken. Landwirtschaftlich tätig waren in Japan 1930 noch 49,6 Prozent der Erwerbstätigen, gegen 29,5 Prozent in Deutschland und 6,2 Prozent in England und Wales, also ohne Schottland und Nordirland.

2. Die wirtschaftliche Bedeutung der Raumlage Japans

Das japanische Reich riegelt die Ostchina-See in der Straße von Tsuschima, in der Riukiu-Kette, in der Formosa-Straße ab, und es riegelt die Japan-See in der Tsuschima-Straße und in der Saiguru-Straße ab. Aber Riukiu und Taiwan haben einstweilen außenwirtschaftlich überhaupt kaum Bedeutung, und auch in der japanischen Binnenwirtschaft ist ihr Wert verhältnismäßig recht beschränkt. Für die wirtschaftliche Betrachtung muß also das früher entworfene militärisch-strategische und politisch-strategische Bild aufgelockert werden. Dabei muß man sich allerdings klar sein, daß auf lange Sicht nicht die Politik von der Wirtschaft her bestimmt wird, sondern die Wirtschaft von der Politik, und daß also auch wirtschaftliche Werte durch politische Machtverhältnisse gesetzt oder ausgelöscht werden können.

Der dem eigentlichen Japan, also den vier japanischen Hauptinseln nächstgelegene Teil des Kontinents ist, abgesehen von der Südostküste Tschosens, landwirtschaftlich und erst recht industriell ganz dünn besiedelt: hohe waldbedeckte Gebirge erheben sich ziemlich unmittelbar aus dem Meer. Die wenigen großen Häfen, die hier erst im 19. oder sogar erst im 20. Jahrhundert (Raschin) entstanden sind, verdanken ihre wirtschaftliche Bedeutung ihrem tieferen Hinterland, das erst durch die modernen Verkehrswege und die modernen Verkehrsmittel nach der Küste hin und nach dem Weltverkehr hin aufgeschlossen wurde; sie hatten daher auch von vornherein eine sehr wesentliche strategische Bedeutung: Wladiwostok, Raschin. Das mittelalterliche Japan hat mit dieser ihm gegenüberliegenden Festlandküste nichts anzufangen gewußt; die festländischen Beziehungen Japans, einerlei ob friedlicher oder kriegerischer Art, auch die in Wirtschaft, Kultur und Religion gingen damals nach China und Korea.

Während also England dem wichtigsten Teil des modernen Europas, d. h. seinem nach Intelligenz, Leistung, Bevölkerung stärksten Teil gegenüberliegt und diesen Teil in der Nordsee zwischen dem Kanal und der Linie Orkney—Shetland—norwegische Küste vom Ozean absperrt; — während es also wirtschaftlich im Verkehr mit allen nichteuropäischen Gebieten hier den Vorteil wesentlich kürzerer Verbindungen in der Schiffahrt besitzt und die gefährlichen Gewässer der Nordsee vermeiden kann, kommt

Japan ein solcher Vorteil der Wirtschaftslage gegenüber den kontinentalen Gebieten an der Ostchina-See nur in sehr beschränktem Maße, wenn überhaupt zu, und gegenüber den Ländern an der Südchina-See durchaus nicht.

Während ferner England in seiner inselhaften Gegenlage gegen den Kontinent für sich allein steht, so daß es auch dann noch diese Gegenlage zur Geltung bringen kann, wenn die Entfernungen schon beträchtlich sind, wie z. B. gegenüber dem Mittelmeer, steht die japanische Inselwelt, selbst einschließend die Riukiu und Taiwan, nicht allein. An sie schließt sich an südlich die Philippinen-Gruppe mit Palawan; dann Borneo. Wenn man überhaupt einen Inselmittelpunkt für Ostasien suchen will, so liegt dieser in Manila und nicht in Yokohama. In einem inneren Kreis um Manila, vom Halbmesser etwa 1300 km, liegen Hongkong, Amoy, Kanton, Swatau, in einem mittleren Kreis von etwa 2400 km Entfernung treffen wir auf Schanghai und Singapur, und ein äußerer Kreis von etwa 3300 km schließt Batavia im Süden und Yokohama im Norden ein. Im Bereich dieses äußeren Halbkreises leben etwa 650 Millionen Menschen. Dank dieser Lage war der Einfluß, den die angelsächsischen Mächte auf China von der Wirtschaft, vom Handel her ausüben konnten, und der also über die Linien Manila—Schanghai und über Hongkong—Kanton ging, so mächtig, daß er selbst die politisch-militärische Vormachtstellung Japans in der Ostchina-See bis in die letzten Jahre auszugleichen vermochte.

Es kommt hinzu, daß die Küste Japans zwar gegenüber dem Ozean, namentlich südlich von Yokohama, stark gegliedert ist (nicht so tief, um gute Verkehrsmöglichkeiten für die innere Wirtschaft zu bieten wie in England, aber hinreichend für gute Hafengelegenheiten); — daß aber die japanische Küste nach dem Kontinent zu nur wenige natürliche Häfen bietet. Auch die in großen Buchten fast aufgelöste südliche Hauptinsel Kiuschiu öffnet sich überwiegend nach dem Guam-Sektor des Ozeans, aber nicht nach der Ostchina-See. Dagegen liegt Manila mit dem größten und einem der schönsten und besten Naturhäfen der Welt dem Festland zugekehrt.

Die Insellage zu einem Kontinent hat aber nicht nur eine Landseite, sondern auch eine *Ozeanseite*. Die Bedeutung dieses Faktors wird klar, wenn man in das Altertum und in das Mittelalter zurückblickt. Damals bestand ebenso wenig wirtschaftlich wie politisch eine Ozeanseite: der Ozean bedeutete den politisch und wirtschaftlich leeren Raum, die Grenze und das Ende der Welt.

Insellage zu einem Kontinent bedeutete also Randzonenlage zu diesem Kontinent, mit allen Nachteilen einer solchen. Britannien spielte im römischen Kaiserreich politisch, wirtschaftlich und kulturell eine sehr untergeordnete Rolle. Im Mittelalter fand sich die herrschende normannische Aristokratie Englands mit dem Königtum an der Spitze in England fern von den großen Lebenszentren der damaligen Welt und blieb abseits von dem kulturell und politisch gewaltig vorwärtsstrebenden Kontinent; eben deshalb suchte sie, um den Anschluß an die damalige Kulturwelt nicht zu verlieren, eine politische Stellung auf dem Kontinent, und sie führte deshalb durch drei Jahrhunderte Krieg um ihre französischen Besitzungen. Erst mit der Entdeckung Amerikas änderte sich diese Lage grundsätzlich: jetzt erhielt England politisch und wirtschaftlich eine Ozeanseite. Diese Ozeanseite wurde sofort nach der Entdeckung sehr wichtig, da der amerikanische Kontinent, damals vor allem die mittelamerikanischen Gebiete und die südamerikanische Westküste sofort viele Dinge liefern konnten, woran Europa Mangel hatte, nicht nur Gold und Silber, deren praktischer Wert bekanntlich sehr gering ist, sondern besonders die wichtigsten Rohstoffe der damaligen Rüstungsindustrien, vor allem Salpeter, von Metallen Zinn und Kupfer, Schiffsbauholz und andere für den Bau und für die Erhaltung der Holzschiffe notwendigen Materialien. Diese Bedeutung ist dann im Laufe der vorigen Jahrhunderte immer weiter gestiegen: unter allen Ozeanen der Welt hat der Nordatlantik die größte Bevölkerungsdichte an Schiffen, Waren und Fahrgästen.

Unter modernen Verkehrsverhältnissen wird die Insellage gegenüber einem Kontinent immer gewisse Vorteile mit sich bringen. Dies ist schon durch die billigeren Seefrachten bedingt gegenüber den Bahnfrachten; d. h. der Leistungsaufwand an Arbeit und Kapital kann bei Beförderung über See sehr viel niedriger gehalten werden als bei Beförderung über Land. Im Durchschnitt und bei größeren Entfernungen rechnet man, daß sich die Beförderungskosten mit der Bahn etwa zehnmal so hoch stellen als mit Schiff. Dazu treten dann noch Vorteile der Verladung: Raum und auch Tragfähigkeit des Eisenbahnwagens sind beschränkt. Diese Vorteile von der modernen Verkehrstechnik her würden also auch ohne die Ozeanseite der Insellage die Nachteile der Randzonenlage ausgleichen. Aber beim Vergleich Japans mit England ist wesentlich, daß der Ozean auf Japans Ozeanseite eine

sehr viel dünnere Bevölkerung aufweist, also sehr viel dünnere Schiffsdichte, Frachtdichte, Personendichte (auf den Schiffen), als der atlantische Ozean. Hier kommt außerdem die wirtschaftlich exzentrische Lage der japanischen Hauptinseln erst voll zur Geltung. Die Haupthandelsstraßen vom amerikanischen Kontinent nach Ostasien führen südlich, teilweise sehr weit südlich an diesen Inseln vorbei und treffen den japanischen Bereich erst in seinem wesentlich politischen und strategischen Ausbau nach Süden hin. Die wichtigen südlichen Zugangswege nach China über die Südchina-See lagen aber bis 1939 überhaupt außerhalb des japanischen Herrschaftsbereiches.

Also nach seiner Raumlage wäre Japan (die japanischen Hauptinseln) immer nur eine Macht neben anderen, die in gleichen oder überlegenen Stellungen stehen von Manila oder von Singapur aus. Handelspolitisch-wirtschaftlich würde dieses Mißverhältnis der wirtschaftlichen Machtlage von der Raumlage her noch unterstrichen dadurch, daß England, und auch USA., im Aufbau seines Handels und seiner Wirtschaftsinteressen auf dem ostasiatischen Kontinent überhaupt den Japanern um einige Jahrzehnte voraus sind und ihnen auch weiterhin an Kapitalkraft weit überlegen bleiben; zudem verfügten sie lange Zeit über das weit größere politische Ansehen. Also auch hinsichtlich der Vorteile, die die Raumlage, die Insellage wirtschaftlich gegenüber dem Kontinent verleiht, kann Japan nicht mit England verglichen werden.

3. Die Machtverhältnisse

Japan kann weder aus eigenem Boden noch auf dem Boden seiner Kolonialgebiete sich die pflanzlichen, tierischen, mineralischen Rohstoffe beschaffen, die es braucht. Nur seine Lebensmittelversorgung kann es als einigermaßen gesichert ansehen. Knappheit an einigen der namentlich wehrwirtschaftlich wichtigen Rohstoffe besteht in jedem Land. Aber bei Japan fehlen gerade die wichtigsten, und zwar auf fast allen Gebieten. Japan ist also zur Erhaltung seiner Bevölkerung, zu ihrer Bekleidung, ihrer Ausrüstung mit den notwendigen Werkzeugen, Verkehrsmitteln usw. auf Einfuhr angewiesen. Diese Einfuhr zu beschaffen und auch für die Zukunft sicherzustellen, ist eine der Hauptaufgaben des japanischen Staates. Das Wissen, daß es hier um Lebensfragen des japanischen Volkes geht, bildet in der Gegenwart einen der Pfeiler der

überaus großen Autorität, die der japanische Staat im Inland genießt.

Japans Einfuhr an lebenswichtigen Rohstoffen stammt dabei aus folgenden Gebieten:

Gummi aus Insulinde und Britisch-Malaya;

pflanzliche Öle aus den tropischen Küstengebieten überhaupt, aus der Südsee und aus Afrika, ferner (Baumwollöl) aus USA.;

Kohle (namentlich für die Hochöfen in Tschosen) aus China;

Mineralöle aus USA.;

Eisenerz (Zahlen von 1935) 43 Prozent aus Britisch-Malaya, 37 Prozent aus China, 10 Prozent aus Australien, 9 Prozent aus den Philippinen;

Schrott überwiegend aus USA.;

Roheisen aus Indien;

Kupfer, Blei, Zink von der Westküste Amerikas allgemein;

Zinn aus Malaya;

Mangan etwa zur Hälfte aus Britisch-Indien, der Rest aus China, Rußland, Malaya;

Wolfram aus China;

Bauxit aus Niederländisch-Indien und Griechenland;

Phosphat aus der Südsee;

Holz aus Russisch-Ostasien, USA. und Kanada;

Baumwolle aus USA. und Indien;

gröbere Faserstoffe vor allem aus den Philippinen;

Wolle aus Australien, Südafrika, Argentinien;

Mit dem größeren Teil der bei dieser Aufzählung genannten Länder muß Japan bei einem pazifischen Krieg als mit Feindländern oder mindestens als mit Ländern rechnen, die (willentlich oder nicht willentlich) unter feindlichem Einfluß stehen und denen wirkliche wirtschaftliche oder politische Bewegungsfreiheit jedenfalls im Kriegsfalle nicht zukommt. Also wird die Materialbeschaffung aus diesen Ländern entweder von vornherein unmöglich sein oder sie wird praktisch (durch schwarze Listen usw. oder auch einfach durch behördliche Schikanen oder durch rechtzeitige Benachrichtigung der Feindmächte) unmöglich gemacht. Aber auch, wenn die betreffenden Güter gekauft, auf Schiffe verladen und die Schiffe aus den Häfen herausgebracht sind, so führt der Weg dieser Schiffe durch vom Feind beherrschte Meeresstraßen oder Meeresräume (wozu der größte Teil des Pazifischen Ozeans und alle Seewege vom Indischen zum Pazifischen Ozean zu rechnen sind), oder aber durch Meere, in denen der Feind durch U-Boote, Schnellboote, Kreuzer, Flugboote Handelskrieg führen kann. Im ersteren Falle kommt ein Schutz der Gütertransporte durch japanische Kriegsschiffe nicht in Frage: der einzige Schutz ist hier der, nicht vom Feinde entdeckt zu werden; im letzteren Falle bliebe die Schutzleistung immer nur bedingt wirksam und sie würde beträchtliche Streitkräfte beanspruchen, die dann für andere Zwecke fehlen.

Es kommt hinzu, daß Japan auch nicht über sehr starke Guthaben oder Kapitalanlagen in fremden Ländern verfügt. Wir möchten seine Stellung in dieser Hinsicht zwar für stärker halten, als sie gewöhnlich eingeschätzt wird. Aber große Einfuhrfinanzierungen aus eigener Kraft über eine lange Kriegsdauer hin sind wohl ausgeschlossen. Die japanische Handelsbilanz war immer im Verhältnis zum nichtjapanischen Ausland passiv, außer während des Weltkrieges, oft und über lange Zeiträume sogar sehr stark passiv, z. B. im Jahrzehnt nach dem Weltkrieg, als der größte Teil des während des Weltkrieges angesammelten Goldes wieder verlorenging. Was Japans Zahlungsbilanz mit dem Ausland im allgemeinen zum Ausgleich bringt, das sind die Forderungen, die aus japanischer Arbeit im Ausland erwachsen, einerlei, ob es sich dabei handelt um den kaufmännischen Unternehmer, den Bankier, oder um Leistungen der japanischen Schiffahrt. Japan könnte also die starke Einfuhr aus Übersee, wie sie ein 70-Millionen-Volk und ein Weltreich von der Größe Japans und von seiner Rohstoffknappheit noch dazu im Krieg erfordert, nur durch entsprechende Ausfuhr bezahlen. Aber Japan wird nicht ausführen können. Die Rohstoffe für die Ausfuhrerzeugung werden fehlen, da sie eingeführt werden müssen, und die wenigen Rohstoffe, die über die feindlichen Meere Japan erreichen, werden im Inland dringend gebraucht werden.

Japan hat also im Kriegsfalle damit zu rechnen, daß es für den Rohstoffbezug von Übersee abgeschnitten ist, und zwar auch dann, wenn die japanische Flotte sich in den Heimgewässern und bis in die Südchina-See hinein überlegen zu behaupten vermag. Es ist selbstverständlich möglich, daß eine gewisse Zufuhr aus dem Philippinenraum und aus Holländisch-Indien erfolgen kann. Aber auf diese Möglichkeiten kann Japan keine wirtschaftliche Kriegsplanung aufbauen.

*

Japan ist also im Kriegsfall mit den angelsächsischen Seemächten und ihren Konzernmächten — wobei man sowohl an einen militärisch geführten Krieg, wie an einen Handelskrieg denken mag, — auf den Rohstoffbezug aus seinen Kolonien und aus dem gegenüberliegenden Festland, also aus China, vor allem Nordchina, auch Mittelchina und aus Russisch-Ostasien angewiesen.

Zunächst muß hier auf die noch unbekannten oder auch nur unerschlossenen Möglichkeiten in den japanischen Kolonialgebieten mit Nachdruck hingewiesen werden. Wir halten sie für beträchtlich und möchten annehmen, daß sie im allgemeinen eher unterschätzt als überschätzt werden. Die japanischen Kernlande scheinen erst in den letzten Jahren wirklich systematisch nach mineralischen Rohstoffen durchsucht worden zu sein, allerdings großenteils (soweit man darüber unterrichtet worden ist), mit negativem Erfolg. Aber von ähnlich gründlichen Untersuchungen in Karafuto oder in Tschosen ist nichts bekannt geworden. Auch mag dahingestellt sein, ob selbst die Durchsuchung des japanischen Bodens wirklich mit den verfeinerten Meßmethoden der modernen Physik und mit der gleichen Gründlichkeit erfolgt ist, wie die Untersuchung des deutschen Bodens. In Taiwan ist man durch die dichte tropische Pflanzendecke hindurch im allgemeinen überhaupt noch nicht zu den darunterliegenden Gesteinen vorgedrungen, so daß es hier selbst an den hinreichenden geologischen Grundlagen für die Forschung fehlen dürfte. In der Mandschurei ist die Durchforschung des Bodens nach mineralischen Schätzen in den letzten Jahrzehnten der chinesischen Herrschaft (also abgesehen vom japanischen Südostzipfel des Landes) von den Chinesen wohl mit Absicht vernachlässigt worden, um die Begehrlichkeit anderer Mächte nicht unnötig zu wecken. Also Mandschukuo dürfte vielleicht zu neun Zehntel heute noch als unbekanntes Gebiet zu bezeichnen sein, das zunächst einmal von der Oberfläche her erschlossen werden muß.

Von den Möglichkeiten der Nahrungsmittelerzeugung war schon die Rede: Die Förderung des Reisanbaus in Taiwan, besonders aber in Tschosen, hat dazu geführt, daß Japan in normalen Jahren in bezug auf seine weitaus wichtigste Getreideart, eben Reis, sich selbst genügen kann. Die landwirtschaftliche Bevölkerungskapazität der Mandschurei wird auf mindestens 100 Millionen geschätzt. Die Mandschurei kann das zweite Hauptnahrungsmittel Japans, und das wertvollste Nahrungsmittel der Welt überhaupt in Anbetracht seines reichen Eiweiß- und Ölgehalts, die Sojabohne, in beliebiger Menge liefern. Reisanbau kommt allerdings in Mandschukuo nur im Süden in Frage; dafür ist es von Natur eines der begünstigtsten Weizenländer.

China als mögliche Rohstoffquelle für Japan

Im Außenhandel des eigentlichen Japan stand China 1934 in Ausfuhr und Einfuhr an dritter Stelle, 1936 an vierter Stelle (nach USA., Britisch-Indien, England). Im chinesischen Außenhandel lag Japan in den Jahren 1934 bis 1936 jeweils in der Einfuhr (nach USA. bzw. Britisch-Indien) an zweiter Stelle, in der Ausfuhr an dritter Stelle. Aber Einfuhr und Ausfuhr waren immer auch gehemmt dadurch, daß die chinesische Regierung allzu enge und starke Handelsverbindungen mit Japan nicht gern sah; sie hatte dazu ihre guten Gründe: Sie fürchtete, daß sich aus wirtschaftlichen Fußfassungen von Japan in China später einmal politische Forderungen ergeben würden; sie fürchtete die „Interessen" Japans auf chinesischem Boden, an chinesischem Boden; sie wollte umgekehrt gerade gegen diese an sich schon sehr großen japanischen Interessen in China, die in den letzten 30 Jahren aufgebaut worden waren, verringern; sie wollte Wirtschaftsinteressen anderer Mächte in China gegen Japan ausspielen können, um sich so einen politischen Rückhalt an diesen Staaten gegen Japan zu sichern. Dem Wunsch der chinesischen Regierung nach beträchtlicher und eher wachsender wirtschaftlicher Distanzierung von Japan kam die Boykott-Bewegung gegen japanische Waren in China entgegen; sie fand, auch von allen Gefühlsmomenten abgesehen aus politisch sachlichen Erwägungen heraus mehr oder weniger Billigung oder sogar offizielle Unterstützung bei chinesischen Beamten. Also die Größe der japanisch-chinesischen Handelsbeziehungen in der Vergangenheit, namentlich in den letzten Jahren besagt nichts darüber, welche Höhe des wirtschaftlichen Austauschs und welches Maß der Selbstgenügsamkeit für beide Länder erreichbar ist, wenn sie zusammengehen. In dieser Beziehung ist folgendes zu sagen:

In bezug auf Lebensmittel (vor allem Weizen und Reis) wird China im allgemeinen und auf lange Sicht keine Überschüsse für die Ausfuhr erzeugen, weil sich in China bekanntlich die Be-

völkerung bei ihrer außerordentlichen Fruchtbarkeit auf die vorhandenen Lebensmittel einstellt. Was immer China an Lebensmitteln ausführt, ausgeführt hat, ausführen wird, dafür sterben eben entsprechend viele Chinesen mehr an Hunger, oder Cholera, oder Pest. Mit der steigenden Gesundung und Stärkung des chinesischen Volkskörpers als selbstverständlicher Folge seiner Einbeziehung in ein großes ostasiatisches Reich unter japanischer Führung wird man die chinesische Bevölkerung nicht mit der gleichen Brutalität behandeln können, wie bisher; andererseits wird sich dieses chinesische Volk allmählich in sich selbst in seiner Bevölkerungsökonomie gemäß den vorhandenen Lebensmitteln stabilisieren; also Hunger und Pest und Cholera als die großen Regulatoren in der Aufrechterhaltung einer Gleichgewichtslage in der Bevölkerung neben Überschwemmungen und Bürgerkriegen werden zurücktreten. Von Jahr zu Jahr wird sich allerdings durch die enge Zusammenfassung Chinas und Japans zu einem Wirtschaftsgebiet und vor allem zu einem ostasiatischen Völkerblock ein gewisser Ausgleich zwischen Gebieten schlechter und guter Ernten innerhalb Chinas, und auch im Verkehr zwischen China und Japan ergeben, wie Japan einen derartigen Ausgleich schon heute in seinem eigenen Reichsgebiet vollzieht. Ob sich an dieser Lage wesentliches ändert, wenn die sehr ausgedehnten Hochländer im Innern Chinas, die sich für Weizenanbau im modernen Großbetrieb eignen, diesem zugeführt werden, kann hier einer späteren Zukunft überlassen bleiben.

Jedenfalls aber können eben diese inneren Hochländer Chinas Japan so ziemlich alle Baumwolle liefern, die es braucht. Von 1935 bis 1937 hat sich die Anbaufläche von Baumwolle in China ungefähr verdoppelt, — von 2,3 Millionen Hektar auf 4,6 Millionen Hektar. Die Erzeugung schwankt allerdings von Jahr zu Jahr sehr stark. Aber das ist in anderen Baumwollerzeugungsgebieten auch nicht anders. Im Durchschnitt kann man für die gegenwärtige chinesische Erzeugung rechnen: 2 Doppelzentner Baumwolle und 5 Doppelzentner Baumwollsamen (für Ölgewinnung) je 1 Hektar. Einer Anbaufläche von 4,6 Millionen Hektar entspricht also eine Erzeugung von zirka 10 Millionen Doppelzentner Baumwolle. Japans Baumwolleinfuhr aber betrug 1936 8,9 Millionen Doppelzentner. Die Baumwollerzeugung Chinas wird allerdings gegenwärtig im wesentlichen von China selbst in Anspruch genommen, und die Erfordernisse der chinesischen Bevölkerung an Baumwollkleidern werden in Zukunft zunehmen und nicht abnehmen. Aber die chinesische Baumwollerzeugung ist räumlich noch sehr stark ausdehnungsfähig. Es ist nicht einmal sicher, ob einstweilen die bestgeeigneten Ländereien zunächst in Kultur genommen sind. Aber auch nach Menge und Güte dürfte der Anbau großer Intensivierung fähig sein. Der Chinese eignet sich übrigens zweifellos für die Baumwollkultur, die sehr viel sorgfältige, gartenartige Pflege erfordert, besonders gut. Wenn Baumwolle (wie auch Weizen) bisher in China vernachlässigt waren, so waren dafür die schlechten Verkehrswege schuld: Baumwollkultur wie auch Weizenkultur auf den inneren Hochflächen Chinas setzt voraus eine entwickelte moderne Marktwirtschaft, und zwar Fernmarktwirtschaft. Daß sich der Baumwollanbau in den letzten Jahren (vor 1937) trotz der starken politischen Unruhe und der gerade auch im chinesischen Hinterland fortdauernden öffentlichen Unsicherheit so stark ausdehnen konnte, zeugt von der produktivwirtschaftlichen Regsamkeit und Tüchtigkeit der Chinesen. Die chinesische und die japanische Baumwollindustrie werden zweifellos in Zukunft in einer einheitlichen Organisation zusammengefaßt werden, sowohl für die Versorgung des Heimmarktes, als für die Ausfuhr, also auch bei der Rohstoffbeschaffung. Die wesentliche Verfügung über Chinas Baumwollerzeugung oder (vielleicht richtiger ausgedrückt) die Kartellierung Chinas und Japans in bezug auf die Baumwolle könnte Japan zum wenigsten so viel Bewegungsfreiheit auf dem Weltmarkt geben, daß es im Verkehr mit den baumwollerzeugenden und baumwollausführenden Ländern als der stärkere Teil aufzutreten vermag, und daß es im Kriegsfalle ohne wesentliche Entbehrung auf überseeische Zufuhr verzichten kann.

Für Wolle- und Häuteerzeugung können zweifellos große Gebiete des inneren Nordchina und der inneren Mongolei entweder überhaupt erst nutzbar gemacht oder in ihrer Erzeugung nach Menge und Güte gesteigert werden, und sie können jedenfalls sehr viel besser als bisher für die Versorgung des japanischen Marktes herangezogen werden. Auch hier wird allerdings der sich allmählich ausweitende und kräftigende innere Markt Chinas einen großen Teil der zusätzlichen Erzeugung für sich in Anspruch nehmen. Aber gerade mit Hilfe einer Kartellierung der japanischen und der sich entwickelnden chinesischen Wollindustrie wird sich Japan auch hier die Elastizität der Versorgung sichern können, die

es unter außenwirtschaftlichen und namentlichen wehrwirtschaftlichen Gesichtspunkten erstreben muß.

Hinsichtlich der *mineralischen Rohstoffe*, die China im Verband eines großen ostasiatischen Reiches unter der Führung Japans liefern könnte, gilt zunächst *grundsätzlich* folgendes: während man lange Zeit — nicht in Verbindung mit Japan — die mineralischen Schätze der chinesischen Erde zweifellos weit überschätzte, ist man gegenwärtig bei uns geneigt, sie zu unterschätzen. Es ist selbstverständlich wichtig, wenn eine Autorität wie Friedensburg darauf hinweist, daß die fleißigen und geschickten Chinesen seit vielen Jahrtausenden nach Erzen gesucht und alle Vorkommen, die sie finden konnten, abgebaut und großenteils völlig erschöpft haben; — daß diese Vorkommen sich im ganzen als erstaunlich gering erweisen, mit der Folge, daß die chinesische Kultur gerade nicht auf Metallen beruht, sondern auf pflanzlichen und tierischen Rohstoffen und Ton und Stein. Aber es ist auch richtig, daß die chinesische Kultur niemals von Geologie oder von Physik und Chemie viel verstanden hat und auch im Bergbau nur eine sehr primitive Technik zu entwickeln fähig war: von Bergwerksanlagen im modernen Sinn ist in der chinesischen Kultur keine Rede. Gerade die wertvollsten und größten Erzlagerstätten, die man heute in Amerika, z. B. für Kupfergewinnung, abbaut, wären der chinesischen Bergbautechnik und Hüttentechnik völlig, und zwar schon von den Voraussetzungen aus unzugänglich gewesen. Aber auch die Möglichkeit des Abbaues von Erzgängen erschöpfte sich für den Chinesen, wenn eine gewisse Tiefe erreicht war, da er weder leistungsfähige Schächte oder Stollen bauen, noch die dazu nötigen Transport-, Ventilations- und Pumpanlagen schaffen konnte. Also auch heute als erschöpft geltende Fundstellen in China mögen sich, vielleicht nach Durchstoßung einer verhältnismäßig armen Zone, wie sie oft bei Erzgängen auftritt, noch einmal als recht ergiebig erweisen. Auch die Tatsache, daß moderne Forscher, Wissenschaftler und Prospektoren selbst die chinesischen Gebirgsländer und Hochländer tief im Inneren des Landes auf der Suche nach wertvollen Mineralien durchstreift haben, ist noch nicht schlüssig: es gibt in den weiten und wilden Bergländern des chinesischen Südwestens noch recht große, fast unerforschte Gebiete. Nun hatte allerdings der chinesische Staat auch eine geologische Landesanstalt ins Leben gerufen; von ihr ist bekannt, daß sie in mancher Beziehung wertvolle Arbeit geleistet

hat. Aber es ist die Frage, ob diese Anstalt die Mittel und die Kräfte besessen hat, gerade die entlegeneren Gebirgsländer Chinas wirklich zu durchforschen; es ist aber auch nicht ganz sicher, ob sie, wenn sie diese Teile erforscht hätte und auf sehr wertvolle Erzvorkommen gestoßen wäre, dies den fremden Mächten mitgeteilt hätte: denn China war schwach und die Begehrlichkeit der fremden Mächte groß.

Als gut bekannt können Chinas mineralische Reichtümer nur in bezug auf Erdöl gelten und, in den großen Tieflandebenen des Nordens und der von ihnen aus zugänglichen Hochlandsgebiete des Nordens und der Mitte, auch in bezug auf Kohle und Eisen. Alle darüber hinausgehenden Urteile wird man mit Vorbehalt aufnehmen. Hinsichtlich Erdöl kann wohl das Urteil als am abgeschlossensten gelten: Die Erdölvorräte Chinas sind im ganzen gering; im einzelnen zeigen die Fundstellen große Streuung, die Vorkommen sind unergiebig, liegen tief im Binnenland, sind schwer zugänglich und von den Verbrauchszentren weit entfernt*)

Daß die *Kohlenvorräte* Chinas sehr reich sind, ist allgemein anerkannt. Die Schätzungen über die Höhe der Vorräte gehen aber weit auseinander. Richthofen, der die Vorkommen der Provinz Schansi in Nordchina auf 1000 Milliarden t geschätzt

---

*) Wegen der besonderen militärischen Wichtigkeit des Erdöls sei die Erdölfrage hier noch mit einiger Ausführlichkeit behandelt. Etwas Erdöl gewinnt China gegenwärtig in den Provinzen Schensi, Kansu, Szetschwan. Nach dem dritten Bericht des Federal Oil Conservation Board der USA.-Regierung vom Februar 1929, der allerdings schon einige Jahre zurückliegt, aber jedenfalls das beste erdgeologische Wissen und das sachverständigste Urteil in Erdölfragen seiner Zeit verkörpert, sind in China „die allgemeinen geologischen Verhältnisse der Ansammlung großer Gas- und Öllager nicht günstig". Denn die wichtigsten erdölführenden Schichten der Erdrinde sind dort nur schwach ausgebildet, außerdem ist die geologische Lagerung durch Brüche und Verwerfungen und durch Eindringen feuerflüssiger Massen aus der Tiefe sehr gestört. Ein endgültiges Urteil sei allerdings bei den sehr lückenhaften geologischen Kenntnissen über China noch nicht möglich. In der Mandschurei gebe es Ölschiefer; in der Südmongolei und in Chinesisch-Turkestan fänden sich äußere Anzeichen für größere Öllager in der Tiefe. Aber die Lager in Schensi scheinen nach der Darstellung der genannten Autorität keine hohe Ergiebigkeit zu versprechen, erstrecken sich aber offenbar über eine beträchtliche Fläche: am Südhang des Schensi-Plateaus, am Fuß der Tsinling-Kette, tritt Öl an vielen Stellen an die Oberfläche aus Spalten im mesozoischen Schiefer und Sandstein. Aussichtsvoller scheinen die Lager in Szetschwan.

hat, wird heute im allgemeinen als viel zu optimistisch abgelehnt. Trotzdem nennt die Völkerbundsdenkschrift über die Kohlenwirtschaft der Welt von 1939 für China die Zahl von 10000 Milliarden t Vorräte. Aber die neueren und die chinesisch-offiziellen Schätzungen geben die Gesamtvorräte Chinas mit 239 Milliarden t an, von denen auf das ganze nordchinesische Gebiet: Schensi, Schansi, Honan, Hopei 210 Milliarden t entfallen. Diese Schätzung ist sicher sehr vorsichtig. Die Kohlenvorkommen erstrecken sich über ein weites Gebiet, die Mächtigkeit ist aber jedenfalls in den oberen Flözen, die einstweilen allein bekannt sind (also das ganze Kohlengebirge ist noch nicht durch Bohrung durchstoßen) nicht sehr groß. Der Abbau wird erleichtert durch flache und also ungestörte Lagerung nahe der Oberfläche: teilweise konnte die Kohle bisher im Kleinstbetrieb von den Bauern für den Hausbrand abgebaut werden, z. B. in Honan. Unter den ziemlich verschiedenartigen Kohlensorten finden sich auch Kohlen für die Herstellung von hochwertigem metallurgischem Koks. Ein Nachteil der Lager ist, daß sie großenteils tief im Binnenland, fern von den Verbrauchszentren, erst recht fern von den Eisenerzlagern sich finden und keine Wasserverbindung zur Küste haben. Also wird die Kohle sehr wesentlich verteuert durch hohe Transportkosten, und der Abbau wird solange wenig leistungsfähig sein, als nicht gute Bahnen zur Verfügung stehen. Der Kohlenversorgung Japans stellen die nordchinesischen Kohlenfelder gegenwärtig (1936) jährlich etwa 3 Millionen t vor allem gute Kokskohle zur Verfügung. Die chinesischen Kohlenvorkommen eignen sich offenbar nach ihrer Lage besonders zur Verarbeitung an Ort und Stelle, also vor allem zur Hydrierung für Ölgewinnung. Nordchina kann also Japan eine hinreichend starke Kohlenbasis geben, wie sie eine Weltmacht haben muß, und Japan kann auf der Grundlage der Kohle seinen großen Mangel an Erdöl ausgleichen.

Kritisch dagegen bleibt die Lage für Japan in der Eisenversorgung, auch mit Einschluß aller chinesischen Eisenerzlager. Die wichtigsten davon liegen im Yangtse-Tal, in der Nähe von Hankau, also tief im Binnenland. Die Erze sind sehr hochwertig, aber die anstehenden Mengen sind gering. Weitere Eisenerzvorkommen von unmittelbarer industrieller Bedeutung und auch in ziemlicher Nähe von Kohlenlagerstätten finden sich in Schantung: der Aufbau einer großen Eisenindustrie war hier schon von deutscher Seite geplant; der Ausbruch des Weltkrieges zerstörte diese

Pläne. Die Hochwertigkeit der Erze und die leichte Zugänglichkeit ihrer Lagerstätten gibt den genannten Eisenlagern für die unmittelbare Gegenwart eine sehr viel größere Bedeutung, als ihnen unter dem Gesichtspunkt ihrer Nachhaltigkeit zukommen würde.

Was die anderen Metalle anbelangt, so gelten die Angaben, wie bereits gesagt, nur für die Gegenwart. Kupfer scheint im chinesischen Bergbau einstweilen überhaupt keine nennenswerte Rolle zu spielen. Aber auch der Abbau der anderen schweren farbigen Nutzmetalle: Blei, Zink, Zinn ist gering. Die Fundstätten liegen weit im Süden oder tief im Südwesten: sie sind also einstweilen außerhalb des japanischen Einflußbereiches. Hinsichtlich der Fund- und Förderungsstellen gilt das gleiche für Wolfram, mit dem zusammen auch Wismut und Molybdän vorkommen; sowie für Antimon. Wolfram und Antimon sind die einzigen Metalle, in denen die chinesische Erzeugung über den heimischen Bedarf hinausgreift und den Weltmarkt zu versorgen vermag; von beiden liefert China etwa 40 Prozent der Welterzeugung und ist das größte Erzeugungsland der Welt überhaupt.

China kann also die Rohstoffgrundlagen eines japanisch-ostasiatischen Reiches, und zwar in einigen wesentlichen Grundstoffen der Industrie, Baumwolle und Kohle, und für die Gegenwart vielleicht auch Eisenerz, ausreichend gestalten. Aber die Ausstattung dieses japanisch-ostasiatischen Weltreiches bleibt auch dann einseitig und namentlich die Eisenerzgrundlage ist auf lange Sicht gefährlich schwach. Wenn also zweifellos die Rohstoffversorgung der japanischen Industrie, unabhängig von möglichen oder wahrscheinlichen Feindmächten, für sich allein genügt hätte, Japan nach China zu führen, um eben diese Versorgung sicherzustellen, so bedeutet das nicht, daß selbst eine völlige wirtschaftliche Angliederung Chinas an Japan die Rohstoffsorgen Japans beheben würde.

Wenn also Japan aus dem kontinentalen Raum die ihm fehlenden Rohstoffe erhalten will, so bleibt es in sehr wesentlichen Beziehungen auf Russisch-Ostasien und auf die Zufuhrstraßen aus dem zentralsibirischen Raum nach Russisch-Ostasien, es bleibt also auf die russische Zufuhr angewiesen. Russisch-Ostasien wird Japan nur Holz und vielleicht einiges Erdöl (aus den nicht an Japan kanzessionsweise gegebenen Erdölgebieten Sachalins) liefern können. Eisen und andere Schwermetalle aber werden nicht

als Erze, sondern als Metalle aus dem mittel- und westsibirischen Raum herangeführt werden müssen, ebenso Erdöl. In der Offenhaltung dieser Zufuhr für den Ernstfall liegt der lebenswichtige Wert der russischen Freundschaft für Japan.

*

Im Gesamtvergleich Japans mit England ergibt sich also: während bei gleich intensiver landwirtschaftlicher Kultur und bei gleicher Genügsamkeit der Lebensführung England ungefähr die gleiche Bevölkerungszahl aus eigenem Ackerboden erhalten könnte, wie Japan, steht ihm in seinen ausgedehnten Bergweiden und Heidegebieten zusätzlich eine starke Fleischerzeugung und eine namhafte Erzeugung an tierisch-industriellen Rohstoffen, vor allem an Häuten und Wolle zur Verfügung. Japan hat dafür wieder seine großen Wälder. Seidenraupenzucht könnte, wie jetzt das deutsche Beispiel zeigt, ebenso gut in England betrieben werden wie in Japan. — Während England an mineralischen Schätzen, und zwar vor allem an Kohle und Eisen, eines der reichsten Länder der Erde überhaupt ist, ist Japan in dieser Beziehung ungewöhnlich arm. — Während England gegenüber den ozeanischen Verbindungen des europäischen Kontinents eine zentrale Lage hat, liegt Japan hier recht exzentrisch und wird in dieser Beziehung, wie übrigens auch in der Ausstattung mit mineralischen Rohstoffen von den südlich anschließenden Inseln und Inselgruppen weit übertroffen. Während England für den Binnenverkehr der nationalen Wirtschaft zu Lande und zu Wasser einen fast idealen Aufbau hat, wird dieser binnenwirtschaftliche Verkehr Japans durch die häufige Brechung des Verkehrsweges zwischen Land und Wasser sehr erschwert. — Vor allem aber: während England in seinem Kolonialreich Gebiete zur Verfügung hat, die ihm fast alle Lebensmittel und Rohstoffe in beliebiger Menge und mit dem geringsten Kräfteaufwand liefern können, und während es also deshalb imstande ist, die produktiven Möglichkeiten im eigenen Land weitgehend ungenützt zu lassen; — und während England über seine weit ausgedehnten und strategisch ausgebauten Besitzungen und über seine enge Verbindung mit USA. die Herrschaft über die Meere besitzt, ergänzt das japanische Kolonialreich das Mutterland zwar in den wichtigsten Lebensmitteln ausreichend, in den dem Mutterland fehlenden

industriellen Rohstoffen aber nur sehr unvollständig; der Bezug von Rohstoffen aus Übersee macht aber bereits im Frieden wirtschaftliche Schwierigkeiten; mit seiner völligen Unterbrechung im Kriegsfalle muß Japan rechnen.

Der Vergleich fällt also in fast jeder Beziehung zuungunsten Japans aus. Bei Japan kann sogar die Frage als offen bezeichnet werden, ob unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Insellage ein Vorteil ist. Ferner zeigt der Vergleich, daß die Bezeichnung Japans als des Englands Ostasiens zu sehr falschen Vorstellungen und Schlüssen Anlaß geben wird. Japan ist vielmehr, im Gegensatz zu England, politisch als eine Kontinentalmacht in taktischer Insellage anzusehen. Sehr viel richtiger wäre da schon noch der Vergleich Japans mit Deutschland trotz der auf der Hand liegenden inneren und äußeren Verschiedenheiten.

4. Der japanische Mensch in der Wirtschaft

Das größte wirtschaftliche Aktivum Japans sind seine Menschen in ihrer Zahl, ihrer Geschicklichkeit, Arbeitsamkeit, Intelligenz, ihrer opferwilligen Vaterlandsliebe, ihrer Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit sowohl unter wirtschaftlichen wie unter politischen Gesichtspunkten.

Das japanische Volk hat die große Kunst einer billigen und bescheidenen, dabei aber hochkultivierten und für die Menschen selbst befriedigenden Lebensführung entwickelt. Wir haben bereits auf die Bedeutung von Reis und Soja hingewiesen: Reis ist die Hauptnahrung von arm und reich; die Sojabohne, in der einen oder anderen Gestalt oder in dem einen oder anderen der von ihr abgeleiteten Produkte, kommt so ziemlich zu jeder Mahlzeit auf den Tisch; dazu noch Fisch in sehr zahlreichen Arten und Formen. Wie sehr der Japaner mit dem Reis verwachsen ist, ergibt sich daraus, daß die japanische Regierung ihren Siedlern in Mandschukuo, wo kein Reis wächst, wohl aber Weizen und Soja, den gewohnten Reis liefern muß. Nimmt man dazu noch Tee als Hauptgenußmittel und etwas Zucker, so sind die wesentlichen Ernährungsbedürfnisse des Japaners befriedigt. — Wohnung samt Mobiliar sind in Japan einfach, aber die Räume sind luftig und hell; — allerdings in den kühlen Monaten, außer in den mit Zentralheizungen versehenen modernen Häusern der Wohlhabenden,

zweifellos zu kühl für Behaglichkeit und volle Leistungsfähigkeit. — Die einheimische Kleidung, die namentlich von Frauen sowie im Haus getragen wird, ist bei großer Einfachheit und Natürlichkeit geschmackvoll. Farbe und Muster der Kleiderstoffe, vor allem der Kimonos, wechseln schnell, betonen aber immer die Lebensfreude.

Diese Lebensfreude ist im Grunde nicht naiv kindlich, wie sie vom Europäer oft empfunden wird, sondern sie weiß sehr genau um die dunkeln Hintergründe unseres Daseins und um die unberechenbaren Schicksalsmächte, die jeden Augenblick alles Glück und alle Schönheit zerstören können: in vielen Gegenden Japans vergeht kaum ein Tag, ohne daß die Erde bebt. Auch verheerende Wirbelstürme sind keine Seltenheit. Die Erdbebenkatastrophe von 1923 mit der folgenden Erdbebenflutwelle hat in Tokio und Yokohama fast eine Million Tote gekostet. Japan lebt am Rande eines ungeheuren unterseeischen Vulkans, den die Meeresaufnahme als Tuscarora-Tief bezeichnet hat, und es weiß darum: gerade weil das Leben so gefährlich ist, muß man es sich bewußt schön gestalten, und das Beste von ihm genießen.

Dieser Wille, sich das Leben möglichst erfreulich zu gestalten, kommt auch im Verhältnis der Menschen untereinander in Japan zum Ausdruck. Der Japaner ist gegen den Japaner natürlich hilfsbereit, freundlich und höflich. Der Höflichkeit liegt die große Selbstbeherrschung, die der Japaner als persönliche Haupttugend versteht, zugrunde; durch jahrhunderte- und jahrtausendelange Kulturdisziplin hat er diese Höflichkeit zu einem festen Teil des Nationalcharakters gemacht (gegen den Ausländer, vor allem gegen den Weißen, verhält sich der Japaner reservierter; das ist teilweise die Folge davon, daß er die Erfahrung gemacht hat, seine Höflichkeit werde nicht nur nicht gewürdigt, sondern oft falsch verstanden). Allerdings liegt im Verhältnis des Japaners zum Japaner auch ein selbstverständliches Zusammengehörigkeitsgefühl, eine Innigkeit, wie wir sie im neuen Volksdeutschland zwar erstreben, aber noch nicht ganz erreicht haben. Dieses innige Verbundensein des einzelnen Japaners mit der Volksgesamtheit empfinden wir in Europa manchmal als einen Mangel an „Individualität", was es keineswegs ist.

Eine soziale Frage im Sinne der indischen „Kasten" oder der europäisch-mittelalterlichen „Stände" oder auch nur der kapitalistischen „Klassen" hat es in Japan niemals gegeben. Die Unterschiede in der rein physischen Lebensführung zwischen arm und reich sind in Japan, eben auf der gemeinsamen Grundlage von Reis und Soja, nicht sehr bedeutend und jedenfalls nirgends grundsätzlich. Erst dort, wo die höhere Kulturpflege, die künstlerische Gestaltung von Haus und Garten beginnt, treten die Unterschiede scharf hervor und dort rufen sie bei der großen Masse des Volkes keine Neidgefühle hervor, sondern werden vielmehr als selbstverständlicher Ausdruck einer geistigen und dann auch kulturellen und politischen Führerstellung empfunden.

Nimmt man zu alledem noch hinzu, daß der Japaner nicht nur klug, gelehrig und anpassungsfähig, sondern auch unternehmungslustig, oder vielleicht weniger: unternehmungslustig als unternehmungskräftig und keineswegs ohne eigene Gedanken ist, so hat man das Geheimnis der billigen Löhne und also auch der niedrigen Produktionskosten Japans gefunden: billiges Leben bedeutet für den Japaner selbst nicht: schlechtes Leben.

a) Auswirkungen des Konsumbedarfes auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft

Somit ist der japanische Konsumbedarf, wenn man von der rein künstlerischen oder kunstgewerblichen Gestaltung absieht, bescheiden. Also treten die Konsumindustrien in Japan überhaupt verhältnismäßig zurück. Auch die moderne Technik hat die große harmonische Ordnung des japanischen Lebens in sich selbst nicht zu sprengen vermocht: z. B. nur auf der Straße und im Büro trägt der Japaner europäische Kleidung.

Durch diese geringen Konsumansprüche werden in Japan sehr große Energien und Arbeitsmengen freigesetzt für den Bedarf des Staates, überhaupt der Volksgemeinschaft, und für die Förderung der Außenwirtschaft: selbst das japanische Ausfuhr-Dumping hat also eine ganz andere seelische und ideologische Grundlage als das Dumping bei anderen Völkern. Allerdings ändert das nichts an den Formen und Wirkungen des Dumping in den von ihm betroffenen fremden Ländern und bei den Wettbewerbern japanischer Waren.

Diese Anspruchslosigkeit des japanischen Menschen, soweit jeder einzelne Konsument ist, ändert insoweit an dem Materialbedarf der japanischen Wirtschaft nichts, als es sich um die Schaffung von

Produktivgütern handelt, die den japanischen Staat und das japanische Volk in den Stand setzen sollen, sich gleichwertig neben den anderen Großstaaten und Weltmächten zu behaupten: in bezug auf Waffen gibt es keine Bescheidenheit, und die im Ausland unterzubringenden Waren verlangen die modernsten Maschinen bei modernster Betriebsart, wenn sie sich überlegen neben den fremden Waren durchsetzen sollen. Japan aber muß ausführen, um sich die Devisen zu beschaffen, die es sowohl für die Bekleidung der eigenen Bevölkerung, wie für die Wehrhaftmachung von Volk und Staat braucht.

Die Kernfrage der japanischen Außenwirtschaft während der letzten zwanzig Jahre war also die: nachdem Japan in der Rohstoffbeschaffung vom Ausland abhängig ist, inwiefern kann der japanische Mensch, das japanische Volk durch seine Tüchtigkeit, durch seine Leistungen das ausgleichen, was ihm die Natur an Erträgnissen seines eigenen Bodens versagt hat?

Die Entscheidung dieser Frage liegt offenbar nicht nur bei Japan, sondern beim Ausland; denn alle Tüchtigkeit der wirtschaftlichen Leistungen Japans nützt nichts, wenn sich das Ausland gegen die japanische Ware absperrt. Es wäre sogar möglich, vielleicht wahrscheinlich, daß gerade die wirtschaftliche Tüchtigkeit des Japaners als besonders gefährlich empfunden wird, und daß man mit dem Kampf gegen die japanische Ware Japan daran hindern will, seine wirtschaftliche Kraft zur vollen Geltung zu bringen. Auch hierbei ist die enge Beziehung zwischen Außenwirtschaft und Außenpolitik wohl zu beachten: in Ostasien besteht sie nicht erst jetzt, sondern sie hat im ganzen 19. Jahrhundert bestanden.

Auch hier liegt die Parallele zwischen Deutschland und Japan auf der Hand: es kämpft den gleichen Kampf gegen das Übelwollen der „besitzenden" und durch Besitz träg und durch Trägheit bösartig gewordenen Staaten und Völker, die in ihrem Rentnerdasein die überlegene Tüchtigkeit fürchten und sie daher durch Hunger und Elend zu brechen versuchen. Aber man darf auch den Vergleich Japans mit Deutschland nicht überspannen. Es bestehen zwischen der Außenwirtschaft von Deutschland und von Japan, auch gesehen vom Gesichtspunkt der Bevölkerungsökonomie aus, wesentliche Unterschiede sowohl der Art wie des Grades. Japan ist übervölkert in einem Maße, das wir in Deutschland dank unserer fortgeschrittenen Industrialisierung und dank unseres

hohen Kapitaleinsatzes gerade auch in der Landwirtschaft, der die beste Ausnützung von Boden und Arbeit ermöglicht, nicht kennen. Die auch gegenwärtig andauernde sehr starke Bevölkerungszunahme Japans in Verbindung mit der hohen Abhängigkeit von ausländischer Einfuhr würde von sich allein aus den wirtschaftlichen Selbsterhaltungswillen zu einer politisch expansiven Einstellung zwingen. Viel stärker aber sind noch die psychologischen Auswirkungen: ein von seinen Kindern her (also nicht nur durch Verlängerung des durchschnittlichen Lebensalters) wachsendes Volk in einem starken Staat ist in seiner Grundstimmung optimistisch, lebenswillig und lebenslustig und ist instinktiv geneigt, eine Ausdehnung seines Lebensraumes als sein gutes Recht, als das Recht der Jugend für sich in Anspruch zu nehmen.

Noch einige Zahlen zum Bevölkerungswachstum Japans:

Die Bevölkerung der japanischen Inseln betrug 1846 erst 27 Millionen, und selbst 1900 erst 43 Millionen. 1935 aber war die Zahl 69 Millionen, und gegenwärtig ist sie 73 Millionen. Dieses Bevölkerungswachstum um jährlich etwa eine Million wird noch zehn bis zwanzig Jahre anhalten mit dem steigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung, und erst allmählich absinken, wenn die Geburtenziffer ihre gegenwärtig im ganzen rückläufige Bewegung beibehalten sollte: 1930: 33,0 ‰, 1937 30,7 ‰. Der Selbsterhaltungswille des japanischen Volkes, sich für seine wachsende Bevölkerungszahl Lebensmöglichkeiten zu schaffen, gewinnt also von Jahr zu Jahr eine steigende wirtschaftliche und damit auch politische Bedeutung.

b) Die Bedeutung des Außenmarktes für die Entfaltung der japanischen Konsumindustrien

Aus der weitgehenden Bescheidung des japanischen Konsums, seiner Beschränkung auf das Hergebrachte, so daß es sich weniger um eine Ausweitung der Konsumgüter als um ihre mengenmäßige Steigerung mit der steigenden Bevölkerung handelt, erklärt sich eine weitere Eigenart der japanischen Industrie. Der europäische Mensch, immer unzufrieden mit seiner gegenwärtigen Lage und auf der Suche nach Neuem und Besserem, hat aus dieser seiner kulturellen Unrast durch viele Jahrtausende mit die stärksten Antriebe zu wirtschaftlicher Neuschöpfung gefunden. Dieser Antrieb

der Gewerbe vom Binnenmarkt aus, immer neue Warentypen auf den Markt zu werfen, ist also in Japan sehr viel schwächer als bei uns: Japan ist mit neuen Mustern zufrieden, ohne am Schnitt seiner Kimonos etwas zu ändern.

Eben wegen dieser ganz engen Beziehung des für den Konsum arbeitenden japanischen Gewerbes auf den japanischen Heimmarkt lag den japanischen Konsumindustrien zunächst die Ausfuhr fern, außer soweit es sich um hochkünstlerische Arbeiten (Seidengewebe, Lackwaren und andere japanische Kunstspezialitäten) handelt. Als nun der Weltkrieg Japan vor die Aufgabe stellte, große Länder an Stelle der ausfallenden europäischen Erzeugerstaaten mit Konsumwaren zu beliefern, waren die hier sich bietenden Möglichkeiten fast eine Entdeckung für die japanische Wirtschaft; in diese neue Lage lebte sie sich dann allerdings sehr rasch und mit großer Energie ein. Seit dieser Zeit sah Japan immer mehr in der Ausfuhr billiger Waren für den Massenverbrauch namentlich bei den farbigen Völkern der Erde den wichtigsten Teil seiner Ausfuhr. Während sich also die japanische Produktivgüterindustrie von vornherein am Staatsbedarf als einem wesentlich politisch verstandenen Bedarf orientierte, orientierte sich die Konsumgüterindustrie am Ausfuhrbedarf. So ergibt sich für den Useuropäer die zunächst erstaunliche und von ihm vielleicht als ungesund empfundene Erscheinung, daß sich der private Konsum in Japan selbst gegenüber der gewaltigen Ausweitung der japanischen Erzeugung in Konsumgütern nur sehr langsam ausdehnt. Der ganze gewaltige moderne industrielle Aufbau Japans bleibt so in einer für uns befremdenden, aber gleichzeitig auch bewundernswerten Weise bezogen auf die gesamte Nation und deren unmittelbarsten Vertreter, den Staat. Bei uns dagegen hat sich die Industrie im allgemeinen aus privatwirtschaftlichen Bedürfnissen entwickelt; die Deckung des öffentlichen Bedarfes folgte in der Hauptsache den hier erschlossenen Möglichkeiten, wenigstens bis in die neueste Zeit. Wie nicht der einzelne Japaner die Europäisierung der nationalen Lebensformen gefordert hat, sondern der Staat, die Nation als solche, so beherrscht auch der nationale, militärische, außenpolitische und außenwirtschaftliche Gesichtspunkt die Entwicklung der ganzen japanischen Wirtschaft.

II. Zur Geschichte von Japans Außenwirtschaft seit der Öffnung des Landes für den europäischen Handel 1854 bis zum Ausbruch der Krise der japanischen Außenwirtschaft

Übersicht:

Zunächst bemühen sich die useuropäischen und vor allem die angelsächsischen Mächte ungefähr ebenso sehr wie Japan selbst, Japan durch Förderung seiner Ausfuhr Kaufkraft im Ausland zu geben und es so der „Weltwirtschaft" anzugliedern. Das ändert sich allmählich in dem Maße, als erstens Japan erkennt, daß Ausfuhr unter wesentlich politischen Gesichtspunkten lebenswichtig für Japan ist, um die starke und wachsende Bevölkerung mit den lebenswichtigen Gütern zu versehen; — dann, weil die japanische Ware im Ausland auf immer weiteren räumlichen und sachlichen Gebieten der useuropäischen Konkurrenz macht: Japan versteht es, ursprünglich europäische Waren in einer für ihre Güte erstaunlichen Billigkeit auf den Markt zu werfen.

Daraus ergibt sich die folgende Haupteinteilung:

A. Japans Außenwirtschaft unter wohlwollender useuropäischer, vor allem — nach 1865 — englischer Förderung; — etwa bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1914.

B. Japan als nominell selbständiger und nominell vollberechtigter Teilhaber im angelsächsischen System der Weltwirtschaft; 1914—1929.

Wenn Phasen im allgemeinen zeitlich um so kürzere Spannen zu umfassen pflegen, je mehr man sich der Gegenwart nähert, so handelt es sich in sehr vielen Fällen dabei um Fehler im perspektivischen Sehen: nach der Ferne zu verschwimmen die Unterschiede und selbst scharfe Geländeeinschnitte können durch leichte Bodenwellen vom Standpunkt des Beschauers aus völlig verdeckt werden. Bei der Phaseneinteilung hier aber handelt es sich in der Verkürzung der Zeiträume nach der Gegenwart zu nicht um perspektivische Fehler, sondern wir stehen einer echten kritischen, fast tragischen Entwicklung gegenüber, die in einem ständig sich beschleunigenden Tempo abrollt, einem Höhepunkt zu, der eine das

Wirtschaftliche übersteigende, also politische Entscheidung fordert. Diese Entscheidung schafft dann in ihren Auswirkungen eine neue Lage. Mitten in der Entscheidung und der durch sie bedingten Neugestaltung stehen wir.

A. Japans Außenwirtschaft unter wohlwollender useuropäischer, vor allem (nach 1865) englischer Förderung

Etwa bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1914

Die Hauptleistung des japanischen Staates und des japanischen Volkes auf dem Gebiet der Wirtschaft in den ersten Jahrzehnten der modernen Entwicklung Japans lag überhaupt nicht auf dem Gebiet des eigentlich wirtschaftlichen Handelns (obwohl Japan auch hier Großes geleistet hat); sondern sie lag in der psychologischen, kulturpsychologischen Umstellung auf das moderne westliche Fühlen und Denken hinsichtlich Wirtschaft. Weil die bestimmten Voraussetzungen sachlicher und psychologischer Art für die eigentümlich dynamische Rolle, die der Wirtschaft im System der modernen useuropäischen Lebens- und Kulturordnung zugewiesen ist, in Japan einfach nicht vorhanden waren, fiel den Japanern gerade das Verstehen des Wirtschaftlichen in seinen unmittelbaren, engen und lebensnotwendigen Beziehungen zum modernen Staat schwer; — dies um so mehr, als das useuropäische theoretische und grundsätzliche Denken über Staat und Wirtschaft gerade das, was den Japanern hier völlig fremdartig war, nämlich das engste Zusammenwirken, Zusammenleben von Staat und Wirtschaft und vor allem von äußerer Staatspolitik und Außenwirtschaft, als das eigentlich Selbstverständliche oder mindestens als das von vornherein Gegebene ansah; es bemühte sich daher umgekehrt, diese enge Verbindung zu Tarnungszwecken der nationalen, staatlichen und wirtschaftlichen Ausweitungs- und Eroberungspolitik in Individualismus und „Freiheit" umzudeuten; auch wollte man (unter dem praktischen Gesichtspunkt weiterer Leistungssteigerung in der Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft) den Staat angesichts seiner an sich übermächtigen Stellung durch möglichst starke Betonung der privatwirtschaftlichen Initiative und Verantwortung zurückdrängen, also vom Ideologischen her der privaten Initiative gegenüber der Staatsallmacht den Rücken stärken zu weiterer außenwirtschaftlich-außenpolitischer Ausdehnung der Macht des Staates.

Die europäische, und zwar die angelsächsische Ideologie des Liberalismus wollte also die Wirtschaft vom Staat getrennt und als überstaatliches System (tatsächlich angelsächsischer Herrschaftsgewalt) verstanden wissen. Erst vom Politischen her einerseits, vom Technischen her andererseits lernt Japan allmählich die zentrale Bedeutung der Wirtschaft für den und in dem modernen Staat kennen. Als Japan dies im Laufe der Jahrzehnte erkennt samt den grundsätzlichen und weitreichenden Folgen aus diesem Verhältnis, sieht es auch mehr und mehr die Notwendigkeit ein, die im eigenen Volk zunächst fehlenden kulturpsychologischen und sachlichen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Geistes Useuropas zu schaffen bzw. durch gleichwertige Kräfte, die aus Japans eigenem geistigen und seelischen Kulturboden heraus zu entwickeln waren, zu ersetzen, um der eigenen Wirtschaft im Verhältnis zu der der führenden useuropäischen Völker die nötige Dynamik zu geben. Das konnte nur vom Staat her geschehen.

Japans Wirtschaft ist daher in einem für uns Menschen des Westens erstaunlichen Ausmaß „moralisch", d. h. also grundsätzlich und in ihrer wesentlichen tragenden Dynamik, vom Staate her zu verstehen. Wirtschaftsdynamik auch auf privatwirtschaftlichem Gebiet in Japan ist eine unmittelbarere Äußerung des Patriotismus als bei uns; Wirtschaftsorganisationen in Japan, auch Kartelle und Konzernbildungen sind vom Psychologischen und Moralischen her von Anfang an auch organisatorisch viel enger mit dem Staat verbunden als bei uns.

Also für viele Jahrzehnte bleibt die Hauptleistung Japans auf dem Gebiet der Wirtschaft (das wir an dieser Stelle abtrennen wollen von dem Gebiet der Technik) in der kulturpsychologischen Umstellung selbst auf die moderne Welt der Wirtschaft, in der Eingliederung Japans vom Seelischen her in das System der Weltwirtschaft als die Äußerung einer seelischen Gesamthaltung. Wenn wir Weltwirtschaft, moderne Wirtschaft überhaupt in ihrer engsten Verbundenheit mit dem vorwärtsstrebenden Leben von Staat und Volk in der Regel nicht als eine seelische Gesamthaltung verstehen wollen, und wenn manche der Wirtschaft sogar die „Seele" abstreiten, so zeigt gerade das Beispiel Japans, daß

uns nur diese seelische Einstellung so selbstverständlich ist, daß wir sie nicht mehr als solche empfinden; denn das Selbstverständliche versinkt in das Unterbewußte und Unbewußte.

Diese kulturpsychologische Entwicklung Japans im Verhältnis zur Wirtschaft werden wir nicht schildern und sie höchstens von der Oberfläche her gelegentlich berühren. Da die Schilderung der wirtschaftlichen Entwicklung Japans bis 1929 nur die Einleitung bilden soll zur Darstellung der Krise der japanischen Außenwirtschaft als einer Krise von weltgeschichtlicher Bedeutung, so genügt es, wenn wir uns für die weiter zurückliegende Zeit auf wenige Bemerkungen beschränken und erst in dem Maß ausführlicher werden, als wir uns der Krise selbst nähern.

Wir unterscheiden hier

1. eine privatwirtschaftlich-liberale Phase bis 1894;
2. eine von der Außenpolitik beherrschte Phase in der großen ostasiatischen Kriegszeit von 1894 bis 1905;
3. eine Phase wachsender Bemühungen Japans, sich aus der wirtschaftlichen Bevormundung durch die angelsächsischen Mächte herauszulösen und auch in der Weltwirtschaft eine selbständige Großmacht zu sein; 1905 bis 1914.

1. Die privatwirtschaftlich-liberale Phase

Japan interessiert die Useuropäer in den Jahrzehnten unmittelbar nach der Öffnung des Landes für westliche Einflüsse zunächst unter privatwirtschaftlichen und privatkapitalistischen Gesichtspunkten: hier war offenbar ein großes und reiches Land mit einer fleißigen Bevölkerung und einer fortgeschrittenen Regierung ohne Eisenbahnen, fast ohne Straßen, ohne Hafen, ohne Schiffe (Schiffbau für die See war in Japan bis 1853 verboten gewesen), und auch ohne die Mittel und Werkzeuge der modernen Technik, vor allem auch auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege: Wasserleitung, Kanalisation und anderer Mittel der modernen Krankheitsbekämpfung. Japan versprach ein wertvolles Glied des Commercial Empire von England zu werden.

Japan war zunächst damit voll beschäftigt, die Widerstände im eigenen Land gegen die technische Europäisierung zu überwinden; es kam dabei zu blutigen Bürgerkriegen. England hatte nichts einzuwenden, wenn Japan sich europäische Waffen kaufte: die Bürgerkriege zeigten, daß solche Waffen in der Hand der Regierung notwendig waren, um die Feinde des Fortschritts im eigenen Land niederhalten zu können. Auch gegen den Bau von Waffenfabriken — die Waffen selbst waren ja damals und bis Ende des 19. Jahrhunderts noch einfach gegenüber den jetzigen, — war nichts einzuwenden. Der starke Kaufbedarf Japans für Industriewaren, und zwar wesentlich für Kapitalgüter, die also der technischen Europäisierung des Landes dienten, machte eine starke Ausfuhr für Japan zur Notwendigkeit. Auch diese wurde von England nur begünstigt; denn England wollte ja an Japan möglichst viel verkaufen. Gegenüber dem zweifellos ungeheuren potentiellen Bedarf des japanischen Volkes an westlichen Kulturgütern war nicht daran zu denken, daß dieser ganze Bedarf, oder auch nur der größere Teil davon, aus dem Ausland bezogen werden konnte: es fehlte offenbar dazu an Zahlungsmitteln. Also hatte England auch gegen den Aufbau heimischer Industrien keine Bedenken.

Diesem Aufbau wandte sich die japanische Regierung von Anfang an mit größtem Eifer zu. Aber es fehlte eben hier nicht nur das entsprechende technische Wissen, und es fehlte die in generationenlanger Gewöhnung erworbene Handfertigkeit hochqualifizierter Leistung, gerade auch bei den schweren Industrien, sondern es fehlte hier an der allgemeinen Kulturgrundlage und dann selbstverständlich auch an den entsprechenden Rechtsformen. Auch nur die Ansätze zum Aufbau von Industrien im europäischen Sinn zu schaffen, war also überaus schwierig; nur über große Fehlleitungen und Fehlleistungen lernte Japan allmählich.

2. Die von der äußeren Politik beherrschte Phase der ostasiatischen Kriege 1894 bis 1905

Für den Kampf gegen die russischen (gegebenenfalls auch die deutschen) Herrschaftsansprüche in Ostasien wünschten die englischen Staatsmänner Japan viel stärker, als es damals war. Sie begünstigten also jede Machterweiterung Japans, auch auf außenwirtschaftlichem Gebiet. Dies um so mehr, als großenteils die Waffen, mit denen Japan Rußland bekämpfen sollte, in England hergestellt werden mußten, vor allem die schweren Kriegsschiffe. So weit hier Japans eigene Mittel nicht ausreichten, mußte London mit Anleihen einspringen; 1899 schloß Japan in London eine 4prozentige Anleihe über 10 Millionen £ zum Aus-

gabekurs von 90 Prozent ab. Im Krieg mit Rußland nahm dann Japan zusätzliche Gelder im Ausland, vor allem in London auf im Betrag von 1,2 Milliarden Yen (1 Yen = zirka 2 Reichsmark).

3. Wachsende Bemühungen Japans, sich aus der wirtschaftlichen Bevormundung durch die angelsächsischen Mächte herauszulösen und auch in der Weltwirtschaft eine selbständige Großmacht zu sein. 1905—1914

Japan hatte von Anfang an Wert darauf gelegt, nicht unter die Herrschaft fremder Geldinteressen zu kommen, also hohe Verschuldung gegenüber dem Ausland zu vermeiden, aber die bestehenden Zahlungsverpflichtungen gegen das Ausland streng zu erfüllen. Diese Politik seiner Regierung, die von den Parteien und der Presse unterstützt wurde, von ausländischen Geldmächten, einerlei unter welcher Tarnung operierend, unabhängig zu sein, erleichterte Japan nunmehr wesentlich seine allmähliche Loslösung aus der außenwirtschaftlichen Bevormundung namentlich durch London, unter der es bisher gestanden hatte. Japan beschreitet, zunächst vorsichtig und zurückhaltend, wie dies seiner ganzen Politik in dieser Zeit entspricht, neue und eigene Wege, vor allem in der kapitalistischen Durchdringung und Eroberung von China, wo es anfangs dem europäischen Vorbild weitgehend folgte. — In London erkannte man die weitreichende Bedeutung dieser Neuorientierung der japanischen Außenwirtschaftspolitik nicht, oder wollte sie nicht sehen. Washington war unfähig, wirksam dagegen einzugreifen.

Zur Charakteristik des damaligen japanischen Außenhandels ist zu sagen:

a) Sein Rückgrat war in dieser Zeit der Handel mit USA. in Faserstoffen. 1913 entfielen von der Gesamteinfuhr Japans von 73 Millionen £ zirka 23 Millionen £ auf Rohbaumwolle und 6 Millionen £ auf Baumwollgewebe, — überwiegend oder ausschließlich Einfuhr aus USA.; dagegen gingen nach USA. Rohseide für 20 Millionen £ und Seidengarn für 3 Millionen £. Die Ausfuhr von Baumwollwaren im Wert von 10 Millionen £ ging überwiegend nach China. Also entfiel in der Ausfuhr über die Hälfte auf Faserstoffe und ihre Erzeugnisse, in der Einfuhr etwa 40 Prozent.

b) Ähnlich einseitig (und selbstverständlich in dieser Einseitigkeit gefährlich) war dann die Verteilung des Außenhandels nach Ländern. Von der Ausfuhr entfielen 1912 (das Jahr ist ziemlich typisch) auf USA. 27 Prozent, auf China 18 Prozent und einschließlich Hongkong fast 23 Prozent, auf diese beiden Länder zusammen also die Hälfte. Neben diesen standen dann nur noch mit nennenswerten Beträgen als Abnehmer japanischer Waren: Frankreich, England, Britisch-Indien, Deutschland, Italien, also mit Ausnahme von Britisch-Indien Hochindustriestaaten. Ordnet man diese Staaten nach der Art der Ausfuhr in Gruppen, so steht das Verhältnis Japans zu USA. für sich allein: überwiegend Austausch von Seide gegen Baumwolle; neben der Gruppe der hochwirtschaftlichen Kulturstaaten steht dann die Gruppe von Staaten, denen Japan industriell bereits überlegen ist, und denen es billige Waren europäischen Typs liefert: China und Indien.

c) Ein weiteres Merkmal des damaligen japanischen Außenhandels ist die Unausgeglichenheit zwischen Leistung und Gegenleistung im Verkehr mit den einzelnen Ländern. Verhältnismäßig günstig ist hier noch das Verhältnis zu USA. Aber bei der Größe des Warenverkehrs mit USA. ergibt sich doch hier eine Handelsbilanz zugunsten Japans von jährlich etwa 50 Millionen Yen (etwa 100 Millionen RM.). Dieser Überschuß aus dem Handel mit USA. muß dazu dienen, die Unterbilanz Japans vor allem im Handel mit England und Britisch-Indien auszugleichen. Dadurch aber gerät der japanische Außenhandel in seiner finanziellen Abwicklung in sehr starke Abhängigkeit vom internationalen Geldmarkt, der seinen Sitz damals für derartige Operationen unbestritten in London hatte; London hatte den Zahlungsausgleich im vielseitigen internationalen Handelsverkehr zu vermitteln und hier auch die vorübergehend im Verkehr zwischen den einzelnen Ländern entstehenden, teilweise sehr beträchtlichen Salden auszugleichen. Auch soweit Japan hier sein eigenes Außenhandels-Kreditsystem zu entwickeln sucht, besteht für dieses keine andere Möglichkeit, als in engster Verbindung mit dem Londoner Geldmarkt zu bleiben — was jedenfalls, bei der verhältnismäßigen Schwäche der für diese Zwecke in Japan überhaupt verfügbaren Kapitalien (es handelt sich wohlgemerkt um Auslandskapitalien, die also auch nicht einfach auf dem Kreditweg aus den latenten Kräften der inneren Wirtschaft beschafft oder

geschaffen werden können), weitgehende Abhängigkeit von England bedeutete.

Die japanische Zahlungsbilanz wurde wesentlich gestützt durch die Erträge der japanischen Schiffahrt und durch die Ersparnisse und Rücküberweisungen japanischer Auswanderer-Arbeiter, vor allem damals noch in Hawaii und in den USA.-Weststaaten. Der japanische Schiffsbau und die japanische Ozeanschiffahrt waren mit Hilfe von Staatszuschüssen bereits sehr stark entwickelt; nach Größe des nutzbaren Schiffsraums stand Japan 1913 mit 1,8 Millionen Registertonnen an vierter Stelle der Welt (nach England, USA., Deutschland); seine regelmäßigen Dampferlinien gingen nicht nur über den Pazifischen und den Indischen Ozean, sondern hatten auch den Atlantischen Ozean und Europa einbezogen.

B. Japan als nominell selbständiger und nominell vollberechtigter Teilhaber im angelsächsischen System der Weltwirtschaft

1914—1929

Wir unterscheiden hier die Zeit des Weltkrieges vom Nachkriegsjahrzehnt.

1. Zeit des Weltkrieges: Aufstieg zu einer außenwirtschaftlichen Großmachtstellung 1914—1918

Der Weltkrieg gab Japans Wirtschaft außerordentliche Möglichkeiten dadurch, daß er einige der wichtigsten europäischen Industriestaaten von der Belieferung überseeischer Märkte ganz abschnitt, während er andere in ihrer außenwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von der Produktions- oder Transportseite her stark hemmte; zu den letzteren Mächten gehört spätestens seit 1917 auch USA. Japan hatte unter diesen Umständen nicht nur das ganze ostasiatische Gebiet mit seinen Waren zu beliefern, sondern auch zum großen Teil die Gebiete um den Indischen Ozean; im weiteren Verlauf des Krieges aber dehnte es die Märkte seiner Waren auch auf die amerikanische Westküste und schließlich auf die lateinamerikanischen Staaten überhaupt aus.

Erst in dieser Zeit entwickelt Japan seine Industrialisierung gerade in bezug auf Konsumgüter aus den Bedürfnissen auswärtiger Märkte nach solchen Konsumgütern. Die industrielle Erzeugung Japans stieg von 1,3 Milliarden Yen unmittelbar vor dem Weltkrieg (ca. 2,7 Milliarden RM.) auf 6,3 Milliarden Yen 1919; der Außenhandel stieg gleichzeitig von 1,3 Milliarden Yen auf 4,7 Milliarden Yen (Außenhandel = Einfuhr + Ausfuhr) bei allerdings starker Geldentwertung, aber nicht gegen das Gold, sondern gegen die Ware. Damals gelang Japan eine sehr starke Gold- und Devisenanhäufung.

2. Nach teilweiser Zurückdrängung Japans aus seinen im Krieg eroberten Außenwirtschaftsstellungen scheinbare Gleichgewichtslage 1919—1929

Nach dem Krieg drängte die (jedenfalls in den höheren Preislagen) gütemäßig überlegene europäische Ware, weitgehend auch unterstützt durch Währungsentwertungen erst bei den besiegten Staaten, dann bei den Siegerstaaten, die japanische Ware wieder von vielen Märkten zurück. Es verbleibt aber der japanischen Ware die Versorgung sehr breiter Schichten der eingeborenen und also farbigen Bevölkerung in Ostasien und in Britisch- und Niederländisch-Indien mit billigen und groben Waren. Die Bevölkerungskreise, die diese Ware kauften, hatten bisher europäische Waren, vor allem Gewebe für Kleidung, Haushaltwaren aller Art nicht in nennenswertem Umfang gekauft. Japan hatte sich also hier mit seinen billigen aber zunächst wenig qualifizierten Waren einen Markt geschaffen, den es bisher weltwirtschaftlich kaum gegeben hatte, und den es jetzt um so mehr pflegte, je mehr es sich aus den besseren und wirtschaftlich kaufkräftigeren Kreisen wieder durch Ureuropa verdrängt sah. Die fast monopolartige Stellung, die es sich hier sichern konnte, wurde ihm zunächst weder politisch noch wirtschaftlich ernstlich streitig gemacht. Im Gegenteil: die Staatsmänner der führenden weißen Mächte sahen es, nachdem nun einmal das außenwirtschaftliche Problem Japan vorhanden war und sich sogar immer stärker zuzuspitzen drohte, und nachdem man sich mit ihm irgendwie auseinanderzusetzen hatte, grundsätzlich nicht ungern, daß Japan hier mit den billigen Erzeugnissen seiner billigen Arbeitskräfte ein verhältnismäßig

neutrales Gebiet internationalen Handels entwickelte und pflegte.

Wir haben oben für die bis zum Weltkrieg erreichte Außenhandels-Entwicklung Japans drei wesentliche Schwächen festgestellt, nämlich

a) viel zu einseitige Begründung auf Textilien; —

b) viel zu einseitige Einstellung auf den Handel mit wenigen Ländern, namentlich der angelsächsischen Gruppe, Hauptländern und Kolonialländern; —

c) viel zu große Unausgeglichenheit der Leistungen in Ausfuhr und Einfuhr im Verkehr mit den einzelnen Ländern, mit der unvermeidlichen Abhängigkeit von dem den Zahlungsausgleich vermittelnden und die nötigen Zwischenkredite gebenden Land, nämlich England.

Dazu kommt selbstverständlich als größte und gefährlichste Schwäche die Abhängigkeit von fremder Rohstoffzufuhr überhaupt sowohl für die Versorgung der eigenen Bevölkerung, wie auch für die eigene Ausfuhrerzeugung, mit der die lebenswichtige Rohstoffzufuhr bezahlt werden mußte. Diese Abhängigkeit, die also grundsätzlich und naturgegeben ist, haben wir bereits eingehend gewürdigt.

Zu a): Viel zu einseitige Begründung des Außenhandels auf die Textilien. Der Hauptpfeiler der japanischen Ausfuhr wurde damals erst recht die Ausfuhr von Rohseide nach USA. Von Japans Gesamtausfuhr 1927 im Betrag von 199 Millionen £ entfielen auf Naturseide 75 Millionen £ (38 Prozent!); weitaus der größte Teil ging nach USA. Ziehen wir für 1927 die Textilbilanz des japanischen Außenhandels, nur in den Hauptposten, so lautet sie

Einfuhr in Millionen £		Ausfuhr in Millionen £	
Baumwolle	72	Rohseide	75
Wolle	10	Seidengewebe	14
Wollgarne und Wollgewebe	8	Baumwollgarne	4
Baumwollgewebe	1	Baumwollgewebe	38
	81		121

Die Textileinfuhr, überwiegend Rohstoffe, macht also nur in den Hauptposten von der Gesamteinfuhr Japans 37 Prozent aus,

die Textilausfuhr dagegen von der Gesamtausfuhr Japans 66 Prozent. Der Anteil der Textilausfuhr an Japans Gesamtausfuhr hat sich also gegenüber der Vorkriegszeit noch erhöht. Die Lage war um so gefährlicher für Japan, als USA., der Hauptabnehmer des einzigen wirtschaftseigenen Textilrohstoffes Japans in der damaligen Zeit, der Naturseide, in wirtschaftlichen Notzeiten oder auch unter politischen Erwägungen jederzeit auf diese Einfuhr verzichten konnte. Dagegen war die eingeführte Baumwolle, und auch Wolle nicht nur für die Bekleidung der eigenen Bevölkerung (in den nördlicheren Gegenden Japans und den Festlandsgebieten, und also auch für die japanischen Soldaten) sondern auch für die Herstellung der wichtigsten Ausfuhrwaren notwendig.

Überlegt man weiter, daß die Textilbilanz des japanischen Außenhandels 1927 mit ca. 50 Millionen £ aktiv war bei einer gesamten passiven Handelsbilanz von 19 Millionen £, so wird klar, in welchem Umfang Japan in seiner Außenwirtschaft vom guten Willen von USA. als dem Hauptabnehmer der Rohseide und vom guten Willen Englands (— Indiens) als dem Hauptabnehmer der Baumwollwaren abhängig geworden war.

Zu b): Viel zu einseitige Einstellung auf den Handel mit wenigen Ländern, namentlich der angelsächsischen Gruppe; Hauptländern und Kolonialländern. Von der Gesamtausfuhr Japans entfielen 1929 auf USA. allein 42,5 Prozent. Dann kamen die die japanischen Industriewaren, vor allem Baumwollgewebe, aufnehmenden Länder: China 16,1 Prozent (mit Hongkong 18,9 Prozent), Britisch-Indien 9,2 Prozent, Niederländisch-Indien 4 Prozent. Diese vier Länder zusammen nahmen also drei Viertel der ganzen japanischen Ausfuhr auf. Auch hier hat sich also die Einseitigkeit der japanischen Vorkriegs-Außenhandelsorientierung noch weiter verschärft und auch hier handelt es sich, mit Ausnahme von Niederländisch-Indien, um Länder, die Japan politisch keineswegs neutral, oder auch nur grundsätzlich wohlwollend gegenüberstehen.

Zu c): Viel zu große Unausgeglichenheit von Leistung und Gegenleistung im Verkehr mit den einzelnen Ländern.

Die Unausgeglichenheit der Leistungen und Gegenleistungen hat sich (s. Tab.) zwar gegen die Vorkriegszeit nicht erhöht, aber die Lage hat sich insofern geändert, als das politische Moment sowohl beim Ausgleich der internationalen Zahlungen gegeneinander, als auch bei der Gewährung der Vermittlungskredite für diesen Ausgleich und überhaupt der Kredite im auswärtigen Handelsverkehr viel

stärker in den Vordergrund getreten ist. Zugleich war durch die außerordentliche Schwächung Deutschlands die Macht der angelsächsischen Länder relativ verstärkt, wenn auch nunmehr besser verteilt zwischen London und New York.

	Anteil an der Ausfuhr Japans	Anteil an der Einfuhr Japans
	in Hundertsätzen	
a) Länder mit einer für Japan aktiven Handelsbilanz		
USA.	42,5	29,5
China	16,1	9,5
	58,6	39,0
b) Länder mit einer für Japan ausgesprochen passiven Handelsbilanz		
Britisch-Indien . . .	9,2	13,6
England	3,0	7,0
Deutschland	0,6	7,1
Australien	2,0	5,9
	14,8	33,6

Die Wendung ins Politische. Der Entschluß Japans zum Angriff: Die japanische Ware als Künder der Befreiung der farbigen Völker von der politischen Herrschaft und der wirtschaftlichen Ausbeutung der angelsächsischen Mächte

In den führenden politischen und wirtschaftlichen Kreisen Japans täuschte man sich nicht über die Gefahren, die in dieser Gestaltung des Außenhandels lagen. Japan war in seinen außenwirtschaftlichen Beziehungen mehr oder weniger abhängig von der Gnade oder Duldung von Ländern, die ihm nicht grundsätzlich freundschaftlich gesinnt waren, — wenn sie auch bereit waren, mit Japan zusammenzugehen, sofern dabei die für ihre Politik allerdings weitgehend maßgebenden privatwirtschaftlichen Kreise ihren Vorteil fanden. Aber in dem Maß, als sich Japan von der außenwirtschaftlichen und damit schließlich auch außenpolitischen Umklammerung durch das Angelsachsentum freizumachen suchte, —

und dies war notwendig, wenn es nicht von ihm grundsätzlich mißgünstig gestimmten Ländern abhängig bleiben, oder sogar immer mehr in deren Abhängigkeit geraten wollte, — mußte es damit rechnen, daß die andere Partei die außenwirtschaftlichen Machtmittel, mit denen sie Japan weitgehend in ihren Händen hielt, gegen Japan gebrauchen würde. Das System der japanischen Wirtschaft war also infolge seiner Abhängigkeit vom Außenhandel in einem sehr labilen Gleichgewichtszustand, der vom Ausland her von privatwirtschaftlicher Seite, vor allem aber von den für die Staatspolitik verantwortlichen Stellen jederzeit zerstört werden konnte.

Unter diesen Umständen entschloß sich Japan zu einem kühnen, gewagten Spiel. Es entschloß sich, den in übermächtiger außenwirtschaftlicher Stellung ihm gegenüberstehenden Staaten, vor allem England, durch eigenen Angriff die Initiative des Handelns aus der Hand zu nehmen. Es entschloß sich, sich nicht mehr auf das Selbstinteresse des am Japan-Handel interessierten fremden Großkaufmannes und seinen Einfluß auf die ausländischen Regierungen zu verlassen, sondern seine Warenausfuhr auf die letzten Käuferschichten dieser japanischen Waren im Ausland selbst zu gründen: also auf die breitesten Schichten der eingeborenen farbigen Bevölkerung der europäischen Kolonialgebiete.

Dazu genügten aber die physisch wirtschaftlichen Vorzüge der japanischen Waren noch nicht. Sie mußten auch einen ideellen Sinn und eine symbolische Bedeutung, und damit selbstverständlich auch eine politische Aufgabe erhalten: Die japanische Ware überall, in Indien, in Malaya, auf den Philippinen, in ganz Afrika, bei den Indios und Negern und Mischlingen Westindiens sollte Künderin sein eines Evangeliums der Befreiung der farbigen Völker von der Herrschaft des weißen, vor allem des angelsächsischen Mannes, der vor der Ankunft der japanischen Ware den Farbigen mit seiner teuren und schlechten Ware zu schlechter Lebensführung gezwungen und ihn so wirtschaftlich ausgebeutet und kulturell niedergehalten habe. Japan dagegen lieferte dem farbigen Manne für wenig Geld brauchbare Waren, und zwar Waren, die seinen Bedürfnissen und seinem Geschmack entsprachen. Mit der wirtschaftlichen Knechtung des Farbigen gegenüber dem Weißen hing die politische Knechtschaft des Farbigen eng zusammen. Es entstand die Vorstellung von Japan als dem Träger eines kommenden Weltreiches der farbigen Rassen.

So wurde die japanische Ware zum großen Propagandawerkzeug auch der japanischen Politik. Sie war hier um so wertvoller, als sich der Japaner sonst wenig dazu eignet, für sich und sein Land im Ausland Propaganda zu machen, zumal er sich hier der geschlossenen Front der auch uns wohlbekannten anglo-jüdischen Presse und der von ihr fabrizierten „öffentlichen Meinung" gegenübersieht.

Die Reaktion der Kolonialmächte, also vor allem Englands, gegen diesen Versuch Japans, den Absatz der japanischen Industriewaren in den Bedürfnissen und im Willen der letzten Käuferschichten und also der breitesten kolonialen Eingeborenenkreise zu verankern, ja sogar diese Völker von der japanischen Ware aus politisch zu revolutionieren, und so die englische Herrschaft mit Hilfe der japanischen Ware allmählich in eine japanische Herrschaft umzuwandeln, war weniger scharf und rasch, als man vielleicht erwarten würde. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Erstens: die Vorstellungswelt des Engländers ist starr und fest in sich abgeschlossen; Gedanken, Begriffe, Ideen, die außerhalb des für den Engländer ein für allemal feststehenden Systems der Weltordnung liegen, nimmt der Engländer zunächst überhaupt nicht an; sie erscheinen ihm phantastisch, wirklichkeitsfremd und daher auch ungefährlich. In England war man also zunächst geneigt, diese politische Idee von der japanischen Ware in den englischen Kolonien als eine privatwirtschaftliche Propaganda für den besseren Absatz dieser Waren anzusehen, eine Propaganda, die vielleicht im Augenblick nicht ungeschickt, doch auf längere Sicht wenig glücklich und erst recht wenig geschmackvoll sei. In England brauchte man also einige Zeit, um den wesentlichen Gedanken und die ihm zugrunde liegende Gesamtauffassung, Weltanschauung und den sich hier ausdrückenden Willen, ernst zu nehmen.

Man brauchte aber noch viel länger, — und in diesem Falle war das Zögern Ausdruck einer bestimmten Disziplin, — um sich seine eigene Linie des Handelns gegenüber einem so gefährlichen Anspruch festzulegen.

Der Engländer fürchtet einer wirklichen Gefahr gegenüber übereiltes Handeln. Er liebt dann das Handeln auf Grund der langsamen und gründlichen „zweiten Überlegung". Schließlich also, als er erkannte, daß Japan nicht bluffe und daß hinter dem politischen Evangelium von der japanischen Ware ein ernstes politisches

Ziel stehe: war es dann überhaupt zweckmäßig, unmittelbar zu antworten? Es war besser, die japanische Propaganda sich zunächst einigermaßen totlaufen zu lassen: weder konnte Japan auf diesem Wege das englische Kolonialreich sofort erben, noch auch war die eingeborene Bevölkerung irgendwo reif zur Revolution oder fähig, gegen die englische Polizei oder das englische Militär den Kampf aufzunehmen; sie hatte nicht einmal die Macht, oder auch nur das formelle Recht, ihre Wünsche in politisch irgendwie maßgebender Weise zur Geltung zu bringen. Das Zweckmäßigste schien also, die japanischen Weltherrschaftsideen zunächst einfach zu ignorieren. Die ernste Drohung aber, die dahinter stand, konnte und durfte man nicht ignorieren. Ihr würde man auf anderem Wege begegnen. Daß die japanische Ware auch politisch gefährlich war, war nunmehr klar, also war sie zu bekämpfen, selbst wenn dabei privatwirtschaftliche Interessen englischer Kaufleute geopfert werden mußten. Aber nicht im Zusammenhang mit dieser japanischen Propaganda selbst, wodurch unerwünschte Gegenkräfte hätten ausgelöst werden können, sondern die englische Gegenoffensive durfte erst einsetzen, wenn die japanische Propagandawelle ihre erste Kraft verausgabt hatte. Dann konnte England, im Besitz aller politischen Machtstellungen, den Gegenangriff gründlich und hart durchführen, der japanischen Ware ihre volle Macht fühlen lassen und ihr klarmachen, daß sie im englischen Herrschaftsgebiet nur soweit auf Zulassung rechnen könne, als es England passe.

England hat hier zunächst vollständig gesiegt. Vom politischen Charakter der japanischen Ware wird heute von Japan aus möglichst wenig geredet. Aber England hat nicht vergessen; es weiß um den politischen Charakter der japanischen Waren, der auch dann besteht und wirkt, wenn niemand davon redet; dieses Wissen hat immer seitdem Englands Handeln gegenüber der japanischen Ware wesentlich mitbestimmt.

Jede Beschränkung der japanischen Wareneinfuhr trifft selbstverständlich gerade die breitesten Verbraucherschichten in ußeuropäischen Kolonialgebieten schwer. Die japanische Ware stellt für diese Schichten das Symbol einer neuen Weltordnung dar, in der die farbigen Völker von der Herrschaft der weißen Rasse befreit sein werden.

Die Auffassung von der japanischen Außenwirtschaft als einem Teil der Weltmachtstellung Japans, und die Auffassung von der

japanischen Ware als einem politischen Propagandainstrument in der Verwirklichung der Weltmachtstellung Japans bedeutet auch die Abwendung Japans vom Wirtschaftsliberalismus, an den es so lange geglaubt hat.

Im übrigen war die Haltung der auswärtigen Mächte, vor allem von USA., der für Japans Außenhandel weitaus wichtigsten Macht in dieser Zeit, wesentlich auch durch die Erwägung beeinflußt, daß man Japan zu verzweifelten Maßnahmen treibe, wenn man es allzusehr hemme in seiner Ausfuhr, mit der es seine Einfuhr allein auf die Dauer bezahlen könne. Dabei war man sich des latenten außenpolitischen Gegensatzes zu Japan immer bewußt. Für die USA.-Außenpolitik aber war es — jetzt erst recht — ein beruhigendes Gefühl, daß Japan über seinen notwendigen Einfuhrbedarf aus dem Wirtschaftsraum USA. in so starkem Maße von Washington abhängig blieb. Japans ausländische Kaufkraft beruhte ja Ende der 20er Jahre zu mehr als einem Drittel auf seiner Rohseideausfuhr nach USA. USA. konnte auf diese Einfuhr verzichten, ohne mehr als einen Luxus zu opfern, aber Japan war abhängig von der Einfuhr aus USA.: Baumwolle, Erdöl, Holz, Schrott usw. als von lebenswichtigen Rohstoffen.

In England empfand man gegen das Ende der 20er Jahre das Vordringen der japanischen Ware in den englischen Kolonialgebieten, im indisch-malayischen, später im afrikanischen, schließlich im amerikanischen Raum allmählich immer mehr als auch unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten unerfreulich, wenn man nicht von Japan selbst auf den politisch-nationalen, weltmachtlichen Propagandacharakter der japanischen Waren hingestoßen worden wäre. Aber auch dann noch erschienen die Gefahren, die sich aus einem schroffen plötzlichen Vorgehen gegen die japanische Ware ergeben konnten, noch ernster als die unmittelbare Wirklichkeit.

So war also Ende der 20er Jahre in den außenwirtschaftlichen Beziehungen Japans eine Krisenlage erreicht, über deren Schwere man sich so wenig in Tokio und in Osaka, wie in London oder Washington oder in New York täuschte. Diese Krisenlage hatte mit der Weltwirtschaftskrise, die damals einsetzte, nichts zu tun. Die Weltwirtschaftskrise trat vielmehr als ein neues Moment nur verschärfend zu den vorhandenen Spannungen hinzu.

III. Die Krise der japanischen Außenwirtschaft

1929 bis zur Gegenwart

Übersicht

Die Art der Eingliederung der japanischen Wirtschaft in das weltwirtschaftliche System konnte nicht von Dauer sein (wie oben ausgeführt), weder unter dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt der verschiedenen Dringlichkeit von Angebot und Nachfrage bei Japan einerseits und seinen Handelspartnern andererseits, noch unter politischen Gesichtspunkten.

Vielleicht war schon die *Deflationspolitik* Japans seit 1925 (die wieder in Verbindung steht mit der großen japanischen Bank- und Kreditkrise von 1927,) mit durch das Gefühl bestimmt gewesen, daß die japanische Wirtschaft auf sehr unsicherer Grundlage ruhe. So versuchte man eine Sanierung von innen heraus. Die Deflationspolitik hätte sich dann vom psychologischen Gebiet her ergeben. Die logischen Folgerungen, zu denen man bei diesem gefühlsbedingten Denken kam, erwiesen sich, wie oft in ähnlichen Fällen, als unrichtig. Es wurde aber durch diese Krise von 1927 eine tiefgehende Erschütterung der bisher dogmatisch übernommenen Wirtschaftsideologie, im besonderen: der Geld-, Währungs- und Kreditideologie des Liberalismus erreicht. Das wirtschaftliche Denken wurde beweglich und unmittelbar und gewann so den Mut zu grundsätzlichen Entscheidungen, wie sie die Zeitlage erforderte.

Die *Weltwirtschaftskrise*, welche 1929 mit einem außerordentlichen Sturz, fast einem Zusammenbruch der Preise für Lebensmittel und Rohstoffe auf den Weltmärkten hereinbrach; — die von hier aus auf alle einzelnen Nationalwirtschaften sich krisenhaft auflösend und zerstörend auswirkte; — mit der sich aber auch gleichzeitig (und zwar unabhängig von dieser weltwirtschaftlich-außenwirtschaftlichen Entwicklung) in vielen Ländern rein innenwirtschaftliche Krisen verbanden: wirkte selbstverständlich auf die sich unter politischen Kräften und Gegenkräften her immer mehr zuspitzende Lage der japanischen Außenwirtschaft weiterhin akut verschärfend ein.

Nunmehr aber zeigt es sich, wie sehr die Weltkrise von 1929 verhältnismäßig Oberflächenerscheinung war gegenüber der nationalen Existenzfrage, um die es sich in der Frage der künftigen Gestaltung der japanischen Außenwirtschaft und des Verhältnisses dieser Außenwirtschaft zu Japans Binnenwirtschaft handelt. In Japan rief die kritische Gestaltung des eigenen Außenhandels, die in ihren Wirkungen an die Wurzeln der staatlichen und volklichen Existenz ging, erstaunliche Kräfte zur Abwehr wach. Japan beginnt einen wahrhaft gigantischen Kampf, um die außenwirtschaftlichen Fesseln, die es zu erdrücken und seine weitere machtpolitische Entwicklung unmöglich zu machen scheinen, und die seine wirtschaftliche und damit auch seine politische Freiheit bedrohen, zu sprengen.

Diesen Kampf kann Japan im wesentlichen, jedenfalls gegenüber den weißen Mächten, nur mit wirtschaftlichen Waffen führen. Der gelegentliche Versuch, hier auch mit politischem Druck zu arbeiten, scheitert. Wohl aber konnten die Mächte, gegen die sich die außenwirtschaftliche Offensive Japans, nunmehr also nur mit wirtschaftlichen Mitteln, richtet, den japanischen Angriff mit politischen Waffen abwehren; denn sie standen hier auf ihrem eigenen Boden und hatten das Recht der Souveränität, also der Selbstbestimmung in den eigenen Angelegenheiten, für sich. So ergibt sich etwa seit 1935 mit steigender Klarheit, daß diese große außenwirtschaftliche Offensive Japans zum Scheitern verurteilt ist: die japanische Ware sieht sich vor immer höheren Zollmauern, vor immer zahlreicheren und immer stärkeren Quotenbeschränkungen und anderen Hindernissen staatlicher Art. Japan erhält für immer steigende Leistungen immer geringere Bezahlung, und dabei wird seine wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland immer größer, und sie erhält immer mehr einen politischen Charakter. Während also die außenwirtschaftliche Offensive Japans mit Zähigkeit weiter fortgesetzt wird, wo immer sie auch nur mit einigem Erfolg rechnen kann, vollzieht sich eine doppelte Wendung in der Führung der Außenwirtschaft Japans zum Politischen hin; —

erstens Japan verzichtet auf den Plan, sich über eine wirtschaftliche Ausdehnung seiner Außenwirtschaft die nötigen wirtschaftlichen Grundlagen für seine ostasiatische Stellung und für seine Weltmachtstellung zu sichern. Es sucht seine wehr- und kriegswirtschaftliche Sicherung, auf die es zunächst ankommt, auf politische Freundschaften zu gründen: es bildet sich die „Achse" Berlin—Tokio, die sich zur Achse Berlin—Rom—Tokio erweitert, und die vielleicht zu einer Achse Rom—Berlin—Moskau—Tokio ausgestaltet wird. Andere Verbindungen politischer Art auf der Grundlage wirtschaftlicher Abhängigkeit teils mit London, vor allem aber mit Washington, dürfen dabei von Japan nicht vernachlässigt werden: sie sind in der Tat so lebenswichtiger Natur, daß sie so lange als möglich — selbst unter schwerster außenpolitischer Belastung — aufrechterhalten werden müssen: Japan braucht Baumwolle aus USA., oder aus Indien, dem Sudan, Kenya und Tanganjika und es braucht Eisenerze und andere Metalle aus englischem oder USA.-Herrschaftsgebiet; —

zweitens der Ausbruch des Großkrieges mit China Mitte 1937 stellt die japanische Wirtschaft überhaupt, die japanische Außenwirtschaft im besonderen auf den Krieg um: die japanische Wirtschaft ist seit Mitte 1937 in all ihren Teilen sowohl tatsächlich wie offiziell Kriegswirtschaft. Daraus ergibt sich die folgende Einteilung:

1. die Einwirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Krisenlage von Japans Außenwirtschaft 1929—1931;

2. Japans heroischer Kampf mit heroischen Mitteln, um seine außenwirtschaftliche Selbstbehauptung — Ende 1931 bis Mitte 1937. In dieser Zeit stellt sich Japan immer mehr auf eine politische Auffassung von der Außenwirtschaft um und richtet seine Außenwirtschaftspolitik entsprechend politisch aus. Diese Richtung setzt sich durch, als der Krieg mit China ausbricht.

Von diesen Entwicklungen sind: außenpolitische Orientierung der Außenwirtschaft, Kriegswirtschaft mit gleichzeitiger „kolonialwirtschaftlicher" Angliederung der besetzten chinesischen Gebiete an das japanische Wirtschaftssystem (auch hier unter Kriegsbedingungen und mit kriegswirtschaftlichen Zielen) — gegenwärtige Geschichte; aus den Bruchstücken, die zur Kenntnis der Öffentlichkeit kommen, sie in ihren Einzelheiten zu rekonstruieren, kann nicht Sache dieser Darstellung sein: hier handelt es sich vielmehr nur um die Erfassung des Sinnes der Geschehnisse. Gerade dieser Sinn aber bleibt in der gegenwärtigen Geschichte dunkel, soweit er nicht in der Vergangenheit unmittelbar begründet ist, sondern vielmehr aus eigenem, spontan-schöpferischen politischen Wollen der Gegenwart hervorgeht.

A. Die Einwirkung der Weltwirtschaftskrise auf die japanische Außenwirtschaft 1929—1931

Der japanische Außenhandel der Nachkriegszeit hatte seinen Höchststand bereits 1925 erreicht: in der Einfuhr mit 2,6 Milliarden Yen, in der Ausfuhr mit 2,3 Milliarden Yen. Dann war nach einem beträchtlichen Rückgang bis 1927 wieder ein Aufstieg erfolgt: 1929 erreichte die Einfuhr 2,2 Milliarden Yen, die Ausfuhr 2,1 Milliarden Yen. Die Weltwirtschaftskrise drückte bis 1931 die Ausfuhr auf 1,2 Milliarden Yen, die Einfuhr auf 1,1 Milliarden Yen herab.

Diese Zahlen aber verlangen noch ziemlich eingehende Erörterung; denn sie besagen an sich weniger, als man nach der Größe der Unterschiede vermuten würde. Dem Zusammenbruch der Werte in der Ausfuhr wie in der Einfuhr entsprach keineswegs eine ähnliche Verringerung der Menge. In der Einfuhr nach Japan erreicht der Gewichtsmenge nach 1931 die Sojabohne (aus der Mandschurei) größere Werte als in den Jahren 1928, 1929, 1930. Das mag nicht weiter verwunderlich sein, aber das gleiche gilt für die Einfuhr von Rohbaumwolle (überwiegend aus USA.), von Wolle (überwiegend aus Australien), von Hanf und Jute, von Zellstoff, von Gummi, von Mineralölen, künstlichen Düngemitteln u. a. m., während die Einfuhrmengen bei Kohle, Phosphaten, Blei und Zink, Ölsamen, sowie verschiedenen schweren Chemikalien nicht wesentlich abgenommen haben. In der Ausfuhr aber werden 1931 die in früheren Jahren erreichten Höchstwerte zwar mengenmäßig nicht überschritten, aber im allgemeinen können sie den erreichten Stand behaupten. Das gilt vor allem für wertmäßig so wichtige Teile der Ausfuhr, wie Baumwollgewebe, Papier, vegetabile Öle.

Am schwersten traf Japan der Zusammenbruch des Preises der Rohseide. Der Rohseidepreis war schon vor 1929 in Verbindung mit der Entwicklung der Kunstseide ständig gefallen: von 7,7 \$ je lb. 1923—25 auf 5,1 \$ 1928, auf 4,8 \$ 1929; bis 1932 ging er zurück auf 1,54 \$, also ein Rückgang auf 1/5 verglichen mit 1923—25 und auf weniger als 1/3 gegenüber 1928 und 1929. Dabei waren 1932 \$ und Yen um je etwa 40 Prozent in ihrem Goldgehalt gesenkt worden, so daß also der Rückgang der Preise, ausgedrückt in Gold, noch viel stärker war.

Die Rohseideausfuhr aber hatte 1928 noch 39 Prozent der durch die Ausfuhr überhaupt gewonnenen Devisen geliefert, und zwar fast ausschließlich USA.-Devisen, damals die besten Devisen der Welt. Der Wert der japanischen Einfuhr in USA. sank von 432 Millionen \$ 1929 auf 206 Millionen \$ 1931, auf 134 Millionen \$ 1932. Würde diesem Rückgang der japanischen Ausfuhrwerte nach USA. ein ebenso großer Rückgang der japanischen Einfuhrwerte aus USA. entsprochen haben, so wäre die Sache nicht sehr bedenklich gewesen, vorausgesetzt, daß die Preise auch bei den Einfuhrwaren starke Rückgänge gezeigt hätten. Das war allerdings großenteils zunächst der Fall, z. B. bei Baumwolle und bei den farbigen Nutzmetallen, wenn auch längst nicht im gleichen Ausmaß wie bei Rohseide. Aber: der Rückgang der Rohseidepreise konnte, weil wesentlich bedingt nicht durch die Krise, sondern durch die wachsende Konkurrenz der Kunstseide, mit Abflauen der Krise keineswegs mehr aufgeholt werden: was hier in der Krise verloren wurde, mußte als endgültig verloren angesehen werden und ist auch in der Hauptsache verloren geblieben.

Durch den Rückgang des Rohseidenpreises hatte also trotz andauernden Steigens der zur Ausfuhr gebrachten Rohseidenmengen Japan zwischen 1925 und 1935 verloren an jährlichen Ausfuhrwerten einen Betrag von etwa 500 Millionen Yen = 20 Prozent des gesamten Ausfuhrwertes von 1935.

Die Entwicklung der Handelsbilanz Japans mit USA. stellt sich wie folgt dar:

	Japanische Einfuhr nach USA.	USA.-Ausfuhr nach Japan	Handelsbilanz zugunsten Japans
	Zahlen der USA.-Statistik in Millionen \$		
1928	384	288	+94
1931	206	156	+50
1932	134	135	— 1
1936	172	204	—32

Nun waren Japan bisher, also vor dem Zusammenbruch des Rohseidenpreises, für die Einfuhr von Rohstoffen (Baumwolle und Wolle, Gummi, Ölsamen usw.) aus Ländern des Britischen Empire neben seinen Guthaben aus der Ausfuhr nach diesen Ländern auch die USA.-Devisen zur Verfügung gestanden. Diese

Devisendecke verkürzte sich seit 1929 sehr stark und fiel 1932 ganz weg: jetzt sollte umgekehrt der japanische Handel mit anderen Ländern für die nötige Einfuhr aus USA. zahlen.

Dafür schienen vor allem nach dem damaligen Charakter der japanischen Fertigwarenausfuhr, Indien und die englischen Kolonialgebiete in Frage zu kommen, da sich die Dominien, vor allem das für Japan wichtige Australien, gegen die japanische Ware durch hohe Einfuhrzölle abschlossen. Passive Handelsbilanzen sind unbeliebt: Ein Japan, das in der Gesamtbilanz seines Handels mit Indien passiv liegt und mit USA.-Devisen zahlt, wurde in Delhi und in London anders angesehen, als ein Japan, das aus seinem Warenabsatz in Indien erst die Devisen herausholen wollte, um für seine Rohstoffkäufe in USA. zahlen zu können: Japan aber konnte nicht hoffen, seine Ausfuhr an Fertigerzeugnissen nach USA. so steigern zu können, daß es dort seinen Rohstoffbedarf mit seinen Fertigwaren bezahlen konnte: denn das USA.-Volk und der USA.-Kongreß sind unbedingt schutzzöllnerisch und, von verhältnismäßig unbedeutenden Ausnahmen abgesehen, entschlossen, dem USA.-Erzeuger, Unternehmer wie Arbeiter, den USA.-Markt gegen jede fremde Ware zu sichern.

Japan sah sich also der Notwendigkeit gegenüber, seine Ausfuhr an Fertigerzeugnissen zu steigern, um seinen Rohstoffbedarf decken zu können. Diese Notwendigkeit war bereits 1930 und 1931 ganz klar zu erkennen. Im Jahre 1930 konnte es vielleicht noch scheinen, als ob sich von selbst eine neue Gleichgewichtslage herstellen würde; die Ausfuhrwerte Japans gegenüber den Kolonialgebieten: Britisch-Indien, Malaya, Niederländisch-Indien, Philippinen, auch Ägypten konnten ungefähr behauptet werden, während der Wert der Einfuhr aus diesen Ländern beträchtlich sank. Mit Niederländisch-Indien war so Japans passive Handelsbilanz von 18 Millionen $ im Jahre 1928 verwandelt worden 1930 in eine aktive Handelsbilanz von 9 Millionen $. Mit Britisch-Indien und Malaya waren die passiven Handelsbilanzen von 65 Millionen $, bzw. 7 Millionen $ verringert worden auf 11 Millionen $ bzw. 1 Million $; im Verkehr mit Ägypten war die aktive Handelsbilanz wesentlich gesteigert.

Das Jahr 1931 schien in der ersten Hälfte die Entwicklung von 1930 fortzusetzen. In der zweiten Hälfte aber wurde durch zwei Momente eine plötzliche Zuspitzung der Außenwirtschaftslage

Japans herbeigeführt, nämlich einmal durch die £-Abwertung gegen das Gold, und zweitens durch den chinesischen Boykott.

Die £-Abwertung gegen das Gold vom September 1931 um etwa 40 Prozent gab der englischen Ware, gestützt auf ihre Zollvorzugsbehandlung in einem großen Teil des Empire-Gebietes, vor allem in Indien und in Australien, im Wettbewerb mit der japanischen Ware einen wesentlichen Konkurrenzvorteil. Indien, Malaya, Australien, Ägypten aber hatten 1930 zusammen fast 15 Prozent der japanischen Waren aufgenommen. Nach allen diesen Ländern machte sich der Rückgang der Ausfuhr von 1931 auf 1932 stark bemerkbar.

Der chinesische Boykott wurde durch das Vorgehen Japans in der Mandschurei im Herbst 1931 ausgelöst. Er war zeitweise fast lückenlos wirksam. Obwohl er nur die letzten Monate des Jahres in Kraft war, sank die Ausfuhr nach China von 1930 auf 1931 im Wert um 10 Prozent, dann von 1931 auf 1932 um weitere 18 Prozent, und der Anteil der Ausfuhr nach China und Hongkong an der japanischen Gesamtausfuhr ging zurück von 21,4 Prozent (1930) auf 16,8 Prozent 1931, auf 10,4 Prozent 1932. Der Boykott ging so weit, daß die Chinesen auch nichtjapanische Güter ablehnten, die in japanischen Schiffen ankamen; sie schädigten damit auch die japanische Schiffahrt schwer. Die Boykott-Bewegung Chinas, ihre Unterstützung oder auch nur Duldung durch die chinesische Regierung oder ihre Beamten bildete von nun an einen der fruchtbarsten Beschwerdepunkte Japans gegen China. Mit den mehr oder weniger freundschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und China in den folgenden Jahren sank und stieg der chinesische Boykott. Niemals mehr aber erreichte in dieser ganzen Zeit die japanische Ausfuhr nach China die anteilmäßige Höhe an der japanischen Gesamtausfuhr wie 1930. Sie ging (die Ausfuhr nach Hongkong eingezogen) vielmehr weiter zurück auf 7 Prozent 1934 und stieg dann auch bis 1936 auf nur wenig mehr als 8 Prozent. Der Boykott traf ungefähr ebenso hart die in China selbst arbeitenden japanischen Industrieunternehmen, die, im Unterschied zu vielen Industrieunternehmen der westlichen Völker in China, ganz wesentlich für den chinesischen Markt arbeiten.

langen und schwierigen Verhandlungen kam im Oktober 1933 ein neuer indisch-japanischer Handelsvertrag zustande. Dieser war für Japan entschieden ungünstig. Das Prinzip der Verkopplung der Baumwollgewebeeinfuhr aus Japan mit der Rohbaumwollausfuhr nach Japan wäre für Japan an sich nicht ungünstig gewesen; aber das Verkopplungsmaß — in der Bindung bestimmter Mengen von Baumwollgeweben (in Quadrat Yards) an bestimmte Mengen von Baumwolle (in Ballen) — war für Japan ungünstig und wirkte sich als Quotierung der Einfuhr japanischer Baumwollwaren nach Indien überhaupt aus. Damit aber wurde erstens der fast unbegrenzt ausbaufähige indische Markt mit seinen 380 Millionen Menschen für Japan nur in sehr geringem Maße zugänglich. Zweitens verwandelte der so wechselseitig quotierte Handelsverkehr von Baumwollwaren gegen Baumwolle die starke aktive Handelsbilanz Japans gegen Indien in eine stark passive. Beide Entwicklungen werden durch die folgenden Zahlen klargestellt:

	Japans Ausfuhr nach Indien	Japans Einfuhr aus Indien	Handelsbilanz zugunsten Japans
	Zahlen in Millionen Yen		
1932	192	117	+ 75
1933	205	205	+ 0
1935	276	306	— 30
1937	215	327	—112

Japan ist auf die indische Baumwolle angewiesen; die einen Mehrbezug von Baumwolle nach dem Vertrag kompensierende Baumwollgewebe-Ausfuhr ist völlig unzureichend, um einen entsprechenden Wertausgleich herbeizuführen. Indien im Besitz eines für Japan lebenswichtigen Rohstoffes hat die stärkere strategische Stellung. Seine eigene wie die englische Textilindustrie möchten die japanische Textilware vom indischen Markt am liebsten überhaupt ausschließen. Das geht einstweilen nicht, da gerade Japan die minderwertige indische Baumwolle verhältnismäßig gut zu verarbeiten versteht und da die indische Baumwollspinnerei und -weberei es bisher, vor allem infolge von Arbeitskämpfen, zu einer verläßlichen Produktion nicht gebracht hat, während England zu teuer arbeitet. Die Handelsbeziehungen zwischen Japan und Indien bleiben aber in einem labilen Gleichgewichtszustand. 1937 kam es neuerdings zu schwierigen Verhandlungen zwischen Japan und Indien über die Verlängerung bzw. Umgestaltung des Handelsvertrages. Die Auswirkung der neuen Abmachung (Mitte 1937) konnte sich unter den besonderen kriegswirtschaftlichen Verhältnissen des Jahres 1938 noch nicht zeigen.

Im Jahre 1933 liefen weiter Verhandlungen in London, bei denen man die Frage der Einfuhr von japanischen Waren in die *britischen Kolonialgebiete* (nicht Dominialgebiete) grundsätzlich zu regeln versuchte. Auch diese Verhandlungen gestalteten sich schwierig und zogen sich lange hin. Schließlich sind sie zusammengebrochen. 1934 setzte England allgemein Quoten für die japanische Einfuhr von Baumwolle- und Kunstseidegeweben nach den

Kolonien fest. Auch hier war also damit die japanische Ausfuhr in zwei ihrer wichtigsten Gruppen endgültig begrenzt.

Nicht weniger langwierig und schwierig und nicht viel erfolgreicher gestalteten sich die Verhandlungen Japans mit der Regierung von *Niederländisch-Indien* in Batavia. Auch in diesem sehr aufnahmefähigen und kaufkräftigen Absatzgebiet sieht sich also jetzt die japanische Ware eng begrenzt und die aktive Handelsbilanz Japans gegen Nd.-Indien schwindet von Jahr zu Jahr, da Japan die Rohstoffe Nd.-Indiens in steigendem Maße braucht und also einführen muß:

	Japans Ausfuhr nach Ndl.-Indien	Japans Einfuhr aus Ndl.-Indien	aktive Handelsbilanz Japans mit Ndl.-Indien
	Zahlen in Millionen Yen		
1933	157	56	+99
1935	143	78	+65
1937	143	110	+33

Ein weiterer schwerer Schlag war für Japan die Kündigung seines Handelsvertrages mit *Ägypten* durch Ägypten 1935. Ägypten stand damals an vierter Stelle in der japanischen Baumwollgewebeausfuhr. Alle Versuche Japans, mit Ägypten zu einem neuen Abkommen zu gelangen, sind bisher fehlgeschlagen. Die Ausfuhr nach Ägypten, die 1932 50 Mill. RM. betragen hatte, ist 1937 auf 35 Mill. RM. zurückgegangen, die Einfuhr aus Ägypten nach Japan (hochwertige Baumwolle!) in der gleichen Zeit gestiegen von 28 Mill. RM. auf 57 Mill. RM.

Günstiger verlaufen für Japan sind die Handelskriege mit *Kanada* im letzten Drittel 1935, und mit Australien, von Juni bis September 1936. Mit Kanada, wichtig vor allem für Holz- und Holzstoff-Einfuhr, und damit Konkurrent von USA. auf dem japanischen Markt, kam man überein, gewisse Kampfzölle, die die Einfuhr beiderseits lahmgelegt hatten, aufzuheben. Eine Änderung der stark passiven Handelsbilanz ist aber Japan nicht gelungen: 1937 stand die Einfuhr aus Kanada auf 75 Mill. RM., die Ausfuhr nach Kanada auf 14 Mill. RM.

Japan ist für *Australien* wichtig als nächster und fast unbegrenzt aufnahmefähiger Abnehmer vor allem für Wolle und Weizen. Der Handel wird aber gehemmt durch eine hohe passive Handelsbilanz Japans. Australien fand sich schließlich bereit, größeren Gruppen japanischer Fertigwaren Zollsätze zuzubilligen, die nicht prohibitiv waren. 1937 war der japanische Handel im Verhältnis zu Australien: Einfuhr 118 Mill. RM. gegen Ausfuhr 52 Mill. RM.

Wie aus dem Gesagten hervorgeht, sind Japan eine Reihe seiner zukunftsreichsten und auch räumlich am nächstliegenden Absatzmärkte von Jahr zu Jahr mehr gesperrt worden.

Reichsmark; — selbstverständlich bei möglichster Aufrechterhaltung des inneren Yen-Wertes. Wir geben ohne weitere Erläuterung einige Zahlen. (In anderem Zusammenhang werden wir auf die Frage später noch einmal zurückkommen.)

	Goldparitäten			
	ursprünglich	1932	1933	1934—36
Yen	100	57	41	35
Pfund	100	72	68	60
Dollar	100	81	59	59
	Lebenshaltungskosten			
	1931			
Japan	151	158	161	164—184
England	126	126	120	126
U. S. A.	130	108	105	124

Die sehr viel stärkere Entwertung des Yen gegen das Gold als dies bei £ und $ der Fall war, wurde also durch Erhöhung des Lebenshaltungsindex keineswegs ausgeglichen. Die Entwertung des Yen belief sich vielmehr gegenüber dem entwerteten £ und $ auf etwa 40 Prozent. Die Steigerung des Inlandpreisniveaus in Japan verteilte sich dabei auf die verschiedenen Waren schon entsprechend dem verschiedenen Gehalt an ausländischen Rohstoffen sehr verschieden. Auch die Löhne schlossen sich ihr keineswegs ganz an. Die Kaufkraft der breiten Massen des Volks, teilweise vor allem der Bauern, in den letzten Jahren mehr der Arbeiter, hat sich also in Japan weiter vermindert. Dies war selbstverständlich neben der außenwirtschaftlichen Notlage (die ja der Yen-Entwertung zugrunde liegt), auch bedingt durch die hohen militärischen Ausgaben in Verbindung mit der Mandschurei und mit der Aufrüstung. — Diese Yen-Abwertung gab also Japan beträchtliche Vorteile im Außenhandel.

Japan hat allerdings ziemlich bald auf die Anwendung des Mittels der Währungsabwertung verzichtet (seit 1932), da es geeignet war, bei den Ländern des £-Blocks und des $-Blocks

besonders scharfe Gegenmaßnahmen hervorzurufen. Die Wahrscheinlichkeit solcher Gegenmaßregeln wuchs noch, als 1936 das Währungsabkommen zwischen USA., England und Frankreich — eine Art Währungs-Schutz- und Trutzbündnis — geschlossen worden war. Japan behalf sich daher auch bis in die jüngste Zeit, trotz sehr starken außenwirtschaftlichen Drucks auf seine äußere Währung zu deren Aufrechterhaltung mit anderen Mitteln. So beliefen sich Japans Goldverschiffungen nach USA. — die nach anderen Ländern dürften gering sein — nach der USA.-Statistik 1937 auf 246 Millionen $, 1938 auf 169 Millionen $ und für die ersten 6 Monate von 1939 auf 85 Millionen $. Die gegenwärtige (1937) Goldproduktion des eigentlichen Japans und Tschosens beträgt etwa 45 Millionen $, und ist in starkem Ansteigen, obwohl reichere Lager nicht vorhanden sind. Sehr gute Ergebnisse erbrachte eine freiwillige Goldsammlung im japanischen Volk: im Lauf der Jahrtausende einer niemals durch feindliche Eroberung gestörten Entwicklung sind namentlich in den Tempeln große Goldschätze in der Form von Kunst- und Kultgegenständen angehäuft. Seit Mitte 1938 weist die Bank von Japan ihren Goldbestand unverändert aus.

b) Möglichste Rationalisierung der Industrieerzeugung mit dem Ziel der Verbilligung der Ausfuhrware, also möglichste Verringerung der sachlichen Selbstkosten; damit im engen Zusammenhang: weiterer Ausbau der japanischen Außenhandelsorganisationen zu möglichst rationellem und geschlossenem Einsatz

Bereits 1930 hatte die japanische Regierung ein Rationalisierungsbüro im Ministerium für Handel und Industrie ins Leben gerufen. Die Betriebe der Ausfuhrindustrien, damals vor allem die Spinnereien und Webereien, wurden mit den leistungsfähigsten Maschinen ausgerüstet, die auf dem Weltmarkt zu kaufen waren, und diese möglichst in ihrer ganzen Leistungsfähigkeit, also 24 Stunden im Tag, ausgenützt.

Aber die entscheidenden Rationalisierungsmaßnahmen lagen auf Gebieten, auf denen andere Industrievölker den Japanern damals überhaupt nicht und auch heute nur schwer folgen können. Sie

Charakteristisch für die starke Steigerung der industriellen Erzeugung ist die Industrie-Erzeugungsziffer, wie sie die Mitsubischi Wirtschaftliche Forschungsanstalt regelmäßig ermittelt. Sie war 1931 mit 101 ungefähr ebenso hoch wie 1927 = 100, steigt aber dann bis 1933 auf 128½, bis 1935 auf 154, bis 1937 auf 178.

2. Die Rückwirkungen bei den fremden Staaten und Nationalwirtschaften

Die japanische Außenhandelsoffensive, durch die der japanischen Ware neue Märkte gewonnen werden sollten, hätte wegen des stoßweise raschen Vorgehens und des planmäßigen Masseneinsatzes von Waren auch dann politischen Charakter gewonnen, wenn dahinter nicht die japanische Regierung und nicht der Gedanke eines Weltreiches der japanischen Ware gestanden hätte. Aber es ging meist einer solchen Handelsoffensive, die ein neues Gebiet, räumlich oder sachlich, der japanischen Ware gewinnen wollte, voraus ein sehr gründliches Studium der Marktverhältnisse und der gegenwärtigen Versorgungslage durch einen Sachverständigen-Ausschuß, der von der japanischen Regierung in enger Verbindung mit den japanischen Großkonzernen der Produktion und der Ausfuhr gebildet wurde, während gleichzeitig die Diplomatie Japans sich bemühte, der japanischen Ware auch handelspolitisch das Feld zu ebnen, wenn möglich durch Handelsabkommen auf Gegenseitigkeitsgrundlage, z. B. der Gegenlieferung von Wolle aus Argentinien oder Südafrika, die Japan unabhängig, oder wenigstens unabhängiger, machen sollte von der australischen Wolle. Die enge Zusammenarbeit der japanischen Industrie- und Ausfuhrkonzerne mit der japanischen Regierung war also jedermann sichtbar und wurde von japanischer Seite auch nicht bestritten: die japanische Ware sollte das große Propagandamittel Japans sein. Schon daraus mußten sich beträchtliche Gegengefühle und Gegenwirkungen ergeben, vor allem bei den angelsächsischen Staaten, die sich in ihrer Weltherrschaft auch nicht von der Warenseite her stören lassen wollen; — außer bei jenen Ländern und Völkern, die sich von solchem imperialistischen Herrschaftswillen der angelsächsischen Völker im besonderen Maße bedroht fühlen.

Zunächst aber sahen sich die in ihrer Existenz Geschädigten, die bisher das betreffende Land, das nunmehr in den Bereich der

japanischen Warenbelieferung einbezogen werden sollte, mit den entsprechenden Waren versorgt hatten, zur Gegenwehr veranlaßt. Hier sind drei Hauptfälle zu unterscheiden:

a) Die entsprechende Warenversorgung erfolgte bisher aus einheimischer Erzeugung. Also einheimische Unternehmer und Arbeiter sind die zunächst Geschädigten. Sie können aus dem einen oder anderen Grunde nicht zu den Preisen der japanischen Ware Gleichwertiges liefern; Löhne, Steuern, Goldwert der Währung mögen zu hoch, oder auch subjektive Leistungsfaktoren mögen zu niedrig sein; es kann auch an Kapitalausstattung fehlen, oder die Organisation ist fehlerhaft, schwerfällig, viel zu teuer oder arbeitet mit großem Leerlauf. In diesem Falle findet der Kampf gegen die japanische Ware im eigenen Lande im allgemeinen so starke Stützen, daß ein Eindringen der japanischen Ware auf breiten Fronten entweder von vornherein unmöglich gemacht wird, oder nach kurzer Anlaufzeit durch besondere Gesetze oder andere behördliche Maßnahmen verhindert wird. Das beste Beispiel ist hier USA.: auch dort, wo die gegen europäische Waren als prohibitiv gedachten und auch prohibitiv wirkenden USA.-Zölle die japanischen Waren (z. B. bestimmte Textilgewebe) nicht auszuschließen vermochten, gelang es der USA.-Regierung, durch die Drohung mit entsprechenden Sondermaßnahmen Japan zu veranlassen, von der an sich zunächst noch möglichen Einfuhr freiwillig abzusehen. Die japanische Einfuhr nach USA. wurde also (von Naturseide und Naturseidengeweben abgesehen) beschränkt auf einige Sondergruppen von Waren, für deren Erzeugung in USA. kein Interesse oder auch keine günstigen Voraussetzungen bestehen, wie gewisse Lebensmittelkonserven, japanische Porzellan- und Glaswaren; ferner Spielwaren, bei denen man mit der japanischen Ware die verhaßte deutsche Ware verdrängen wollte, mit der Absicht, dadurch gleichzeitig Feindschaft zu säen zwischen Deutschland und Japan. — Andere Beispiele sind hier: Australien, auch Südafrika und, in bezug auf verschiedene dem Massenverbrauch dienende Waren, auch einige südamerikanische Länder; ferner Niederländisch-Indien.

b) Eine zweite Gruppe von Ländern sind jene ohne eigene Industrie, aber in kolonialer Abhängigkeit von einem Lande, das seinerseits erwartet, das betreffende Land mit seinen Waren zu beliefern, soweit ihm dies nur immer wünschenswert erscheint. In diesem Falle ist das Ergebnis ähnlich wie im ersten

herein bestehenden, als selbstverständlich empfundenen friedlich-freundlichen Zusammenarbeit. So war es z. B. immer schon üblich, und es ist auch heute so geblieben, daß eine größere Firma, die über eine eigene Verkaufsorganisation verfügt, auch die Erzeugnisse kleinerer, mehr handwerklicher Firmen neben ihr mit den ihren zum Verkauf bringt.

Das Nebeneinanderbestehen von nur wenigen großen Ausfuhrfirmen erleichtert das einheitliche Auftreten der japanischen Wirtschaft im Ausland. Ein Japaner steigert beim Einkauf nicht einem anderen Japaner die Ware im Ausland weg: der Gewinner dabei wäre das Ausland. Japanische Waren machen sich untereinander im Ausland nicht Konkurrenz. Jeder einzelne neu zu erschließende Auslandsmarkt wird durch Sachverständige auf seine Aufnahmefähigkeit, seine besonderen Bedürfnisse und Wünsche mit wissenschaftlicher Genauigkeit untersucht. Dann erfolgt ein einheitlicher und geschlossener, sehr oft von Anfang an erstaunlich hoher Einsatz von Waren, der die bisher bestandene Marktlage von einem Jahr auf das andere völlig über den Haufen werfen kann. — Auch hier hat die japanische Gesetzgebung im Grund nur Bestehendes anerkannt, allerdings auch mit den nötigen Sicherungen umgeben: seit 1925 hat Japan sein *Ausfuhrgilden-Gesetz*. Die Organisation des Außenhandels unter ihm hat in den letzten Jahren außerordentlich zugenommen: von weniger als 15 Gildeverbänden vor 1930 auf 40 1934 und auf 75 1935.

Diesen Gilden für den Außenhandel entsprechen in Japan selbst die *Industriegilden*. Ihnen ist von der Regierung die Aufgabe gestellt: Verbesserung der Erzeugung, Finanzierung der Kleinbetriebe; Verhinderung zerstörenden Wettbewerbes. 1934 gab es 481 solcher Industriegilden, die meisten in den Baumwolle- und Kunstseide-Industrien.

Dem obengenannten Büro für Rationalisierung wurde 1931 auch das *Kartellwesen* zugewiesen, vor allem in Fragen der Beschränkung der Produktion: wenn die Hälfte der Betriebe einer Industrie, oder die Hälfte der Erzeugung in dieser Gruppe Einschränkung der Produktion zu einem gewissen Prozentsatz fordert, so ist diese Einschränkung für alle Betriebe dieser Industriegruppe bindend, vorausgesetzt, daß sich drei Viertel der Industrie damit einverstanden erklären.

Die *sächliche Verbilligung* der japanischen Industrieerzeugung auf der Grundlage dieser Rationalisierungsmaßnahmen

kommt darin zum Ausdruck, daß einer Steigerung der industriellen Erzeugung von 50 Prozent zwischen 1931 und 1935 bei 26 der wichtigsten Warengruppen (nach dem Mitsubischi-Wirtschaftsforschungs-Institut) nur eine Steigerung an Arbeitskräften der japanischen Industrie überhaupt um 26 Prozent entspricht.

c) Räumliche Erweiterung des Ausfuhrbereiches der japanischen Waren

In seinen alten Absatzmärkten bedroht, hat sich Japan neue Absatzmärkte gesucht. In welchem Umfang dies geschehen ist, das zeigt die folgende Tabelle.

Zu ihr ist einleitend folgendes zu sagen: sie gibt nur ein sehr abgekürztes Bild der wirklichen hochdramatischen Entwicklung: die Lage verschob sich oft von Jahr zu Jahr durch Maßnahmen und Gegenmaßnahmen der Regierungen und der einschlägigen Wirtschaftskreise völlig. Denn charakteristisch für die japanische Ausfuhrförderung ist gerade der konzentrierte Einsatz auf den neuen Marktgebieten, die der japanischen Ware erobert werden sollen. Die Folgen waren selbstverständlich ähnlich schroff sich auswirkende Gegenmaßnahmen. Diese Kämpfe zeigen sich im Zahlenbild nur gelegentlich dem Leser, wenn er sich etwa klar macht, was es bedeutet, wenn der Warenabsatz nach einem Land oder nach einer kontinentalen Gruppe von Ländern verhältnismäßig, d. h. bezogen auf den Gesamtwarenabsatz, von einem Jahr zum anderen um 50 Prozent oder noch mehr erhöht oder gesenkt wird, und dies noch bei stark wachsenden absoluten Werten der Ausfuhr überhaupt.

Zum Verständnis der Tabelle*) ist zu sagen: 1930 spielte die Ausfuhr nach Afrika (mit Ausnahme der Ausfuhr nach Ägypten), die wenige Jahre vorher entwickelt worden war, nach Mittelamerika und auch Südamerika keine nennenswerte Rolle. Die betreffenden Zahlen wurden damals in den zusammenfassenden Veröffentlichungen überhaupt nicht getrennt ausgewiesen, sondern sind im Restbetrag mit enthalten.

---

*) Über die Ausfuhr des eigentlichen Japan nach Tschosen und Taiwan und über die hier sowohl wie auch bei Kwantung und Mandschukuo sich ergebenden Schwierigkeiten wird zweckmäßig in anderem Zusammenhang (S. 199) gesprochen.

tät im Handel mit USA. immer bestanden hat seit dem Zusammenbruch der Rohseidenpreise infolge der Konkurrenz der Kunstseide, ist diese Passivität im Verkehr mit dem Britischen Empire erst in den letzten Jahren entwickelt worden, selbstverständlich als Teil einer von England zielbewußt verfolgten Politik der Verdrängung der japanischen Waren aus dem Empire und der politischen und militärischen Schwächung Japans von seiner Außenwirtschaft her bis zu dem Punkt, da Japan aufhören würde, ein gefährlicher Gegner Englands zu sein und bereit wäre, in einem Trabantenverhältnis zu England eine politisch und wirtschaftlich bescheidene Rolle zu spielen: die passive Handelsbilanz Japans mit dem Empire wächst von 4 Millionen $ 1934 bis auf 84 Millionen $ 1937 an. 1934 war Japans Handel mit Ägypten und Südafrika noch aktiv, mit Malaya ungefähr ausgeglichen; mit allen diesen Ländern war er 1937 stark passiv.

b) Geringe Ausfuhrsteigerung; Passivität der Handelsbilanz

Wir geben zunächst die Zahlen des japanischen Außenhandels, und zwar ausgedrückt erstens in Yen, zweitens in Dollar (gemäß dem jeweils geltenden Goldwert des $), drittens in Reichsmark, also in Gold, und jeweils einmal in absoluten Zahlen und dann bezogen auf 1929 = 100.

	Ausfuhr Japans					
	Yen	$	RM.	Yen	$	RM.
	in Millionen			in Prozentsätzen		
1929	2148	991	4975	100	100	100
1932	1410	661	2084	66	67	42
1934	2172	636	2057	102	64	41
1935	2499	706	2307	116	71	46
1936	2693	782	2549	126	78	51
1937	3175	914	2967	148	92	60

Je danach, ob man von Yen, vom Dollar oder von Reichsmark ausgeht, wird man also entweder von einem starken Aufstieg der japanischen Ausfuhr reden können, oder davon, daß Japan sich jetzt allmählich wieder der 1929 erreichten Ausfuhrhöhe annähere,

oder davon, daß die japanische Ausfuhr jetzt (d. h. 1937) knapp 3/5 der Zahl von 1929 erreicht habe. Je danach also, welche dieser Reihen man benützt, mag man ablesen, daß der japanische Außenhandel von 1929 bis 1939 unter der Politik der möglichsten Ausfuhrförderung einen starken Aufschwung genommen habe, oder sich mit äußerster Mühe auf dem erreichten Stand schließlich einigermaßen habe behaupten können, oder aber, daß er schwerste Einschränkung erfahren habe; — und daß also die Bemühungen der japanischen Außenhandelspolitik (jedenfalls nach dem ersten Anschein) erfolgreich gewesen seien, oder nur hingereicht hätten, eine wesentliche Verschlechterung eben einigermaßen zu verhüten, oder auch die Verschlechterung nicht verhütet, sondern vielleicht sogar herbeigeführt hätten.

Ein Beweis, daß man mit Statistik alles machen kann? Nein, denn die hier zutage tretenden Unterschiede haben mit Statistik wesentlich gar nichts zu tun. Sie betrachten nur den gleichen Vorgang einmal vom Standpunkt der Binnenwirtschaft und dann vom Standpunkt der Außenwirtschaft und im letzteren Falle wieder unter zwei verschiedenen Kriterien der Betrachtung. Sie bringen also nebeneinander bestehende Seiten des einheitlichen Komplexes: Außenhandel nebeneinander zur Darstellung, müssen also auch in diesem Nebeneinander, d. h. als sich gegenseitig ergänzend, verstanden werden.

Die große Masse des japanischen Volkes denkt ebenso selbstverständlich in Yen, wie wir in Reichsmark und wie der Engländer in £. Für sie ist also die Yen-Zahl ohne weiteres maßgebend. Die japanische Regierung kann also gegenüber dem eigenen Volke auf die seit 1932 und noch mehr von 1936 auf 1937 eingetretene Steigerung in den Yen-Zahlen der Ausfuhr hinweisen. Diese Yen-Zahlen stellen auch die Ausfuhr so dar, wie sie vom Standpunkt der eigenen inneren Wirtschaft des japanischen Volkes (— im Gegensatz zu seiner Außenwirtschaft —) also von der japanischen Volkswirtschaft selbst gesehen, sich darstellt. Denn die Yen-Währung ist ja niemals in ihrer innerjapanischen Geltung unterbrochen oder auch nur wesentlich erschüttert worden, auch nicht durch die außenwirtschaftliche Abwertung des Yen gegen den $ oder das £, und erst recht nicht gegen das Gold und die Reichsmark. Diese Abwertung hat die innerwirtschaftliche Geltung des Yen nicht viel mehr gestört, als uns das Vorhandensein verschiedener Arten von Verrechnungsmark oder von Askimark im Ausland. Gewiß hat

sind dafür besondere Voraussetzungen bestimmend: Panama lebt großenteils vom Panamakanal; die Seeleute aber kaufen nicht teure Waren in Panama, wenn sie billige Waren in anderen Hafenstädten erhalten. Es ist also vorteilhafter für USA., die ausländischen Seeleute kaufen die billigen japanischen Waren in Panama als in anderen Hafenstädten, weil dann mindestens der beträchtliche Kleinhandelsgewinn und sehr oft auch der Zwischengewinn des Großhandels dem eigenen Gebiete zugute kommt.

4. Der „Restbetrag" verteilt sich in den Jahren von 1934 an auf vier Gruppen von Ländern, nämlich 1. die sonst nicht genannten europäischen Länder, 2. Sowjet-Rußland, 3. die sonst nicht genannten asiatischen Länder, 4. Neuseeland und Südsee.

Bei den europäischen Ländern zeigt die Ausfuhr nach Belgien und Luxemburg und nach den Niederlanden in den Jahren 1934 bis 1937 mehr als Verdopplung, die nach Frankreich eine wesentliche Steigerung, wogegen sie nach Schweden unverändert geblieben ist, nachdem sie dorthin einige Jahre vorher beträchtlich gesteigert worden war. — Die Ausfuhr nach Rußland hat sich seit 1928 nicht wesentlich geändert; sie wird bekanntlich, wie der russische Außenhandel überhaupt, unmittelbar von der staatlichen Außenhandelsbehörde geregelt. — In der Ausfuhr nach dem übrigen Asien hat in den letzten Jahren Siam eine beträchtliche Bedeutung gewonnen. — Auch die Ausfuhr nach den Philippinen ist wesentlich gestiegen, wenn sie auch im Verhältnis zur Kaufkraft der Philippinen gering bleibt und heute vom Staat (USA.) her durch eine Art Gentleman Agreement ähnlich wie in USA. selbst, beschränkt worden ist: denn Japan hat sich unter der Drohung scharfer Sondermaßnahmen gegen seine gesamte Wareneinfuhr zu einer Beschränkung seiner Einfuhr nach den Philippinen verstehen müssen. Dagegen hat sich die Ausfuhr nach dem Irak und nach anderen Ländern Asiens nicht wesentlich geändert. — Die Ausfuhr nach Neuseeland konnte mehr als verdoppelt werden, weil Neuseeland bei stark aktiver Handelsbilanz gegenüber Japan einen wesentlichen Teil seiner Erzeugnisse nach Japan ausführen will. Also auch in Asien ist das Bild, das die japanische Ausfuhr bietet, überaus reich.

Die frühere Einseitigkeit in der japanischen Ausfuhr hinsichtlich des Kreises der von dieser Ausfuhr erfaßten Länder, die eine wesentliche Schwäche im Aufbau des japanischen Außenhandels war, ist also vermindert dank der Bemühungen Japans, seinen Waren neue Absatzgebiete zu erschließen.

d) Erweiterung des Bereiches der Ausfuhrwaren sowohl nach Art als nach Güte

1. Allgemein bemerkenswert ist die Verlagerung der Ausfuhr nach den Fertigwaren hin.

	Lebensmittel und Getränke	Rohstoffe und Halbfertigwaren	Fertigwaren
1925	6,4	54,4	38,1
1929	9,4	38,1	52,5
1932	9,8	29,5	60,7
1936	10,1	20,7	69,2
1937	9,4	19,1	71,5

Da Rohseide von der japanischen Statistik zu den Halbwaren gerechnet wird, so werden Rohstoffe und Halbwaren zweckmäßigerweise zusammengefaßt.

Bei der Lebensmittelausfuhr handelt es sich großenteils um hochverarbeitete Erzeugnisse, nämlich (auch abgesehen von Zucker und Mehl) vor allem um Konserven in Dosen und Gläsern, teils Fischkonserven, teils eingemachten Früchten und Gemüsen. Die Fischkonserven werden dabei nicht einmal völlig von der Ausfuhrstatistik erfaßt, da teilweise die Verarbeitung auf den Fischereidampfern selbst erfolgt und die Ware von diesen unmittelbar an das Ausland geht. Diese japanischen Konserven finden guten Absatz auf europäischen und amerikanischen Märkten. Die Erzeugung an solchen Konserven hat sich seit 1929 weit mehr als verdoppelt; auf sie entfällt wertmäßig etwa die Hälfte der ganzen japanischen Lebensmittelausfuhr. Getrocknete, geräucherte oder sonstwie zubereitete Fische haben einen großen Absatz auf den ostasiatischen Märkten.

Innerhalb der Fertigwarenerzeugung wurden mehr und mehr Warengruppen, und innerhalb der Warengruppen immer mehr verschiedene Warentypen für die Ausfuhr nutzbar gemacht.

Um die wachsende Differenzierung bei der Fertigwaren-Ausfuhr zu zeigen, geben wir die folgende Tabelle:

erklärt wird) und gestört mit Hongkong, im letzteren Falle aus Gefühlsmomenten der überwiegend chinesischen Bevölkerung. Die Vorteile, das Jahr, das wir unseren Betrachtungen zugrunde legen, möglichst nahe der Gegenwart zu wählen, sind größer als die Nachteile aus den Änderungen, die der Handel durch die Eröffnung der Feindseligkeiten erfährt, und dadurch, daß sich Japan auch im Außenhandel auf den Krieg einstellt. Auch diese Umstellung auf den Krieg bedeutet in Japan bei der engen Verbindung, die schon in Friedenszeiten zwischen Staatsleitung und privater Wirtschaftsführung besteht, weniger als in den meisten anderen Ländern.

Weder der USA.-Herrschaftsbereich, noch der Empire-Herrschaftsbereich sind vollständig erfaßt andererseits gehören zu „Übriges Afrika" auch die belgischen, portugiesischen, französischen, italienischen Kolonialgebiete in Afrika. Aber die gegebenen Zahlen sind für die Feststellungen, die hier wesentlich sind, völlig hinreichend.

Es ergibt sich also eine Gesamtpassivität der Handelsbilanz Japans 1937 von 285 Millionen $. Das ist, bezogen auf die Gesamtausfuhr von 718 Millionen $ nach Ländern außerhalb des japanischen Wirtschaftsbereiches, fast 40 Prozent. Aber von dieser Passivität entfallen 174 Millionen $ auf den Handel mit dem USA.-Wirtschaftsbereich und 85 Millionen $ auf den Handel mit dem Empire, also 258 Millionen $, oder über 90 Prozent der ganzen passiven Handelsbilanz. Bezogen auf die Ausfuhr nach dem angelsächsischen Herrschaftsbereich beträgt die passive Handelsbilanz gegenüber diesem sogar 55 Prozent.

Die Handelsbilanz mit den nichtjapanischen, nichtangelsächsischen Herrschaftsgebieten zeigt dagegen im ganzen eine erträgliche Ausgeglichenheit mit einer Passivität von 27 Millionen $ auf eine Gesamtausfuhr von 250 Millionen $. Die Passivität würde zweifellos hier völlig verschwinden, wenn noch die Leistungen der japanischen Schiffahrt mit einbezogen werden könnten. Im einzelnen ergeben sich auch hier sehr große Unterschiede. Die Staaten dieser Gruppen haben einstweilen unter sich noch nicht einen Grad wirtschaftlicher Zusammenarbeit bzw. (als deren Grundlage) eine Stärkung des politischen Zusammenhalts, des Bewußtseins einer politischen Schicksalsgemeinschaft erreicht, daß hier ein mehrseitiger Ausgleich, außer in einigen Fällen, möglich wäre.

Japans Außenhandel 1937.

In Einfuhr und Ausfuhr vor allem mit den Ländern des angelsächsischen Herrschaftsbereichs

Mit dem	Japans Einfuhr	Japans Ausfuhr	Handelsbilanz +	Handelsbilanz —	Handelsbilanz Gesamt
	in Millionen $				
USA.-Herrschaftsbereich					
USA.	366	188	—	178	—
Philippinen	13	17	4	—	—
	379	205	—	—	—174
Britischen Empire					
Kanada	30	6	—	24	—
Großbritannien	30	48	18	—	—
Indien	129	86	—	43	—
Malaya	33	20	—	13	—
Irak	3	7	4	—	—
Australien	48	21	—	27	—
Neuseeland	14	6	—	8	—
Britisch-Ostafrika	7	12	5	—	—
Aegypten	21	9	—	12	—
Südafrika	26	15	—	11	—
Uebriges Afrika	6	33	27	—	—
	347	263	54	138	—84
USA.-Bereich u. Empirebereich	726	468	—	—	—258
Gesamtwerte	1088	914	—	—	—
Davon ab: Ausfuhr nach dem japan. Herrschaftsbereich: Kwantung und Mandschukuo	85	196	—	—	—
Verbleibt: Rest des Außenhandels mit dem nichtjapanischen Herrschaftsbereich	1003	718	—	—	—285
Davon ab: Handel mit den angelsächsischen Herrschaftsbereichen	726	468	—	—	—258
Verbleibt: Rest des Außenhandels mit dem nichtjapanischen und nicht-angelsächsischen Herrschaftsgebiet	277	250	—	—	—27

Also die passive Handelsbilanz Japans besteht gerade gegenüber den Weltmächten, die Japans Hauptfeinde sind. In dieser passiven Handelsbilanz aber spricht sich die weitgehende wirtschaftliche Abhängigkeit Japans von diesen Weltmächten aus, und also

In der Kunstseidenindustrie muß heute jedes Land, das seine Stellung auf dem Weltmarkt behaupten will, mit der raschen Entwicklung der Technik fortschreiten. Dieser Satz gilt selbstverständlich auch für Japan. Die außerordentliche Steigerung der japanischen Kunstseideausfuhr — Japan stand 1937 in der Kunstseideausfuhr dem Gewicht nach an der Spitze der Welt — entspricht also eine völlig modern entwickelte, leistungsfähige und hochqualifizierte Technik.

e) Ausbau der Fertigindustrien

Japan hat seine außenwirtschaftliche Lage dadurch zu erleichtern gesucht, daß es sich in der Fertigwarenerzeugung möglichst vom Ausland unabhängig zu machen suchte. Denn indem hier ein Einfuhrbedarf wegfällt, werden offenbar Mittel frei zum Ankauf von industriellen Rohstoffen. Sehr wesentlich hat bei diesen Verselbständigungsbestrebungen auch der wehrwirtschaftliche Gesichtspunkt eine Rolle gespielt: Japan will seine eigenen Rüstungsindustrien möglichst stark entwickelt haben, um jedem möglichen Gegner mit gütemäßig gleichwertigen Waffen entgegentreten zu können.

Damit, daß die Fertigindustrien vorhanden sind, sind selbstverständlich noch nicht die Rohstoffe beschafft, welche diese Fertigindustrien zur Verarbeitung brauchen. Die Entwicklung der Fertigindustrien bringt also in der Frage der Rohstoffbeschaffung keine Erleichterung, macht im Gegenteil hier bestehende Lücken nur noch fühlbarer, und zwar unter dem Gesichtspunkt der ausreichenden Beschäftigung der nationalen Arbeitskräfte und der investierten Kapitalien. Gerade in der Entwicklung der Rüstungsindustrien hat Japan in den letzten Jahren — dank der Achse Berlin—Tokio — sehr wesentliche Unterstützung durch Deutschland gefunden, vor allem in der Flugzeugindustrie und in den Industrien der Feinmechanik und der Feinoptik, die an Wichtigkeit unter den modernen Rüstungsindustrien mit an erster Stelle stehen.

Vergleichen wir die Liste der Haupteinfuhren Japans für die Jahre 1929 und 1937, so ergibt sich, daß die Gruppe „Metallwaren" in dieser Liste weggefallen ist (1929: 11 Millionen $), ebenso Ammoniumsulfat (22), Ätzsoda und gewöhnliches Soda (5); Farbstoffe usw. sind stark zurückgegangen (von 10 auf 3) und trotz eines sehr ausgeweiteten Bedarfes gerade auch an Fahrzeugen

für besondere Zwecke ist die Autoeinfuhr nicht gestiegen (ca. 15). Auch die Maschinenindustrie zeigt trotz des außerordentlich hohen Bedarfes an feinsten Spezialmaschinen gerade auch für die Rüstungsindustrie einen leichten Rückgang (von 56 auf 48).

Der industrielle Aufbau, der in Japan immer von der Regierung sehr sorgfältig gepflegt worden ist, wird also seit 1933 besonders stark gefördert; — zunächst noch vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Erleichterung der Außenhandelslage: wir finden in diesem Jahr (1933) die Erzeugung besonders gesteigert in Kunstseide, Glaswaren, aber auch in Eisen und Stahl, Farbstoffen, elektrischen Waren. Die Eisen- und Stahlindustrie Japans wurde damals durch ein Gesetz zusammengefaßt, das sechs unabhängige private Eisenwerke mit den Regierungsbetrieben zu einem einzigen Konzern verschmolz. In den folgenden Jahren verlagerte sich der Schwerpunkt des Interesses immer mehr nach den Produktionsgüterindustrien hin, also nach den Industrien, welche dem Aufbau der Industrie und vor allem der Entwicklung der Kriegsindustrie in Japan selbst dienen: Eisen und Stahl, chemische Industrien, Maschinenindustrien zeigen vor allem stark steigende Entwicklung. 1936 erkennt Japan, daß es mit seinen Rüstungsindustrien, so groß auch hier sein Vorsprung gegenüber China ist, gegenüber den weißen Mächten zurückzubleiben droht. Es beginnt jetzt seine gewaltige Aufrüstung, von der Entwicklung hoher und höchstwertiger Rüstungsindustrien und Rüstungsbetriebe her. Neben der Maschinenindustrie, den einschlägigen chemischen Industrien, den feinmechanischen und feinoptischen Industrien und der Flugzeugindustrie, wird jetzt auch die Verflüssigung der Kohle in Angriff genommen.

Den erhöhten Bedarf an Rohstoffen zeigen die folgenden Zahlen: Die Einfuhr steigt von 1935: 710 Mill. $ auf 1936: 862 Mill. $ auf 1937: 1088 Mill. $, wobei auf Rohmaterialien und Halbwaren in jedem dieser Jahre über 80 Prozent (1937: 82 Prozent) treffen.

Das Jahr 1937, in dem dann von der Mitte des Jahres an alle kriegswirtschaftlich wichtigen Zahlen (der Einfuhr und der Erzeugung) unter den militärischen Geheimhaltungszwang fallen, zeigt jedenfalls in der ersten Hälfte noch eine besonders starke Förderung der modern-kriegswichtigen Industrien: Flugzeugbau, Autos, Kraftmaschinen, Eisenbahnmaterial, Schiffe, Werkzeugmaschinen und maschinelle Werkzeuge, Maschinen für chemische Anlagen und für Bergbau.

Charakteristisch für die starke Steigerung der industriellen Erzeugung ist die Industrie-Erzeugungsziffer, wie sie die Mitsubischi Wirtschaftliche Forschungsanstalt regelmäßig ermittelt. Sie war 1931 mit 101 ungefähr ebenso hoch wie 1927 = 100, steigt aber dann bis 1933 auf 128½, bis 1935 auf 154, bis 1937 auf 178.

2. Die Rückwirkungen bei den fremden Staaten und Nationalwirtschaften

Die japanische Außenhandelsoffensive, durch die der japanischen Ware neue Märkte gewonnen werden sollten, hätte wegen des stoßweise raschen Vorgehens und des planmäßigen Masseneinsatzes von Waren auch dann politischen Charakter gewonnen, wenn dahinter nicht die japanische Regierung und nicht der Gedanke eines Weltreiches der japanischen Ware gestanden hätte. Aber es ging meist einer solchen Handelsoffensive, die ein neues Gebiet, räumlich oder sachlich, der japanischen Ware gewinnen wollte, voraus ein sehr gründliches Studium der Marktverhältnisse und der gegenwärtigen Versorgungslage durch einen Sachverständigen-Ausschuß, der von der japanischen Regierung in enger Verbindung mit den japanischen Großkonzernen der Produktion und der Ausfuhr gebildet wurde, während gleichzeitig die Diplomatie Japans sich bemühte, der japanischen Ware auch handelspolitisch das Feld zu ebnen, wenn möglich durch Handelsabkommen auf Gegenseitigkeitsgrundlage, z. B. der Gegenlieferung von Wolle aus Argentinien oder Südafrika, die Japan unabhängig, oder wenigstens unabhängiger, machen sollte von der australischen Wolle. Die enge Zusammenarbeit der japanischen Industrie- und Ausfuhrkonzerne mit der japanischen Regierung war also jedermann sichtbar und wurde von japanischer Seite auch nicht bestritten: die japanische Ware sollte das große Propagandamittel Japans sein. Schon daraus mußten sich beträchtliche Gegengefühle und Gegenwirkungen ergeben, vor allem bei den angelsächsischen Staaten, die sich in ihrer Weltherrschaft auch nicht von der Warenseite her stören lassen wollen; — außer bei jenen Ländern und Völkern, die sich von solchem imperialistischen Herrschaftswillen der angelsächsischen Völker im besonderen Maße bedroht fühlen.

Zunächst aber sahen sich die in ihrer Existenz Geschädigten, die bisher das betreffende Land, das nunmehr in den Bereich der japanischen Warenbelieferung einbezogen werden sollte, mit den entsprechenden Waren versorgt hatten, zur Gegenwehr veranlaßt. Hier sind drei Hauptfälle zu unterscheiden:

a) Die entsprechende Warenversorgung erfolgte bisher aus *einheimischer Erzeugung*. Also einheimische Unternehmer und Arbeiter sind die zunächst Geschädigten. Sie können aus dem einen oder anderen Grunde nicht zu den Preisen der japanischen Ware Gleichwertiges liefern; Löhne, Steuern, Goldwert der Währung mögen zu hoch, oder auch subjektive Leistungsfaktoren mögen zu niedrig sein; es kann auch an Kapitalausstattung fehlen, oder die Organisation ist fehlerhaft, schwerfällig, viel zu teuer oder arbeitet mit großem Leerlauf. In diesem Falle findet der Kampf gegen die japanische Ware im eigenen Lande im allgemeinen so starke Stützen, daß ein Eindringen der japanischen Ware auf breiten Fronten entweder von vornherein unmöglich gemacht wird, oder nach kurzer Anlaufzeit durch besondere Gesetze oder andere behördliche Maßnahmen verhindert wird. Das beste Beispiel ist hier USA.: auch dort, wo die gegen europäische Waren als prohibitiv gedachten und auch prohibitiv wirkenden USA.-Zölle die japanischen Waren (z. B. bestimmte Textilgewebe) nicht auszuschließen vermochten, gelang es der USA.-Regierung, durch die Drohung mit entsprechenden Sondermaßnahmen Japan zu veranlassen, von der an sich zunächst noch möglichen Einfuhr freiwillig abzusehen. Die japanische Einfuhr nach USA. wurde also (von Naturseide und Naturseidengeweben abgesehen) beschränkt auf einige Sondergruppen von Waren, für deren Erzeugung in USA. kein Interesse oder auch keine günstigen Voraussetzungen bestehen, wie gewisse Lebensmittelkonserven, japanische Porzellan- und Glaswaren; ferner Spielwaren, bei denen man mit der japanischen Ware die verhaßte deutsche Ware verdrängen wollte, mit der Absicht, dadurch gleichzeitig Feindschaft zu säen zwischen Deutschland und Japan. — Andere Beispiele sind hier: Australien, auch Südafrika und, in bezug auf verschiedene dem Massenverbrauch dienende Waren, auch einige südamerikanische Länder; ferner Niederländisch-Indien.

b) Eine zweite Gruppe von Ländern sind jene *ohne eigene Industrie*, aber in *kolonialer Abhängigkeit* von einem Lande, das seinerseits erwartet, das betreffende Land mit seinen Waren zu beliefern, soweit ihm dies nur immer wünschenswert erscheint. In diesem Falle ist das Ergebnis ähnlich wie im ersten

Falle, wenn nicht etwa das Hauptland glaubt, hinreichend gute Gründe zu haben, um auf die Stimmung der eingeborenen Bevölkerung (auch manchmal der europäischen oder sonst rassefremden, z. B. indischen Bevölkerungsschichten) Rücksicht nehmen zu müssen, oder aber aus allgemeinen außenpolitischen Gründen auf das Interesse Japans Rücksicht nehmen will. Das gilt z. B. für die afrikanischen Kolonien Englands, auch für die westindischen; es gilt innerhalb des USA.-Herrschaftsbereiches vor allem für die Philippinen. Die Behandlung der japanischen Waren hat hier seit 1930 sehr geschwankt, teils aus Rücksicht auf die Wünsche der Eingeborenen, teils in Verbindung mit der allgemeinen Politik von England bzw. USA. gegen Japan. Die nähere Darstellung würde ein recht bewegtes und für das Verständnis der gegenwärtigen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Lage im Verhältnis des englischen Empire und des USA.-Weltmachtbereiches zu Japan recht aufschlußreiches Bild ergeben. Hier muß die Feststellung genügen, daß England grundsätzlich in allen seinen Kolonien heute das Recht in Anspruch nimmt, die japanische Wareneinfuhr zu quotieren, und daß es diese Quotierung für Baumwoll- und Kunstseidewaren auch praktisch überall durchgeführt hat. Von hier aus hat aber die Quotierung in den letzten Jahren und Monaten auch auf andere Warengruppen übergegriffen.

Eine besonders interessante und für Japan besonders wichtige Verbindung von a) und b) liegt vor im Falle Britisch-Indiens und wohl auch heute bereits Britisch-Malayas (mit dem wichtigen Industriemittelpunkt Singapur). Hier hat die englische imperiale Wirtschaftspolitik die Entwicklung einheimischer Industrien so lange möglichst zu hindern gesucht, als die englische Ware ihren Hauptfeind in dieser einheimischen Industrie sah, und als z. B. die Baumwollgewebe von Lancashire vor allem die auf einheimischer Baumwolle stehende indische Baumwollindustrie fürchteten. Heute hat die englische Industrie die einheimische indische Industrie teilweise vorgeschoben zur Abwehr der japanischen Waren gerade auch dort, wo diese nicht mit der indischen, sondern mit der englischen Ware im Wettbewerb steht, um so der englischen Ware bereits verlorene Gebiete wieder zurückzugewinnen.

c) Eine dritte Gruppe von Ländern bilden schließlich jene Länder, in denen die japanische Ware nicht in Wettbewerb tritt mit einheimischen Erzeugnissen, und die auch nicht in kolonialer

Abhängigkeit von einem anderen Lande stehen, das sie mit seinen Waren beliefern möchte. Aber auch in diesem Falle ist der Weg der japanischen Ware nicht leicht. Sie greift in viele gefestigte Interessenbereiche ein, die vielleicht nach der Personenzahl nicht sehr groß zu sein brauchen, die aber über eine beträchtliche wirtschaftliche oder auch politische Macht verfügen mögen. Es kommt hinzu, daß in diesem Falle die Devisenbeschaffung zur Bezahlung der japanischen Einfuhr Schwierigkeiten machen kann: Japan ist nicht bereit oder auch gar nicht fähig, eine entsprechende Einfuhrmenge von Waren des betreffenden Landes aufzunehmen. Die japanische Ware mag die Waren von Ländern aus dem Markt verdrängen, die die eigenen Ausfuhrwaren des betreffenden Landes in Gegenleistung aufnehmen, — vielleicht sogar zu einem viel höheren Verrechnungspreis, als diese gleichen Waren auf dem Weltmarkt erzielen könnten. Also auch hier wird Japan selten oder nie einen unbeschränkt freien Zugang für seine Waren finden. Hierher gehört der japanische Handel mit verschiedenen kontinental-europäischen Ländern; — auch dies ist heute ein interessantes Thema, auf das aber nicht näher eingegangen werden kann.

Die systematische Übersicht mag zeigen, warum die selbstverständlichen Gegenwirkungen, die das Eindringen der japanischen Ware in ein neues Wirtschaftsgebiet oder die wesentliche Erweiterung des japanischen Warenabsatzes, oder auch nur der Versuch dazu in einem Lande auslöst, lebhaft und teilweise sehr stürmisch sein mögen. Die dabei namhaft gemachten Erwägungen für und wider greifen eigentlich immer über das eigentlich wirtschaftliche Gebiet hinüber auf das Gebiet der äußeren Politik, der Kulturpolitik, der Wirtschaftspolitik. Jedenfalls finden diese Wirkungen und Gegenwirkungen auch ihren Ausdruck in den außerordentlich stark schwankenden Außenhandelszahlen der einzelnen Länder selbst.

Wir geben im folgenden einige Einzelheiten bei Ländern, die für die japanische Ware besonders wichtig sind:

Britisch-Indien hatte bereits 1931 seine Zölle gegen Japan erhöht, dann weiter anfangs 1933 die damals 50prozentigen Wertzölle auf japanische Baumwollgewebe auf 75 Prozent gesteigert und gleichzeitig den bestehenden Handelsvertrag gekündigt, unter dem Druck einer starken japanischen Baumwollgewebeeinfuhr nach Indien, welche die Handelsbilanz Japan—Indien sehr aktiv für Japan gestaltet hatte: 1932 machte die japanische Warenausfuhr nach Indien, hauptsächlich Baumwollgewebe, 192 Mill. Yen aus, die Einfuhr von Indien dagegen nur 117 Mill. Yen, hauptsächlich Rohbaumwolle. Nach

langen und schwierigen Verhandlungen kam im Oktober 1933 ein neuer indisch-japanischer Handelsvertrag zustande. Dieser war für Japan entschieden ungünstig. Das Prinzip der Verkopplung der Baumwollgewebeeinfuhr aus Japan mit der Rohbaumwollausfuhr nach Japan wäre für Japan an sich nicht ungünstig gewesen; aber das Verkopplungsmaß — in der Bindung bestimmter Mengen von Baumwollgeweben (in Quadrat Yards) an bestimmte Mengen von Baumwolle (in Ballen) — war für Japan ungünstig und wirkte sich als Quotierung der Einfuhr japanischer Baumwollwaren nach Indien überhaupt aus. Damit aber wurde erstens der fast unbegrenzt ausbaufähige indische Markt mit seinen 380 Millionen Menschen für Japan nur in sehr geringem Maße zugänglich. Zweitens verwandelte der so wechselseitig quotierte Handelsverkehr von Baumwollwaren gegen Baumwolle die starke aktive Handelsbilanz Japans gegen Indien in eine stark passive. Beide Entwicklungen werden durch die folgenden Zahlen klargestellt:

	Japans Ausfuhr nach Indien	Japans Einfuhr aus Indien	Handelsbilanz zugunsten Japans
	Zahlen in Millionen Yen		
1932	192	117	+ 75
1933	205	205	+ 0
1935	276	306	— 30
1937	215	327	—112

Japan ist auf die indische Baumwolle angewiesen; die einen Mehrbezug von Baumwolle nach dem Vertrag kompensierende Baumwollgewebe-Ausfuhr ist völlig unzureichend, um einen entsprechenden Wertausgleich herbeizuführen. Indien im Besitz eines für Japan lebenswichtigen Rohstoffes hat die stärkere strategische Stellung. Seine eigene wie die englische Textilindustrie möchten die japanische Textilware vom indischen Markt am liebsten überhaupt ausschließen. Das geht einstweilen nicht, da gerade Japan die minderwertige indische Baumwolle verhältnismäßig gut zu verarbeiten versteht und da die indische Baumwollspinnerei und -weberei es bisher, vor allem infolge von Arbeitskämpfen, zu einer verlässigen Produktion nicht gebracht hat, während England zu teuer arbeitet. Die Handelsbeziehungen zwischen Japan und Indien bleiben aber in einem labilen Gleichgewichtszustand. 1937 kam es neuerdings zu schwierigen Verhandlungen zwischen Japan und Indien über die Verlängerung bzw. Umgestaltung des Handelsvertrages. Die Auswirkung der neuen Abmachung (Mitte 1937) konnte sich unter den besonderen kriegswirtschaftlichen Verhältnissen des Jahres 1938 noch nicht zeigen.

Im Jahre 1933 liefen weiter Verhandlungen in London, bei denen man die Frage der Einfuhr von japanischen Waren in die britischen Kolonialgebiete (nicht Dominialgebiete) grundsätzlich zu regeln versuchte. Auch diese Verhandlungen gestalteten sich schwierig und zogen sich lange hin. Schließlich sind sie zusammengebrochen. 1934 setzte England allgemein Quoten für die japanische Einfuhr von Baumwolle- und Kunstseidegeweben nach den

Kolonien fest. Auch hier war also damit die japanische Ausfuhr in zwei ihrer wichtigsten Gruppen endgültig begrenzt.

Nicht weniger langwierig und schwierig und nicht viel erfolgreicher gestalteten sich die Verhandlungen Japans mit der Regierung von Niederländisch-Indien in Batavia. Auch in diesem sehr aufnahmefähigen und kaufkräftigen Absatzgebiet sieht sich also jetzt die japanische Ware eng begrenzt und die aktive Handelsbilanz Japans gegen Nd.-Indien schwindet von Jahr zu Jahr, da Japan die Rohstoffe Nd.-Indiens in steigendem Maße braucht und also einführen muß:

	Japans Ausfuhr nach Ndl.-Indien	Japans Einfuhr aus Ndl.-Indien	aktive Handelsbilanz Japans mit Ndl.-Indien
	Zahlen in Millionen Yen		
1933	157	56	+99
1935	143	78	+65
1937	143	110	+33

Ein weiterer schwerer Schlag war für Japan die Kündigung seines Handelsvertrages mit Ägypten durch Ägypten 1935. Ägypten stand damals an vierter Stelle in der japanischen Baumwollgewebeausfuhr. Alle Versuche Japans, mit Ägypten zu einem neuen Abkommen zu gelangen, sind bisher fehlgeschlagen. Die Ausfuhr nach Ägypten, die 1932 50 Mill. RM. betragen hatte, ist 1937 auf 35 Mill. RM. zurückgegangen, die Einfuhr aus Ägypten nach Japan (hochwertige Baumwolle!) in der gleichen Zeit gestiegen von 28 Mill. RM. auf 57 Mill. RM.

Günstiger verlaufen für Japan sind die Handelskriege mit Kanada im letzten Drittel 1935, und mit Australien, von Juni bis September 1936. Mit Kanada, wichtig vor allem für Holz- und Holzstoff-Einfuhr, und damit Konkurrent von USA. auf dem japanischen Markt, kam man überein, gewisse Kampfzölle, die die Einfuhr beiderseits lahmgelegt hatten, aufzuheben. Eine Änderung der stark passiven Handelsbilanz ist aber Japan nicht gelungen: 1937 stand die Einfuhr aus Kanada auf 75 Mill. RM., die Ausfuhr nach Kanada auf 14 Mill. RM.

Japan ist für Australien wichtig als nächster und fast unbegrenzt aufnahmefähiger Abnehmer vor allem für Wolle und Weizen. Der Handel wird aber gehemmt durch eine hohe passive Handelsbilanz Japans. Australien fand sich schließlich bereit, größeren Gruppen japanischer Fertigwaren Zollsätze zuzubilligen, die nicht prohibitiv waren. 1937 war der japanische Handel im Verhältnis zu Australien: Einfuhr 118 Mill. RM. gegen Ausfuhr 52 Mill. RM.

Wie aus dem Gesagten hervorgeht, sind Japan eine Reihe seiner zukunftsreichsten und auch räumlich am nächstliegenden Absatzmärkte von Jahr zu Jahr mehr gesperrt worden.

3. Die Ergebnisse für Japan

Übersicht:

Mit der großen Außenhandelsoffensive hatte die japanische Regierung zwei wesentliche Schwächen in der bisherigen Gestaltung des japanischen Außenhandels gemildert, wenn auch nicht beseitigt: die einseitige Orientierung auf bestimmte Länder und die einseitige Orientierung auf bestimmte Warengruppen.

Die japanische Außenhandelsoffensive hat dagegen in zwei anderen Richtungen entschieden Mißerfolge zu verzeichnen: erstens, es ist ihr nicht gelungen, die passive Handelsbilanz zu beseitigen; diese ist vielmehr zunächst unverändert geblieben und dann sehr stark gewachsen; — zweitens, es ist ihr nicht gelungen, den Handel auf eine Gegenseitigkeitsgrundlage im Verkehr mit den verschiedenen Mächten und Weltmachtskonzernen zu stellen, außer in wenigen und für die japanische Einfuhr an Rohstoffen (um deren Sicherstellung es sich doch zunächst handelte) verhältnismäßig unwichtigen Ländern.

Es ist dies der japanischen Außenhandelspolitik nicht gelungen, obgleich sie mehrfach zu dem gefährlichen Mittel der Yen-Abwertung griff, um die Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Ware im Ausland zu erhöhen, also um die japanische Ware auf den Auslandsmärkten zu verbilligen, — und obgleich nicht nur die Qualität der japanischen Ausfuhrwaren, sowohl hinsichtlich der verwendeten Materialien und der Arbeitskräfte viel besser geworden ist, sondern auch obgleich mengenmäßig die japanische Ausfuhr eine andauernde Steigerung zeigt.

Also es ergibt sich, daß Japan für immer bessere und für immer mehr Waren immer geringere Erlöse zu erzielen vermochte: die japanische Ausfuhr erfolgte also großenteils zugunsten der ausländischen Finanzverwaltungen, die bei der Einfuhr oder bei sonstiger Steuererfassung die eigentlichen Gewinne einstecken. Daß Japan trotzdem diesen von Jahr zu Jahr hoffnungsloser werdenden Kampf durch viele Jahre durchhält, darin liegt einige Größe und darin liegt ein gewisser Heroismus. Als Japan 1937 zu den Waffen greift, ist es auch klar, daß die Schlinge, die um den Hals des japanischen Volkes und seines Staates vom Wirtschaftlichen her gelegt worden war, nunmehr nur noch mit Gewalt zerrissen werden konnte: Der Krieg von 1937 nahm zwar von der Außenpolitik, oder vielleicht auch nur von einem militärischen Zwischenfall in Nordchina aus seinen Anfang. Aber auch die Wirtschaftslage war reif zum Krieg. Das moderne Zusammenleben der Staaten erlaubt eben, wie Prof. Angus in seinem Bericht über die Tätigkeit des „Institute of Pacific Relations" (Institut für die Politik im Pazifischen Raum) ausführt, auch die Anwendung von Waffen im sogenannten friedlichen, vor allem wirtschaftlichen Wettstreit der Völker, die nicht weniger brutal und in ihren Folgen nicht weniger schwer sind, als ein offener Krieg.

Wir behandeln zunächst die Unmöglichkeit für Japan, sich aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den angelsächsischen Mächten zu lösen: im Gegenteil, diese Abhängigkeit verstärkt sich sogar in den letzten Jahren trotz aller Gegenbemühungen Japans, allerdings bei einem Einfuhrbedarf, der sehr auch von der Wehr- und Kriegswirtschaft her bestimmt wird. — Erst auf dieser Grundlage kann dann die volle Bedeutung der unbefriedigenden und sich in den letzten Jahren immer unbefriedigender gestaltenden Handelsbilanz Japans gerade aus dem Verkehr und für den Verkehr mit Ländern der angelsächsischen Weltmächte voll verstanden werden. —

Aber die Handelsbilanz erzählt nicht die ganze Geschichte. Man muß auch die Preisentwicklung heranziehen, welche wachsende Mißverhältnisse zwischen den Preisen der einzuführenden Rohstoffe und der Ausfuhr der japanischen Fertigware und also wachsende Mißverhältnisse zwischen den Mengen der hochqualifizierten und niedrigpreisigen Ausfuhrwaren und den niedrigqualifizierten und hochpreisigen Einfuhrwaren ergibt.

a) Scheitern der Bemühungen um einen Handel mit den einzelnen Staaten auf der Grundlage des Leistungsausgleiches

Zunächst handelt es sich darum, den Aufbau des japanischen Außenhandels mit den Weltmachtbereichen zu erfassen, mit denen er geführt wird. Dazu gehen wir vom Jahre 1937 aus. Zur Hälfte ist es bereits Kriegsjahr. Aber der Krieg greift nicht auf die See über, die Japans Außenhandel vermittelt. Die Außenhandelsbeziehungen sind also zunächst nur unterbrochen mit China (und auch hier nicht offiziell, da ja kein offizieller Kriegszustand

erklärt wird) und gestört mit Hongkong, im letzteren Falle aus Gefühlsmomenten der überwiegend chinesischen Bevölkerung. Die Vorteile, das Jahr, das wir unseren Betrachtungen zugrunde legen, möglichst nahe der Gegenwart zu wählen, sind größer als die Nachteile aus den Änderungen, die der Handel durch die Eröffnung der Feindseligkeiten erfährt, und dadurch, daß sich Japan auch im Außenhandel auf den Krieg einstellt. Auch diese Umstellung auf den Krieg bedeutet in Japan bei der engen Verbindung, die schon in Friedenszeiten zwischen Staatsleitung und privater Wirtschaftsführung besteht, weniger als in den meisten anderen Ländern.

Weder der USA.-Herrschaftsbereich, noch der Empire-Herrschaftsbereich sind vollständig erfaßt andererseits gehören zu „übriges Afrika" auch die belgischen, portugiesischen, französischen, italienischen Kolonialgebiete in Afrika. Aber die gegebenen Zahlen sind für die Feststellungen, die hier wesentlich sind, völlig hinreichend.

Es ergibt sich also eine Gesamtpassivität der Handelsbilanz Japans 1937 von 285 Millionen $. Das ist, bezogen auf die Gesamtausfuhr von 718 Millionen $ nach Ländern außerhalb des japanischen Wirtschaftsbereiches, fast 40 Prozent. Aber von dieser Passivität entfallen 174 Millionen $ auf den Handel mit dem USA.-Wirtschaftsbereich und 85 Millionen $ auf den Handel mit dem Empire, also 258 Millionen $, oder über 90 Prozent der ganzen passiven Handelsbilanz. Bezogen auf die Ausfuhr nach dem angelsächsischen Herrschaftsbereich beträgt die passive Handelsbilanz gegenüber diesem sogar 55 Prozent.

Die Handelsbilanz mit den nichtjapanischen, nichtangelsächsischen Herrschaftsgebieten zeigt dagegen im ganzen eine erträgliche Ausgeglichenheit mit einer Passivität von 27 Millionen $ auf eine Gesamtausfuhr von 250 Millionen $. Die Passivität würde zweifellos hier völlig verschwinden, wenn noch die Leistungen der japanischen Schiffahrt mit einbezogen werden könnten. Im einzelnen ergeben sich auch hier sehr große Unterschiede. Die Staaten dieser Gruppen haben einstweilen unter sich noch nicht einen Grad wirtschaftlicher Zusammenarbeit bzw. (als deren Grundlage) eine Stärkung des politischen Zusammenhalts, des Bewußtseins einer politischen Schicksalsgemeinschaft erreicht, daß hier ein mehrseitiger Ausgleich, außer in einigen Fällen, möglich wäre.

Japans Außenhandel 1937.

In Einfuhr und Ausfuhr vor allem mit den Ländern des angelsächsischen Herrschaftsbereichs

Mit dem	Japans Einfuhr	Japans Ausfuhr	Handelsbilanz +	Handelsbilanz −	Handelsbilanz Gesamt
	in Millionen $				
USA.-Herrschaftsbereich					
USA.	366	188	—	178	—
Philippinen	13	17	4	—	—
	379	205	—	—	—174
Britischen Empire					
Kanada	30	6	—	24	—
Großbritannien	30	48	18	—	—
Indien	129	86	—	43	—
Malaya	33	20	—	13	—
Irak	3	7	4	—	—
Australien	48	21	—	27	—
Neuseeland	14	6	—	8	—
Britisch-Ostafrika	7	12	5	—	—
Aegypten	21	9	—	12	—
Südafrika	26	15	—	11	—
Uebriges Afrika	6	33	27	—	—
	347	263	54	138	—84
USA.-Bereich u. Empirebereich	726	468	—	—	—258
Gesamtwerte	1088	914	—	—	—
Davon ab: Ausfuhr nach dem japan. Herrschaftsbereich: Kwantung und Mandschukuo	85	196	—	—	—
Verbleibt: Rest des Außenhandels mit dem nichtjapanischen Herrschaftsbereich	1003	718	—	—	—285
Davon ab: Handel mit den angelsächsischen Herrschaftsbereichen	726	468	—	—	—258
Verbleibt: Rest des Außenhandels mit dem nichtjapanischen und nicht-angelsächsischen Herrschaftsgebiet	277	250	—	—	—27

Also die passive Handelsbilanz Japans besteht gerade gegenüber den Weltmächten, die Japans Hauptfeinde sind. In dieser passiven Handelsbilanz aber spricht sich die weitgehende wirtschaftliche Abhängigkeit Japans von diesen Weltmächten aus, und also

eine wirtschaftliche Schwäche gegenüber diesen Weltmächten. Also Japan ist von seinen Hauptfeindmächten in gefährlicher Weise abhängig. Das Handeln dieser angelsächsischen Weltmächte gegen Japan ist aber keineswegs bestimmt durch Wohlwollen, sondern durch privatwirtschaftliches und politisches Interesse bei kalter, kluger Berechnung.

Die hohe aktive Handelsbilanz Japans mit Kwantung und Mandschukuo, also mit japanischen Herrschaftsgebieten, zeigt nur die Stärke der gegenwärtigen Kapitalinvestierungen Japans — unter politisch-militärischen wie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten — in diesen Gebieten. Wir sind der Ansicht, daß diese Kapitalanlagen für Japan lebenswichtig sind. Aber an der Handelsbilanz Japans mit der nichtjapanischen Außenwelt wird dadurch wesentlich nichts geändert (Näheres noch später).

Wir fragen weiter, wie sich die Handelsbilanz Japans gegenüber den angelsächsischen Weltmächten in den letzten Jahren **verändert** hat.

Vgl. Tabelle auf S. 285.

Der Wert der Ausfuhr wurde gesteigert von 1936 bis 1937 um 81 Millionen $ (Kwantung und Mandschukuo abgerechnet), aber der Wert der Einfuhr um 270 Millionen $. Also die passive Handelsbilanz erhöhte sich von 1936 auf 1937 um 185 Millionen $. Aber von dieser Erhöhung der passiven Handelsbilanz entfielen 151 Millionen $ auf den Handel mit den angelsächsischen Mächten und nur 34 Millionen $ auf den Handel mit den nicht japanischen, nicht angelsächsischen Teilen der Welt. Also die wirtschaftliche Abhängigkeit von den angelsächsischen Mächten ist von 1936 auf 1937 weiterhin stark gewachsen, — offenbar eine auf die Dauer politisch untragbare Entwicklung.

Stellt man die gleiche Tabelle für 1934 auf, so ergeben sich im Verhältnis zu 1936 teilweise ziemliche Übereinstimmungen, teilweise aber auch politisch bedeutungsvolle Verschiedenheiten. 1934 war Japans Handel gegenüber dem Weltmachtbereich USA. mit 235 Millionen $ in der Einfuhr und 131 Millionen $ in der Ausfuhr passiv mit 104 Millionen $. Dafür weist der Handel mit dem Britischen Empire mit 228 Millionen $ in der Einfuhr und 224 Millionen $ in der Ausfuhr nur eine Passivität von 4 Millionen $ auf; es ergibt sich also eine Gesamtpassivität gegenüber den angelsächsischen Weltmächten von 108 Millionen $ bei einer

Gesamtausfuhr (abzüglich der Ausfuhr nach Kwantung und Mandschukuo) von 525 Millionen $ und einer Ausfuhr nach den angelsächsischen Weltmachtbereichen von 355 Millionen $. Der Handel mit den nichtjapanischen, nichtangelsächsischen Ländern der Welt ist mit 158 Millionen $ in der Einfuhr und 170 Millionen $ in der Ausfuhr etwas stärker aktiv als 1936.

Mit dem	Japans Einfuhr	Japans Ausfuhr	Handelsbilanz +	Handelsbilanz —	Handelsbilanz Gesamt
	in Millionen $				
USA.-Herrschaftsbereich					
USA.	246	176	—	70	—
Philippinen	11	15	4	—	—
	257	191	—	—	—66
Britischen Empire					
Kanada	21	4	—	17	—
Großbritannien	21	43	22	—	—
Indien	108	75	—	33	—
Malaya	23	18	—	5	—
Irak	1	5	4	—	—
Australien	53	20	—	33	—
Neuseeland	6	5	—	1	—
Britisch-Ostafrika	9	9	—	—	—
Aegypten	13	12	—	1	—
Südafrika	7	12	5	—	—
Uebriges Afrika	3	25	22	—	—
	265	228	53	90	—37
USA.-Bereich u. Empirebereich	522	419	—	—	—103
Gesamtwerte	802	782	—	—	—
Davon ab: Ausfuhr nach Kwantung und Mandschukuo	69	145	—	—	—
Außenhandel mit dem nichtjapanischen Herrschaftsbereich	733	637	—	—	—96
Davon ab: Handel mit den angelsächsischen Herrschaftsbereichen	522	419	—	—	—103
Außenhandel mit dem nichtjapanischen und nichtangelsächsischen Herrschaftsbereich	211	218	—	—	+7

Wesentlich neu ist dabei die Erkenntnis, in welchem Maße sich erst in den letzten Jahren der Handel Japans mit den Räumen des Britischen Empire passiv gestaltet hat. Während die Passivi-

tät im Handel mit USA. immer bestanden hat seit dem Zusammenbruch der Rohseidenpreise infolge der Konkurrenz der Kunstseide, ist diese **Passivität im Verkehr mit dem Britischen Empire erst in den letzten Jahren entwickelt** worden, selbstverständlich als Teil einer von England zielbewußt verfolgten Politik der Verdrängung der japanischen Waren aus dem Empire und der politischen und militärischen Schwächung Japans von seiner Außenwirtschaft her bis zu dem Punkt, da Japan aufhören würde, ein gefährlicher Gegner Englands zu sein und bereit wäre, in einem Trabantenverhältnis zu England eine politisch und wirtschaftlich bescheidene Rolle zu spielen: die passive Handelsbilanz Japans mit dem Empire wächst von 4 Millionen $ 1934 bis auf 84 Millionen $ 1937 an. 1934 war Japans Handel mit Ägypten und Südafrika noch aktiv, mit Malaya ungefähr ausgeglichen; mit allen diesen Ländern war er 1937 stark passiv.

b) Geringe Ausfuhrsteigerung; Passivität der Handelsbilanz

Wir geben zunächst die Zahlen des japanischen Außenhandels, und zwar ausgedrückt erstens in Yen, zweitens in Dollar (gemäß dem jeweils geltenden Goldwert des $), drittens in Reichsmark, also in Gold, und jeweils einmal in absoluten Zahlen und dann bezogen auf 1929 = 100.

	Ausfuhr Japans					
	Yen	$	RM.	Yen	$	RM.
	in Millionen			in Prozentsätzen		
1929	2148	991	4975	100	100	100
1932	1410	661	2084	66	67	42
1934	2172	636	2057	102	64	41
1935	2499	706	2307	116	71	46
1936	2693	782	2549	126	78	51
1937	3175	914	2967	148	92	60

Je danach, ob man von Yen, vom Dollar oder von Reichsmark ausgeht, wird man also entweder von einem starken Aufstieg der japanischen Ausfuhr reden können, oder davon, daß Japan sich jetzt allmählich wieder der 1929 erreichten Ausfuhrhöhe annähere,

oder davon, daß die japanische Ausfuhr jetzt (d. h. 1937) knapp $3/5$ der Zahl von 1929 erreicht habe. Je danach also, welche dieser Reihen man benützt, mag man ablesen, daß der japanische Außenhandel von 1929 bis 1939 unter der Politik der möglichsten Ausfuhrförderung einen starken Aufschwung genommen habe, oder sich mit äußerster Mühe auf dem erreichten Stand schließlich einigermaßen habe behaupten können, oder aber, daß er schwerste Einschränkung erfahren habe; — und daß also die Bemühungen der japanischen Außenhandelspolitik (jedenfalls nach dem ersten Anschein) erfolgreich gewesen seien, oder nur hingereicht hätten, eine wesentliche Verschlechterung eben einigermaßen zu verhüten, oder auch die Verschlechterung nicht verhütet, sondern vielleicht sogar herbeigeführt hätten.

Ein Beweis, daß man mit Statistik alles machen kann? Nein, denn die hier zutage tretenden Unterschiede haben mit Statistik wesentlich gar nichts zu tun. Sie betrachten nur den gleichen Vorgang einmal vom Standpunkt der Binnenwirtschaft und dann vom Standpunkt der Außenwirtschaft und im letzteren Falle wieder unter zwei verschiedenen Kriterien der Betrachtung. Sie bringen also nebeneinander bestehende Seiten des einheitlichen Komplexes: Außenhandel nebeneinander zur Darstellung, müssen also auch in diesem Nebeneinander, d. h. als sich gegenseitig ergänzend, verstanden werden.

Die große Masse des japanischen Volkes denkt ebenso selbstverständlich in Yen, wie wir in Reichsmark und wie der Engländer in £. Für sie ist also die Yen-Zahl ohne weiteres maßgebend. Die japanische Regierung kann also gegenüber dem eigenen Volke auf die seit 1932 und noch mehr von 1936 auf 1937 eingetretene Steigerung in den Yen-Zahlen der Ausfuhr hinweisen. Diese Yen-Zahlen stellen auch die Ausfuhr so dar, wie sie vom Standpunkt der eigenen inneren Wirtschaft des japanischen Volkes (— im Gegensatz zu seiner Außenwirtschaft —) also von der japanischen Volkswirtschaft selbst gesehen, sich darstellt. Denn die Yen-Währung ist ja niemals in ihrer innerjapanischen Geltung unterbrochen oder auch nur wesentlich erschüttert worden, auch nicht durch die außenwirtschaftliche Abwertung des Yen gegen den $ oder das £, und erst recht nicht gegen das Gold und die Reichsmark. Diese Abwertung hat die innerwirtschaftliche Geltung des Yen nicht viel mehr gestört, als uns das Vorhandensein verschiedener Arten von Verrechnungsmark oder von Askimark im Ausland. Gewiß hat

sich seit 1929 die Kaufkraft des Yen geändert, aber auch hier sind die Änderungen sehr verschiedener Auslegung fähig.

	Goldparität des Yen	Lebenshaltungskosten bezogen auf 1914 = 100; Jahresdurchschnittszahlen	
		Lebensmittel	Gesamt
1931	100	203	182
1932	57	158	137
1934	36	164	149
1937	34	193	174
1938	34	ca. 205	ca. 195

Die Lebensmittelpreise sind gegen 1931 überhaupt nicht gestiegen, auch wenn der Aufstieg seit 1932 ziemlich bedeutend war. Die Gesamtlebenshaltungskosten sind im ganzen mäßig — von 182 bis 195 — gestiegen, und jedenfalls in keiner Weise vergleichbar der in der gleichen Zeit eingetretenen Abwertung des Yen gegen das Gold. Auch hier entfällt die Hauptsteigerung erst auf die Kriegszeit. Bis 1937 standen die beiden Indices beträchtlich unter denen von 1931. Die Steigerung seit 1932 war allerdings groß; zweifellos ist ein Teil dieser Steigerung zurückzuführen auf die Senkung des Yenwertes in der Außenwirtschaft, als auf die höheren Preise, die für eingeführte Rohstoffe und auch Lebensmittel vom einzelnen japanischen Haushalt aufzubringen waren. Aber der größere Teil der Steigerung entfällt zweifellos auf die gesteigerten Anforderungen des Staates an die Volkswirtschaft, die selbstverständlich die Haushaltführung jedes einzelnen Japaners auch indirekt belasten.

Die Zahlenreihe in Dollars gibt die japanische Ausfuhrentwicklung so, wie sie sich darstellt von den Währungen und Volkswirtschaften aus, mit denen Japan in der Hauptsache Handel treibt und bei seinem starken auswärtigen Rohstoffbedarf auch Handel treiben muß. Sie sind also zunächst maßgebend, wenn man Japans Außenhandel und seine Außenwirtschaft überhaupt von irgendeinem Punkt außerhalb Japans selbst betrachtet. Japan führt aus, um die benötigten Waren auf den Märkten der Welt kaufen zu können: diese Zahlenreihe in Dollars gibt seine Kaufkraft wieder, sowohl in Dollars, als gleichzeitig auch in englischen Pfunden; — denn die £-Währung und ebenso die französische, die bel-

gische, die holländische, die Schweizer Währung sind seit Herbst
1936 miteinander vertraglich verknüpft, sind in ihren Währungs-
banken und in ihren Währungsausgleichsfonds durch eine Art
Währungskartell tatsächlich, und zwar auch gegenüber recht star-
ken Belastungen wirkungsvoll verbunden.

Danach haben also die verzweifelten Bemühungen Japans, seine
Ausfuhr zu steigern, zu einem starken Erfolg nicht geführt. Japan
hat schließlich, und auch dann offenbar nur mit größter Mühe und
mit denkbar großen Opfern in den letzten Jahren seine Stellung
auf dem Weltmarkt einigermaßen behaupten können. Andere Mo-
mente, vor allem die Handelsbilanz, die Unfähigkeit, sich aus der
wirtschaftlichen Abhängigkeit von den angelsächsischen Weltmäch-
ten zu lösen, sind hier für die Beurteilung der Gesamtlage offen-
bar wesentlich.

Die Zahlenreihe in Reichsmark, also in Gold, hat eine verhältnismäßig geringe Bedeutung, da sie weder einen innenwirtschaftlichen noch den maßgebenden außenwirtschaftlichen Handelswert der Ausfuhr zur Darstellung bringt. Nicht einmal in bezug auf die deutsche Wirtschaft selbst besagt diese Zahlenreihe viel, weil ja die deutsche Außenwirtschaft großenteils über Verrechnungsabkommen geführt wird und durch diese wie auch durch andere Maßnahmen ein Grad der Beweglichkeit im Handelsaustausch und in dem darauf sich gründenden Zahlungsausgleich erreicht wird, von dem andere Länder noch sehr weit entfernt sind*).

---

*) Diese Zahlenreihe der japanischen Ausfuhrentwicklung in Goldmark
aber mag sehr falsche Vorstellungen über die wirkliche Bedeutung der japani-
schen Ware in der Welt hervorrufen. Diese wird nämlich noch immer am
besten dargestellt durch die Yen-Reihe, wenigstens für die Länder, die nicht
über eigenen kolonialen Besitz verfügen, den sie durch Schutzzölle für ihren
eigenen Industriewarenabsatz sichern können. Denn diese Yen-Reihe gibt
einigermaßen die in Japan für die Ausfuhr selbst aufgewendeten Produktions-
kosten wieder. Diese Produktionskosten sind aber nicht einmal im letzten
Jahrzehnt in gleichem Umfang gewachsen, wie die Lebenshaltungskosten; es
mag selbst zweifelhaft sein, ob sie, außer in den Warengruppen, in denen
aus dem Ausland eingeführte Rohstoffe einen großen Teil des Wertes aus-
machen, überhaupt gewachsen sind. — Das St. Jb. D. R. täte also gut daran,
seine Zahlen des Außenhandels der fremden Länder nicht nur einfach um-
gerechnet auf Goldmark nach einem, wie immer offiziellen, aber in mehr als
einer Richtung fiktiven Goldkurs anzugeben, sondern mindestens gleichzeitig
auch in den eigenen Währungen der betreffenden Länder und in der Dollar-
währung.

Über die Entwicklung der Handelsbilanz ist in Verbindung mit den besonderen Zahlungsverpflichtungen Japans gegenüber den angelsächsischen Weltmächten oben schon im einzelnen gesprochen worden. Hier soll nur noch ein Gesamtbild gegeben werden. Wir geben in der folgenden Tabelle die Zahlen von Japans Ausfuhr und Einfuhr, umgerechnet auf Dollar, und die daraus sich ergebenden Handelsbilanzen, und zwar in einer ersten Zahlenreihe einschließlich des Handels mit Tschosen und Mandschukuo, während wir in der zweiten Zahlenreihe diese Beträge in Ausfuhr und Einfuhr abziehen, weil es sich bei ihnen um Handel innerhalb des japanischen Reichsgebietes handelt.

	Gesamtzahlen			abzügl. Tschosen u. Mandschukuo		
	Ausfuhr	Einfuhr	Handelsbilanz	Ausfuhr	Einfuhr	Handelsbilanz
	Zahlen in Millionen Dollar					
1934	645	678	— 33	573	621	— 48
1935	717	710	+ 7	632	658	— 26
1936	782	802	— 20	686	732	— 46
1937	914	1088	— 174	793	1003	— 210

Die japanische Außenhandelsstatistik macht in ihrer Anlage gewisse Schwierigkeiten, die wenigstens an dieser Stelle kurz dargestellt werden müssen. Sie bezieht sich in Ausfuhr und Einfuhr auf das eigentliche Japan. Sie rechnet aber dabei den Ausfuhrhandel und den Einfuhrhandel zwischen dem eigentlichen Japan und Tschosen und Taiwan als Teil des Binnenverkehrs. Ausfuhr und Einfuhr von Tschosen und Taiwan mit Japan gilt also für diese Statistik als Binnenhandel. Dagegen gilt die Ausfuhr nach Kwantung und heute auch nach Mandschukuo, obwohl beide zum japanischen Herrschaftsbereich weltpolitisch und weltwirtschaftlich gehören, als richtige Ausfuhr und Einfuhr Japans in der japanischen Statistik.

Aber diese Einbeziehung des Verkehrs zwischen dem eigentlichen Japan und Taiwan und Tschosen in den innerjapanischen Verkehr von Japan aus gesehen hindert die japanische Statistik nicht, den Außenhandel Taiwans und Tschosens in gesonderten Statistiken zu erfassen und in diesem Fall in die Zahlen des Außenhandels dieser Gebiete die Zahlen der „Ausfuhr" nach dem eigentlichen Japan und der „Einfuhr" von dort als Außenhandel auszuweisen. Es ergibt sich dann für Tschosen regelmäßig eine stark passive Handelsbilanz, für Taiwan eine mäßig aktive Handelsbilanz. Im Außenhandel Tschosens macht der Handel mit den anderen Teilen des japanischen Reiches, also den japanischen Inseln mit Taiwan, Kwantung, Mandschukuo, in der Einfuhr etwa 93 Prozent, in der Ausfuhr etwa 97 Prozent aus. Vom Handel von

Taiwan entfallen sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr etwa 94 Prozent auf das japanische Reichsgebiet. In Tschosen wie in Taiwan ist in den letzten zehn Jahren der Anteil des Handels mit den übrigen Teilen des japanischen Reiches in Ausfuhr und Einfuhr im allgemeinen gewachsen. Dabei hat sich der gesamte Außenhandel von Tschosen (auf Dollarwerte umgerechnet) in den letzten sechs Jahren um etwa 50 Prozent in Ausfuhr und Einfuhr erhöht. Der Anteil des Handels mit nichtjapanischen Gebieten machte dem Werte nach aus 1937 in der Einfuhr etwa 16 Millionen $, in der Ausfuhr etwa 5½ Millionen $. Der Anteil des Handels mit nichtjapanischen Gebieten beträgt bei Taiwan dem Werte nach in der Einfuhr etwa 5½ Millionen $, in der Ausfuhr etwa 7½ Millionen $.

Was Kwantung und Mandschukuo betrifft, so bilden diese für die Einfuhr von und für die Ausfuhr nach Japan tatsächlich eine Einheit; nur daß der größte Teil der japanischen Einfuhr nach Mandschukuo, soweit es sich um direkte Regierungseinfuhr handelt, also vor allem um Einfuhr militärischen Charakters, über Kwantung geht, das deshalb sehr hohe Einfuhrzahlen und verhältnismäßig sehr geringe Ausfuhrzahlen aufweist. Der Handel Kwantungs mit nichtjapanischen Gebieten ist so gering, daß er in der Regel bei Übersichten überhaupt nicht erwähnt wird.

Der Handel Mandschukuos ist regelmäßig stark passiv, wegen der hohen Einfuhr von Kapitalgütern und wohl auch von Heeresbedarf aus Japan; — für 1937 70 Millionen $, aber auch für die drei vorausgehenden Jahre mit 23—50 Millionen $. Hier trifft von der Gesamteinfuhr etwa 76—80 Prozent auf den japanischen Herrschaftsbereich, und dieser Anteil ist im allgemeinen in beträchtlichem Anstieg begriffen. Die Ausfuhr geht aber nur zu etwa 50 Prozent nach japanischem Reichsgebiet, weitere 16—18 Prozent allerdings nach dem benachbarten China. Die Einfuhr nach Mandschukuo aus dem nichtjapanischen Ausland macht also gegenwärtig dem Wert nach etwa 60 Millionen $ im Jahr aus, die Ausfuhr aber 85—90 Millionen $. Zum Teil, z. B. im Handel mit Deutschland, werden stark passive Handelsbilanzen des eigentlichen Japans teilweise ausgeglichen durch stark aktive Handelsbilanzen im Verkehr mit Mandschukuo.

Im ganzen also gleicht sich Ausfuhr und Einfuhr von nichtjapanischen Gebieten im Verkehr mit den japanischen Kolonialgebieten: Tschosen, Taiwan, Kwantung und Mandschukuo ungefähr aus, indem sich aus dem Verkehr dieser Gebiete mit dem nichtjapanischen Ausland im ganzen für das japanische Reich eine zusätzliche Einfuhr von etwa 82 Millionen $ und eine zusätzliche Ausfuhr von etwa 103 Millionen $ ergibt. Aber die hier erreichte Aktivität im Handel Großjapans gilt wieder gerade nicht in bezug auf die angelsächsischen Länder. Im Verkehr mit USA. ist der Handel Mandschukuos und Taiwans und Tschosens passiv im Verhältnis von 24:8. Auch für England spielt das Hauptausfuhrprodukt Mandschukuos, die Soja, eine sehr geringe Rolle.

Im Rahmen dieser Abhandlung ist diese besondere Außenhandelsbedeutung der kolonialen Teile des japanischen Reiches und ihr Einfluß auf die Gestaltung der Handels- und Zahlungsbilanzen des japanischen Reiches nicht weiter berücksichtigt. Wollte man sie berücksichtigen, so würden damit schwierige, auch grundsätzliche Fragen aufgerollt werden, die nur im Rahmen einer selb-

ständigen Abhandlung befriedigend geklärt werden könnten. Für die wesentliche Orientierung, um die es sich hier handelt, genügen die gegebenen Zahlen, die den Vorteil statistischer Eindeutigkeit haben.

c) Wachsendes Mißverhältnis zwischen Mengen und Werten der Ausfuhr, verglichen mit dem Erlös und verglichen mit der Einfuhr

Die japanische Ausfuhrware hat sich, wie oben bereits ausgeführt, im Neuaufbau der japanischen Außenwirtschaft seit 1932 außerordentlich verbessert: besseres Rohmaterial; fabrikatorisch höhere Prozesse; sorgfältigere Arbeit; leistungsfähigere Maschinen; höchste Rationalisierung in den Betrieben vom Einfuhrhandel bis zum Fertigfabrikat, das im Ausland abgeliefert wird. Also sollte man erwarten: viel bessere Preise für die Gewichtseinheit der Ausfuhr, zumal ja auch der Yen bedeutend entwertet wird. Auf der anderen Seite hat sich die Einfuhr in der Hauptsache so verändert, daß Fertigfabrikate sehr stark zurückgedrängt sind zugunsten von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Also sollte man trotz der Yen-Entwertung eher mit einem Rückgang im Durchschnittswert der Gewichtseinheit der Einfuhr rechnen. Die wirklichen Zahlen zeigen die genau entgegengesetzten Entwicklungen. Nimmt man 1928 als Ausgangspunkt = 100, so ist nach den Feststellungen der Yokohama Specie Bank die Ausfuhrmenge gestiegen 1932 bis 125 und 1935 bis 185. Dagegen ist die Einfuhrmenge in der gleichen Zeit nur gestiegen 1931 bis 102 und 1935 bis 117. Die Steigerung des Ausfuhrwertes beträgt 1935 gegen 1928 nur 27 Prozent, die Steigerung des Einfuhrwertes dagegen 12 Prozent. Also die Ausfuhrmengen sind trotz viel höherer Arbeitswertigkeit und auch Kapitalwertigkeit der Erzeugnisse viel stärker gestiegen als die Werte, trotz Yen-Entwertung; die Einfuhrmengen sind trotz geringerer Arbeitswertigkeit und auch Kapitalwertigkeit viel weniger gestiegen als die Einfuhrwerte. Also wenn die Mengeneinheit der Einfuhr bzw. der Ausfuhr 1928 durchschnittlich bezahlt wurde mit der Werteinheit 1 (die also dann selbstverständlich für Ausfuhr und Einfuhr verschieden ist), so wurde 1935 die Mengeneinheit der nunmehr qualitativ sehr viel hochwertigeren Einfuhr nur mehr bezahlt mit 0.63, dagegen die Mengeneinheit der durchschnittlich eher geringwertiger gewordenen Ausfuhr mit 0.96. Daß aber trotz des in den erwähnten Zahlen zum Ausdruck gebrachten verzweifelten Ringens um einen höheren Anteil am Welthandel dieses Ziel nicht erreicht werden konnte, beweist eben, daß dieser ganze Versuch fehlgeschlagen ist.

Was also Japan in seinem verzweifelten Ringen um einen höheren Anteil am Welthandel an Erfolgen schließlich gewonnen hatte, das wurde nur erreicht durch außerordentliche Preissenkung trotz stark erhöhter Einsätze von Arbeit und Kapital sowohl nach Menge wie nach Güte. Dazu kommt noch, daß ein beträchtlicher Teil der japanischen Ausfuhrwaren auf eingeführten Rohstoffen beruht. Also der Rohstoffanteil an den Kosten der ausgeführten Waren, der namentlich bei Textilwaren beträchtlich ist, ist mit unverändert hohen Einfuhrkosten belastet, die die japanische Volkswirtschaft im Verkehr mit dem Ausland aufzubringen hat.

Sach- und Namenverzeichnis

Abkürzungen: Br. = Britisch, Fr. = Französisch, Ch. = Chinesisch, Md. = Mandschurisch, R. = Russisch, Nd. = Nord, S. = Süd.

FORSCHUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLANDSWISSENSCHAFTLICHEN INSTITUTS

Abteilung Politische Geschichte

Der Westfälische Friede von 1648. Deutsche Textausgabe der Friedensverträge von Münster und Osnabrück. Herausgegeben von Prof. Dr. F. A. Six. Preis: brosch. RM. 4.50.

Inhalt und Wesen der Bismarckschen Außenpolitik. Von Erich Erfurt. In Vorbereitung.

Die Niederlande und das Deutsche Reich. Von Dr. Werner Reese. In Vorbereitung.

Weltkrieg und Versailles im deutschen Osten. Von Dr. Georg Königk. In Vorbereitung.

Englands Kontinentalpolitik auf dem Wiener Kongreß. Von Hans Lubenau. In Vorbereitung.

Abteilung Staats- und Kulturphilosophie

Der Rassegedanke in der weltanschaulichen Auseinandersetzung unserer Zeit. Von Prof. Dr. Adolf Günther. Preis: brosch. RM. 8.—, geb. RM. 10.—.

Der Rassegedanke. Seine biologische und philosophische Grundlegung. Von Dr. Siegfried Blaas. Preis: brosch. RM. 10.—, geb. RM. 12.—.

Über die Begriffe „Voraussetzungslosigkeit" und „Objektivität" in der Wissenschaft. Von Dr. Gerhard Hennemann. In Vorbereitung.

Abteilung Völkerrechtspolitik

Der Zugang zum Meer als Rechtsproblem. Von Dr. Alexander Lane. In Vorbereitung.

Abteilung Volkstumskunde

Die Bevölkerung in den wichtigsten britischen Überseegebieten. Von Ernst Penkuhn. Preis: brosch. RM. 10.—.

Die Verlustliste des Deutschtums in Polen. Von Dr. Karl C. von Loesch. Preis: brosch. RM. 3.50.

Abteilung Überseegeschichte und Kolonialpolitik

Deutsche Kolonialprobleme. Gesammelte Beiträge von Herwarth Driesen, Klaus Günther Brackmann, Richard Ludwig Sellge, Arnold Breustedt, Walter Franz Dillmann. RBWK - Arbeit der Kolonialschule Witzenhausen. Neu bearbeitet von Jakobus Onnen. Preis: brosch. RM. 6.—.

Abteilung Außenpolitik und Auslandskunde

Japans strategische Stellung. Von Dr. Hermann Lufft. Preis: brosch. RM. 10.—, geb. RM. 12.—.

Weltpolitik im Kriege. Gesammelte Beiträge von Dr. Ernst Wilhelm Eschmann, Dr. Giselher Wirsing, Dr. Albert Prinzing, Dr. Dr. Michael Achmeteli, Dr. Albrecht Haushofer, Dr. Karl C. von Loesch und Dr. Wilhelm Ziegler. In Vorbereitung.

Abteilung Politische Geistesgeschichte

Deutscher Aufstand gegen den Westen. Von Kurt Hancke. In Vorbereitung.

JUNKER UND DÜNNHAUPT VERLAG / BERLIN